Geschichte

der

Jahre 1867 bis 1871

von

Eduard Arnd.

Zweiter Band.

Geschichte der außereuropäischen Staaten.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1873.

Inhaltsverzeichniß.

Asien hat sich von jeher von Europa durch die geringere Beweglichkeit seiner religiösen und politischen Institutionen, durch das frühe Erwachen seiner geistigen Cultur und später durch deren langen Stillstand und den Mangel an eigentlichem historischen Leben unterschieden. Dieser Grundcharakter ist bis in die neueste Zeit derselbe geblieben. Es entstehen daselbst wohl hier und da, innerhalb der großen, seit lange vorhandenen Religionsparteien neue Sekten, aber diese verschwinden entweder wieder oder üben, wenn sie sich erhalten, auf das Ganze keinen Einfluß aus, das sich nach wie vor in denselben traditionellen Geleisen bewegt. Der Islam, der dem Europäer so starr erscheint, ist es immer noch weniger als der Brahmanismus und Buddhismus, und läßt eher den Gedanken an eine Reform als jene älteren Religionssysteme zu. In der politischen Sphäre hat es Thronrevolutionen gegeben, die Grenzen der einzelnen Staaten sind verengt oder erweitert worden, aber die Regierungsform ist immer dieselbe und der Despotismus das instinktive Lebensgesetz geblieben. Die meisten der im Orient seit hundert Jahren eingetretenen politischen Veränderungen sind durch die Niederlassungen oder Eroberungen der Europäer herbeigeführt worden. Durch sich selbst und aus sich selbst würde dort wenig Neues entstanden sein, und das Ganze bietet den Anblick derselben Unbeweglichkeit und Einförmigkeit wie vor Jahrhunderten dar.

Von den drei Reichen, die ihren Mittelpunkt in Europa haben, aber tief in den Orient eingreifen, Rußland, die Türkei und England, beherrscht ersteres den Norden, das zweite den Westen, das dritte den Süden dieses Welttheils. Sibirien, der ausgedehnteste Theil des russischen Asiens, hat keine eigene Geschichte und ist nur ein Appendix von Rußland, das jene dünn gesäeten Bevölkerungen durch militärische und administrative Maßregeln sich nach und nach vollkommen zu assimiliren suchte. Rußland dringt außerdem noch in Centralasien vor, wo

es auf unabhängige Völker stößt, die es unter seine Botmäßigkeit bringen will, und in diesem Unternehmen langsam aber ohne Unterlaß fortschreitet. Es hat schon mehrere derselben besiegt und läßt sich in der weiteren Verfolgung seiner Plane durch keine Hindernisse aufhalten. — Die Türkei ist ihrem Wesen nach orientalisch geblieben, und sucht, was sie an Macht noch besitzt, zu erhalten, indem sie an eine Vermehrung derselben nicht mehr denken kann. Ihre wirkliche Stärke liegt, Constantinopel ausgenommen, nachdem sie in Europa so viel verloren, in ihren asiatischen Provinzen, aus denen sie die meisten Steuern und Soldaten bezieht, wie der letzte orientalische Krieg gezeigt hat. Die asiatische Türkei wird von der europäischen nicht in dem Grade wie das asiatische Rußland von dem europäischen absorbirt, sondern hat in sich mehr Leben und Eigenthümlichkeit bewahrt. Ein Theil jener Länder zieht durch seine Lage, seine natürliche Schönheit und große Vergangenheit noch immer die Aufmerksamkeit der civilisirten Welt auf sich, während dem asiatischen Rußland nur eine materielle Bedeutung beigelegt werden kann. England besitzt an Ostindien eine so ergiebige Mine für Macht und Reichthum, wie es, seitdem Spanien seine Colonien auf dem amerikanischen Festland verloren hat, keine zweite mehr giebt. Es sucht sich deren alleinigen Besitz zu sichern, im Innern seines ostindischen Reiches eine unermeßliche, ihm fremde und und im ganzen abgeneigte Bevölkerung niederzuhalten und dasselbe so abzurunden, daß ein Angriff von Außen her schwer und nur von Rußland möglich ist, und auch von diesem erst dann unternommen werden kann, wenn es Innerasien vollständig von sich abhängig gemacht hat, was bis jetzt (1872) noch lange nicht erreicht ist. — Persien ist abwechselnd russischem oder englischem Einfluß ausgesetzt, bewahrt aber seine Unabhängigkeit, indem es gegen ein feindliches Eindringen in den Kern seiner Macht von der Natur durch Einöden und wilde, kriegerische Völker geschützt wird. — Ostasien hat in neuester Zeit durch Kriege und Unterhandlungen für Europa eine erhöhte Bedeutung erhalten und wird wahrscheinlich, ungeachtet alles Widerstrebens, in den Bereich der abendländischen Civilisation immer mehr hineingezogen werden. Außerdem schließt sich der Orient auf allen Seiten der europäischen Forschung auf, und werden ihm die Geheimnisse seiner Vergangenheit eines nach dem anderen entlockt. Vergleichende Sprachkunde, Archäologie, biblische wie profane, Geographie und Naturkunde im weitesten Sinne des Wortes, haben in dieser ältesten Heimath der Menschheit den ergiebigsten Boden gefunden. Wenn der Orient viel von Europa empfängt, so verdankt dieses der Berührung mit jenem in neuester Zeit ein bedeutendes Material für seine geistige Thätigkeit, das es aus sich selbst allein nicht hätte schöpfen können.

Die asiatische Türkei.

Die Provinzen jenseits des Bosporus werden im ganzen schlechter als die diesseits liegenden verwaltet. Auf letztere wirkt die Nähe und das Beispiel Europa's, fordert zu Verbesserungen auf und flößt dem Gange zu Unordnungen und Erpressungen mehr Scheu ein. In Asien legen sich die Statthalter und überhaupt alle Beamten des Sultans weniger Zwang an, stehen ihrer eigenen Regierung ferner und fühlen sich von der Beaufsichtigung Europa's freier. Die von dem Einfluß der fremden Mächte in Constantinopel durchgesetzten Reformen finden jenseits des Bosporus langsamer und unvollständiger Eingang. Dennoch machen diese Landschaften den wichtigsten Theil des Reiches aus, das ohne dieselben nicht bestehen könnte. Die Sultane haben in Asien nicht so viele Territorien wie in Europa verloren und fühlen sich dort weniger gedrückt und bedroht. Ihr Prästigium ist wie ihre Macht intacter geblieben. Der herrschende türkische Stamm wird in Asien nicht von so vielen fremden Elementen umgeben und durchbrochen und es hat sich in ihm mehr religiöse und nationale Kraft erhalten. Aber in materieller Beziehung ist derselbe sehr ungünstig gestellt. Die Sultane thun unrecht, diese Provinzen in administrativer Beziehung zu vernachlässigen, indem sie bei ihrer in Europa schon seit lange gefährdeten und immer schwächer werdenden Stellung für die Zukunft vielleicht nur auf die Landschaften jenseits der Bosporus mit Sicherheit rechnen können. Sie werden aber am meisten ausgesaugt und sind am schwersten belastet. Es sind darüber, abgesehen von den Mittheilungen unterrichteter Reisender, von Personen Nachforschungen angestellt worden, die sich im Lande selbst befinden und mit allen Mitteln, der Wahrheit auf den Grund zu sehen, ausgerüstet sind. Das britische Parlament hatte in den letzten Jahren eine umfassende Untersuchung über den Zustand der arbeitenden Klassen in verschiedenen Gegenden der alten und neuen Welt angeordnet und die betreffenden Ergebnisse zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Aus den Berichten der im türkischen Reich angestellten Consuln geht hervor, daß die Ackerleute, Handwerker, Tagelöhner sich in den asiatischen Provinzen in einer ungünstigeren Lage als in den europäischen befinden, und daß nur besondere von der Regierung des Sultans unabhängige Ursachen ein noch größeres Elend verhindern. Dazu gehören die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens, der so manches was zum Leben gehört, fast von selbst gewährt, die Milde des Klima's, die alle Entbehrungen leichter macht und die Genügsamkeit der Menschen des Südens, die den islamitischen Nationen außerdem noch von ihrer

Religion geboten wird. Daher kommt es, daß die übel regierte, von der Höhe der Steuern und den Erpressungen der Beamten gedrückte Bevölkerung der asiatischen Türkei sich nicht so unglücklich fühlt und nicht so tief herabgekommen ist, wie unter ähnlichen Umständen im Norden der Fall sein würde. Aber die schlimmen Folgen einer solchen Verwaltung können auch in den von der Natur begünstigsten Ländern auf die Länge nicht ausbleiben.

Wie willkührlich die türkischen Machthaber in den asiatischen Provinzen nicht selten verfahren, zeigte sich noch in neuester Zeit bei der Behandlung des Scheich Mohammed el Hisejil, des angesehensten und reichsten arabischen Häuptlings, dessen Autorität alle Stämme von Gaza bis Petra anerkannten. Derselbe hatte sich, um gegen die Erpressungen des Pascha Nasif von Jerusalem sicher zu sein, im geheimen an den Vicekönig von Aegypten um Schutz gewandt, was den türkischen Behörden bekannt geworden war. Anstatt ein gerichtliches Verfahren gegen ihn einzuleiten und ihn zu verurtheilen, wenn er verrätherischer Absichten überführt werden konnte, lockte ihn Nasif Pascha nach Jerusalem, nahm ihn erst freundlich und ehrenvoll auf, und ließ ihn dann plötzlich in Ketten legen und nach Damaskus abführen, wo er ohne weiteres hingerichtet wurde. Sein Tod zog der türkischen Regierung vielen Haß unter der arabischen Bevölkerung zu, und verursachte unruhige Bewegungen, die nur mit Gewalt unterdrückt werden konnten. Die vom Sultan bei mehreren Gelegenheiten, zu Gunsten von Verdächtigen und Angeklagten, ausdrücklich anerkannten und gesetzlichen Garantien waren bei der Behandlung des oben genannten arabischen Scheich in schreiender Weise verletzt worden, ohne daß die Pascha's von Jerusalem und Damaskus dafür verantwortlich gemacht worden wären.

Obgleich Palästina mit seiner geringen Ausdehnung und dünn gesäeten Bevölkerung für die türkische Regierung nur von untergeordnetem Werth ist, so steht es doch durch Jerusalem und die Entstehung des Christenthums in den Augen der civilisirten Menschheit als eine der merkwürdigsten Gegenden der Erde da. Frankreich und Rußland haben sich daselbst lange um den vorherrschenden Einfluß gestritten, wozu, da Palästina keine militärische und commercielle Wichtigkeit besitzt, die Religion, die noch jetzt im Orient Alles ist, den Vorwand geben mußte, bis die Russen in neuester Zeit ihren Rivalen den Rang abgelaufen haben.

Von jeher sind, besonders zu Ostern, zahlreiche, zur griechischen und katholischen Kirche gehörige Pilger in Jerusalem eingetroffen. In neuester Zeit ist daselbst von Preußen und England ein evangelisches Bisthum gestiftet worden, das den in Palästina anwesenden Protestanten mehr Zusammenhalt giebt als sie früher besaßen, und auch auf das protestantische Ausland eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Außer

den religiösen Interessen, ist Palästina für die Wissenschaft, namentlich für Archäologie und Geologie, ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit geworden.

In den letzten Jahren ist Jerusalem durch den Besuch fürstlicher Personen aus mächtigen Dynastien in nähere Verbindung mit Europa und namentlich mit Deutschland gekommen. Am meisten trug dazu die Anwesenheit des Kronprinzen von Preußen bei, der am 3. November 1869 seinen Einzug in die heilige Stadt hielt. Schon seit lange hatten einflußreiche Mitglieder der von Friedrich Wilhelm IV. erneuerten Balley des brandenburgischen Johanniterordens an die Wiedererwerbung des ehemaligen in Jerusalem gelegenen Besitzthums dieses Ordens gedacht. Dieselbe war aber Moscheedomäne geworden und jede Aussicht der Art schien in weite Ferne gestellt zu sein. Da geschah es, daß der Sultan Abdul-Aziz, von diesem Wunsch unterrichtet, den Johanniterplatz in Jerusalem dem König von Preußen während der Anwesenheit des Kronprinzen in Constantinopel zum Geschenk machte. Am 7. November vollzog der Kronprinz in Gegenwart der türkischen Behörden, des preußischen Generalconsuls, der protestantischen Gemeinde und einer Abtheilung preußischer Seesoldaten die Besitzergreifung im Namen des Königs, seines Vaters, indem der preußische Adler über der durch den Pascha von Jerusalem erschlossenen Pforte auf der höchsten Spitze der ausgedehnten Ruine befestigt wurde. Es heißt, der Johanniterorden werde die Restauration seines alten Besitzthums unternehmen und beabsichtige zunächst den Bau einer deutschen Kirche. Die preußischen Johanniter haben, zu der ursprünglichen Bestimmung ihres Ordens zurückgekehrt, in dem letzten großen Kriege viel für Verwundete und Kranke gethan, und sich dadurch ein moralisches Anrecht auf die Erneuerung des Ordensspitals in Jerusalem erworben. Der Name Hohenzollern wird dadurch mit den Ueberlieferungen des christlichen Mittelalters im gelobten Lande wieder verknüpft werden.

Die Versuche Deutscher und Nordamerikaner in Palästina, Colonien anzulegen, sind bis jetzt nicht gelungen, indem die Türken, bei denen zu der alten Abneigung gegen den christlichen Namen jetzt die Furcht vor demselben hinzukommt, solchen Bestrebungen durch alle möglichen Mittel im geheimen entgegenzuarbeiten wissen. Vielleicht wird sich einst ein Theil der deutschen Auswanderung, die sich jetzt nach Amerika ergießt, nach dem Orient wenden. Es wäre dies in mancher Beziehung wünschenswerth, indem sie dann für die Heimath nicht vollkommen verloren wäre, aber vorher müßte das Deutsche Reich ausgebaut und befestigt sein, weil ein vereinzeltes Ansiedelungswesen ohne staatlichen Schutz, nirgends im türkischen Reich und am wenigsten in Palästina gedeihen könnte. Auch bei dem, was dort von Christen ausgeht, giebt sich bei den einen ein ausschließender Confessionalismus

bei den anderen Schwärmerei und Mysticismus kund, und sie erleichtern den Türken die Unterdrückung aller durch die Feindseligkeiten, die sie gegen einander hegen.

Persien.

Dieses Land erfreute sich nach dem mit England unter Frankreichs Vermittlung in Paris abgeschlossenem Frieden (4. März 1857) äußerer Ruhe, bis es im Jahr 1868 mit der Türkei in einen Conflict gerieth, der zu einem Kriege zu führen drohte, aber von der englischen und französischen Diplomatie beigelegt wurde. Das persische Gebiet, so lautete die Beschwerde des persischen Gesandten in Constantinopel, sei auf der Seite von Bassora durch türkische Truppen verletzt, es seien persische Kaufleute beraubt und ganze Ortschaften den Flammen übergeben worden. Türken und Perser sind nie Freunde gewesen. Obgleich Mohamedaner fühlen sie sich durch einzelne Glaubensartikel tief von einander getrennt, an denen sie mit orientalischer Hartnäckigkeit festhalten, wozu noch die politische Rivalität und eine bedeutende Verschiedenheit des Nationalcharakters kommt. Seit dem Attentat der Anhänger des Babi, eines persischen Propheten und Reformators, der aber von seiner Regierung für einen gefährlichen Aufrührer gehalten wurde, auf das Leben des Schah Nasser-ed-Dini waren viele angesehene Mitglieder dieser Sekte auf türkisches Gebiet geflohen und ihr geistliches Oberhaupt, Mirza Jahja, hatte bei dem Pascha von Bagdad eine gastliche Aufnahme gefunden. Der Babismus, der eine sociale und politische Umgestaltung der innern Zustände Persiens bezweckt, besaß, ungeachtet der vielen und blutigen Verfolgungen, die ihn getroffen hatten, in allen Klassen der Nation und selbst am Hofe zahlreichen geheimen Anhang. Die Berührung der wegen des Handels nach der Türkei reisenden Perser mit den geflüchteten Babisten, die nicht verhindert werden konnte, flößte dem Schah großes Mißtrauen ein, und veranlaßte ihn zu Beschwerden über die Duldung dieser Sekte auf türkischem Gebiet. In Constantinopel versicherte man die Unschädlichkeit dieser Flüchtlinge und behauptete, daß die von türkischen Truppen besetzten Gegenden von Alters her zur Türkei gehört hätten und von persischen Ansiedlern ungerechter Weise eingenommen seien. Der Streit erhitzte sich und beide Mächte schickten Truppen an die Grenze. Der Schah ließ sogar Teheran befestigen und mit einer doppelten Reihe von Forts umgeben. Es kam aber zu keinem Zusammenstoß. Als der Schah vernahm, daß der Streit zwischen Griechenland und der Pforte, von welchem er große Verlegenheiten für letztere erwartete, friedlich

beigelegt sei, gab er die streitigen Grenzdistrikte auf. Außerdem war Persien, ungeachtet des äußerlich guten Vernehmens mit Rußland, nicht ohne Besorgniß vor dessen Plänen auf die Ostküste des kaspischen Meeres, und mit der britischen Regierung in Calcutta stand der Schah auf gespanntem Fuß, indem er dem Pariser Vertrage zum Trotz vor den Thoren von Kandahar lagerte und Herat bedrohte. Was die britische Regierung besonders besorgt machte, war der Verdacht, daß Persien dabei in geheimem Einverständniß mit Rußland handelte, das in Calcutta beargwohnt wurde, sich Einfluß in Afghanistan, einer der Vormauern des englischen Ostindiens, verschaffen zu wollen.

Centralasien.

Man hat oft behauptet, daß Rußlands wahre Bestimmung im Orient liege, daß es dort der Verbreitung der Gesittung förderlich sein, während es mit seinem Einfluß in Europa dieselbe nur aufhalten könne. Aber sein Schicksal hat gewollt, daß es seit dem Aufschwunge seiner Macht unter Peter dem Großen sich eben so nach Westen wie nach Osten ausdehnte und sich durch die Theilung Polens dem Herzen Europa's näherte. Aber während seinen Vergrößerungen gegen die Türkei durch den Krimkrieg Grenzen gesetzt wurden, ist es durch die Unterwerfung der kaukasischen Bergvölker, durch glückliche Kämpfe in Turkestan und friedliche Abtretungen von Seiten China's im Amurgebiet, seit einer Reihe von Jahren in Asien schon so weit vorgedrungen, daß dieses schrittweise aber unaufhaltsame Wachsthum den Engländern für die Zukunft ihres indischen Reiches Besorgnisse einzuflößen anfing. Die britische Regierung hat deshalb nach einigen mißlungenen Versuchen in Afghanistan eine feste Stellung erlangt, indem sie den Beherrscher dieses Landes, den Emir Schir Ali Khan, gegen eine jährliche Subsidie von 120,000 Pf. St. für sich gewann. Afghanistan ist jetzt der einzige Landstrich zwischen dem englischen Ostindien und den allmälig von Rußland besetzten oder unter seinen Einfluß gekommenen Territorien Centralasiens. Am 27. März 1869 fand zwischen dem Vicekönig Lord Mayo und Schir Ali in Amballah, auf indo-britischem Gebiet, eine feierliche Zusammenkunft statt, in welcher der Emir die englische Oberherrlichkeit anerkannte. Er versprach mit den ihm bewilligten Geldbeiträgen eine Armee von einer gewissen Stärke zu halten und sie von britischen Officieren discipliniren zu lassen, während England sich anheischig machte, die Neutralität Afghanistan's zu schützen und daselbst in keinem Falle eine fremde Intervention zu dulden. Die Allianz sollte einen ausschließend

defensiven Charakter haben und scheinbar nur die Sicherheit Afghanistan's, in zweiter Linie aber auch die der britischen Grenzprovinzen im Auge behalten. Rußland könnte sich nicht in Afghanistan, wie anderswo, z. B. in Turkestan, in die innern Verhältnisse einmischen, aus Thronrevolutionen und Bürgerkriegen, die in jenen Ländern häufig sind, Vortheil ziehen und sich allmälig im Lande festsetzen, ohne mit England in directen Conflict zu gerathen.

Rußland will in Turkestan herrschen, um bei seinen Plänen gegen Ostindien im Rücken gedeckt zu sein und seine Machtausdehnung in dieser Richtung, wenn die geeignete Zeit gekommen sein wird, ungehindert unternehmen zu können. Dazu dienen ihm frühere Conventionen, von denen manche bis auf die Zeiten Peter des Großen zurückgehen, Gesuche unzufriedener oder aufrührerischer Häuptlinge gegen ihre Chane, besonders aber Handelsverträge, da aus Verletzung derselben, wie in den halbbarbarischen innerasiatischen Staaten oft vorkommt, Gelegenheit zu Krieg und Eroberung gefunden werden kann. Auch Erregung von Rivalitäten unter den regierenden Familien und Streitigkeiten unter den einzelnen Völkerschaften werden zu diesem Zweck benutzt. Die Engländer suchen der Vermehrung des russischen Einflusses in Asien, der, wie die russische Geschichte zeigt, immer eine Vorbereitung auf Annexionen ist, so viel als möglich entgegenzuwirken, aber ihre Macht ist im Süden dieses Welttheils, wie der letzte große Aufstand in Ostindien beweist, nicht so fest gegründet wie die der Russen im Norden, und ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte werden von verschiedenen Gegenständen in fast allen Theilen der Welt, nicht selten zu sehr auf einmal, in Anspruch genommen, um nicht auf gewissen Punkten in einem gegebenen Moment unzulänglich zu sein. Ein Versuch der indo-britischen Regierung in Ostturkestan, das ungeachtet seiner hohen Gebirge reich an kostbaren Producten ist, politische und commercielle Verbindungen anzuknüpfen, mißlang, indem der russische Einfluß, der in Westturkestan schon bestand, den Engländern auch im Osten des Landes zuvor gekommen war.

Es ist hier nicht die Absicht, die Fortschritte der russischen Macht in Centralasien im Einzelnen näher nachzuweisen, sondern es sollen nur die Hauptmomente berührt werden. Auch ist die Sache noch im Werden begriffen, und obgleich die Pläne der russischen Politik in dieser Beziehung kein Geheimniß geblieben, so sind dieselben noch so weit von ihrem Ziel entfernt, es treten in der Ausführung häufig Unterbrechungen und Abweichungen ein, so daß eine zusammenhängende Darstellung des Vordringens Rußlands vor der Hand nicht möglich ist.

Mit der Eroberung des Kaukasus und der Stellung vom kaspischen Meer bis zum Uralsee hatten sich die Russen den Weg zu Centralasien geöffnet und können sich die Chanate der sogenannten freien Tartarei

oder Turkestans des russischen Einflusses und der allmäligen Absorbirung durch denselben nicht mehr erwehren. Rußland besitzt, außer den materiellen Mitteln, um auf Innerasien zu drücken, indem es ihm räumlich näher als England steht und schneller zur rechten Zeit an der geeigneten Stelle erscheinen kann, eine größere Geschicklichkeit in der Behandlung dieser tartarischen und mongolischen Stämme, indem es in seiner eigenen Nationalität ein denselben verwandtes Element enthält und mit dessen Hülfe besser auf sie zu wirken versteht. Der Russe vereinigt mit den Vortheilen der Europa entlehnten Ideen und Kenntnisse, die Mischung von Despotismus und Servilismus, die Naturwüchsigkeit und Verschlagenheit des Orientalen, ein Charakter, den der Engländer bei seinem exclusiven Nationalstolz, seinem Freiheitssinn und streng stilisirtem Wesen, in der Regel sich nicht aneignen kann und will.

Die Russen haben, ehe sie mit Gewalt in fremden Gebieten einschritten, daselbst innere Unruhen zu erregen oder zu benutzen gewußt, und wenn sich Gelegenheit fand, dem Schwächeren Hülfe gegen den Stärkeren angeboten. Die bedeutende Handelsstadt Taschkand war mit dem Chan von Kokand schon seit lange in Streitigkeiten verwickelt. Von Rußland bei ihrem Widerstande im Geheimen ermuntert, suchte sie ihre Aufnahme in den russischen Staatsverband nach, die ihr gewährt und in feierlicher Weise vollzogen wurde (September 1866.) Der mächtige Chan oder Emir von Bochara, der die Fortschritte der Russen aufhalten wollte, wurde von dem russischen General Romanowski bei Jedschar geschlagen, verlor die Festung Chodsent und mußte um Frieden bitten. Ein kaiserlicher Ukas befahl die Organisation eines neuen Gouvernements Turkestan und ernannte den General Kaufmann, der Murawiews Nachfolger in Lithauen gewesen, zum Gouverneur und zum Commandanten des turkestanischen Militärbezirks (Juli 1867). Im Mai 1868 brachen wiederum Feindseligkeiten zwischen Russen und Bucharen aus, in Folge deren von ersteren Samarkand eingenommen und ein Vertrag erzwungen wurde, der ihnen große Vortheile gewährte. Der Chan trat im Friedensschlusse die Städte Samarkand, Katty-Kurgan nebst den zu ihnen gehörigen Landschaften ab, verpflichtete sich zur Zahlung einer Contribution und gewährte den Russen nicht nur freien Handelsverkehr, sondern übernahm es auch für die Sicherheit ihrer Kaufleute innerhalb seines Gebietes zu sorgen. Die russische Besitznahme von Samarkand, das einst die Residenz eines der berühmtesten asiatischen Eroberer, des Timur, gewesen, und, obgleich sonst sehr heruntergekommen, noch immer eine der ersten mohamedanischen Schulen enthält, zu der die Jugend von weit und breit herbeiströmt, erregte in der ganzen Tartarei großes Aufsehen. Die Empörung des ältesten Sohnes des Chans, Katty Turja, gegen seinen Vater, der die Russen um Hülfe anrief, gab diesen Gelegenheit zu neuem Einrücken in Bochara. General Abramow

schlug den aufrührerischen Prinzen und nahm ihm die zweite Stadt des Landes, Karschi, ab, die aber dem Chan nach wiederhergestellter Ruhe zurückgegeben wurde. Im November 1869 erschien in Petersburg eine bucharische Gesandtschaft, die unter dem Namen von Geschenken einen Tribut an Rußland überbrachte. Im December besetzten russische Truppen die Bucht von Krasnowodsk an der Südostküste des kaspischen Meeres, um einen Stützpunkt für weitere Operationen in Centralasien, besonders gegen Chiwa, zu haben.

Seitdem Bochara von Rußland zwar nicht vernichtet, aber geschwächt und in Abhängigkeit gerathen, waren Chiwa und Kokand nicht mehr sicher und ihre Vasallenschaft und Incorporation in das russische Reich eine wenn auch langsam sich vollziehende aber zuletzt unvermeidliche Thatsache. Widerstehen können die vielen Tausende von kühnen tartarischen Reitern, die mit ihren Herden die unabsehbaren, oft wasserarmen Ebenen von Turkestan durchziehen, in deren Mitte die fruchtbaren Oasen der einzelnen Chanate liegen, vielleicht noch lange den russischen Waffen, werden aber, wenn sie ohne fremde Hülfe auf sich selbst beschränkt bleiben, am Ende ihrem Schicksal nicht entgehen. Die tapfern kaukasischen Bergvölker vertheidigten ihre Unabhängigkeit funfzig Jahre lang, mußten aber zuletzt doch unterliegen. Wo die Gewalt nicht ausreicht, greifen die Russen zur List, erregen Rivalitäten unter den Häuptlingen und ziehen einzelne von ihnen durch Verheißungen und Bestechungen auf ihre Seite, die, wie gewöhnlich alle Halbbarbaren, nur ihren persönlichen Vortheil kennen und um das Ganze unbekümmert sind.

Die Russen ruhen und rasten in Centralasien nicht, und die Umstände sind ihnen günstig. Nach der Besiegung des Emir von Bochara haben sie ihren Einfluß weiter nach Süden, nach dem Oxus hin, ausgedehnt, und der Unabhängigkeit des kleinen Staates Scherisebs, zwanzig Meilen südlich von Samarkand gelegen, ein Ende gemacht. Scherisebs gehörte früher zu Bochara, hatte sich aber von demselben losgerissen und ihm durch Raub- und Kriegszüge hart zugesetzt. Zu gleicher Zeit banden die beiden Begs, Baba-Beg und Dschura-Beg mit Rußland an, und fielen in das Gebiet von Samarkand ein. Sie wurden von General Abramow geschlagen und ihr festester Platz, Kitab, der für uneinnehmbar galt, von den Russen mit Sturm genommen (14. August 1870.) Die russische Politik fand es noch nicht zeitgemäß, Scherisebs (von den Russen Schagrißjabs genannt) mit dem neu errichteten Gouvernement Turkestan zu vereinigen und gab es dem Emir von Bochara zurück, was aber, da dieser nicht mehr selbständig ist, nur eine Vorbereitung auf die directe Herrschaft Rußlands ist.

Das indo-britische Reich.

Nach Besiegung des 1857 ausgebrochenen großen Aufstandes war Ostindien wieder zu Ruhe und Unterwerfung unter die englische Herrschaft zurückgekehrt. Nur in den gebirgigen Gegenden, besonders im Nordwesten, kamen noch aufständische Bewegungen vor, die zuweilen nicht ohne Anstrengung, aber immer mit Erfolg unterdrückt wurden. Auf Eroberung und umfassende Annexionen ging die Regierung in Calcutta dabei nicht aus, beabsichtigte aber die bis an die afghanische Grenze reichenden Gebiete der aufrührerischen Gebirgsstämme dem indischen Reiche einzuverleiben. Von viel größerer Bedeutung als diese partiellen Aufstände waren die in den Jahren 1867 und 1868 eintretenden furchtbaren Naturerscheinungen; in einigen Gegenden monatlange Regengüsse, Ueberschwemmungen, bei denen zehntausende von Häusern einstürzten; in anderen ungewöhnliche Dürre; in beiden Fällen Zerstörung der Reisernten, von denen das Leben von Millionen von Menschen abhängt. Die Regierung entschloß sich endlich mit den von ihr lange vernachlässigten Bewässerungsanstalten, welche sowohl gegen Trockenheit als Ueberschwemmung Schutz bieten können, einen kräftigen Anfang zu machen. Unter den alten einheimischen Herrschern war es, ungeachtet vieler sonst stattfindender Mißbräuche, mit der Canalisation, dem wichtigsten Theile der dortigen Landescultur, besser bestellt gewesen. England hat sein indisches Reich nicht nur bis zu den natürlichen Grenzen im Norden ausgedehnt, sondern dasselbe durch die Besitznahme von Aden im Rothen Meer, das es zu einer der stärksten Festungen der Welt gemacht, vor jedem Angriffe von der Seeseite her gesichert. Seitdem Aden ein anderes Gibraltar geworden, kann keine europäische Seemacht, selbst nach der Durchgrabung der Landenge von Suez, daran denken, mit einer Flotte in das Rothe Meer eindringen und die Engländer in Ostindien bedrohen zu wollen. Die Finanzlage entspricht nicht dem natürlichen Reichthum des unermeßlichen Gebiets, indem die Einnahmen sich zwar um mehr als 45 Proc. gehoben (1869: 48,500,000 Pf. St.), die Ausgaben aber in noch höherem Maße zugenommen haben. Das gewohnte Deficit hat während eines Zeitraums von sieben Jahren nur dreimal einem mäßigen Ueberschuß Platz gemacht, und die Staatsschuld ist von 53,500,000 Pf. St. auf 96,250,000 angeschwollen. Indessen darf nicht übersehen werden, daß die Deficits der letzten Jahre sich sämmtlich auf die Anlegung von Eisenbahnen, Canälen und anderen öffentlichen Bauten zurückführen lassen, die zur Entwicklung der Hülfsquellen des Landes dienen und später die Einnahmen vermehren werden. Den

Weiterbau der Eisenbahnen hat die Regierung seit 1869 selbst in die Hand genommen und soll das Netz bis 1880 vollendet sein.

Für England ist sein indisches Reich eine der Hauptquellen seiner Macht und für die gebildete Welt ist es durch die Sanscritstudien und die damit zusammenhängenden Forschungen über den Ursprung der meisten europäischen Sprachen und das geistige Erwachen der ältesten Menschheit, eine Fundgrube für philosophische, historische und philologische Erkenntniß geworden. Außerdem giebt es kein anderes Land, wo so viele verschiedene Racen und Völker auf einem im Verhältniß zur ganzen Erde kleinen Raume, wie vom Indus bis zum Cap Comorin zusammengedrängt sind, und zu Beobachtungen und Vergleichungen der mannigfaltigsten Art Gelegenheit geben. Die frühere starre Abgeschlossenheit der Bevölkerung hat in neuester Zeit etwas nachgelassen. Außer daß in den öffentlichen Schulen von den Kindern der Eingeborenen englisch gelernt wird, erscheinen in neuester Zeit in den größeren Städten Journale in hindustanischer Sprache, die in Nachahmung Englands einen populär = wissenschaftlichen Charakter angenommen haben. Auch giebt es in Calcutta und einigen anderen Centralpunkten religiöse Vereine, deren Mitglieder, ohne zum Christenthum überzutreten, eine Reinigung ihrer Religion anstreben und einen theistischen Standpunkt vertreten. Die englische Regierung hat zu Bildungsreisen nach England Stipendien für befähigte und unbemittelte junge Leute unter den Einheimischen ausgesetzt. Die fünfundzwanzig Millionen Mohamedaner unter den hundert und zehn Millionen, die unter englischer Herrschaft stehen, zeigen sich europäischen Einflüssen weniger zugänglich als die eigentlichen Hindu, und haben die Zeit noch nicht vergessen, wo ihre Vorfahren über die weiten, fruchtbaren Ebenen Hindustan's herrschten. Die von christlichen Hindu redigirte periodische Zeitschrift: „Bengal Christian Herald" arbeitet an der Errichtung einer evangelisch-indischen Kirche, die sich unabhängig von den Bekenntnißschriften und Gebräuchen der europäischen protestantischen Kirche gestalten will. Merkwürdiger Weise hat sich in diesem Journal die Stimme eines Hindu über die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen erhoben, die Ursachen derselben mit Sachkenntniß und Unparteilichkeit besprochen und Napoleon III. Ehrgeiz und Herrschsucht dafür verantwortlich gemacht. „Deutschland", heißt es in diesem Artikel, „ist, mit Einschluß Preußens, das Land des Genius, der Philosophie, der Gelehrsamkeit und der Bildung. Die Deutschen sind, trotz aller ihrer Mängel, eine der edelsten Nationen, die je auf Gottes Erdboden wandelten. Ein verwelschtes Deutschland wäre ein Unglück für die Welt; ein germanisirtes Frankreich möglicher Weise ein Gewinn." — Welchen tiefen Eindruck muß nicht zuerst die deutsche Geistesbildung und später der Fortschritt des öffentlichen Lebens auf die Welt gemacht haben, damit uninteressirte Zeugnisse der Art in

so weiter Ferne möglich geworden sind. Es ist noch nicht sehr lange her, daß selbst in nächster Nähe über das deutsche Volk in ganz entgegengesetzter Weise geurtheilt wurde.

Indien jenseit des Ganges.

Daselbst sind in den letzten Jahren keine erheblichen Ereignisse vorgefallen. Der Kaiser oder Boa der Birmanen, der 1826 und 1853 von den Engländern geschlagen und zu Abtretungen gezwungen wurde, sich aber während des großen Aufstandes in Ostindien ruhig verhielt, hat neuerdings zweideutige Gesinnungen gegen die Ausdehnung der britischen Herrschaft jenseits des Ganges zu erkennen gegeben, aber nicht gewagt, feindselig gegen sie aufzutreten. Die Britten streben jetzt mehr als je danach, ihrem Handel in Hinterindien den Landweg nach China zu öffnen, von dem sie sich bei der Menge und Kostbarkeit der abzusetzenden und auszutauschenden Erzeugnisse unermeßliche Vortheile versprechen. Sie suchen freundschaftliche Verbindungen mit den halbwilden Gebirgsvölkern im Nordosten, an den Grenzen von China, anzuknüpfen, um ihren Caravanen sichern Durchzug zu verschaffen, oder, wenn friedliche Mittel nichts helfen, durch militärische Expeditionen zu schrecken. Der Irawaddy, der Hauptstrom des birmanischen Reiches, in welchem die Britten vollkommene Handelsfreiheit besitzen, ist bis zur Stadt Bamu schiffbar, die nur einige zwanzig Stunden von der chinesischen Grenze entfernt liegt. Im November 1870 ist ein britischer Dampfer zum erstenmal bis dahin gelangt. An allen wichtigen Punkten, in den Niederungen und Flußgebieten, wie auf hohen Gebirgspässen residiren englische Agenten, Officiere und Civilbeamte, die keine Gelegenheit verabsäumen, den Einfluß ihrer Regierung auszudehnen. Die Franzosen rüsteten in den Jahren 1866 bis 1868 eine Expedition aus, um auf dem Fluß Menam-Kong oder Maykiang nach China zu gelangen und den Handel mit Hinterindien nach Saigon, das ihnen seit 1862 gehört, zu leiten. Obgleich dieser Versuch mißlang, so sind die Engländer doch seitdem um so mehr darauf bedacht, sich ihre Rivale auf diesem Wege nicht mehr zuvorkommen zu lassen. Der Aufstand der Mohamedaner in der chinesischen Grenzprovinz Yun-nan, der den Landhandel zwischen Hinterindien und China schon seit lange stört, ist bis jetzt den Plänen der Engländer nachtheilig gewesen, die aber bei ihren großen Hülfsmitteln und der unermüdlichen Ausdauer in deren Anwendung, dieses Hinderniß wie früher schon so viele andere, wahrscheinlich in nicht gar ferner Zeit beseitigen werden. Die Bevölkerungszahl

und die Ausdehnung ihrer indischen Besitzungen, und die Schätze, die sie aus ihnen ziehen, läßt die Behauptung eines ihrer ersten Staatsmänner, Disraeli, daß England fast eben so sehr ein asiatisches wie europäisches Reich sei, nicht ganz grundlos erscheinen.

Die Franzosen suchen die ihnen von dem Kaiser von Anam abgetretenen Provinzen (s. Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 von Eduard Arnd. Zweiter Band. Die außereuropäischen Staaten, S. 6), zu colonisiren und eine regelmäßige Verwaltung einzuführen, hatten aber lange mit Schwierigkeiten zu kämpfen, welche ihnen die Unbekanntschaft mit der Sprache und den Sitten der Anamiten und die mit außerordentlicher Feuchtigkeit verbundene Gluth der Sonne entgegensetzten. Aber nach und nach gewöhnten sie sich an Volk und Land, und der große Werth der Bodenerzeugnisse: Reis, Caffee, Zucker, Indigo, Pfeffer u. s. w., beflügelte den Unternehmungsgeist. Die französische Regierung gründete in der von jeher bedeutenden Handelsstadt Saigon, dem Mittelpunkt ihrer Besitzungen jenseits des Ganges, eine Studienanstalt für diejenigen jungen Franzosen, welche sich dem öffentlichen Dienst in dieser Colonie widmen wollen, in welcher die Sprache, die Gesetze und Einrichtungen des Landes, die Bodencultur und die Handelsverhältnisse gelehrt werden. Die große Fruchtbarkeit und die günstige geographische Lage lockten Colonisten und Capitalien herbei, und jetzt befinden sich diese ehemals anamitischen Provinzen, gewöhnlich Cochinchina genannt, da die Bevölkerung mehr Aehnlichkeit mit den Chinesen als Hindus hat, in einem geordneten Zustande, und fangen an die Kosten ihrer Verwaltung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die Dampfschifffahrt ist an den Küsten und auf den Flüssen im Innern des Landes in rascher Zunahme begriffen. In Saigon und anderen wichtigen Orten werden von den Franzosen große Arbeiten unternommen, Kirchen und Märkte gegründet, strategische Punkte befestigt, die bestehenden Straßen in gutem Zustande gehalten und neue angelegt. Das Telegraphennetz, das schon eine Ausdehnung von 497 Kilometern (51 Meilen) hatte, wurde 1868 um 85 Kilometer vermehrt. Die Colonie zählte 1867 bereits 54 europäisch organisirte Schulen, welche von 1240 Zöglingen besucht wurden, deren Zahl sich 1868 bedeutend vermehrte. Bis zum Jahre 1870 hoffte man die europäischen Schriftzeichen in den Registern der Gemeinden und in den amtlichen Urkunden einzuführen. Gegen das Ende des deutsch-französischen Krieges verbreitete sich das Gerücht, Frankreich werde seine anamitische Colonie an Deutschland abtreten, das in Saigon eine Flottenstation und Handelscomptoire errichten wolle, woran aber, wie es scheint, im Ernst nie gedacht worden ist.

Am friedlichsten gestaltete sich das Verhältniß zwischen Hinterindien und Europa in Siam, und es war dies großentheils das Werk des Königs Tscheo-Fa-Mongkut, der im November 1868 in seiner Hauptstadt

Bankok starb. Derselbe war eine in seiner Art einzige Erscheinung unter orientalischen Herrschern, indem er, jenseits des Ganges geboren und erzogen, mehr von europäischer Denkungsweise und Bildung, als je einer der Europa räumlich so nahe stehenden türkischen Sultane besaß. Obgleich nach dem Tode seines Vaters der nächste zum Throne, wurde er durch eine Hofintrigue zum Vortheil eines Halbbruders ausgeschlossen, und brachte bis zum Alter von sieben und vierzig Jahren sein Leben in einem buddhistischen Kloster zu. Dort widmete er sich ganz den Wissenschaften, was er auch als König fortsetzte. Neben theologischen Studien, von denen auch das Christenthum nicht ausgeschlossen war, obgleich er nicht zu ihm übertrat, beschäftigte er sich mit Musik, spielte Clavier und hatte sich ein Laboratorium mit physikalischen und chemischen Instrumenten angeschafft. Außer fast allen Sprachen, die jenseits des Ganges gesprochen werden, verstand er auch das Lateinische, und sprach und schrieb das Englische mit Leichtigkeit. Dabei besaß er eine europäisch organisirte Armee, legte Canäle und Festungen an und ließ Kriegsschiffe bauen. Zweimal schickte er Gesandtschaften nach Europa; 1857 nach London, 1861 nach Paris und Rom. Die abgeschlossenen Verträge beobachtete er redlich, so den mit dem deutschen Zollverein. Mongkut unterhielt sich gern mit gelehrten Europäern über theologische und philosophische Materien, und einer seiner liebsten Gesellschafter war der Vorstand der katholischen Mission in Siam, Paillegoix, Bischof von Mallos, den er auch nach seinem Tode noch auszeichnete, indem er seinem Leichenbegängniß beiwohnte. Dieser Mann, dessen Geist in mancher Beziehung nach Europa hinwies, war in seinem äußern Leben vollständig ein König von Siam, hatte einen großen Harem und ließ sich von seinen Unterthanen nach Landessitte göttliche Verehrung erweisen. Das Seltene und Außerordentliche in seinem Charakter war seine Duldsamkeit gegen Andersgläubige, und die katholischen Missionäre konnten unter ihm die Eingeborenen in ihre Kirche aufnehmen und liegende Gründe erwerben, ohne daß ihnen von seiner Seite die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Er blieb aber nicht blos aus Staatsklugheit, um keine innern Unruhen zu erregen, Buddhist und änderte nichts an den Einrichtungen und Sitten des Landes, sondern es war ihm auch innerlich unmöglich mit gewissen Grundvorstellungen seines Volkes und seiner Religion zu brechen, obgleich ihm deren Schattenseiten, wie Europäer aus manchen seiner Aeußerungen entnehmen konnten, nicht unbekannt waren. Dieser in gewisser Art außerordentliche Mann hat, indem er den Denker und Gelehrten vom Herrscher und Menschen in der Praxis durchaus trennte, und ersteren für sich behielt oder nur wenigen zeigte, auf sein Land keinen Einfluß ausgeübt, und es in demselben Zustande, in welchem er es vorfand, zurückgelassen.

China.

Mit den meisten europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten waren von den Chinesen Verträge abgeschlossen worden; die größeren Mächte besaßen in Peking eine regelmäßige diplomatische Vertretung; der Handel mit Europa nahm in den ihm geöffneten Häfen einen raschen Aufschwung, und Prinz Kung, der Oheim des jungen Kaisers, verstand es, die Angelegenheiten des ungeheuren Reiches mit Umsicht zu leiten und die den Fremden gemachten Zugeständnisse mit der Rücksicht auf die Vorurtheile des chinesischen Volkes geschickt zu verbinden. Die seefahrenden Nationen waren bemüht, sich mit den Chinesen auf einen guten Fuß zu stellen, und beide Theile schienen mehr als früher geneigt, sich an einander gewöhnen und in ihren gegenseitigen Beziehungen Mäßigung und Beachtung der eingegangenen Verbindlichkeiten darlegen zu wollen. Aber die innre Verwaltung China's war im Laufe der Zeit eine der schwächsten und verderbtesten geworden. Sie war der Form nach die consequenteste Anwendung des patriarchalischen Princips und der Institution der Familie auf den Staat. Der Kaiser wurde als der Vater aller seiner Unterthanen gedacht, der dieselben durch seine Beamten nach bestimmten Gesetzen und Einrichtungen regieren läßt. Diese Beamten sollten ihre Stellung weder Geburt noch Gunst, sondern einzig ihrem Verdienst verdanken, das sie durch öffentlich abgelegte Prüfungen zu beweisen hatten, ehe sie in den öffentlichen Dienst zugelassen wurden. Das Beamtenthum, hierarchisch gegliedert, streng beaufsichtigt, sollte sich genau in den Grenzen seiner Befugnisse halten und sich keine Bedrückungen des Volkes erlauben. Dieses politische System setzt ein nicht gewöhnliches Gefühl für Gerechtigkeit, Ordnung und Liebe zum allgemeinen Wohl voraus, und muß auch ursprünglich im chinesischen Staatsleben vorhanden gewesen sein, weil es sonst weder entstehen noch sich so lange hätte erhalten können. Aber allmälig war es ausgeartet. Willkür und Bestechlichkeit mit allen ihren Folgen war der herrschende Charakter der chinesischen Verwaltung geworden. Das patriarchalische Princip, von Freiheit und Sittlichkeit entblößt, war in eine seelenlose Maschine ausgeartet und hatte die schlimmsten Früchte getragen.

Die eigentlichen Chinesen ließen sich das ihnen von oben her auferlegte Joch in der Regel ohne Widerstand gefallen. Aber die Nachkommen der Mohamedaner, die sich im zehnten Jahrhundert in Yun-nan, der Grenzprovinz gegen Birma, niedergelassen hatten und lange friedliche Unterthanen der chinesischen Kaiser gewesen, empörten sich endlich gegen die Bedrückungen der Statthalter und anderen höheren Beamten

(Mandarine). Sie ermordeten dieselben, verjagten die kaiserlichen Truppen und wählten einen der Ihrigen, Namens Soliman, zum König, der das Land in vier Distrikte theilte und an die Spitze jedes derselben einen obersten Civil- und Militärbeamten stellte (1866.) Er schlug den Sitz seiner Regierung in der Stadt Tali auf, weshalb sein Gebiet auch der Staat Tali genannt wird. Die benachbarten chinesischen Grenzprovinzen wurden von den aufständischen Mohamedanern mit Feuer und Schwert verwüstet, die aber ihre Herrschaft nicht über Yun-nan hinaus ausdehnen konnten.

Kaum war diese Empörung mehr beschränkt und zum Stillstand gebracht als eigentlich bezwungen, als am anderen Ende des Reiches, in der Nähe von Urga, bei Kiachta, südlich von der sibirischen Grenze, die Chalkas-Mongolen sich gegen die chinesische Regierung auflehnten. In Urga befindet sich das große Lama-Kloster des Guison-Tamba oder Lama-Königs der Mongolen, der nach der Meinung seiner Anhänger ein Gott in menschlicher Gestalt ist und nur Eine Seelenwanderung antritt. Seine Macht ist nicht unbedeutend, und alle eifrigen Lamas betrachten es als eine Pflicht, wenigstens einmal in ihrem Leben nach Urga zu wallfahren und an dem Grabe des Lama-Königs, dessen Seele nach ihrem Glauben in den Körper seines Nachfolgers übergeht, zu beten. Der chinesische Hof, dem die Chalkas-Mongolen und ihr geistliches Oberhaupt schon längst verdächtig geworden, hatte befohlen, daß die Menschwerdung desselben lediglich in Tibet stattfinden solle, das ganz unter dem Einflusse der Chinesen steht, und wo es denselben möglich ist, durch Vermittlung des Dalai-Lama die ihnen zusagendste Persönlichkeit zum Lamakönig wählen zu lassen. Der letzte Guison-Tamba starb 1868 und die Lamas der Mongolei waren der Ansicht, daß es sicherer und zweckmäßiger sei, seinen Nachfolger in ihrer Heimath als in Tibet zu suchen. Dieser religiöse Zwiespalt kann zu dem Aufstande beigetragen haben, aber die vornehmste Ursache waren die Erpressungen der chinesischen Behörden, welche den bedeutenden Handel der Chalkas-Mongolen mit neuen Steuern belegten. Diese Bewegung würde wahrscheinlich bald vorüber gegangen sein, wäre die russische Regierung nicht bemüht gewesen, Vortheil aus ihr zu ziehen und neue Annexionen auf dieser Seite des chinesischen Reiches herbeizuführen, wie schon früher im Amurgebiet der Fall gewesen. Als die Franzosen und Engländer im Jahr 1860 gegen Peking zogen, und die Russen durch die Geschicklichkeit ihres Gesandten, General Ignatieff, die Ergebnisse dieses Feldzuges für sich auszubeuten wußten, wurde ihnen freies Geleit für ihre in der Mongolei sich aufhaltenden Kaufleute und die Errichtung eines Consulats zugestanden. Der russische Consul, Schischmarew, ein sehr thätiger und unterrichteter Mann, gründete daselbst eine russische Colonie und breitete den Einfluß seiner Regierung in der Mongolei immer weiter aus.

Unter dem Vorwande, daß die innern Unruhen unter den Chalkas-Mongolen den russischen Handel beeinträchtigen, können russische Truppen von der sibirischen Grenze her in die Mongolei einrücken und die Vereinigung derselben mit Rußland vorbereiten. Der Consul Schischmarew hat das Terrain, auf dem er wirkt, im Verlauf von zehn Jahren in allen Richtungen kennen gelernt, die Quellen des Onon, eines Quellstromes des Amur, im daurischen Gebirge, erforscht, und ist, der erste Europäer, bis nach Uliassutai in der westlichen Mongolei, 1300 Werst von Urga entfernt, gekommen. Im Jahr 1865 schrieb die „Nordische Post", damals das officielle Organ des Ministeriums des Innern, bezüglich einer Besprechung des russisch-chinesischen Theehandels: „Die Mongolei wünscht schon lange in den russischen Unterthanenverband zu treten und wartet nur auf eine günstige Gelegenheit."

Die Chinesen waren bis in die neueste Zeit das am meisten von sich eingenommene, hochmüthigste Volk der Erde gewesen, das sich zu seinem eigenen Nachtheil von allen Einflüssen Europa's abgeschlossen hatte. Sie hatten z. B. 1867 die Pariser Weltausstellung nicht beschickt, weil sie glaubten, von derselben nichts lernen zu können. Aber die Niederlagen, die sie bei ihren Collisionen mit Engländern und Franzosen erfahren hatten, der Anblick der europäischen Dampfschiffe und die Wirkungen der europäischen Artillerie brachten sie endlich auf den Gedanken sich mit denjenigen Wissenschaften zu beschäftigen, auf welche sich die von ihnen bemerkte Ueberlegenheit der Fremden nach ihrer Meinung einzig gründete. Von einem freien geistigen Fortschritt konnte bei ihnen nicht die Rede sein. Sie wollten sich auf dem Wege der Nachahmung nur das von der europäischen Cultur aneignen, was ihnen einen äußeren Vortheil versprach. Demgemäß ward in Peking eine höhere Lehranstalt für Mathematik, Astronomie und Mechanik errichtet (1868.) Diese Wissenschaften haben dem chinesischen Geiste von jeher am meisten zugesagt, wie unter anderem auch die Gunst beweist, in der die Jesuiten, die sich darin hervorthaten, im vorigen Jahrhundert am kaiserlichen Hofe standen. Zu Lehrern wurden Ausländer, meist Franzosen, genommen, mit der Verpflichtung, sich das Chinesische, in welchem allein vorgetragen werden darf, in einer gewissen Zeit anzueignen. Unter den Professoren befand sich auch ein Deutscher, Namens von Gumpach.

Die Ueberzeugung von der politischen und militärischen Macht Europa's hatte sich der chinesischen Regierung zuletzt so unwiderstehlich aufgedrungen, daß sie beschloß, die europäischen Höfe und die Vereinigten Staaten durch eine große Gesandtschaft zu beschicken, an deren Spitze sie einen gebornen Nordamerikaner, Anson Burlingame, stellte, dem, ein bei einem Christen und Fremden früher unerhörter Fall, zwei Mandarine von Rang beigegeben und untergeordnet wurden. Burlingame hatte sich in seinem Vaterlande ohne einflußreiche Verbindungen zu besitzen, einzig

durch sein Talent emporgeschwungen und war 1861 Mitglied des Repräsentantenhauses in Washington gewesen. Lincoln ernannte ihn zum Gesandten der Union in Peking, wo er sich während eines sechsjährigen Aufenthalts die Gunst der chinesischen Regierung und besonders des Prinzen Kung erwarb, der ihn an die Spitze der Gesandtschaft stellte, welche, die Diener eingerechnet, aus vierzig Personen bestand und sich Ende 1867 in Bewegung setzte. Burlingame erreichte in Washington, London, Paris, dem Haag, Stockholm, Kopenhagen, Berlin und Petersburg seinen Zweck, indem er überall neue Handelsverträge zwischen den betreffenden Staaten und China zu Stande brachte und aus den schon bestehenden einige für die chinesische Regierung lästige Bedingungen zu entfernen wußte. Seine Aufgabe war aber nicht blos Handels-, sondern auch Freundschaftsverträge zu schließen, welche die Beziehungen zwischen den contrahirenden Mächten und deren Staatsangehörigen nach allen Richtungen hin regeln sollten. Burlingame's Hauptziel war, das chinesische Reich in die europäische Cultur einzuführen und durch Verträge Collisionen zwischen ihm und den seefahrenden Nationen vorzubeugen, welche die Verbreitung civilisatorischer Ideen nur aufhalten können. Er starb in Petersburg vor Beendigung seiner Rundreise an den europäischen Höfen, und hat keine geeignete Person zur Vollendung seines Werkes zurückgelassen, das aber so lange die chinesische Politik unter der Leitung des Prinzen Kung steht, nicht aufgegeben werden wird.

Unter allen in China weilenden Fremden hatten die Franzosen, weniger aus politischer oder commercieller Rivalität, als wegen des übermäßigen und oft unzeitigen Eifers ihrer Missionäre, in der letzten Zeit die meiste Abneigung gegen sich erregt. Es giebt in China keinen religiösen Enthusiasmus. Der Charakter der daselbst herrschenden Religion und der Race, die sich zu ihr bekennt, deren Trachten nur auf äußere und sinnliche Dinge gerichtet ist, schließt eine solche Stimmung aus. Es zeigen sich wohl dann und wann Spuren groben Aberglaubens, aber kein Fanatismus, der mit übersinnlichen Ideen in Verbindung stände. Den Beamten, welche zugleich die Gelehrten des Landes sind, liegt eine religiöse Exaltation noch ferner als der Menge. Aber die von den französischen Missionären verkündigten Lehren von der christlichen Gleichheit, Sittenreinheit und Verachtung irdischer Güter standen in zu großem Widerspruch zu dem Wesen der höheren chinesischen Beamtenwelt, um nicht deren Verdacht und Feindseligkeit zu erregen. Die Mandarinen fürchteten von der Verbreitung solcher Meinungen eine Minderung ihrer Stellung und der damit verbundenen Vortheile, und benutzten ihren Einfluß auf das Volk, um dasselbe, das bei seiner langen Abgeschlossenheit von Haß gegen die Fremden erfüllt war, zu Angriffen auf dieselben fortzureißen. Zuerst wollte man die Franzosen in Schrecken setzen, die für die gefährlichsten unter allen Ausländern

galten, und sie zum Verlassen China's nöthigen. Die Mandarinen hofften, daß die anderen Europäer dann von selbst folgen würden. Zu dem Zweck wurde in Tien-tsin, einer Stadt von einer Million Einwohnern, ein furchtbares Trauerspiel in Scene gesetzt.

Schon seit langer Zeit waren gegen die in China anwesenden Franzosen verläumderische Gerüchte der abscheulichsten Art verbreitet worden. Die Missionäre wurden beschuldigt, chinesische Kinder zu stehlen, um sie zu ermorden, und aus ihren Augen und anderen Theilen des Körpers pharmaceutische Präparate anzufertigen. In der That war der Kinderraub in China häufig, wurde aber von Chinesen selbst begangen, um die Kinder in den großen Städten an Leute zu verkaufen, welche ein Geschäft daraus machten und die auf diese Art in ihren Besitz gekommenen Knaben und Mädchen zu der schändlichsten Lebensweise aufzogen. Wurden die Kinderdiebe bei Begehung ihres Frevels ertappt, so behaupteten sie nicht selten, von französischen Missionären dazu bevollmächtigt zu sein, welche die Kleinen aus Barmherzigkeit vor Noth und Elend schützen wollten. Wirklich sahen es die Missionäre für ihre Pflicht an, verwaiste oder andere unglückliche chinesische Kinder, so viel sie konnten, bei sich aufzunehmen, und ließen zu diesem Zweck in Frankreich Sammlungen veranstalten. Die Missionäre in Tien-tsin hatten sich in dieser Beziehung besonders eifrig gezeigt. Außerdem gaben sich chinesische Uebelthäter häufig für Christen aus, um von den französischen Consuln in Schutz genommen zu werden. In Tien-tsin waren in der letzten Zeit mehrere Fälle der Art vorgekommen. Die Missionäre hatten zuweilen, obwohl in der edelsten Absicht, bei Aufnahme von Einheimischen, die sich zur Taufe meldeten, die Regeln der Vorsicht und Prüfung vernachlässigt und waren getäuscht worden. Ein enthusiastischer Eifer konnte sich bei Männern, wie diese Missionäre, nicht immer in den gehörigen Schranken halten, die in ihrer Heimath alles verlassen hatten, woran die Menschen hängen, um in fernen Gegenden, unter Entbehrungen und Gefahren aller Art, die Religion zu verkündigen, die sie für die einzig wahre halten.

In Tien-tsin gab es einen zahlreichen Pöbel, der von den chinesischen Beamten gegen die Franzosen bearbeitet und zu deren Vertilgung aufgefordert wurde. Symptome einer vorhandenen Gährung hatten sich schon mehrmals gezeigt und auch den englischen Consul besorgt gemacht, der vergebens die chinesischen Autoritäten zur Ergreifung entschiedener Maßregeln zu bewegen suchte. Endlich brach der verhängnißvolle Tag an. Das französische Consulat und die geistliche Colonie: Lazaristen, Jesuiten, barmherzige Schwestern, hatten ihren Sitz in der Stadt aufgeschlagen, während die anderen europäischen Niederlassungen außerhalb derselben lagen. Am Morgen des 21. Juni (1870) versammelten sich zahlreiche Volkshaufen in der Nähe der von Franzosen

bewohnten Häuser und nahmen eine drohende Stellung an. Der französische Consul, Fontainier, begab sich mit seinem Secretär in aller Eile zum Gouverneur von Tien-tsin, Tschung-hu, und ging ihn dringend um Beistand an. Tschung-hu behauptete, daß keine Gefahr vorhanden sei und blieb unthätig. Als die beiden Franzosen sich nach ihrer Wohnung zurückbegeben wollten, wurden sie von der wilden Menge ergriffen und in Stücke gerissen. Um dieselbe Zeit drang eine blutdürstige Rotte in die Gebäude der katholischen Mission ein, tödtete daselbst unter den abscheulichsten Martern, die nur Orientalen zu begehen fähig sind, die barmherzigen Schwestern, die Jesuiten und Lazaristen und steckte die Häuser in Brand. Eben so wurden mehrere andere Franzosen, Männer und Frauen, die sich besuchsweise in Tien-tsin aufhielten oder daselbst Magazine hielten, und einige Russen, die man für Franzosen hielt, niedergemacht. Den übrigen anwesenden Russen, den Engländern, Deutschen und Schweizern, geschah nichts. Es war diesmal nur auf Franzosen abgesehen gewesen. Obgleich es in der Absicht der geheimen Anstifter der Metzelei lag, überhaupt der Anwesenheit der Europäer in China ein Ende zu machen, so wollte man doch erst sehen, wie weit sich das Volk fortreißen lassen würde. Denn der Eindruck der militärischen Ueberlegenheit der Engländer und Franzosen war von dem Kriege von 1860 und der Einnahme von Peking her, noch nicht erloschen. Auch war von Tien-tsin kein Schluß auf die übrigen großen Städte in China zu machen, weil sich in ersterer Stadt sehr viel rohes und wildes Gesindel, Seeräuber, Schleichhändler und Ausreißer vom stehenden Heere befand, das zu den größten Ausschweifungen und Verbrechen geneigt war. Aber der Plan, die Europäer zu vertreiben, stand bei den Häuptern der fremdenfeindlichen Partei fest, die nur die Zeit der Ausführung von den Umständen abhängig machten.

Die in Tien-tsin begangenen Gräuel brachten in den europäischen Niederlassungen im östlichen Asien einen tiefen und schmerzlichen Eindruck hervor. Ungeachtet der daselbst bestehenden politischen und commerciellen Rivalitäten, fühlten sich doch alle Fremde den Chinesen gegenüber als Verbündete und wurden bei dieser Gelegenheit von denselben Empfindungen beseelt. Als im Dunkeln gebliebene aber wirksame Anstifter des abscheulichen Complots galten in den Augen der Europäer vornehmlich drei Personen: Tseng-ku-fan, von dem man wußte, daß er ein geschworner Feind der Fremden sei, und der bei dem letzten Kriege gegen Frankreich und England gerathen hatte, sich lieber den äußersten Gefahren auszusetzen, als dem Feinde Zugeständnisse zu machen. Als Vicekönig von Nanking hatte er die Angriffe auf die Europäer ruhig geschehen lassen. Bei seiner Anwesenheit in Schanghai (1868) hatte sich unter den Eingeborenen alsbald die Nachricht verbreitet, daß der Tag der Vertreibung der Fremden nicht mehr fern sei. Kaum war er Statthalter

der Provinz Petsche-li, in der Tien-tsin liegt, geworden, als die gräßliche Metzelei daselbst ausbrach. Einer seiner Vertrauten, der Militärmandarin Schen-ku-jui, hatte sich schon im Kriege von 1859 durch seine Verfolgung der Missionäre hervorgethan, und Tschung-hu, der Gouverneur von Tien-tsin, hatte sich, wie oben erwähnt worden, beim Ausbruch des Aufstandes geweigert, das Consulat und die französische Niederlassung zu schützen.

Die Beerdigung der Opfer der chinesischen Barbarei in Tien-tsin mußte wegen der dazu nöthigen Vorbereitungen bis zum 3. August verschoben werden, und fand dann in feierlichster Weise statt. Der französische und englische Gesandte, der französische und nordamerikanische Admiral hielten bei diesem Anlaß Reden. Tiefen Eindruck auf die Zuhörer machte besonders eine Stelle in der Rede des französischen Gesandten, in welcher des heldenmüthigen Betragens einer französischen Nonne, der Schwester Elisabeth, erwähnt wurde. Sie trat den Mördern, als sie in das Innre des Gebäudes eingedrungen waren, mit den Worten entgegen: „Ihr wollt die Europäer tödten, wohlan, wir sind zehn; meine Gefährten sind in der Capelle gleich mir bereit als Opfer zu fallen, aber ich beschwöre euch: schont die Chinesenkinder, die mit uns sind!" — Diese Anrede rührte den blutdürstigen Pöbel nicht, und Schwester Elisabeth wurde in eben so grauenhafter Weise wie die anderen Nonnen umgebracht. Dieselben waren erst vor kurzer Zeit aus Schanghai nach Tien-tsin gekommen, und in hohem Grade bei der europäischen Colonie beliebt geworden.

Für den französischen Gesandten, Grafen Rochechouart, war die Mitschuld der genannten chinesischen Würdenträger und ihrer Gesinnungsgenossen in Peking nicht zweifelhaft und sein erster Gedanke war im Namen Frankreichs an China Krieg zu erklären. Aber es war keine einigermaßen ausreichende Kriegsmacht zur Hand und Graf Rochechouart wußte nicht, ob seine Regierung einen solchen Schritt billigen und ob England, was zum Erfolge nöthig gewesen wäre, sich Frankreich anschließen würde. Das französische und englische Geschwader in den chinesischen Meeren lag damals an der Küste von Japan. Erst mehrere Wochen später langte es an der Mündung des Pi-hu an. Jedenfalls wäre die Bemannung zu schwach gewesen, um Tien-tsin und die Forts von Taku zu nehmen. Mehrere Mitglieder des Regentschaftsrathes in Peking schlugen einen Angriff auf alle europäischen Niederlassungen vor, andere wollten für den Augenblick nur die Vertreibung der Franzosen. Prinz Kung, der die Zukunft China's im Auge hatte, und sich an den letzten Krieg erinnerte, stimmte für Erhaltung des Friedens und drang mit seiner Meinung durch. Die Chinesen suchten die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen. Nach vielem Zögern wurde iner von den Mandarinen, die in den Augen der Europäer für die

Anstifter des tragischen Ereignisses vom 21. Juni galten, Tschung-Hu, nach Paris geschickt, um das Bedauern der chinesischen Regierung über das Vorgefallene auszudrücken, und Tseng-ku-fan erhielt den Auftrag, eine Untersuchung über die in Tien-tsin an den Franzosen begangenen Verbrechen anzustellen. Graf Rochechouart hatte anfänglich auf eine nachdrückliche Genugthuung angetragen, mußte aber, als die Nachrichten von den Niederlagen der Franzosen im letzten Kriege einliefen, seine Forderungen sehr herabstimmen. Die Behörden von Tien-tsin, die der Metzelei vom 21. Juni ruhig zugesehen hatten, wurden abgesetzt und einige Leute aus den untersten Volksklassen ins Gefängniß geworfen. Für die Niederbrennung der Frankreich zugehörigen Gebäude wurde Entschädigung zugesagt. Die Franzosen waren in Folge ihrer Unfälle außer Stande gegen China mit der früheren Energie aufzutreten, und die Engländer suchten, um ihren unermeßlich vortheilhaften Handel mit China nicht gestört zu sehen, mit demselben in gutem Verhältniß zu bleiben.

Nicht lange nach den blutigen Scenen in Tien-tsin gab sich ein neues Symptom des Fremdenhasses kund, indem in Nanking der Vicekönig Ma ermordet wurde. (August 1870.) Der Thäter war ein chinesischer Student, der behauptete, der Vicekönig habe wegen seiner Neigung für die Fremden den Tod verdient. Ma hatte sich bei jeder Gelegenheit derselben angenommen, und selbst nachdem er eine tödtliche Wunde erhalten, noch für ihren Schutz in Nanking gesorgt. Es fanden daselbst eben die jährlichen Staatsprüfungen statt, wozu sich an 30,000 Studenten aus allen Theilen des Reiches einstellen, die meist von einem brennenden Haß gegen alles Europäische erfüllt sind. Diese Jugend, aus der die Mandarinen hervorgehen, ist das größte Hinderniß für ein gutes Einvernehmen zwischen China und dem Ausland.

England hat in seinen Beziehungen zu China mehr den Absatz seiner Fabrikate, Frankreich vor allem die Interessen der Civilisation, unter der Form des Katholicismus, im Auge. Es giebt allerdings in China auch englische Glaubensboten, die für das Christenthum wirken, und Privatleute dieser Nation, Männer wie Frauen, haben daselbst auf eigene Hand Schulen für die Eingeborenen angelegt, in denen die christliche Religion gelehrt wird. Die Bibel ist schon vor längerer Zeit von Engländern in das Chinesische übersetzt und später von einer aus anglicanischen Geistlichen bestehenden Commission in Schanghai durchgesehen worden. Man könnte überhaupt nicht behaupten, daß England für den Fortschritt der Gesittung im Allgemeinen weniger als Frankreich gewirkt habe. Für Abschaffung des Sklavenhandels und dann der Sklaverei selbst, diese große That des neunzehnten Jahrhunderts, haben die Engländer am meisten unter allen Nationen gethan. Aber im Orient, in ihren Beziehungen zu Hindus und Chinesen, haben sie bisher vorzüglich ihre Handelsvortheile

im Auge gehabt. Von den Franzosen ist dagegen die Verbreitung des Christenthums, in dem hohen und idealen, aber freilich auch herrschsüchtigen und unduldsamen Geiste des Katholicismus vorangestellt worden. Mit ihrem Brevier als einziger Waffe, ohne sich auf den Schutz von Consuln oder Kriegsschiffen stützen zu können, sind die Jesuiten im vorigen Jahrhundert China durchzogen und haben mit eben so viel Klugheit als Beharrlichkeit den Samen des Evangeliums ausgestreut. Die Aufopferung und Begeisterung haben die heutigen französischen Missionäre von ihren Vorgängern geerbt, aber nicht dieselbe Weisheit, die Berücksichtigung der Umstände, des Charakters und der Sitten des Volkes, mit dem sie zu thun haben. Nicht blos Gegner des Katholicismus, auch Anhänger desselben, die in China gelebt, haben den oft übertriebenen Eifer, namentlich der jüngeren unter den französischen Missionären tadelnd bemerkt, von denen manche das Märtyrerthum förmlich suchen, wodurch sie der Sache, der sie dienen, mehr Schaden als Nutzen bringen.

Die Stellung der chinesischen Regierung zu den Europäern und besonders den katholischen Glaubensboten hat sich im Vergleich zu früheren Zeiten bedeutend geändert. So lange der europäische Handel mit China sich auf einen einzigen Hafen beschränkte, keine blutigen Collisionen zwischen Chinesen und Europäern vorkamen, sondern letztere sich wie schutzsuchende Clienten betrugen, hatte man sie ihre Religion ungehindert verbreiten lassen. Die Missionäre waren nur so weit es die polizeiliche Ordnung verlangte, überwacht worden. Als aber Engländer und Franzosen sich den Eintritt in China mit den Waffen in der Hand erzwungen hatten und die Chinesen, ungeachtet ihres Hochmuths, unzweifelhafte Beweise von der militärischen Ueberlegenheit Englands und Frankreichs erhalten hatten, wurden sie gegen das Missionswesen, namentlich das katholische, das mit mehr Nachdruck und Erfolg als das protestantische auftrat und nicht mehr wie früher am Papst, sondern an Frankreich seine Hauptstütze hatte, von einem tiefen Mißtrauen erfüllt. Die chinesischen Behörden waren überzeugt, daß die katholischen Missionäre neben dem religiösen auch einen politischen Zweck verfolgten und auf eine Umwälzung der staatlichen Einrichtungen des Reiches hinarbeiteten. Besonders wurde ihnen Frankreich verdächtig. Sie begriffen nicht, daß dieses allein wegen der geringen Handelsinteressen, die es in jenen Gegenden zu schützen hat, einen so kostspieligen Apparat von Diplomaten, Consuln, Schiffen und Soldaten anwenden sollte. Sie waren überzeugt, daß es dabei auf Invasion und Eroberung abgesehen sei, zu der die Missionäre im Stillen die Bahn brechen sollten. Daß um sittlicher Zwecke willen eine Nation bedeutende Opfer bringen könne, wurde von den Chinesen nicht für möglich gehalten, deren Religion ein bloßer Ceremoniendienst und eine staatliche Veranstaltung, ohne moralischen

Einfluß wie ohne innre Ueberzeugung ist. Was die französische Regierung betrifft, so sind ihr bei ihrer Begünstigung der Verbreitung des Katholicismus in China, politische Zwecke allerdings nicht ganz fremd. Sie hofft auf diesem Wege dieselben Vortheile zu erlangen, welche den Engländern ihr Handel und ihre Marine verschaffen. Aber die französischen Missionäre dienen jetzt vielleicht weniger als in irgend einer anderen Zeit politischen Interessen, und leben nur für die Erfüllung ihrer religiösen Aufgabe.

Eine häufige Ursache des Streites der chinesischen Behörden mit den Fremden, besonders den Franzosen, ist der Anspruch, den diese machen, daß nicht nur ihre in China lebenden Landsleute, sondern auch die zum Katholicismus übergetretenen Eingeborenen, wenn dieselben sich unter den Schutz der Consuln und Missionäre stellen, von der chinesischen Gerichtsbarkeit ausgenommen und nach französischen Gesetzen behandelt werden sollen. Die Rechtspflege ist in den orientalischen Staaten oft so willkührlich und grausam, daß die europäischen Mächte überall, wo sie festen Fuß faßten, für ihre Unterthanen diese Ausnahmstellung in Anspruch genommen und nöthigen Falls erzwungen haben. Die chinesische Justiz ist eine der barbarischsten und es wäre für eine europäische Regierung unmöglich ihre Angehörigen derselben Preis zu geben. Die Franzosen thaten aber Unrecht, dieselbe Freiheit (Exterritorialität) für die zum Katholicismus bekehrten Chinesen zu beanspruchen. Von dieser Forderung gereizt, hat die chinesische Regierung in der letzten Zeit mehrmals verlangt, daß die Missionäre überall, ausgenommen in den den Fremden geöffneten Häfen, denselben Gesetzen wie die übrigen Bewohner des Reiches unterworfen seien. Die Chinesen werden sich nach und nach immer mehr davon überzeugen, daß sie durch den Verkehr mit den Europäern nur gewinnen können, und daß es ihnen fortan unmöglich sein würde, die frühere Absperrung zu erneuern. Auf der andern Seite werden die Fremden sich daran gewöhnen müssen, die Eigenthümlichkeit der Chinesen mit mehr Schonung als bisher zu behandeln, weil sie nur unter dieser Bedingung einen Einfluß auf dieselben ausüben können. Denn an eine gewaltsame Unterwerfung einer Bevölkerung von mehr als 400 Millionen Menschen kann vernünftiger Weise nie gedacht werden. Jede Störung eines friedlichen Verhältnisses würde nur den endlichen Sieg der christlichen und civilisatorischen Ideen aufhalten.

Es ist in der Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 (B. II. S. 17—18) der unter chinesischer Hoheit stehenden Halbinsel Korea und des von dem französischen Contreadmiral Roze auf dieselbe unternommenen Angriffs gedacht worden. Dem ist nur wenig Neues hinzuzufügen. Versuche auf friedlichem Wege das Innere des Landes zu erkunden, sind bisher an dem Mißtrauen der Koreaner gescheitert. Der Absicht des deutschen Entdeckungsreisenden Ferdinand von Richthofen, von

der chinesischen Halbinsel Liao-tung nach Korea zu gelangen, stellte das zwischen letzterem und China liegende Grenzland unübersteigliche Hindernisse entgegen (1869.) Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wurde nämlich zum Schutz gegen räuberische Einfälle der Koreaner auf das benachbarte mandschurisch-chinesische Gebiet festgesetzt, daß beide Länder durch eine neutrale Zone geschieden werden sollten. Dieselbe hat eine Breite von sieben bis zwölf deutschen Meilen und ist auf koreanischer Seite durch das 2500 Fuß hohe Fong-wang-schan Gebirge eingeschlossen. Alle Städte und Dörfer wurden damals auf diesem Landstriche dem Erdboden gleichgemacht und das fruchtbare Thal in eine Einöde verwandelt, in welcher keine Ansiedelung angelegt werden darf. Nur ein schmaler Pfad windet sich durch dasselbe bis zu dem Wachthause Kao-li-mön (Thor von Korea) und nur auf diesem darf der Verkehr zwischen beiden Nationen und auch nur im 3., 5. und 9. Monat jedes Jahres stattfinden, zu welcher Zeit bei jenem Wachthause eine Messe abgehalten wird. Nach dem letzten Tage des Meßmonats wird jeder Koreaner, der das chinesische, so wie jeder Chinese, der das koreanische Gebiet betritt, mit dem Tode bestraft. Nur den beiden Gesandtschaften, welche Korea jährlich nach China zur Ueberbringung des aus einer Quantität Papier und 800 Ochsen bestehenden Tributs sendet, so wie den Ueberbringern der Gegengeschenke des Kaisers von China steht das Recht zu, das neutrale Gebiet zu überschreiten. Seit 1871 ist eine neue Expedition und zwar von nordamerikanischer Seite unter Commodor Rodgers im Gange, welche, wie es heißt, die Koreaner wegen Ermordung der Mannschaft des 1866 an der Küste der Halbinsel gestrandeten amerikanischen Schoners „General Sherman" zur Verantwortung ziehen soll. Wahrscheinlich ist dies nur ein Vorwand, um die koreanische Regierung zum Oeffnen ihrer Häfen für den auswärtigen Handel zu zwingen, um dort ein neues Feld für den nordamerikanischen Unternehmungsgeist zu gewinnen, wie Commodor Perry dies 1853 und 1854 in Japan that. Sich ganz selbst überlassen, könnte Korea, wie früher China und Japan, der übrigen Welt noch lange verschlossen bleiben. Aber seitdem diese beiden Reiche ihre Pforten haben aufthun müssen, wird auch Korea, das zu derselben Race und Religion gehört, sich diesem Beispiel nicht entziehen können. Diese Halbinsel ist 6—7000 Quadratmeilen groß und wird von wenigstens 6 Millionen Menschen bewohnt, enthält edle und andere Metalle, bringt in ihrem südlich gelegenen Theile viel Reis, Baumwolle, Seide und wahrscheinlich auch andere Dinge hervor, die den Einwohnern vielleicht selbst noch unbekannt sind, oder wenigstens von ihnen nicht benutzt werden.

Japan.

In diesem Lande waren seit einigen Jahren in den höchsten Sphären des staatlichen Lebens größere Veränderungen als irgendwo sonst im Orient vorgegangen. Das Taikunat oder weltliche Kaiserthum, wie es gewöhnlich in Europa genannt wurde, das im siebzehnten Jahrhundert entstand, war gestürzt worden und der letzte Träger desselben hatte sich dem geistlichen Kaiser (Mikado) unterworfen und aller Ansprüche auf Souveränetät begeben. Die Vasallenfürsten (Daimijos) wollten lieber dem alten, rechtmäßigen Herrn des Landes, dessen Vorfahren bis vor etwas über zwei hundert fünfzig Jahren seit undenklicher Zeit allein regiert hatten, als der aus einer Empörung hervorgegangenen Dynastie des Taikun gehorchen. Auch hatten sich die Daimijos bei ihrer Anerkennung der alleinigen Oberhoheit des Mikado so ansehnliche Rechte vorbehalten, daß sie durch diese Einherrschaft statt der früheren Zweiherrschaft eher gewonnen als verloren. Die innern Zustände Japans waren selbst für unterrichtete Fremde, die dasselbe besuchten, so undurchdringlich geblieben, daß sie von dem wahren Verhältniß zwischen Mikado und Taikun, welcher erstere nach den Grundgesetzen des Reichs immer für das rechtmäßige Oberhaupt galt, nichts in Erfahrung gebracht hatten, und den weltlichen Kaiser, der bisher scheinbar alles in allem gewesen, für den alleinigen Herrscher hielten. Die von fremden Regierungen mit dem Taikun, der jetzt politisch nicht mehr vorhanden war, abgeschlossenen Verträge hatten ihre Gültigkeit verloren und mußten von neuem sanctionirt werden. Für die in Japan wohnenden fremden Kaufleute und für den Verkehr überhaupt war das Verschwinden des Taikunats eine erwünschte Veränderung, indem der innre Friede dadurch gesichert schien und eine größere Centralisation der Regierung möglich wurde. Man hoffte auf Abstellung mancher unter den Taikuns eingerissenen Uebelstände, unter denen die Münzverschlechterung obenan stand, zu der auch die Daimijos in ihren Geldverlegenheiten griffen und die dem Handel große Verluste zuzog.

Der Verlauf des japanesischen Bürgerkrieges, der die Aufhebung des Taikunats zur Folge hatte, ist noch immer nicht in allen einzelnen Theilen aufgeklärt, und könnte, wäre dies auch der Fall, hier nicht vollständig mitgetheilt werden. So viel möge davon Platz finden. Der wahre Grund des Ereignisses, das in den Augen der Fremden eine Revolution, in denen der Japanesen aber nur die Restauration eines alten gesetzlichen Zustandes darstellte, war die Eifersucht der Daimijos auf den Taikun, der nach ihrer Meinung nur einer von ihresgleichen war, aber den Mikado von den Staatsgeschäften entfernt und die oberste

Macht an sich gerissen hatte. Obgleich dies in der That der Fall war, so schien die Stellung des Taikun, die schon seit beinahe zehn Generationen dauerte, durch das passive Verhalten des Mikado und die bei jedem Personenwechsel im Taikunat erfolgte Zustimmung der Vasallenfürsten hinlänglich gesichert zu sein. Aber bei der Absperrung Japans von jedem Fremdenverkehr und der langen innern Ruhe hatte sich die Erinnerung an die uralten Rechte des Mikado und die verhältnißmäßig junge Schöpfung des Taikunats lebendig erhalten. In China war im siebzehnten Jahrhundert der frühere Herrscherstamm durch den jetzt regierenden vom Throne gestoßen worden und hatte keinen Vertreter zurückgelassen; in Japan dauerte die ursprüngliche Dynastie, die nie aufgehört, aber die ausübende Gewalt verloren hatte, ununterbrochen fort, ein Verhältniß, das im Laufe der Zeit zu Collisionen führen mußte. Lange hatten sich die Taikuns durch überlegene Geisteskräfte ausgezeichnet und den Widerspruch, der in ihrer übertragenen Macht, angesichts einer ursprünglichen, lag, zum Schweigen gebracht. Allmählich aber regte sich in den Mikados der Schmerz über die verlorenen Rechte und in den Daimijos der Drang nach Abschüttelung des ihnen von einem, der aus ihrer Mitte hervorgegangen, auferlegten Joches. Denn diese Vasallenfürsten, obgleich im Innern ihrer Besitzungen fast selbständig geworden, befanden sich in einer sehr wichtigen Beziehung in großer Abhängigkeit vom Taikun. Sie waren verpflichtet, einen Theil des Jahres über in Jeddo zu wohnen, wo letzterer seinen beständigen Sitz hatte, und mußten, wenn sie sich entfernten, ihre Familien als Geiseln zurücklassen.

Das erste laute Zeichen von Opposition der Daimijos gegen den Taikun brach bei Gelegenheit der Verträge aus, die derselbe ohne Ermächtigung des Mikado, zuerst mit den Nordamerikanern und dann mit mehreren europäischen Mächten eingegangen war, wodurch Japan den Fremden geöffnet wurde (S. Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Zweiter Band. Die außereuropäischen Staaten. 19—27.) Daselbst ist auch der innern Unruhen, die aus dieser Neuerung entstanden, Erwähnung gethan worden. Der Taikun wurde genöthigt, die nachträgliche Genehmigung der mit den Fremden eingegangenen Verträge bei dem Mikado nachzusuchen und konnte nichts dagegen einwenden, als dieser die Daimijos von der Verpflichtung befreite, in Jeddo zu residiren, oder ihre Familien daselbst als Pfänder ihrer Treue zurückzulassen. Aber damit hörte die Opposition der Vasallenfürsten nicht auf. Sie schlossen, unter dem Vorwand, daß sie von den Fremden (Engländern und Franzosen) bedroht würden, Schutz- und Trutzbündnisse unter einander ab. Der 1866 gewählte Taikun, Stotsbaschi, übernahm eine schon gefährdete und unterminirte Stellung. Derselbe begriff, daß die bestehende Verfassung des Reichs und sein eigenes Ansehen von den Daimijos bedroht wurde, und wollte sich, wie schon sein Vorgänger, auf die Fremden stützen,

sah aber, daß er damit zuletzt in einen unausgleichbaren Widerspruch zum japanischen Volke treten mußte. Auf den Mikado, der damals noch im Knabenalter stand und von gegnerischen Einflüssen umgeben war, konnte er sich nicht verlassen. Zu gleicher Zeit machten die einheimischen Katholiken, die, wie in China, von den Franzosen unterstützt wurden, einen Versuch, ihren Cultus öffentlich auszuüben, welche Verletzung der Reichsgesetze er als Taikun nicht dulden konnte und sich doch mit den Franzosen nicht überwerfen wollte. So von allen Seiten gedrängt, legte er seine Würde als Taikun zu den Füßen des Mikado nieder, nahm sie aber, als sich ihm ein Hoffnungsschimmer zeigte, wieder auf und griff zu den Waffen, um den früheren Zustand wieder herzustellen. Besiegt und von einem großen Theil seiner Anhänger verlassen, erneuerte er seine Abdankung und zog sich nach der Stadt Mito, dem Hauptort des gleichnamigen ihm zugehörigen Fürstenthums, zurück. Das Taikunat oder weltliche Kaiserthum hatte aufgehört, und der 1869 noch nicht zwanzig Jahre alte Mikado oder bisherige geistliche Kaiser war Alleinherrscher aller Japanesen geworden. Der zwischen Franzosen und Engländern herrschende Antagonismus hatte nach der Meinung der in Japan weilenden Fremden wesentlich zu dieser politischen Veränderung beigetragen. Während der Taikun auf Frankreich hoffte, hatten sich die Daimijos England angeschlossen, und ließen sich von dem Vertreter dieser Macht, Sir Harry Parkes, leiten, der, die Schwäche des Taikun und die Abgelebtheit dieser Institution durchschauend, durch seine Rathschläge die Katastrophe herbeiführte. Was der Taikun selbst zur Zeit seiner Popularität nicht hatte wagen können, wurde jetzt vom Mikado, dem Haupt der Priester und der reactionären Partei, ohne Schwierigkeit vollführt. Am 1. Januar 1869 ward Jeddo dem europäisch-amerikanischen Handel eröffnet, und den Fremden ein an den Hauptverkehrsadern der großen Stadt gelegenes Terrain zu Wohnungen, Comptoirs und Waarenhäusern überlassen. Damit war freilich noch keine vollkommene Sicherheit für die Zukunft der europäischen Niederlassungen gegeben, aber doch Großes erreicht, wenn man alle Hindernisse bedenkt, mit welchen die Fremden, seit der Ankunft des nordamerikanischen Commodor Perry im Jahr 1854, zu kämpfen gehabt hatten.

Es gab sich nach dem Sturze des Taikun eine allgemeine Bewegung zu Gunsten des Mikado kund, der sich selbst die mächtigsten unter den Daimijos: Satsuma, Owari, Kaga, Hizen u. s. w. nicht entzogen. Es wurde eine Versammlung der Vasallenfürsten in Jeddo angekündigt, um über eine Reform der innern Zustände zu berathen, und als Einleitung dazu erließen dieselben Erklärungen an den Mikado, die von Bezeugungen der Ehrfurcht und Unterwürfigkeit überflossen. In einer derselben hieß es unter anderem: „Himmel und Land sind des Kaisers; da ist niemand, der nicht sein Unterthan wäre.“ — Um diesen Umschwung zu

begreifen, muß man sich erinnern, daß die Oberhoheit des Mikado von den Damaijos nie geleugnet worden war, die, anfänglich nur seine Statthalter, auch nachdem sie die Erblichkeit ihrer Würde und thatsächliche Unabhängigkeit erlangt hatten, sich immer als seine Vasallen betrachteten, und bei jedem Personenwechsel von ihm die Bestätigung ihrer Lehnen erbaten, die ihnen natürlich nie verweigert wurde. Wie in Japan eine von dem stammverwandten und nahe liegenden China so ganz verschiedene Verfassung hat entstehen können, die, was die Stellung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu einander betrifft, eine auffallende Aehnlichkeit mit den staatlichen Verhältnissen des Mittelalters und des Feudalwesens zeigt, ist nicht nachzuweisen, indem die Japanesen, wie die meisten der orientalischen Völker keine eigentliche Geschichte haben, deren Stelle Traditionen und Legenden vertreten, welche die bestehenden Gewalten und Einrichtungen mit den ältesten Epochen der Welt verknüpfen und ihnen eine uranfängliche Bedeutung beilegen. In einer der oben erwähnten Eingaben an den Mikado wird von einer zehntausendjährigen, nie unterbrochenen Herrschaft seiner Dynastie gesprochen. In der That ist die Gründung des Taikunats der erste genau nachzuweisende Moment in der Geschichte Japans. Frühere Ereignisse sind in der Erinnerung nicht ganz verschwunden, aber ihrem Entstehen, ihrem Verlaufe und Zusammenhange nach nur sehr unvollständig bekannt, und die in ihnen enthaltenen historischen Facta beständig mit handgreiflichen Fabeln und angeblichen Wundererscheinungen vermischt.

Ohne Zweifel war es vornehmlich Eifersucht auf die Macht des Taikun und Mißtrauen in seine Herrschsucht, was die Daimijos zu seinem Sturz und dem Anschluß an den Mikado bewog. Es wirkte aber auch ihre Furcht vor den Fremden zur Aufhebung des bisher in der Staatsverfassung vorhandenen politischen Dualismus mit. Man wollte die Macht durch die Einheit wiederherstellen. Den Mikado dem Taikun aufzuopfern, lag zu sehr außer dem Kreise der herrschenden Vorstellungen, und war auch im Moment kein Grund vorhanden, da nicht jener, sondern dieser den Daimijos verdächtig geworden war. Diese sahen in der Theilung der obersten Gewalt den Grund der Schwäche des Reiches, besonders seitdem eine neue Epoche mit der Zulassung der Fremden angefangen hatte. Dieselben ganz von sich abzuhalten, war dem mächtigen China nicht möglich gewesen und konnte dem zehnmal kleineren Japan noch weniger gelingen. Nicht in dem Grade wie die Chinesen in dem Vorurtheil der eigenen Ueberlegenheit erstarrt, wollten die Japanesen mit den Europäern in Verbindung treten und von ihnen lernen. Aber indem sie von ihnen Verbesserungen entlehnten, waren sie nicht geneigt, ihre innre Unabhängigkeit gefährden zu lassen. Sie suchten sogar das constitutionelle System bei sich einzuführen, was den Chinesen

nie eingefallen wäre, und im August 1869 wurden im japanesischen Unterhause (Kogi) Anträge über Ertheilung von Patenten auf Erfindungen angenommen, die Anlegung neuer Kirchhöfe verstattet und das Verbrennen der Leichen verboten. Doch gaben sich in dieser Versammlung, die das, was es in Japan an Aufklärung und Bildung gab, vertreten sollte, auch Zeichen von verkehrter Anhänglichkeit an rohe Gebräuche oder veraltete Vorstellungen kund, die bewiesen, daß in den Köpfen dieser Orientalen Licht und Finsterniß noch in einem unentschiedenen Kampfe lagen und es zweifelhaft erscheinen konnte, welches von beiden Elementen den Sieg davon tragen werde. Der im Unterhause gestellte Antrag auf Abschaffung des Bauchaufschneidens (Seppuka), eine Form des Selbstmordes unter Officieren, die in manchen Fällen von der Sitte und dem Gesetz geboten ist, wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Eben so wurde das Recht des niederen Adels, zwei Schwerter tragen zu dürfen, beibehalten. Wichtiger als dies war die einhellig, mit Ausnahme einer einzigen Stimme, gefaßte Resolution des Unterhauses, welches bei Gelegenheit der Frage über die Stellung des Reiches zur christlichen Religion, dieselbe für staatsgefährlich erklärte. Doch wurde der Antrag auf Anwendung strenger Strafen gegen die zu ihr übergetretenen Eingeborenen mit 176 gegen 44 Stimmen verworfen. Die Vertreter der fremden Mächte erklären in identischen Noten, daß kein Beschluß des japanischen Parlaments, selbst wenn er die Zustimmung der Regierung erhielte, die in Kraft stehenden Verträge verändern könne. Indessen ist der Geist des religiösen Fanatismus, der Unduldsamkeit und des Mißtrauens, der im Jahr 1639 in wenigen Tagen, gegen 40,000 japanesischen Christen den Untergang brachte, noch nicht ganz verschwunden, obgleich er im Laufe der Zeit und aus Furcht vor der Ueberlegenheit der europäischen Seemächte viel von seiner Schärfe und Heftigkeit verloren hat. Bereits 1868 wurden etwa 300 Christen aus der Nähe von Nagasaki heimlich und mit Gewalt fortgeschafft, und im Anfange 1870 geschah dies mit 700, die man alle nach entlegenen Gegenden deportirte, ohne daß von ihrem weiteren Schicksal etwas bekannt geworden. Verwendungen der fremden Gesandten blieben unberücksichtigt. Man behauptet, daß, ungeachtet der blutigen Verfolgung im siebzehnten Jahrhundert, das Christenthum in Japan im Verborgenen fortdauerte, und daß in neuester Zeit die katholischen Missionäre mit diesem Ueberrest von heimlichen Christen Verbindungen anknüpften und den Funken in der Asche wieder anfachten. Diese Wahrnehmung habe den etwas eingeschlummerten Argwohn der japanischen Behörden von neuem geweckt.

Seitdem die letzten Ueberreste der Anhänger des ehemaligen Taikun, die noch Hakodade für ihn hielten, besiegt waren, konnte die Regierung des Mikado ungestört an das Werk der neuen Organisation

Japans gehen und verfuhr dabei mit großer Mäßigung. Auf einer Versammlung der Daimijos in Jeddo gaben dieselben in einer förmlichen Adresse ihre Lehnsgüter an den Kaiser zurück, wurden aber von diesem wieder unter dem Namen Chihanji (Statthalter) eingesetzt. (September 1869.) Es fand sonst keine Reaction, keine Verfolgung aus politischen Ursachen, keine einzige Hinrichtung statt, obgleich die Leidenschaften im Anfange des Kampfes zwischen den Parteien sehr erhitzt gewesen waren.

Für den Augenblick ließ sich alles ruhig und befriedigt an, aber die Zukunft scheint den in Japan ansässigen Europäern noch immer ungewiß zu sein, weshalb sie, fast alle mit Handel beschäftigt, die Gegenwart möglichst auszunutzen bemüht sind. Die fremdenfeindliche Partei in der Nähe des Mikado ist zahlreich, der frühere Taikun, Stotsbaschi, hat unter den Anhängern der alten Ordnung der Dinge noch viele Freunde, und unter den Daimijos zeigen sich Spuren von gegenseitiger Eifersucht, so daß es an Veranlassung zu innern Bewegungen nicht fehlt. Indessen nehmen die Japanesen, im Vergleich zu den Chinesen, auffallend schnell alle ihnen zugänglichen und für sie brauchbaren Elemente der europäischen Civilisation an, und wissen die daraus zu ziehenden Vortheile zu würdigen. Es ist nicht denkbar, daß eine entgegengesetzte Gesinnung sich unter ihnen anders als vorübergehend geltend machen könne. Die Japanesen besitzen, ungeachtet ihrer langen Abgeschlossenheit vom Auslande, eine lebendigere und beweglichere Natur, mehr Feuer und Thatkraft als die Chinesen und sind viel tiefer als diese von der Nothwendigkeit des Fortschreitens durchdrungen. Auf der anderen Seite könnte sich Japan bei einem Conflict mit den zur See mächtigen Nationen Europas nicht auf eine so große, dichte, schwer zu durchbrechende Masse von Land und Menschen wie China verlassen, und würde bei einem offenen Kampfe eher und vollständiger als dieses erliegen. Es ist deshalb auch nicht wahrscheinlich, daß es sich einem solchen leichtsinniger Weise aussetzen sollte, und es wird von Europa mit mehr Rücksicht als das mächtigere China behandelt. Europäische Ideen und Sitten werden auf dem japanischen Archipelagus, in den Häfen und Buchten der vielen Inseln, eher Eingang als auf dem chinesischen Continent und dessen unermeßlichen Ebenen finden. Dieses schöne Land, das sich eines gemäßigten Climas wie wenige andere Gegenden des Orients erfreut, kann mit seinen vier und dreißig Millionen thätigen und verständigen Bewohnern eine Culturstätte in Ostasien, der Punkt, wo die alte und neue Welt sich die Hände reichen, und ein Glied in der Kette werden, mit der die moderne Civilisation die Erde zu umspannen anfängt.

Nachdem die Nachricht vom Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in Japan eingelaufen, wurde von der Regierung des Mikado

eine strenge Neutralität proclamirt (September 1870.) In den japanischen Gewässern sollten zwischen den Schiffen der kriegführenden Mächte keine Feindseligkeiten stattfinden dürfen und keine Prisen gemacht werden, wohl aber konnten Kriegs- wie Handelsschiffe in den Häfen sich mit Wasser, Lebensmitteln und Brennstoff versehen. Den Japanesen wurde verboten, auf den Deutschen oder Franzosen gehörenden Kriegs- oder Handelsschiffen Waaren zu versenden.

In den Theilen Afrika's, die mit Europa in Verbindung stehen, hatte sich in der Epoche von 1860 bis 1867 manches Wichtige und Folgenreiche zugetragen. Marocco war der Tapferkeit und Kriegskunst der Spanier unterlegen und zu einem für letztere ehrenvollen Frieden genöthigt worden. Die Franzosen hatten in Algerien die Kabylischen Stämme unter ihre Herrschaft gebracht, und Napoleon III. war, um sich von den Bedürfnissen des Landes zu überzeugen, eine Zeit lang an Ort und Stelle anwesend gewesen. In Tunis hatten Engländer und Franzosen um den vorherrschenden Einfluß gestritten und der Bey war von einem großen Aufstand bedroht gewesen. In Aegypten war unter dem Vicekönig Ismael Pascha die Thronfolge im europäischen Sinne abgeändert und eine Art von Repräsentativverfassung eingeführt worden; in Abessinien hatte König Theodor die Engländer ungerechter Weise herausgefordert und seine vielen an Eingeborenen und Fremden begangenen Gewaltthaten mit dem Leben gebüßt. In Madagascar hatte eine Thronrevolution stattgefunden und kamen nach Beruhigung des Landes Handelsverträge mit England und Frankreich zu Stande. Die Jahre von 1867 bis 1871 sind in Afrika weniger reich an politischen und militärischen Ereignissen gewesen, doch hat sich der Einfluß Europas auf diesen Welttheil, wovon in ihm wie in Asien die Zunahme der Cultur abhängt, nicht vermindert und ist wenigstens in einem bedeutenden Theil desselben, in Aegypten, durch die Durchgrabung der Landenge von Suez vermehrt worden. Auch hat der Drang nach Kenntniß des größtentheils noch unbekannten Innern dieses Welttheiles nicht nachgelassen, und, wie neue Beweise von europäischem Unternehmungsgeiste geliefert, so auch neue Opfer an Menschenleben gekostet.

Algerien.

In dieser großen Provinz machte die Colonisirung auch nachdem das ganze Gebiet den französischen Waffen unterworfen war, nicht die Fortschritte, welche von seiner Ausdehnung, Fruchtbarkeit und Nähe zu

Europa hätten erwartet werden können. Es gab einige, wenn auch schwer, aber für eine große Macht wie Frankreich nicht unmöglich zu beseitigende Hindernisse, wie die Verschiedenheit in Religion, Sitte und Lebensweise zwischen den beiden Racen, aber es geschah von Seiten der Franzosen viel zu wenig, um dem europäischen Element unter den Arabern Eingang und allmählich das Uebergewicht zu verschaffen. Den Engländern war es in dem unendlich entfernteren Ostindien gelungen, ein großes Reich zu gründen und aus ihm eine Hauptstütze für ihre Weltstellung zu machen, weil sie bei seiner Verwaltung nach einem festen Plan verfuhren, und denselben zwar nach den Umständen modificirten, dabei aber immer ein bestimmtes Ziel im Auge behielten. Hieran hat es den Franzosen bei ihrem Auftreten in Algerien bisher gänzlich gefehlt. Anstatt sich eine Zeit lang mit einigen dominirenden Punkten an der Küste zu begnügen, sich von da aus nach und nach auszubreiten, die eingeborenen Völker und Stämme von einander zu trennen und sich der einen gegen die anderen zu bedienen, wie einst die Römer in Gallien und die Engländer in neuester Zeit in Ostindien thaten, sind sie alsbald an die Eroberung des Ganzen gegangen und haben alles gegen sich aufgeregt, indem sie alles zu gleicher Zeit bedrohten. Die Franzosen, als Einzelne liebenswürdig und geneigter zu überreden als zu zwingen, haben als Nation es immer vorgezogen ihre Absichten mit Gewalt zu erreichen, und dadurch mehrmals einen Widerstand gegen sich hervorgerufen, der das Gegentheil von dem, was sie gewollt hatten, herbeiführte. Für Algerien war eine solche Gefahr nicht zu fürchten, aber Frankreich hat sich daselbst, indem es die Kunst der Politik verschmähte und bei jeder Gelegenheit an die Schärfe des Schwertes appellirte, seine Aufgabe unendlich erschwert und deren Erfüllung verzögert. Kaum ist ein Aufstand überwältigt, so kann sich die Regierung auf den Ausbruch und die Unterdrückung eines neuen gefaßt machen. Algerien befand sich in einer Art von permanentem Belagerungszustande und die Militärautorität übte eine unbeschränkte Macht aus. Sie gerieth nicht nur mit der Justiz, sondern auch mit der Kirche in Conflict und mischte sich unter dem Vorwand der Sicherheit der Colonie in alle innern Verhältnisse.

Das Christenthum hatte in Algerien, ungeachtet die französische Herrschaft daselbst schon seit beinahe vierzig Jahren dauerte, sehr wenig Anhang gewonnen. Die Araber sind dazu von Hause aus noch ungeneigter als andere Mohamedaner, und die Art, wie ihnen die christliche Civilisation auf den Spitzen der Bajonnete entgegengebracht wurde, war nicht gemacht, für sie einzunehmen. Es war in der Stadt Algier ein Bisthum errichtet worden, das später zu einem Erzbisthum erhoben wurde; es gab Klöster und geistliche Congregationen und französische Karthäuser hatten große Ackerwirthschaften angelegt, um die Araber zur Nachahmung anzuregen. In den Städten wurden Processionen gehalten und an

hervorragenden Stellen in der Wüste und den Gebirgen fanden häufig feierliche Militärgottesdienste statt. Die Araber, die schaulustig sind und pittoreske Ceremonien lieben, wohnten denselben in großer Menge bei und zeigten sich aufmerksam und selbst achtungsvoll, bekümmerten sich aber nicht um den Sinn dieser Gebräuche und traten nicht zu der Religion über, aus der dieselben hervorgingen. Die mohamedanischen Häuptlinge, die Cadis, Ulemas u. s. w. legten deshalb auch keine Abneigung gegen die Abhaltung des katholischen Gottesdienstes dar. Diese indifferente Stimmung änderte sich als der Erzbischof von Algier, de Lavigerie, Hospitäler, Waisenhäuser und Zufluchtsorte | für Arme, Kranke und Greise anlegte, die von Geistlichen und barmherzigen Schwestern bedient wurden. Allein in der Stadt Algier hatten **1100** arabische Kinder, die in Folge der schrecklichen Hungersnoth während des Winters von 1867 zu **1868** verwaist worden waren, auf diese Art ein Asyl gefunden. Anstatt diese Anstalten angemessen zu unterstützen, indem, abgesehen von ihrem gemeinnützigen Zweck, die mohamedanische Bevölkerung am ersten durch den Eindruck der empfangenen Wohlthaten, ohne Anwendung von Zwang oder List, dem Christenthum näher gebracht werden kann, wollte die französische Militärautorität darin eine Ursache der Unzufriedenheit für die Araber erkennen, und suchte der Geistlichkeit Hindernisse in den Weg zu legen und sie in dieser Thätigkeit zu beschränken. Es erhob sich ein ärgerlicher Streit zwischen dem Erbischof de Lavigerie und dem Generalgouverneur Herzog von Magenta, in welchem der Kriegsminister Marschall Niel, wenn auch unter vielen schmeichelhaften Ausdrücken für den Prälaten, dem Generalgouverneur Recht gab und die Errichtung und Beaufsichtigung solcher Anstalten von demselben abhängig machte (Mai 1868.) Der militärische und polizeiliche Absolutismus, der, obgleich auch in Frankreich vorhanden, dort an der bestehenden Verfassung und der öffentlichen Meinung Schranken fand, konnte sich in Algerien unbedingt geltend machen.

Wenn mancherlei Mißbräuche und Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung Algeriens nicht geläugnet werden können, so hat sich dieselbe dagegen ein unläugbares Verdienst um Erziehung und Unterricht erworben und dafür einen Grund gelegt, der durch keine politische Veränderung mehr ganz zerstört werden könnte. Die Anschauung des civilisirten europäischen Lebens ist für einen großen Theil der arabischen Bevölkerung ungeachtet der vielen Collisionen nicht ohne Frucht gewesen, und würde selbst bei einem totalen Wechsel der Verhältnisse nicht verloren gehen. Auch haben sich mit der französischen Herrschaft viele einzelne positive Kenntnisse und Fertigkeiten unter den Eingeborenen verbreitet, die jedenfalls nachwirken würden. Der Fortschritt unter den Besiegten und ihre Annäherung an die Sieger ist bei den großen entgegenstehenden Hindernissen nur langsam und scheint zuweilen ganz still

3*

zu stehen, geht aber unvermerkt weiter und giebt sich von Zeit zu Zeit in unverkennbaren Zeichen kund. Die Verbreitung des europäischen Unterrichts heilt im Ganzen immer wieder die Wunden, welche die Kriege und Aufstände im Einzelnen geschlagen haben.

Academische Facultäten giebt es bis jetzt in Algerien nicht, und in Algier besteht nur eine Secundärschule für Medicin, die nicht zur Ertheilung des Doctorgrades berechtigt ist, deren Professoren es aber nicht an wissenschaftlichem Geiste fehlt, wie eine von ihnen herausgegebene Zeitschrift beweist. Algier besitzt zwei Gymnasien (Lyceen), eines nach dem in Frankreich üblichen Zuschnitt eingerichtet, wo einige hundert Schüler französischen und arabischen Ursprunges in den classischen Sprachen unterrichtet und für den Besuch einer französischen Facultät vorbereitet werden; von originellerer Art ist das andere dieser Gymnasien, das sogenante arabische Lyceum, wo etwa hundert junge Araber und dreißig bis vierzig Franzosen in einer Pensionsanstalt zusammenleben. Von Griechisch und Lateinisch ist in dieser Schule keine Rede. Dagegen werden gelehrt: Französisch, Arabisch, Geschichte, Geographie, Mathematik, Physik, Chemie u. s. w. Die jungen Araber lernen hier das Französische vollkommen und die Franzosen ebenso das Arabische und leben nicht nur in Eintracht miteinander, sondern knüpfen nicht selten enge Freundschaftsbündnisse an. Der in dieser Anstalt herrschende Geist wird von den Reisenden, welche Gelegenheit hatten, dieselbe kennen zu lernen, nicht nur für musterhaft gehalten, sondern es werden auch auf die gegenseitige Sympathie, welche daselbst die Angehörigen der beiden Nationen hegen, Hoffnungen für die Zukunft gebaut. Denn die dort erzogenen jungen Araber gehören ohne Ausnahme den höheren Klassen an, die einmal einen Einfluß auf ihre Landsleute ausüben können. — Der Elementarunterricht wird in Communal- oder Privatschulen ertheilt. Der ersteren giebt es ungefähr 500, von denen 350 unter Leitung der katholischen Geistlichkeit stehen, 200 nur Lehrer aus dem Laienstande haben. Ein Uebelstand ist die große Menge der aus Frankreich kommenden sogenannten Schulbrüder (frères de la doctrine chrétienne, frères ignorantins), welche, weniger in Algier als in den übrigen Orten, sich vorzugsweise am Volksunterricht betheiligen und achtungswerth durch die Entsagungen, die sie sich auflegen, zum Erziehungswesen meist wenig geeignet sind, indem sie die Jugend mehr nur äußerlich abrichten als innerlich bilden.

Als Pflanzschule für Elementarlehrer besteht in Algier ein Seminarium (école normale), wo Franzosen und Araber für ihren Beruf ausgebildet werden, und man hat bemerkt, daß auch in dieser Anstalt die Verschiedenheit des Glaubens unter den Zöglingen keine Reibungen erregt. Es giebt viele arabische Privatschulen, die noch aus der Zeit vor der französischen Eroberung herstammen, und auch eine Anzahl

protestantischer, die von den Kindern der Colonisten, Beamten und Militärs, die zu dieser Confession gehören, besucht werden. Arabische Mädchenschulen fehlen, da die Araber der unteren Stände jeden anderen Unterricht als den im Auswendiglernen von Koransprüchen, die mündlich gelehrt werden, bei der weiblichen Jugend für überflüssig halten. Aber für arabische Mädchen aus den wohlhabenden Klassen hat eine gebildete Französin schon vor Jahren eine zahlreich besuchte Erziehungsanstalt gegründet, in der die feinsten weiblichen Arbeiten mit der größten Vollendung ausgeführt werden. Die jungen Mädchen, die bemittelten katholischen Familien angehören, werden, wenn man sie nicht nach Frankreich schickt, in den in Algerien errichteten Nonnenklöstern, die anderen in den weiblichen Communalschulen erzogen, wo der Unterricht von französischen Schulschwestern ertheilt wird, die immer zu einer geistlichen Congregation gehören. Für die weibliche Jugend protestantischen Glaubens suchen die Geistlichen dieser Confession so viel als möglich Privatschulen zu gründen, indem die protestantischen Communalschulen zwar gut eingerichtet, aber was die Anzahl betrifft, ungenügend sind, und die Mädchen, welche die katholischen Anstalten der Art besuchen, sich Zumuthungen zum Uebertritt ausgesetzt sehen. Vor einigen Jahren ist eine nach dem Fröbelschen System gebildete Kindergärterin nach Algier gekommen und hat daselbst eine Anstalt errichtet, die auch von arabischen Kindern besucht wird, die in der Gesellschaft von Deutschen und Engländern ihres Alters deren Sprache mit überraschender Leichtigkeit erlernen. In Algerien herrscht sowohl bei der Regierung als der Communalverwaltung die Ueberzeugung, daß die Vermischung der Racen, von der die Zukunft der Colonie abhängt, nicht besser vorbereitet werden könne als durch den gemeinschaftlichen Unterricht der arabischen und französischen Kinder. Demgemäß faßte der Gemeinderath von Algier den Beschluß (Februar 1868), daß alle Communalschulen gemischte Schulen sein und ausschließlich unter weltlichen Lehrern stehen sollen. Die katholische Geistlichkeit, die hierin weniger eine Gelegenheit zur Annäherung der arabischen Kinder an das Christenthum erkennen wollte, als ein Gleichgültigwerden der christlichen Kinder gegen ihre Religion bei der täglichen Berührung mit Andersgläubigen befürchtete, suchte diesen Beschluß zu verhindern, der aber von dem Gemeinderath mit der Erklärung aufrecht gehalten wurde, er werde widrigenfalls alle Beihülfe zum Elementarunterricht zurückziehen.

Das Unterrichtswesen ist die glänzende Seite der französischen Occupation Algeriens und in dieser Beziehung ist alles geschehen, was unter den vorhandenen Umständen möglich war. Aber die sonstigen Maßregeln der französischen Regierung blieben hinter den Bedürfnissen und Forderungen dieser großen Colonie zurück. Mit dem Umhertasten, Wählen und Verwerfen verschiedener Systeme fand die französische Verwaltung nie das Rechte und wurde weder Ansiedlern noch Eingeborenen

gerecht. Die Volkszahl nahm ab, statt zu, was schon in jedem Lande, besonders aber in einer Colonie ein übles Zeichen ist. Nach dem letzten Census von 1866 war die Bevölkerung Algeriens folgendermaßen vertheilt: Europäer: 217,990, unter ihnen aber fast 100,000 Nichtfranzosen (Spanier, Italiener, Deutsche u. s. w.); seßhafte Eingeborene: 251,050; nomadisirende Eingeborene: 2,434,974. Vermöge der Mängel der französischen Administration und der vernachlässigten Landescultur hatte die einheimische Bevölkerung sich von 1861 bis 1866 um 77,878 Köpfe vermindert. Von 1867 bis 1869 starben 250,000 Eingeborene aus Mangel an Nahrungsmitteln und den daraus entstandenen ansteckenden Krankheiten. Die Franzosen hatten es vernachlässigt, Magazine anzulegen, obgleich sie wissen konnten, daß bei der häufig eintretenden Dürre Mißwachs unvermeidlich ist. Vor der französischen Eroberung, als die Araber sich selbst regierten, war es Brauch, daß die einheimischen Grundbesitzer große Quantitäten Getreide in die Erde eingruben und bei eintretender Noth mit diesen Vorräthen aushalfen. Unter der Bevormundung der französischen Verwaltung verließen sich die Eingeborenen auf dieselbe und vernachlässigten diese Vorsicht. Auch war früher bei dem Mangel an Straßen weniger Gelegenheit gewesen, das Getreide zu verkaufen, das demnach an Ort und Stelle blieb, während es jetzt in die größeren Städte und nach den Küstenplätzen geschafft wurde, um ausgeführt zu werden.

Einer der größten Fehler, den die Franzosen nach der Eroberung Algeriens begingen, bestand darin, daß sie die zahlreichste Klasse der einheimischen Bevölkerung, die sogenannten Khammas oder Khemmes, welche von den Häuptlingen und den mittlern Grundbesitzern das Land unter Bedingungen pachten, die sie zu immerwährendem Elend verurtheilen, nicht zu Eigenthümern des von ihnen bebauten Bodens machten, was ihnen, da sie alle öffentliche Gewalt an sich gerissen hatten, vollkommen möglich gewesen wäre. Sie hätten dadurch einen durch seine Interessen mit der Eroberung solidarisch verbundenen Stand geschaffen, der ihnen treu geblieben wäre, zogen es aber vor, die religiösen und militärischen Chefs, die arabische Aristokratie, zu begünstigen und ihr ihre Privilegien zu lassen, obgleich sie ihnen nie aufrichtig anhängen wird und die Seele aller Aufstände ist.

Lange Zeit über gab es in den Kammern und in der Presse eine Partei, welche das Aufgeben Algeriens, mit Ausnahme einiger Hafenplätze, verlangte, weil diese Eroberung Frankreich keinen im Vergleich zu den Kosten angemessenen Nutzen gewährte. Der beständige Krieg und die Militärherrschaft sei, wurde von der Opposition nicht mit Unrecht behauptet, mit einer wahrhaften Colonisirung unvereinbar, und die Verschiedenheit der Sitten und Gebräuche beschränke den Absatz der französischen Industrie, deren Erzeugnisse unter den Arabern wenig oder gar

keine Nachfrage fanden. Nicht sowohl sie als die Colonisten kauften französische Fabricate. Vermöge Algiers das Mittelmeer beherrschen zu wollen, sei vielleicht nicht einmal wünschenswerth und gewiß unmöglich, so lange die Engländer Gibraltar und Malta besitzen. Diese Colonie, die sich, wie die Erfahrung lehre, ohne Vergrößerung nicht vertheidigen lasse, absorbire einen zu großen Theil der französischen Kriegsmacht und ihre Behauptung in der bisherigen Ausdehnung könne unter Umständen die Sicherheit des eigenen Landes gefährden. Diese und ähnliche Gründe wurden unter der Juliusmonarchie häufig aufgestellt und auch noch unter dem Kaiserreich, obgleich mit immer schwächer werdender Wirkung, wiederholt. Aber außer daß der Nationalstolz sich zu einem solchen Rückzug in keinem Falle würde entschloßen haben, gab es auch religiös und philosophisch gestimmte Geister, welche an eine für Frankreich ruhmvolle und nützliche Zukunft Algeriens, an die einstige Christianisirung und Civilisirung dieser großen Provinz glaubten und nicht durch ein Aufgeben derselben diese Hoffnung für immer vernichten wollten. Auf die Politik der französischen Regierung würde diese entfernte Möglichkeit schwerlich Eindruck gemacht haben, aber sie sah in den Kämpfen in Algerien eine große Uebungsschule für ihre Armee und brachte deshalb die dargebrachten Opfer nicht in Anschlag. Hierin irrte sie sich auch nicht, und es bildeten sich dort Soldaten, die mit den Gefahren, Anstrengungen und Entbehrungen des Krieges vertraut wurden. Aber darin überschätzte man in Frankreich die sich in Algerien darbietende Gelegenheit, daß man glaubte, es würden von da Feldherren im vollen Sinne des Wortes, und viele Officiere von höherer wissenschaftlicher Bildung hervorgehen. Dazu war die dortige Kriegführung nicht geeignet. Araber, Kabylen, Maroccaner waren immer nur Halbbarbaren, die wenig Infanterie und Artillerie besaßen, sich nirgends in großen Massen concentrirten, keine strategischen Plane entwerfen konnten und zu deren Besiegung auch keine eigentliche militärische Kunst gehörte. Es lag die Gefahr nahe, daß Generale, die dort ihre Schule machten und sich an die Bekämpfung solcher Feinde gewöhnten, für Unternehmungen im Großen nicht vorbereitet sein würden. Die beiden ausgezeichnetsten Generale, die Frankreich in den letzten dreißig Jahren gehabt hat, die Marschälle Bugeaud und Pellissier, haben zwar auch in Algierien gekämpft, aber mit dieser Praxis umfassende theoretische Studien verbunden. Lamoricière, der viele Jahre über in Afrika diente, hat sich, ungeachtet seiner natürlichen Talente, von den Mängeln der dortigen Kriegführung nicht frei halten können, wie sein Auftreten und Unterliegen bei Castelfidardo bewies. In noch höherem Maße hat sich die Unzulänglichkeit der in Afrika erhaltenen Vorbildung bei den französischen Befehlshabern in dem großen deutsch-französischen Kriege gezeigt.

Es wird in Algerien so lange nicht an Aufständen gegen die

französische Herrschaft fehlen, als bis die Colonisation dichter und stärker geworden und eine gerechtere und regelmäßigere Verwaltung eingeführt sein, vor allem aber Frankreich in seinem Innern selbst das Beispiel größerer Stabilität gegeben haben wird. Algerien ist in zwei natürliche Hälften getheilt: in den nördlichen Abhang des Atlas, dessen Gewässer sich in das Meer ergießen, und der fast das ganze Tell, d. h. alles urbare Land begreift, und in den südlichen Abhang, der das Weideland, die Niederungen, die Oasen und die Wüste umfaßt. Die Bevölkerung des Tell ist eine ackerbautreibende und seßhafte, der Süden dagegen wird mit Ausnahme der Oasen, wo einige Cultur und Industrie vorhanden ist, von Hirten und Nomaden bewohnt. Alles im Süden verbrauchte Getreide wird im Norden gekauft, der dagegen Vieh, Datteln und Wolle eintauscht. Die Sahara ist also hinsichtlich ihrer Existenz vom Tell abhängig und bei allen Eroberern Afrikas, bei den Römern, bei den Türken und neuerdings bei den Franzosen hat es als stehende Regel gegolten, daß derjenige, welcher Herr des Tells ist, auch die Bevölkerungen des Südens leicht beherrschen kann. Eine fast zweitausendjährige Erfahrung seit den Zeiten des Marius und Jugurta hat die strategischen Positionen festgestellt, die das Tell beherrschen, nämlich Tlemsan, Mascara, Constantine, Suk=Arrahs u. s. w.; eine Kette militärischer Posten erstreckt sich von Sebdu bis Tebessa und verschließt den Eintritt in das Tell. Unter anderen Namen hatten die Römer dieselben Stellungen wie jetzt die Franzosen inne und erreichten damit den gleichen Zweck: den nördlichen Theil von Afrika, dessen Besitz für eine civilisirte Macht allein von Werth ist, vor den Einfällen der in der Wüste und an deren Grenzen umher schweifenden kriegerischen Hirtenstämme zu schützen. Im Ganzen ist dies auch immer gelungen. Aber von Zeit zu Zeit versuchen jene Nomaden den gegen sie errichteten Wall von Blockhäusern und Posten zu durchbrechen. So geschah im Januar 1869 von Seiten des zahlreichen Stammes der Ulad=Sidi=Scheikh, die, vom Rande der Wüste kommend, sich in die Gebirge und Schluchten warfen, die sich nördlich von Laghuat etwa hundert Meilen südlich von Algier hinziehen. Es kam für die Franzosen alles darauf an, sie am Eindringen in das Tell zu hindern, [weil, wenn ihnen dies gelang, sie die dortige Bevölkerung, die zwar besiegt war, aber ihrer früheren Unabhängigkeit noch nicht vergessen hatte, zu einem Aufstande fortreißen konnten, dessen Ueberwältigung viel Blut gekostet haben würde. Aber die Franzosen waren diesmal auf ihrer Hut und hatten zur rechten Zeit ihre Maßregeln getroffen. Der Oberst de Sonnis brachte den Ulad=Sidi=Scheikh in der Nähe von Ayn=Mahdy eine Niederlage bei (1. Februar 1869), die sie zu schleuniger Rückkehr nach dem Süden zwang.

Die Niederlagen der Franzosen in dem Kriege von 1870 zu 1871 wurden, ungeachtet aller Bemühungen der französischen Behörden,

sie zu verheimlichen, in Algerien bekannt, und brachten daselbst wie in ganz Nordafrika einen großen Eindruck hervor. Die in Algerien beim Abzuge eines großen Theiles der Occupationsarmee zurückgebliebenen Regimenter konnten daselbst nicht entbehrt werden, so sehr man ihrer auch in Frankreich benöthigt war, und ebenso durften die vierten Bataillone der zum Kriege gegen Deutschland herangezogenen Regimenter Afrika nicht verlassen. Alle Colonisten erhielten Befehl, sich zu bewaffnen, um sich nöthigenfalls gegen die Eingeborenen vertheidigen zu können. Von dieser Sicherheitsmaßregel blieben nur die deutschen Colonien ausgenommen, die, obgleich längst in den französischen Staatsverband aufgenommen und das tüchtigste fremde Element in Algerien, in den blinden Haß der Franzosen gegen alles Deutsche einbegriffen wurden. Gegen Tunesien, wo die französische Regierung preußische Agenten wittern wollte, wurde von Algier aus ein Militärcordon gezogen, mit der Anweisung, jeden Europäer zu erschießen, der, ohne mit einem Paß von dem französischen Generalconsulat in Tunis versehen zu sein, die Grenze überschreiten wollte. Die Franzosen gingen in ihrer grundlosen Furcht vor vermeintlichen preußischen Intriguen so weit, daß Anfang September 1870 ein Panzergeschwader vor Tunis erschien, bestehend aus einer Fregatte, zwei Corvetten und einem Aviso, um sich die dort befindlichen Preußen, deren aber gerade keine vorhanden waren, mit Gewalt ausliefern zu lassen. Im November erhielt der König von Preußen in Versailles eine Adresse von arabischen Häuptlingen, in welcher derselbe unter vielen Klagen über die französische Herrschaft zur Befreiung von ihr aufgefordert wurde. Eine der Stellen war charakteristisch für die Stimmung der Araber gegen ihre Besieger und lautete folgendermaßen: „Jetzt, wo Allah der Höchste, Euch diesen großen Sieg geschenkt hat, über den sich alle Leute, bei denen noch Treue und Glauben existirt und mehr als alle anderen die Anhänger unserer Religion freuen, beten sie für Euch um Bezwingung dieses übermüthigen Franzosenvolkes."

Die Araber erhoben sich auf vielen Punkten Algeriens, diesmal nicht blos in der Absicht, Beute zu machen, sondern sich von der französischen Herrschaft für immer zu befreien. Die ersten Symptome großer innerer Erregung zeigten sich, als die Revolution vom 4. September 1870 bekannt wurde. In den Augen der Araber war Frankreich durch die Gefangenschaft Napoleon III. regierungslos geworden und niemand mehr verpflichtet, ihm zu gehorchen. Von Natur kriegerisch gesinnt und zu Abenteuern geneigt, hatten die arabischen Hülfstruppen nicht ungern Afrika verlassen, um gegen die Deutschen zu kämpfen, wollten aber, als sie die Niederlagen der Franzosen und die starken Verluste der aus dem afrikanischen Element gebildeten Regimenter erfuhren, keine neuen Regimenter stellen. Aber bald gingen sie von diesem passiven Widerstand zu offenem Angriff über. Die Aufständischen verheerten die

Dörfer und Anpflanzungen der europäischen Colonisten, überfielen die französischen Garnisonen in den kleineren Städten, scheiterten aber bei allen größeren Unternehmungen. Die Ueberzeugung, daß von den Arabern, wenn sie siegten, keine Schonung zu erwarten sei, erfüllte die Franzosen in Algerien, Civilisten wie Militärs, wie die Engländer bei dem Aufstande in Ostindien, mit dem Muthe der Verzweiflung. Anfangs machte man auf beiden Seiten keine Gefangenen, sondern stieß alles nieder. Die Araber und Kabylen kämpften nach ihrer Gewohnheit nur in zerstreuten Haufen, während die Franzosen ihre Macht rasch zusammenzogen. Erstere wurden im Laufe des Juni (1871) von den Generalen Lallemand, Saussier und Augereau bei jedem Zusammentreffen geschlagen. Das arabische Naturell ist zu schnellem Auflodern geneigt, läßt sich aber auch leicht niederschlagen. Die meisten Häuptlinge unterwarfen sich, die anderen zogen sich in die Wüste zurück oder warfen sich in die Schluchten der Gebirge. Einen großen materiellen Verlust erlitt die Colonie durch das von den Arabern verursachte Niederbrennen der Wälder, die schon in friedlichen Zeiten von ihnen nicht geschont wurden, und in deren Verwüstung sie sich jetzt aus Haß gegen die französische Administration, welche sich die Silvicultur neuerdings mit Eifer hatte angelegen sein lassen, mit barbarischer Lust ergingen. Im September war für die Franzosen jede Gefahr verschwunden, die überhaupt nur eintreten könnte, wenn die gesammte arabische und kabylische Bevölkerung sich gegen sie vereinigte. Daran ist aber bei der unter den Eingeborenen, ungeachtet ihrer Uebereinstimmung in Religionsachen, in allem Uebrigen herrschenden Uneinigkeit und gegenseitigen Eifersucht, nicht zu denken.

Algerien wird schwerlich je durch Erhebung der Eingeborenen den Händen der Franzosen entwunden werden, und da man nicht recht sieht, wer dies sonst zu thun vermöchte, ihnen wahrscheinlich für immer unterworfen bleiben. Es ist nur zu wünschen, daß sie, bei sich selbst zu mehr Ruhe und Ordnung gekommen, auch in diesem Annex ein besseres System einführen und namentlich das bisherige Militärregiment beschränken und modificiren. Dasselbe ist, wie das Beispiel Englands in Ostindien, einer viel größeren und vom Hauptlande entfernteren Colonie, beweist, keineswegs nothwendig, und nur in einzelnen festen Plätzen, wie z. B. Gibraltar, Aden u. s. w. nothwendig. Die sogenannten arabischen Bureaux haben aufgehört, wo einem Officier die Leitung der Verwaltung, der Rechtspflege, der Finanzen zustand, der oft von diesen Dingen wenig oder nichts verstand. Aber Algerien wird noch immer ausschließend von einer Militärperson regiert, als wenn dies anders gar nicht möglich wäre. Als in Ostindien der große Aufstand ausbrach, furchtbarer als je einer in Algerien, fiel es den Engländern nicht ein, Lord Canning durch einen General ersetzen zu wollen, und die englischen

Truppen schlugen sich unter dieser Civilautorität mit demselben Nachdruck und Erfolg wie unter irgend einem Militärchef. Unter den vier und fünfzig Gouverneurs, die während des Ministeriums Grey in den Colonien angestellt waren, befanden sich nur vierzehn, die der Armee oder der Marine angehörten. Frankreich wird nothwendig über lang oder kurz zu einem anderen System in der Verwaltung seiner großer afrikanischen Colonie greifen müssen, aber über dem starren Festhalten an der bisherigen Routine viel Zeit verloren haben. Seitdem das Mittelmeer durch das Aufblühen Aegyptens, das Wachsthum Triest's und Marseille's, die Errichtung des Königreichs Griechenland eine Bedeutung für den Welthandel erlangt hat, die durch den Canal von Suez noch gesteigert werden wird, geht auch Algerien einer neuen Epoche entgegen. Es ist naturgemäß der Ausgangs- und Mittelpunkt der Verbindung des civilisirten Europas mit den unzählbaren Völkerschaften von Centralafrika, es beherrscht die Wüstenstraßen, die so alt wie die Geschichte sind, und seine Häfen können wieder eine ähnliche Bedeutung wie im Alterthum bekommen.

Tunis.

Zu den in allen mohamedanischen Staaten permanenten moralischen und socialen Uebeln: Ignoranz und Fanatismus in den Massen, Despotismus nnd Egoismus bei den Regierenden, kam in Tunis während 1867 und 1868 eine große Hungersnoth hinzu, welche die Bevölkerung in solches Elend stürzte, daß in Folge dessen die directen Steuern eine Zeit lang fast gar nicht eingingen, und auch die indirecten, wie das Tabaksmonopol und die Mauthabgaben, sich höchst unergiebig erwiesen. Die Regentschaft Tunis war nicht mehr das alte Piratennest und zu Europa in civilisatorische Beziehungen getreten, hat aber bisher nur deren Schattenseiten kennen gelernt. Der Finanzschwindel, die Speculationswuth, das Schuldenmachen hatten daselbst um so mehr um sich gegriffen, als sich mehrere Mächte um den vorherrschenden Einfluß stritten, und die Regierung ohne festen Halt zwischen ihnen unentschieden hin und her schwankte. Eine Legion von europäischen Industriellen, Lieferanten und Agenten war nach Tunis gekommen und suchte sich mitten in dem allgemeinen Ruin zu bereichern. Die tunisische Verwaltung war selbst für einen muselmanischen Staat eine der schlechtesten. Die gewöhnliche orientalische Unordnung und Voraussichtslosigkeit steigerte sich in ihr in solchem Grade, daß alles zur Unzeit geschah, daß diejenigen Schritte, welche im rechten Moment gethan, großen Nutzen hätten gewähren können, aus bloßer Trägheit hinausgeschoben und wenn es zu spät war und sie allen Zweck verloren hatten, plötzlich in Ausführung genommen wurden. Die Zollgesetzgebung war eine der

verkehrtesten, die es gab, obgleich sie für einen Staat, der zum Theil an der See lag, von besonderer Wichtigkeit hätte sein sollen. Die einheimischen Producte unterlagen bei der Ausfuhr einer fast 50 Procent des Bruttowerthes betragenden Abgabe. Die Regierung tödtete dadurch den Handel ohne ihre Einnahme zu vermehren. In den Seestädten konnte sie die Ausfuhr einigermaßen überwachen, obgleich die Bestechlichkeit der Beamten auch dies erschwerte, aber von dem, was auf dem Landwege nach Algerien ging, und das war das Meiste, zog sie gar keinen Vortheil. Der Bey oder Souverän des Landes, Sadik Pascha, ein nomineller Vasall der Pforte, hatte sich, ungeachtet aller Erpressungen, Confiscationen und Münzverfälschungen, durch Verschwendung und übel berechnete Unternehmungen so in Schulden gestürzt, daß er nur noch von im Auslande contrahirten Anleihen lebte, die ihm das für den Augenblick nöthige Geld gewährten, aber die Zukunft immer hoffnungsloser machten. Unter solchen Umständen mußte die letzte Spur von politischer Selbständigkeit, welche Tunis noch besessen hatte, zu Grunde gehen. Frankreich, England, Oesterreich, Italien wetteiferten in Tunis mit einander in der Geltendmachung ihrer commerciellen Interessen, aber ersteres gewann durch die Künste seiner Geschäftsträger und Consuln, besonders aber durch die im Kriegshafen von Toulon liegende Flotte und die drohende Nachbarschaft der französischen Armee in Algerien, so sehr die Oberhand, daß der Bey mehr für einen französischen als türkischen Vasallen gelten konnte, und die Regentschaft Tunis nahe daran zu sein schien, eine französische Provinz zu werden. Sadik Pascha war, von seinen französischen Gläubigern gedrängt, genöthigt, die Finanzverwaltung seines Landes einer gemischten, zur Hälfte aus Franzosen bestehenden Commission zu übergeben.

Der Schwerpunkt aller tunisischen Angelegenheiten wurde nach und nach immer mehr nach Paris verlegt. Nicht nur daß man dort dem Bey seine auswärtige Politik vorschrieb, sondern daselbst bildeten sich auch die angeblich zur Hebung des Ackerbaues und Handels bestimmten Creditgesellschaften, die eine Menge in der Regel bald werthlos werdenden Papieres schufen, sich in kurzer Zeit bereicherten, aber dem Lande auf lange hinaus alles Lebensmark entzogen. Die tunisische Armee hatte 1868 schon seit zwei Jahren keinen Sold erhalten, bekam als einzige Nahrung nur schlechtes Brod und verfälschtes Oel, ging in Lumpen einher und bettelte in den Straßen. Die einheimischen Beamten, welchen nicht eine bevorzugte Stellung Gelegenheit zu Erpressungen und Unterschleifen gab, hatten kein besseres Loos. Auch die vielen Europäer im Dienst des Bey, Aerzte, Ingenieurs, Mechaniker u. s. w. wurden nicht befriedigt und bestürmten die Consuln ihrer Staaten, in der Regel vergeblich, mit Bitten ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. In einem civilisirten Lande hätte ein solcher Zustand entweder gar nicht entstehen, oder nicht lange dauern können. Aber im Orient, wo die Anarchie

endemisch und die Gewohnheit allmächtig ist, wird selbst das Schlimmste geduldig ertragen. Die Machthaber und Generationen wechseln, aber die Sitten und Zustände bleiben immer dieselben.

Man hat sich oft darüber gewundert, daß ein halbbarbarischer, ohnmächtiger Staat wie die Regentschaft Tunis, der höchstens 20 Millionen Fr. nachweisbare Einkünfte besaß, die Diplomatie der ersten europäischen Mächte so oft beschäftigte, die nicht müde wurden, sich daselbst gegenseitig zu beobachten und einander entgegenzuarbeiten. Aber die Lage dieses Landes gab ihm, wie dem noch kleineren Königreich Griechenland, das so lange der Herd politischer Intriguen war, eine besondere Wichtigkeit. Wer sich in Tunis festsetzte, war im Stande, auf den größten Theil Nordafrikas bis zur Landenge von Suez einen Einfluß auszuüben, und die Zustände in Algerien und Aegypten erschienen von so schwankender Art, in ersterem durch die häufigen Erhebungen der Eingeborenen gegen die französische Herrschaft, in letzterem durch das Verhältniß zur Pforte, daß eine Veränderung immer als möglich gedacht wurde und die allgemeinen europäischen Interessen berühren konnte.

Frankreich, England und Italien drangen beim Bey auf Einsetzung einer aus französischen und tunisischen Beamten bestehenden Executivcommission mit einem Controllausschuß an der Spitze, welche die Einkünfte des Landes in Empfang nehmen und unter die Gläubiger nach Billigkeit vertheilen sollte (Juni 1869). Man fürchtete aber, daß, da die Mitglieder der Commission meist Franzosen waren, die französischen Forderungen übermäßig begünstigt werden würden. Die Aufgabe war eine sehr schwierige. Denn bei 12 Millionen Fr. Einkünften, mehr konnte damals nicht aufgebracht werden, war die Staatsschuld auf 176 Millionen gestiegen. Man entwarf allerlei Plane zu Verbesserungen und Einschränkungen, aber es war fraglich, ob die Gouverneurs der Provinzen (Kaidi) die seit langer Zeit gewohnt waren, das Volk auf die unverantwortlichste Weise zu unterdrücken und auszubeuten, sich den neuen Anordnungen fügen würden. Denn eine Kriegsmacht, um sie zu zwingen, war nicht vorhanden. Die schlecht bewaffneten Truppen des Bey's waren neuerdings in der Provinz Kabes von aufständischen Arabern geschlagen worden. Vom Bey, der der Form nach immer die oberste Gewalt besaß, konnte auf keine Unterstützung bei Durchführung von Reformen gerechnet werden. Er nahm die ihm von Fremden gemachten Vorschläge in der Theorie ohne Widerrede an, dachte aber nicht an ihre Anwendung. Sein Privatleben war selbst für einen orientalischen Fürsten in hohem Grade unwürdig. Er brachte seine Zeit mit kindischen Zerstreuungen zu, umgab sich mit Possenreißern, Zwergen und verlieh manche der ersten Militärchargen an unbärtige Knaben. Gegen Europäer nachgiebig, behandelte er seine Unterthanen mit Härte und Willkühr. Er bestimmte den Steuerbetrag von reichen

Gutsbesitzern und Kaufleuten nach Belieben, nahm den Juwelieren und Modesachenhändlern ihre Waaren ab, um mit ihnen seinen männlichen und weiblichen Günstlingen Geschenke zu machen, und ließ sie, wenn sie auf Zahlung drangen, ins Gefängniß werfen. Oft wenn er in der größten Finanznoth war, zeigte er sich am freigebigsten, aber immer auf Kosten Anderer.

Ungeachtet der Bedeutung der europäischen Colonie in Tunis und der Furcht vor den europäischen Großmächten, kamen von Zeit zu Zeit Ausbrüche des muselmanischen Fanatismus vor, welche die Sicherheit der Fremden ernstlich bedrohten. Im März (1870) sah man einen maurischen Wasserträger am hellen Tage, mit geschwungenem Dolche, plötzlich in das europäsche Quartier stürzen, und allen, denen er begegnete, wüthende Stiche versetzen. An 30 Personen wurden von ihm verwundet, von denen mehrere schon am andern Tage starben. Dieses blutige Verbrechen brachte unter der europäischen Colonie eine außerordentliche Bewegung hervor, und die Consuln verlangten vom Bey die Hinrichtung des Mörders noch an demselben Tage, was auch geschah. Derselbe war nicht wahnsinnig, sondern glaubte durch die Tödtung von Christen das Paradies zu erwerben. Im ersten Augenblick hatte man das Attentat des maurischen Wasserträgers für das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf die Europäer gehalten. Doch fiel nichts Aehnliches mehr vor, obgleich das Gerücht von Befriedigung der europäischen Gläubiger durch den Bey unter der mohamedanischen Bevölkerung eine gewisse Aufregung verursachte. Es kam endlich zwischen der Executivcommission und der tunisischen Regierung ein definitiver Vertrag zu Stande (März 1870), durch den die Ordnung der Finanzen einen regelmäßigen Verlauf anzunehmen versprach. Die schwebende Schuld sollte, was die meisten Schwierigkeiten machte, in verschiedene Kategorien eingetheilt und classificirt werden und sobald dies geschehen, die allgemeine Verwaltung sowohl der Einnahmen als der Ausgaben in die Hände der Executivcommission und des Controllausschusses übergehen. Außerdem wurden zwei für den Handel wichtige Beschlüsse gefaßt: der Einfuhrzoll wurde bedeutend erhöht, aber der Ausfuhrzoll, welcher bisher am meisten auf der Production gelastet, um die Hälfte und in manchen Rubriken um zwei Drittel vermindert. Die bisher mit dem Bey von Tunis gemachten Erfahrungen flößten Europa kein rechtes Vertrauen in die neuen Einrichtungen ein. Aber Frankreich und England suchten aus ihnen für ihre Angehörigen so viel Vortheil als möglich zu ziehen. Tunis erhält sich im Kleinen wie die Pforte im Großen durch die gegenseitige Eifersucht der Mächte, von denen keine der anderen diese Annexion gönnen würde, und tritt je nach den Umständen bald der einen bald der anderen näher, um an ihr gegen die übrigen eine Stütze zu haben. Damit die Franzosen 1830 unter Carl X. Algier erobern

und behalten durften, waren Verhältnisse nöthig, die jetzt nicht vorhanden sind. Ungeachtet der Unsicherheit und Zerrüttung der öffentlichen Zustände breitet sich das europäische Element immer mehr aus. In den letzten Jahren waren von den europäischen Kaufleuten in Tunis sehr viele Grundstücke sowohl in der Nähe der Stadt als in den Provinzen angekauft worden. Das herrliche Klima und die Fruchtbarkeit des Bodens zieht die Fremden in Menge an. Besonders findet dies mit den Italienern statt. Schon seit mehreren Jahren besteht in Tunis ein italienisches Gymnasium, und die italienische Regierung will auch eine öffentliche Schule für Mädchen daselbst gründen, um einem bei dem Wachsthum der italienischen Colonie daselbst schon längst gefühlten Bedürfniß abzuhelfen. Von jeher haben die Italiener gesucht, durch Handel und friedliche Niederlassungen, die Franzosen durch Waffen und Krieg, im Orient eine Rolle zu spielen. Die italienische Nationalität scheint jetzt, von der Bedeutung, die sie in Europa erlangt hat, gehoben, in Nordafrika immer mehr um sich zu greifen.

Tripoli.

Dieser ehemals arg verrufene Piratenstaat, der aber schon seit lange wie Tunis nur friedliche Beziehungen zum Ausland unterhält, ist in neuester Zeit in eine directe Abhängigkeit von der Pforte gekommen, bei der aber die Bevölkerung bisher nicht viel gewonnen hat. Der Gouverneur, der 1867 an der Spitze der Regentschaft Tripoli stand, Ali Riza Pascha, hatte zwar eine europäische Bildung erhalten, die er durch eine bessere Organisation des Militärs, durch mehr polizeiliche Ordnung und Sicherheit geltend zu machen wußte, saugte aber die ihm anvertraute Provinz eben so schonungslos aus, wie sein Nachbar, der Bey von Tunis, und wurde dabei von den fremden Mächten, da er nicht selbständig, sondern nur ein türkischer Statthalter war, viel weniger beaufsichtigt und gehindert. Gab Tunis einer europäischen Regierung Veranlassung zu Beschwerden, so wandte sich diese an den Bey selbst; über Ali Riza Pascha, von dem angenommen wurde, daß er nach den von der Pforte empfangenen Instructionen handelte, wiewohl er viel persönliche Willkühr zeigte, konnte nur in Constantinopel Klage geführt werden, was immer seine Schwierigkeiten hatte. Derselbe stiftete, unter anderem, Provinzialbanken, zu deren Gründung er aber nichts aus eigenen Mitteln beitrug, obgleich er den meisten Vortheil aus ihnen zog, sondern sich das Capital aus Abzügen von den Gehältern seiner Beamten und Officiere verschaffte, die er dadurch oft ins Elend stürzte. Er legte Colonien an, wohin er die Bewohner anderer Gegenden wider ihren Willen verpflanzte. Ali Riza Pascha verschaffte sich die Gunst des Sultans durch Uebersendung kostbarer Geschenke, namentlich seltener

Thiere für dessen Menagerie, und verstand sich überhaupt vortrefflich auf Ausübung des in Constantinopel herrschenden Systems der Verführung und Bestechung. Außer den Ungerechtigkeiten, die er selbst verübte, sah er der Willkühr und Habsucht des Scheich el Beled oder Maire von Tripoli, Ali Kerkenni, alles nach, weil er daraus Vortheil für sich zog. Dieses Haupt der städtischen Verwaltung regierte eigentlich die ganze Regentschaft, pachtete die Steuern oder ließ sie von seinen Creaturen pachten, kaufte die ihm zusagenden Häuser und Landgüter, ohne den dafür bedungenen Kaufpreis zu erlegen, ließ Gegner seiner Handlungsweise heimlich aus dem Wege räumen, und trieb sogar Sklavenhandel, obgleich derselbe vermöge der mit den europäischen Mächten abgeschlossenen Conventionen im türkischen Reiche streng verboten war. Er brachte auf diese Art ein unermeßliches Vermögen zusammen. Im Jahr 1870 wurde Ali Riza Pascha seines Postens enthoben und durch Halid Pascha, dem ein guter Ruf voranging, ersetzt. Es geschah dies aber nicht in Folge seiner vielen Ungerechtigkeiten und Erpressungen, sondern auf Wunsch des Norddeutschen Bundeskanzlers, weil der Pascha sich geweigert hatte, dem Afrikareisenden, Dr. Nachtigal, der Geschenke des Königs von Preußen an den Sultan von Bornu überbringen sollte, Empfehlungen an die arabischen Häuptlinge mitzugeben, welche die auf dem Wege liegenden Gebiete beherrschen. Diese Willfährigkeit der Pforte war ein erfreuliches Zeichen der geachteten Stellung, welche die Deutschen jetzt im Orient einnehmen, eine Wirkung des Krieges von 1866, die durch die Besiegung der Franzosen noch gesteigert worden ist. Früher würde eine Reclamation des preußischen Gesandten in Constantinopel wahrscheinlich kein so schnelles Gehör gefunden haben. Endlich ging auch der allgemeine Wunsch der Tripolitaner nach dem Sturz des habgierigen und grausamen Ali Kirkenni in Erfüllung, der in den Augen der Bevölkerung für einen viel schlimmeren Despoten als Ali Riza galt. Er wurde von dem neuen Gouverneur Halid Pascha entsetzt, bei welcher Gelegenheit die Bürger von Tripoli ihre Stadt vor Freude vier Nächte hinter einander erleuchteten, was vorher nie geschehen war. Die von Ali Kirkenni begangenen Frevel waren ohne jede Compensation gewesen und hatten nur Unglück hervorgebracht, während die Verwaltung seines Gönners Ali Riza einige Verbesserungen in den öffentlichen Zuständen enthielt, die hoffentlich für die Regentschaft Tripoli nicht mehr verloren gehen werden.

Aegypten.

Der gegenwärtige Vicekönig, Ismail Pascha, von Natur ehrgeizig und schlau, ist im Ganzen bisher glücklicher gewesen, als irgend einer seiner Vorgänger seit Mehemet Ali, dem Gründer seiner Dynastie. Er

wußte bei der Pforte zu Gunsten seines Sohnes und Benachtheiligung seines Bruders, die directe Thronfolge in seiner Familie durchzusetzen, erhielt vom Sultan den ihn von allen anderen Paschas unterscheidenden Titel eines „Khidiver“ oder „Khedive“, und verstand es, sich mit Gewalt oder List zum Eigenthümer von nahezu einem Siebentel der gesammten cultivirten Bodenfläche Aegyptens, andere behaupten von noch mehr, zu machen. Er vertrieb die Fellahs, welche die immer höher hinauf geschraubten Steuern nicht mehr entrichten konnten, von ihrem Besitz, zwang Seitenverwandte von ihm, ihre großen Güter für einen geringen Preis an ihn zu verkaufen, und schlug, was noch kein Vicekönig vor ihm gewagt hatte, die dem Staat zugehörigen Domänen zu seinem Privateigenthum. Die Pforte, deren Minister er bestach, sah ihm lange alles nach, und hatte gegen die Beraubung seiner Unterthanen, obgleich sie zugleich die ihrigen waren, nichts einzuwenden, wenn er nur seinen Tribut regelmäßig entrichtete und bei Gelegenheit bedeutende Geschenke hinzufügte. Ungeachtet seiner Erpressungen und geschickten Handelsspeculationen, vermehrte er durch die zur Ausdehnung seiner Macht und im Nothfalle zu deren Vertheidigung getroffenen Maßregeln die Schuldenlast Aegyptens, die 1868 auf 43 Mill. Pf. St. berechnet wurde, während die Einkünfte 4 bis 5 Mill. nicht überstiegen. Er kaufte im Jahr 1867 40 Armstrongkanonen, 150,000 Chassepotgewehre, 4 Panzerfregatten, und ließ Alexandrien, Abukir und Damiette befestigen. Bei dem Drange nach Unabhängigkeit, der von Zeit zu Zeit die verschiedenen christlichen Bevölkerungen des ganzen osmanischen Reiches wie ein electrischer Schlag durchzuckt, glaubte er nicht an dessen Fortdauer in seiner gegenwärtigen Lage, sondern war überzeugt, daß sich in einer nicht fernen Zukunft noch manche Provinz von ihm losreißen und es immer mehr sinken werde. Diesen Augenblick dachte er abzuwarten, aber keineswegs sich voreilig mit dem Sultan zu überwerfen. Er wollte seine Selbständigkeit durch friedliche Mittel vorbereiten, damit, wenn der rechte Moment eingetreten, die Welt von deren Erklärung nicht überrascht sein könnte. Zu dem Ende betrieb er das Aufhören der Consulatsgerichte und unterhandelte mit den fremden Regierungen über die Organisation gemischter Gerichtshöfe, bei denen aber sämmtliche Richter von ihm abhängig sein sollten. Auch hegte er die Absicht, das für seine Zwecke wohlgelegene Abessinien, nachdem es die Engländer verlassen, unter seine Herrschaft zu bringen. Manche unter seinen zum Theil weit aussehenden Plänen sind durch von seiner Macht und Berechnung unabhängige Umstände durchkreuzt worden. Aber das Wesentliche, das Streben nach vollkommener Selbständigkeit, hat er nicht aufgegeben und sucht, wenn der eine dazu führende Weg verschlossen wird, sich einen anderen zu öffnen.

Ob Ismail Pascha sein Ziel erreichen, ob seine Dynastie und

das gegenwärtige System sich erhalten wird, darüber sind die Meinungen sehr getheilt. Daß der Islam überhaupt im Absterben begriffen ist und daß die zu ihm gehörenden Völker nicht die Kraft zu einer Regeneration in sich tragen, kann für eine allgemein angenommene Wahrheit gelten. Sie erhalten sich nur noch durch die materielle Masse und Schwere, die in ihnen liegt, durch die gegenseitige Eifersucht der europäischen Großmächte und die Nachahmung der militärischen und administrativen Einrichtungen Europa's, durch die sie den Verlust an nationaler und religiöser Begeisterung zu ersetzen suchen. In Aegypten ist diese äußere Aneignung europäischer Institutionen und Formen aufs Höchste getrieben, durch den energischen Impuls, der in dieser Richtung von dem Gründer der jetzigen Dynastie gegeben wurde und der auch unter seinen viel schwächeren Nachfolgern fortdauert. Ob es aber möglich sein wird, auf einer so widerspruchsvollen Grundlage, wie orientalischer Geist nnd europäische Form, ein dauerndes Staatswesen zu bauen, erscheint fraglich und kann nur durch die Zukunft bestätigt oder widerlegt werden. Welches aber auch die Schicksale dieser neuen von einem großen organisatorischen Talent wie Mehemet Ali an den Ufern des Nils errichteten Schöpfung sein mögen, Aegypten selbst, in dessen Denkmalen ein Theil der ältesten Geschichte enthalten ist, wird nie aufhören, die Augen der gebildeten Menschheit auf sich zu ziehen und unter allen Umständen einer der historisch hervorragendsten Punkte der Erde zu sein. Abgesehen von diesem ideellen Interesse, wird dasselbe durch seine Lage und Fruchtbarkeit unter jeder Regierung eine große Bedeutung für den Welthandel haben, und wenn es ihm nicht gelingen sollte, selbst der Mittelpunkt eines großen Reiches zu werden, wie es unter Mehemet Ali einen Augenblick lang den Anschein hatte, wird es einst rivalisirende Kämpfe um seinen Besitz unter anderen Mächten verursachen.

Die Regierung Ismail Pascha's wird ohne Zweifel nicht ohne Wirkung auf die Zukunft Aegyptens sein, wenn es auch lange unentschieden bleiben mag, welche Gestalt dieselbe zuletzt annehmen wird. Die Abänderung der bisherigen Thronfolge, der Suezcanal mit seinen erst beginnenden aber jedenfalls weitreichenden Folgen, die wieder erwachte Eifersucht der Pforte auf den mächtigen Vasallen, der, ohne es einzugestehen, nach Unabhängigkeit strebt, der jetzt viel rascher als früher um sich greifende Einfluß europäischer Sitten, Einrichtungen, Vorzüge und Mängel werden nicht verfehlen, in der inneren und äußeren Lage Aegyptens allmählich tief gehende Veränderungen herbeizuführen. Es ist schwer, auch nur ganz im Allgemeinen vorauszusehen, welche Resultate diese Mischung von orientalischem und europäischem Wesen, die in dem alten Nillande immer mehr hervortritt, für dasselbe haben wird. Aegypten nimmt eine zu hervorragende Stellung ein, liegt Europa zu nahe, ist zu reich, als daß das, was daselbst geschieht, für

die übrige Welt gleichgültig sein könnte. Mehemet Ali, der Ahnherr Ismail Pascha's, trug etwas von der schöpferischen Kraft Peter des Großen in sich und es muß ihm, wenn man den niedrigen Punkt, von welchem er ausgegangen und die Höhe, zu der er emporgekommen ist, in Betracht zieht, ein wirkliches Herrschergenie zugestanden werden, dem aber die Ungunst der Umstände keine vollständige Entwicklung erlaubte. Europa, das die Türkei nicht untergehen lassen wollte, zwang ihn, die bedeutendsten seiner Plane aufzugeben, auf halbem Wege stehen zu bleiben und sich auf die Vertheidigung dessen, was ihm von seinen Eroberungen übrig gelassen wurde, zu beschränken. Seine Nachfolger haben seitdem vor allem daran denken müssen, sich zu den europäischen Mächten auf einen guten Fuß zu stellen, um an ihnen nöthigenfalls eine Stütze gegen die Sultane zu haben, die ihnen an materieller Macht noch immer sehr überlegen sind und sie in das Verhältniß von bloßen Statthaltern herabdrücken möchten. Aber ungeachtet der Nachgiebigkeit, zu der sich die Vicekönige von Aegypten bei mehreren wichtigen Gelegenheiten gegen die Sultane genöthigt sahen, ist ihr particuläres Dasein, ihre Autonomie, gestützt auf eine eigene Armee, Flotte und innre Gesetzgebung, ein Grund der Schwäche für die Türkei, und es läßt sich nicht wohl annehmen, daß diese permanente Disharmonie innerhalb des osmanischen Reiches auf die Länge ohne zerstörende Folgen für dasselbe bleiben sollte.

Der Canal von Suez, Anfangs, in Bezug auf materielle Ausführbarkeit und politische Zweckmäßigkeit, ein Gegenstand des Zweifels und theilweisen Widerspruchs, dann als sein Gelingen gesichert schien, der Erwartung und Hoffnung Europa's, war nach Ueberwindung unzähliger Schwierigkeiten seiner Vollendung nahe gekommen. Im Juni 1868 ertheilte der Verwaltungsrath der Suezcanalgesellschaft der Generalversammlung der Actionäre in Paris die Zusicherung, daß das große Werk im October 1869 beendigt sein und in Betrieb gesetzt werden könne. Bereits am 30. November 1868 passirte die französische Kriegsgoelette „Levrette" den Canal. Ein solches Unternehmen, das dem Völkerverkehr eine neue Straße eröffnete, mußte seinem Begründer, dem Franzosen Ferdinand von Lesseps und Frankreich selbst, das mehr als die Hälfte der nöthigen Kosten aufgebracht hatte, aber auch Aegypten, auf dessen Grund und Boden es entstanden und dem dasselbe regierenden Fürsten, zum Ruhme gereichen. Ismail Pascha begriff die moralischen und materiellen Vortheile, die daraus für ihn erwachsen konnten, und war bemüht, der Eröffnung des Suezcanales den größtmöglichsten Glanz zu geben. Dies war nur durch die Anwesenheit hoher und berühmter Personen zu erreichen. Der Vicekönig trat Mitte Mai eine Reise an die Höfe der europäischen Großmächte an, um die Souveräne zum Besuch Aegyptens und Anwesenheit bei den Feierlichkeiten einzuladen, und

mit ihren Ministern Verabredungen über die Aufhebung oder Modification der Consulargerichtsbarkeit und über andere ihm wichtige Angelegenheiten zu treffen. Er traf zu dem Ende nach einander in Florenz, Wien, Berlin, Paris und London ein und fand überall eine günstige Aufnahme.

Die türkische Regierung hatte durch die Unterdrückung des Aufstandes auf der Insel Candia und durch die Nachgiebigkeit des Königreichs Griechenland gegen die von Constantinopel aus an dasselbe gestellten Forderungen wieder ein höheres Gefühl von ihrer Macht gewonnen. Obgleich in ersterem Falle die Truppen des Khedive mehr als die des Sultans geleistet, und in letzterem die Großmächte durch ihre Erklärungen und Abmahnungen mitgewirkt hatten, so schrieb sich die Pforte das alleinige Verdienst dieses militärischen und diplomatischen Erfolges zu, und hielt den Moment für geeignet, Aegypten ihre Oberherrlichkeit von neuem fühlbar zu machen. Den Sultanen war die besondere Stellung der Vicekönige von Aegypten von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Obwohl sie keine Möglichkeit sahen, dieselbe von Grund aus zu ändern, so wollten sie wenigstens keine Ueberschreitung der diesem Verhältniß vertragsmäßig gezogenen Grenzen dulden. Die Reise des Vicekönigs an die europäischen Höfe, bei welcher derselbe von seinem Minister des Auswärtigen, Nubar Pascha, begleitet war, und in der man deshalb weitere politische Absichten erkennen wollte, hatte in Constantinopel das lebhafteste Mißfallen erregt. Die Pforte sah in der bei dieser Gelegenheit von Ismail Pascha ergriffenen Initiative einen Act angemaßter Souveränetät, und erklärte in einem officiösen Artikel der „Turquie" die an die Herrscher Europa's erlassenen Einladungen, weil vom Vicekönig und nicht vom Sultan ausgegangen, für ungültig und ungeschehen. In gleicher Weise desavouirte sie die Verhandlungen, welche Nubar Pascha zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Aegypten und den Mächten und zur Neutralisirung des Canals angeknüpft hatte, weil sie dem Ferman zuwiderliefen, der die Regierungt Aegyptens Meheme Ali und seiner Familie übertrug. Die Pforte protestirte demgemäß gegen die Haltung des Vicekönigs und seines Ministers, da sie die Bedingungen verletze, unter denen er sein Lehen besitze, und erinnerte gleichzeitig die Mächte an das Recht des Sultans, unter diesen Umständen die Absetzung des Vicekönigs auszusprechen. Die Noten, die bei dieser Veranlassung zwischen dem Großvezier Aali Pascha und dem Vicekönig gewechselt wurden, legen das beiderseitige Verhältniß, welches nicht nur für die Türkei und Aegypten, sondern auch für Europa von Wichtigkeit ist, so klar dar, daß sie eine genauere Erwähnung verdienen.

Der Großvezier erließ an den Vicekönig ein Schreiben (3. August 1869), dessen wesentliche Stellen folgendermaßen lauteten: „Das große Land Aegypten, welches unter die Verwaltung Eurer Hoheit gestellt ist,

bildet einen der wichtigsten Theile des Gebietes Sr. kais. Maj. des Sultans, und deshalb sind die Wohlfahrt und das Glück der Einwohner ganz natürlicher Weise der Gegenstand seiner lebhaftesten Fürsorge. Folglich und kraft seines Rechts als Landesherr, hätte unser erhabener Gebieter eine Oberaufsicht über die Ausgaben, welche die Gegenwart wie die Zukunft Aegyptens so schwer belasten, ausüben können. Wenn diese Ueberwachung nicht stattgefunden hat, wenn auch andere Hoheitsrechte, welche in den kaiserlichen Fermanen, die dem Hause Eurer Hoheit die erbliche Verwaltung Aegyptens anvertrauten, bezeichnet sind, nicht geltend gemacht wurden, so folgt daraus keinesweges, daß Se. Maj. gesonnen sei, auf irgend etwas von seinen Rechten oder Pflichten zu verzichten, sondern nur daß Se. Maj. der Ueberzeugung war, Eure Hoheit würden in Ihrer hohen Weisheit dieses Geschehenlassen nicht mißbrauchen und, eingedenk der von Ihnen genossenen Wohlthaten, sich nie vom Wege der Treue und Ergebenheit entfernen. In einem Zeitpunkt, da diese Ueberzeugung in voller Kraft bestand und das Wohlwollen des Sultans für Eure Hoheit noch fort und fort zunahm, wurde uns die Kunde von Ihrem Reiseplan nach Europa. Obwohl Eure Hoheit uns von Ihrer Abreise selbst benachrichtigt hatten, hielten Sie es doch nicht für geboten, uns über den größeren und geringeren Werth der Motive, welche die öffentliche Meinung dieser Reise unterlegte, zu unterrichten, noch gaben Sie uns irgend welche Antwort auf unser in halbamtlicher Weise an Sie gestelltes Ersuchen um Aufklärung. Sehr erstaunt über dieses Stillschweigen, glaubten wir doch den Zeitpunkt abwarten zu müssen, wo uns die Thatsachen ein Licht darüber verschaffen würden. In dieser Zwischenzeit wurden wir benachrichtigt, daß Eure Hoheit von Alexandrien aus zunächst in Corfu bei Sr. Majestät dem Könige der Hellenen einen Besuch abgestattet und diesen Fürsten zur Eröffnung des Suezcanals eingeladen haben. Die Kunde, daß Sie dieselbe Einladung auch an andere Souveräne, welche Sie besuchten, gerichtet haben, folgte jener ersten Meldung auf dem Fuße nach. Ich brauche Ihnen nicht erst zu versichern, daß unser erhabener Gebieter es mit großem Vergnügen sähe, wenn es den Souveränen Europa's gefiele, der Einweihung eines so großen Werkes, welches in einem der großherrlichen Gebietstheile zu Stande gekommen, beizuwohnen, und mit ihrem Wohlwollen eines der hervorragendsten Mitglieder seiner Regierung, welches die Verwaltung Aegyptens zu leiten hat, zu beehren. Nur sind Eure Hoheit auch zu erleuchtet, als daß es nöthig wäre, Sie daran zu erinnern, daß eine Einladung an einen unabhängigen Herrscher nach einem fremden Lande von dem unabhängigen Herrscher dieses Landes selbst ausgehen muß. Ein entgegengesetztes Verfahren verstößt eben so sehr gegen die Würde des Eingeladenen wie gegen die Rechte des Landesherrn. Die Form, welche Eure Hoheit in diesem Falle gewählt

haben, ist daher in jeder Beziehung unverträglich mit der Ehrerbietung, welche Sie den geheiligten Rechten unseres Gebieters schuldig sind und mit den Rücksichten, welche gegenüber den erhabenen Fürsten, die Sie einzuladen unternahmen, nicht außer Auge gelassen werden dürfen. Andererseits gehört es zu den Pflichten der Vertreter der hohen Pforte, im Auslande sich zur Verfügung Eurer Hoheit als eines der höchsten Würdenträger unseres Reiches zu stellen. Nur durch dieselben mußte auch das öffentliche Auftreten Eurer Hoheit vermittelt werden. Es scheint aber fast, als ob deren Beflissenheit dieser ihrer Pflicht nachzukommen, weit entfernt Eurer Hoheit angenehm zu sein, nur Ihr Mißfallen erregt habe, und wir müssen mit Bedauern von der Zurückhaltung Notiz nehmen, welche Sie in Ihrem Verkehr mit denselben beobachten zu müssen geglaubt haben.

„Eure Hoheit wissen besser als irgend jemand — und es ist übrigens ausdrücklich in den kaiserlichen Bestallungsbriefen festgesetzt — daß mit Ausnahme gewisser Privilegien Aegypten sich in nichts von anderen Provinzen unterscheidet, und daß seine Verwaltung durchaus keine directen amtlichen Beziehungen zu den fremden Mächten pflegen kann. Die Verträge, welche zwischen der hohen Pforte und andern Staaten geschlossen sind, müssen eben so wie die Grundgesetze des Reiches in Aegypten volle Kraft und Wirksamkeit haben. Im Gegensatz zu diesen Hauptgrundsätzen bilden aber die häufigen Reisen der Persönlichkeit, welche den Namen und Titel Ihres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten führt, in Europa, zu dem Zweck, um Aenderungen in den genannten Verträgen zu Gunsten Aegyptens zu erwirken und mit den Mächten unmittelbare Unterhandlungen darüber anzuknüpfen; ferner, die große Sorgfalt, welche diese Person anwendet, um vor unsern diplomatischen Vertretern den Gegenstand ihrer Mission mehr als vor jedem andern geheim zu halten; endlich, der Umstand, daß diese Person jeden Verkehr mit jenen sorgfältig vermeidet — alles das bildet eben so viele Thatsachen, welche in gleichem Grade die Rechte der hohen Pforte antasten, als sie mit Ihren Verpflichtungen im Widerspruch stehen, und welche man nicht länger dulden kann. Denn es ist in den Augen unseres erhabenen Gebieters zur Evidenz erhoben, daß, wenn die Mächte, bei welchen die Achtung vor Rechten und Verträgen als unverbrüchlicher Grundsatz gilt — wenn diese Mächte, sage ich, im mindesten eine günstige Stimmung hätten merken lassen, so wäre das Ziel, das man erreichen wollte, die Aufhebung unserer Verträge, ihre Ersetzung durch andere, mit einem Worte, die Unterdrückung des Inhalts der Bestallungsbriefe gewesen, welche die Grundlage für das Bestehen und die Fortdauer der jetzigen Verwaltung Aegyptens ausmachen. Was die Finanzverhältnisse dieser Provinz betrifft, so legen die unberechenbaren und erdrückenden Ausgaben, welche durch die Bestellungen von Panzerschiffen,

Feuer- und sonstigen Waffen veranlaßt sind, den Einwohnern dieses Reichstheiles Lasten auf, welche ihre Leistungsfähigkeit weit übersteigen und Unzufriedenheit mit der Regierung hervorrufen. Wie schon oben erwähnt wurde und nicht oft genug wiederholt werden kann, wird Se. Maj. der Sultan, unser erhabener Herrscher, beseelt von der lebhaftesten Sorge für das Wohl Aegyptens und in dem Wunsche, diese Provinz innerhalb der gesetzmäßigen Schranken sich ihrer Privilegien erfreuen zu sehen, niemals zugeben können, daß die Bande, welche es mit seinem Reiche verknüpfen, gelockert werden. Da Aegypten dem Princip der Aufrechterhaltung der Integrität des Reiches unterworfen ist, so ist es unmöglich, sich Rechenschaft von den Gründen zu geben, welche die Verwaltung dieses Landes in die Nothwendigkeit versetzen sollten, den Staatsschatz zum Ankauf von Panzerschiffen und Waffen aller Art zu verschleudern. Da die Bevölkerung keineswegs lange die Last solcher eben so großen als unfruchtbaren Ausgaben ertragen kann, so darf auch Se. Maj. der Sultan, welcher der rechtmäßige Beherrscher des Landes und der natürliche Schirmherr seiner Unterthanen ist, dieselben nicht länger gestatten. Der Zweck dieser offenen und freimüthigen Erklärungen ist, die ernstliche Aufmerksamkeit Eurer Hoheit auf Thatsachen zu lenken, deren Fortsetzung eben so wie das Beharren auf dem eingeschlagenen Wege weder mit dem wohlverstandenen Interesse der Ihrer Verwaltung anvertrauten kaiserlichen Provinz, noch mit der Wahrung der anerkannten Rechte Sr. kaiserl. Maj., welche vor allem vor jeder Beeinträchtigung gesichert werden müssen, in Einklang zu bringen ist." —

Die Veränderung, welche seit einiger Zeit in der türkischen Diplomatie durch den Einfluß des europäischen, besonders des französischen Vorbildes eingetreten war, läßt sich in dieser Depesche erkennen, welche als ein Resumé der bisherigen Stellung der Pforte zum Vicekönig und als das Programm ihres künftigen Verhaltens gegen ihn angesehen werden kann. In ihr ist keine Spur mehr von dem überladenen, vom Gegenstand oft abschweifenden, blumenreichen Styl zu erkennen, der früher die Kundgebungen der türkischen wie der meisten anderen orientalischen Regierungen bezeichnete. In dieser Depesche ist alles einfach, klar, bestimmt, und wird nicht mehr gesagt, als zur Sache gehört.

Der Vicekönig suchte in seiner Antwort an den Großvezier (10. August) die ihm gemachten Vorwürfe zu widerlegen und seine unbedingte Treue und Ergebenheit gegen den Sultan zu erhärten. Einzelnes in den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen mochte übertrieben oder selbst unbegründet sein, im Ganzen aber konnte er sich mehr nur durch Worte als Beweise von dem Verdacht reinigen, über die ihm gestellten Schranken hinausgegangen und seine Verpflichtungen in mehreren wichtigen Punkten verletzt zu haben. Nachdem der Vicekönig die dem Sultan durch Ab-

sendung von Truppen geleistete militärische Hülfe berührt, sagt er in Bezug auf die vom Großvezier gegen ihn erhobenen Anschuldigungen: „Auf meiner Reise in Europa habe ich mit Dank die freundlichen Einladungen zu einem Besuch angenommen, welche einige Souveräne an mich zu richten, mir die Ehre erzeigten, und wenn ich bei diesen Begegnungen diese Souveräne oder einige Glieder ihrer erlauchten Familie einlud, der Einweihung des Suezcanals beizuwohnen, so geschah dies blos vermöge der hohen Stellung, welche ich unter der Vergünstigung Sr. kaiserl. Maj. einnehme. Auch weise ich darauf hin, wie offenkundig es ist, daß bei dieser Gelegenheit nichts zur Verhandlung kam, was den geheiligten Rechten des Sultans Eintrag zu thun vermöchte. Eure Hoheit erwähnen des Mißfallens, das ich über die Erfüllung gewisser Dienstpflichten seitens der Gesandten der hohen Pforte zu erkennen gegeben haben soll und halten mir vor, daß ich letztere gemieden hätte und ihnen habe fremd bleiben wollen. Und doch wurde von mir bei meinem vielfachen Verkehr mit ihnen die ihrem Rang und ihrer Stellung schuldige Achtung in keiner Weise außer Augen gesetzt. Vor aller Augen habe ich jedem derselben meinen Besuch gemacht und habe Ihre Excellenzen Dschemil Pascha und Daud Pascha zu einem Familienmahl, das mir mein Sohn während meines Aufenthaltes in Paris in seinem Hause gab, eingeladen — Beweis genug, daß ich, weit entfernt, sie zu meiden, vielmehr sie gern um mich sah. Eure Hoheit werden ohne Zweifel daraus folgern, daß die in dieser Hinsicht vorgebrachten Beschuldigungen gleichfalls bloße Verläumdungen sind. Um endlich auf die Mission Nubar Pascha's zu kommen, so wissen Eure Hoheit, daß darin keine Neuerung liegt, sondern daß diese Mission längst anerkannt ist und ihre Anfänge schon zwei oder drei Jahre zurückreichen; zudem habe ich während meines jedesmaligen Besuchs in Constantinopel wiederholt die Frage besprochen, ja selbst vom Ministerium des Aeußern Empfehlungsschreiben an die Gesandten der hohen Pforte in Paris und London erhalten und mündlich meinen aufrichtigen Dank dafür abgestattet. Demnach wurde die Mission Nubar Pascha's weder vor der kaiserlichen Regierung noch ihren Vertretern an fremden Höfen geheim gehalten. In der That ziehen die täglich fühlbarer werdenden Fortschritte des Handels und der Landwirthschaft zahlreiche Fremde nach Aegypten, die alsbald in wechselseitige Beziehungen zu den Einheimischen treten. Daraus entspringen natürlich nicht wenige Streitfälle, weshalb für nothwendig erachtet wurde, Bestimmungen zu treffen, danach angethan, die Rechte der Parteien zu wahren und gegenseitiges Vertrauen zu erwecken. Die Mission Nubar Pascha's hat zum Zweck das System der bisherigen Gerichtsbarkeit, so weit es sich um commercielle oder andere Streitfälle zwischen Einheimischen und Fremden handelt, abzuändern. Die Zustimmung der Mächte zum Zusammentritt einer mit der Prüfung dieser Frage beauftragten

Commission, in deren Schooß sie einwilligen, Specialcommissäre abzuschicken, beweist, daß in Anbetracht der Entwicklung des Handels und der Landwirthschaft diese Reform als innerhalb der Grenzen der von der souveränen Gnade Aegypten bewilligten Privilegien stehend betrachtet wird. Mein Vorgehen konnte demnach offenbar nur den Zweck haben, zu einem Mittel zu gelangen, die Wohlfahrt des Landes unter der Begünstigung Sr. kaiserl. Maj. und gemäß deren großmüthigen Absichtenzu vermehren.

„Eure Hoheit hat mir außerdem die Ehre angethan, zu sagen, daß die übermäßigen Kosten, welche aus dem Ankauf von Waffen und Kriegsschiffen erwachsen und sonstige erdrückende Ausgaben dem Lande schwere Lasten und unter dem Volk eine Verstimmung gegen die Verwaltung hervorrufen. Eine billige Abwägung des gegenwärtigen Zustandes der Wohlfahrt, zu welchem sich das Land unter den Auspicien Sr. kaiserl. Maj. emporgeschwungen, mit jener trostlosen Lage, in welcher es sich zu der Zeit befand, als mir die Zügel der Verwaltung übergeben wurden, wird darthun, daß ich mich, ohne die erhabenen Rechte des Sultans zu verkennen und unter Würdigung seines hohen Wohlwollens ganz dem Glück und Wohlergehen der mir anvertrauten Provinz und der Befestigung des geheiligten Princips der Sicherheit von Personen und Eigenthum gewidmet habe. Die gute Organisation so wie die Regelmäßigkeit der Verwaltung, ihre Ausdauer auf der Bahn des Fortschritts, wären ohne Zweifel hinreichend gewesen, um die Rechte aller zu schirmen. Nichtsdestoweniger wurde vor drei Jahren zur Einsetzung einer Versammlung von Delegirten (Medschilis) geschritten, welche von den Landesangehörigen gewählt werden und berufen sind, alljährlich während zweier Monate zusammenzutreten. Ihre Aufgabe ist, die Interessen des Landes zu ermitteln, über allgemeine Bedürfnisse zu berathen, die Einnahmen und Ausgaben der Regierung zu controliren und den Verwaltungsgang zu überwachen. Es leuchtet ein, daß unter den Auspicien Sr. kaiserl. Maj. zur großen Befriedigung der Landesangehörigen diesen dadurch alle wünschenswerthen Bürgschaften an die Hand gegeben sind. Da der Fortschritt der Wissenschaft und die Verbreitung der Kenntnisse die Grundlage der Civilisation sind, so wurden die Schulen, die früher so gut wie aufgehoben waren, unter dem Schutze Sr. kaiserl. Maj. wieder errichtet und neue Lehranstalten gegründet, so daß dieselben jetzt, eben so zahlreich als vielseitig, vollständig organisirt sind. Ueberdies werden viele junge Leute nach allen Theilen Europa's geschickt, um sich in Wissenschaften, Künsten und Gewerben zu vervollkommnen. In landwirthschaftlicher Hinsicht wurden gegen den ungeheuren Schaden, welchen Viehseuche und Nilüberschwemmungen in der letzten Zeit angerichtet hatten, Unterstützungen jeder Art gereicht und die wirksamsten Vorkehrungen getroffen. Vermöge dieser großen Anstrengungen und sehr beträchtlicher Geldopfer, die man sich auferlegte, wurde der

Wohlstand des Landes, der mit völligem Untergang bedroht war, wieder hergestellt. Ungeachtet dieser auf einander folgenden Verheerungen hat sich die Landwirthschaft in Folge der zur Zeit dieses Unglücks behufs Bewässerung der Ländereien und Verkehrserleichterung ausgeführten nützlichen Arbeiten solchermaßen gehoben, daß unermeßliche Strecken Brachland verbessert und wieder ertragsfähig gemacht worden sind. Die Gründung einer großen Anzahl bedeutender finanzieller Institute, der beträchtliche Zuwachs von Fremden, welche sich selbst in den entferntesten Gegenden des Landes niederlassen und überall in voller Sicherheit leben, die anhaltend steigende Bewegung in den Häfen von Alexandrien, Suez und Port Said, die Entwicklung der ägyptischen Geschäftsbeziehungen mit allen Theilen der Welt, sind der beste Beweis des anhaltenden Fortschrittes in Ackerbau und Handel. Die Ausgaben betreffend, so geschehen diese nur unter Billigung der Delegirtenversammlung. Zieht man in Erwägung, daß, außer den regelmäßigen Verwaltungskosten, viele außerordentliche Ausgaben im allgemeinen Interesse nothwendig geworden, zur Anlegung neuer Eisenbahnen, Erweiterung der Telegraphenlinien, für den Suezcanal, für Unterstützung nothleidender Bevölkerungen u. s. w., und gleichwohl die öffentliche Schuld bedeutend reducirt wurde, so wird man nicht läugnen können, daß die Finanzen gewissenhaft und ohne Bedrückung des Volkes verwaltet werden, so daß dasselbe auch nicht gegen die Verwaltung eingenommen sein kann. In Bezug auf den Ankauf von Waffen und Kriegsschiffen beehre ich mich Eure Hoheit zu benachrichtigen, daß es sich dabei lediglich darum handelte, alte Waffen durch solche von neuer Construction, wie auch alte, unbrauchbar gewordene Schiffe zu ersetzen. Letztere, seit zwei Jahren bestellt, sind noch nicht fertig. Weit entfernt, überflüssig zu sein, rechtfertigen sich diese Ausgaben durch das aufrichtige Bestreben zum Schutze der kaiserlichen Provinz und des Kaiserreichs selbst beitragen zu wollen, wie die Thatsache bezeugt, daß, gleich beim Abbruch der Beziehungen zur griechischen Regierung, in Alexandrien ein Corps von 20,000 Mann zusammengezogen wurde, welches den ersten Befehl oder das erste Signal Sr. Maj. des Sultans zu erwarten hatte."

Diese Vertheidigung des Vicekönigs war, ungeachtet ihrer geschickten Abfassung, die einer französischen Feder zugeschrieben wurde, nicht geeignet, die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen zu widerlegen. Wenn er der Pforte in einigen Fällen mit Truppen und Geld zu Hülfe gekommen, wenn er Handel und Ackerbau und überhaupt die materielle Cultur gefördert hatte, so war dies weit mehr in seinem eigenen Interesse als in dem des ägyptischen Volkes, und am wenigsten in dem des Sultans geschehen. Die von ihm errichtete Delegirtenversammlung, welche die Verwendung der Steuern überwachen sollte, besaß nicht einen Schatten von Einfluß und war nur eine Maschine, mit der er Europa Sand in

die Augen streuen wollte, um sich nöthigenfalls hinter sie zurückziehen und die Verantwortlichkeit von sich auf sie abwälzen zu können. Seine Förderung des öffentlichen Unterrichts war ebenfalls nicht von der Art, wie er glauben machen wollte. Er erhielt und vermehrte die Anstalten, in denen die für seinen Dienst nützlichen Disciplinen gelehrt wurden, that aber nichts für den eigentlichen Volksunterricht, aus dem allein ein besserer öffentlicher Zustand hätte hervorgehen können. Um seine weiteren Zwecke zu erreichen, bedurfte er einer Land- und Seemacht, und um die für dieselbe nöthigen Geldmittel aufzubringen, mußte viel gepflanzt und geerntet, Canäle und Schleusen in Ordnung gehalten und von allen Erfindungen und Vervollkommnungen Europa's Anwendung gemacht werden, mußten Ackerbau und Handel viel eintragen. Sein einziges Ziel war die Vermehrung seiner Macht, um durch sie zur Unabhängigkeit von der Pforte zu gelangen, und da diesem Streben keine Idee, weder religiöse noch nationale, zu Grunde lag, so konnten für sie nur materielle Hebel in Bewegung gesetzt werden.

Der Großvezier Aali Pascha, der nächst dem im Februar 1869 in Nizza verstorbenen Fuad Pascha, der gebildetste türkische Staatsmann war, ließ sich von des Königs Antwort nicht täuschen oder in Sicherheit wiegen, sondern richtete ein neues Schreiben an ihn (29. August), in welchem er auf die früher gestellten Forderungen zurückkam, sie aber noch schärfer und entschiedener präcisirte. Nachdem die Oberherrlichkeit des Sultans in dem Verhältniß zu Aegypten als oberstes Princip hingestellt und die Willfährigkeit des Vicekönigs, sie anzuerkennen, vorausgesetzt war, ging das Schreiben zu den einzelnen Punkten über. „Dem obgedachten Princip gemäß", hieß es darin, „ist der sicherste Weg, um jede Spur der verdrießlichen Lage zu verwischen, die aus dieser oder jener Ursache sich herleitete, die genaue Ausführung des Wortlauts der kaiserlichen Fermane, weshalb ich mich beeile, nachfolgende Maßnahmen anzugeben, welche in dieser Hinsicht getroffen werden müssen. Unter den im Bestallungsbrief Ihres erlauchten Vorfahren verzeichneten Bedingungen, welche den Bestand, die Form und die Dauer der Dienstzeit der ägyptischen als kaiserlich betrachteten Truppen vorschreiben, befindet sich auch jene, welche anfänglich die Zahl derselben auf 18,000 Mann feststellte, welche Zahl später auf 30,000 Mann erhöht wurde. Eure Hoheit werden diese Zahl nicht überschreiten, ohne daß im Fall des Bedürfnisses zuvor eine solche Vermehrung von der hohen Pforte bewilligt worden wäre. Jede Waffenrüstung, welche über das gewöhnliche Diensterforderniß hinausgeht, bildet eine unnütze Ausgabe, und da kein Grund vorliegt zur Bestellung von mehr als 200,000 Zündnadelgewehren, die zu verschiedenen Zeiten theils in Europa, theils in Amerika gemacht wurde, so werden Eure Hoheit sich nicht weigern, dieselben sogleich an uns abzutreten; ebenso werden Sie, um in den oben angegebenen

Schranken zu bleiben, die gegenwärtig in Triest und in Frankreich im Bau begriffenen Panzerschiffe abbestellen. Sollten Schwierigkeiten entstehen wegen Abtretung dieser Schiffe, indem es nicht möglich wäre, sie zurückzugeben oder sie zu verkaufen, so ist Se. Majestät entschlossen, dieselben, behufs Erleichterung der Lösung dieser Frage, zum Kostenpreis anzukaufen.

„Nach dem Wortlaut derselben Fermane sollen alle Steuern in Aegypten im Namen des Sultans erhoben werden; steht nun gleichwohl die Erhebung und Verwendung dieser Steuern Eurer Hoheit zu, so hat doch, so lange Se. Maj. keine Kenntniß von der Natur, der Eigenschaft und dem Verbrauche der erhobenen Steuern hat, diese Erhebung im Namen des Sultans weder Sinn noch praktische Bedeutung. Uebrigens zögert ja Eure Hoheit auch nicht, wenigstens nach der Stelle Ihres Schreibens zu urtheilen, welches vom Vorlegen des Budgets in der Delegirtenversammlung handelt, den Stand der Einnahmen und Ausgaben einer gewissenhaften Prüfung zu unterwerfen. Die Aneignung dieser nützlichen Principien war offenbar ein Act der Weisheit Eurer Hoheit. Nur dürfte die Vervollkommnung dieses heilbringenden Systems unumgänglich nothwendig sein sowohl für Sie selbst als für die Sicherheit der Provinz des Sultans und ihrer Bewohner. Andererseits wissen Eure Hoheit, daß auswärtige Anleihen unabweisbare Maßnahmen erfordern, wie z. B. die Verpfändung der gegenwärtigen und zukünftigen Einnahmen des Landes und deren Vermehrung, um so die Zinsen aufzubringen und das Capital zurückzuzahlen. Diese Frage ist äußerst wichtig und es ist nicht billig, daß Sie allein die Verantwortung dafür tragen. Se. Maj. hat mir deshalb befohlen, Eure Hoheit zu bitten, jedes Jahr das Budget der Einnahmen und Ausgaben an Se. Majestät nach Constantinopel zu schicken; sollte es aber doch nöthig werden, eine auswärtige Anleihe zu machen, so hätte Eure Hoheit vorher die Genehmigung Sr. Maj. nachzusuchen, unter Angabe der Motive zur Anleihe, ihrer Bedingungen und der Mittel, um deren Zinsen zu decken und das Capital zu tilgen. Da die auswärtigen Beziehungen Aegyptens zu den Vertragsbefugnissen der hohen Pforte mit den befreundeten Mächten gehören, so wurde durch die vorgenannten Fermane klar festgestellt, daß die ägyptische Verwaltung keine officiellen und directen Beziehungen mit den Mächten unterhalten darf: daraus ergiebt sich, daß, so oft eine Aegypten betreffende äußere Angelegenheit vorliegt, diese von der kaiserlichen Regierung durch officielle Vermittlung der osmanischen Gesandtschaft in Europa behandelt werden muß. Wenn aber, gemäß der im Ferman vom 3. September 1867 enthaltenen kaiserlichen Genehmigung, ein Agent abgeschickt werden soll, um den fremden Regierungen bezüglich der besonderen Verträge, welche über gewisse Materien bestehen könnten, Aufschlüsse zu geben oder um über

specielle zum Abschluß zu gelangende Reglements zu berathen, so hat dieser Agent sich mit dem osmanischen Gesandten des Ortes, wohin er sich begiebt, in Einvernehmen zu setzen, und durch dessen Vermittlung die ihm aufgetragenen Unterhandlungen zu führen. Diese Behandlungsweise ist geeignet, die Aufgabe zu erleichtern und steht in Uebereinstimmung mit Recht und Herkommen. Da es Sr. Majestät fester Wille ist, daß alle Beamten seines Reiches, ohne Unterschied des Ranges, ihre Aufmerksamkeit auf die genaue Vollziehung der organischen Reglements, so weit sie Leben, Güter und Ehre ihrer Unterthanen betreffen, wenden, so waren die Versicherungen Eurer Hoheit in dieser Beziehung für Se. Majestät ein ganz besonderer Grund der Befriedigung; Se. Majestät hat mir befohlen, Sie zu bitten, Ihren Eifer mehr und mehr zu entfalten und hofft Se. Majestät, daß die üble Behandlung und die erlittenen Drangsale, welchen in diesem Jahre die muselmanischen Pilger ausgesetzt waren, sich nicht mehr wiederholen und daß Eure Hoheit dafür die Agenten verantwortlich machen werden, welche sich auf eine sowohl dem großherrlichen Willen als den Gesetzen der Menschlichkeit zuwiderlaufende Weise betragen haben."

Diese Forderungen der Pforte waren in Bezug auf Kriegsmacht, Anleihen und auswärtige Vertretung so peremtorischer Natur, daß sie keine Ablehnung zuließen, ohne alsbald einen gewaltsamen Bruch herbeibeizuführen. Einem solchen sich in der gegenwärtigen politischen Lage auszusetzen, lag aber keineswegs in Ismail Pascha's Planen. Von den Großmächten war die Haltung der griechischen Regierung während des candiotischen Aufstandes gemißbilligt und dieselbe zur Beachtung der bestehenden Verträge durch das Versagen jeder Hülfe genöthigt worden. Die Pforte hatte damals erklärt, daß sie sich eher einem neuen Navarino aussetzen als die Vereinigung der Insel Candia mit dem Königreich Griechenland zugeben werde. Der Vicekönig, der in einem bestimmten von allen Mächten anerkannten Abhängigkeitsverhältniß zum Sultan steht, hätte noch weniger auf irgend einen Beistand zu rechnen gehabt. Ismail Pascha unterwarf sich deshalb den ihm von Großvezier gestellten Bedingungen, rechnete aber auf das Eintreten von Umständen, welche das türkische Reich schwächen und die Ausführung seines Plans des Zerreißens der ihn an die Pforte bindenden Fäden und Erlangung vollständiger Unabhängigkeit erleichtern würden. Er wollte ohne Geräusch und in äußerlichem Einvernehmen mit dem Sultan seine Macht vermehren, wozu auch innerhalb der ihm auferlegten Grenzen noch immer Raum genug übrig blieb. Der Sultan fand es für nöthig, ungeachtet der Unterwerfung des Vicekönigs, an denselben noch einen besonderen Ferman zu erlassen, der alle Forderungen des Großveziers erneuerte und überall in Aegypten öffentlich vorgelesen werden sollte. Ismail Pascha kam auch diesem Befehl nach, aber in einer Art, welche der Bevölkerung

gegenüber bewies, daß er die Sache als eine bloße Formalität betrachtete (9. December 1869.)

Während der Differenz zwischen der Pforte und dem Vicekönig war die Vollendung des Suezcanals erfolgt. Schon am 18. März waren in Beisein des Vicekönigs und einer zahlreichen Gesellschaft die Gewässer des Mittelmeeres mit vollkommenem Erfolg in die sogenannten Bitterseen oder Salzsümpfe eingelassen und damit eine der mechanischen Hauptschwierigkeiten des Unternehmens überwunden worden. Die Geschichte dieses Werkes ist eine merkwürdige und beweist, wie gewisse nationale Ueberlieferungen ungeachtet der größten inneren und äußeren Veränderungen, sich unter den Franzosen erhalten können. Im Verlauf von fast drei Generationen war die Durchstechung des Isthmus von Suez ein Lieblingswunsch gewesen, bis er endlich unter Napoleon III. in Erfüllung ging. Als der General Bonaparte im Jahr 1798 in Aegypten war, faßte er den Plan, die beiden Meere zu verbinden und ordnete eine Terrainaufnahme an. Seine Ingenieure berichteten: das Niveau des Rothen Meeres sei um etliche 30 Fuß höher als das des Mittelmeeres. Diese Meinung wurde über vierzig Jahre lang nicht angefochten und dem mehrmals wieder auftauchenden Plan der Durchstechung der Landzunge entgegengehalten. Erst im Jahr 1840 warf eine neue Messung einigen Zweifel auf die behauptete Niveau-Ungleichheit. Im Jahr 1847 ging eine Commission französischer, englischer und österreichischer Ingenieure nach Aegypten, und einige Jahre später unternahm der im Dienst des Vicekönigs stehende französische Ingenieur Linant Bey ein gründliches Terrainstudium. Zur Zeit des Krimkrieges, als Frankreichs Ansehen im Orient am höchsten stand, ertheilte der Vicekönig Said Pascha die Concession zur Erbauung eines Canals zwischen dem Mittelmeer und Suez an Ferdinand von Lesseps, der durch Geist und Charakter einem so großen Unternehmen gewachsen war. (Ueber die Anfänge desselben siehe: Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Zweiter Band. S. 46—47.) Fünfzehn Jahre lang hatte derselbe mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß eine ungewöhnliche Willensstärke und wahrhafte Begeisterung dazu gehörte, um nicht entmuthigt zu werden.

Um vor der Eröffnung des Suezcanals über die an denselben sich knüpfenden Interessen berathen und gewisse leitende Gesichtspunkte feststellen zu können, war Ende October ein internationaler Handelscongreß in Cairo zusammengetreten, der am 11. November seine Sitzungen schloß. Ungeachtet der verschiedenartigen Meinungen, die sich anfänglich geltend machten, war man zuletzt doch zu einer Uebereinkunft gelangt und hatte folgende Beschlüsse gefaßt, die sich auf künftige Benützung des Canals und die damit zusammenhängenden Verhältnisse bezogen: Es ist wünschenswerth hieß es darin, daß, gemäß der von der gegenwärtigen

Regierung von Aegypten gegebenen Erklärung, alle Waaren, welche durch den Canal passiren, für immer von jedem Transitzoll oder jeder ähnlichen Abgabe befreit bleiben, und alle Mächte die Neutralität des Canals als eine allgemeine Thatsache anerkennen. — Es ist ebenfalls vom höchsten Interesse, daß das Seerecht in Kriegszeiten, dessen Bestehen man noch zu beklagen hat, reformirt werde, und daß alle Mächte die Unantastbarkeit des Privateigenthums auf dem Meer, gleichviel unter welcher Flagge, anerkennen, Kriegscontrebande ausgenommen, und daß sie zugleich erklären, daß die Blokade nur auf befestigte Plätze angewandt werden darf. — Die Entwicklung des internationalen und ägyptischen Verkehrs in Folge der Eröffnung des Suezcanals erheischt, daß die in Aegypten thatsächlich bestehenden Handelsgesetze und Gebräuche auf neuer und kräftiger Grundlage hergestellt werden. Der Congreß verlangt diese Umgestaltung im besonderen, damit Gesellschaften für Handel, Industrie und Credit entstehen und sich frei entwickeln können. — Da der Handel zwischen Europa und den östlichen Colonien für einen bedeutenden Theil in den Transit der Landenge von Suez eintreten wird, so ist es wünschenswerth, daß verschiedene Mächte endgültig auf die Privilegien verzichten, die sie noch in ihrem Colonialsystem aufrecht halten. — In Anbetracht, daß die erste Bedingung der Entwicklung der Schifffahrt durch den Canal die Reduction der Kohlenpreise ist; empfiehlt der Congreß, daß nur die mit Kohlen befrachteten Schiffe von allen Tonnengeldern befreit bleiben. — Es ist wünschenswerth, daß zur Begünstigung des nationalen Verkehrs die ägyptische Regierung die Colonisation der Landenge erleichtere, sowie die Anlage von Bazars, Magazinen, freien Niederlagen und Märkten. — Es ist wichtig, daß man durch neue Arbeiten, die gemeinschaftlich von den meist interessirten Mächten vorzunehmen sind, die hydrographische Kenntniß des Rothen Meeres vervollständige und eine Karte davon herausgebe. — Es ist wünschenswerth, daß die ägyptische Regierung über die productiven Kräfte des Landes periodische Berichte ausarbeiten lasse, welche den anderen Staaten mitgetheilt und gegen analoge Veröffentlichungen ausgetauscht werden.

Am 17. November (1869) fand endlich die Einweihung des großen Werkes in Gegenwart des Vicekönigs, der Kaiserin Eugenie, des Kaisers von Oesterreich, von Beust und Andrassy begleitet, des Kronprinzen von Preußen und des Prinzen Heinrich der Niederlande statt. Auch der früher so viel genannte Abd-el-Kader, einst der gefährlichste Feind der französischen Herrschaft in Algerien, der nachher von einer französischen Pension in Damascus lebte, war herbeigeeilt. Der der Form nach halbeuropäisch gewordene Charakter Aegyptens zeigte sich in der Anwesenheit so vieler ausgezeichneter, der christlichen Welt angehöriger Personen, die oft mehr Aufmerksamkeit unter den Eingebornen als der Vicekönig und seine Minister und Generale erregten, was in früheren Zeiten

nicht möglich gewesen wäre. Auch bei der Feierlichkeit selbst trat der Einfluß Europa's hervor. Sie wurde zwar mit einem Gebet eröffnet, welches das Oberhaupt der mohamedanischen Kirche in Aegypten, der Sherif el Muhmedin sprach, dem aber eine Messe folgte. Auch die Festrede wurde von einem katholischen Priester, dem Abbé Bauer, gehalten. Derselbe stellte das Zustandekommen des Canals von Suez über die Entdeckung Amerikas, erhob die Thaten des Vicekönigs bis zum Himmel und meinte, wogegen weniger einzuwenden war, daß Ferdinand von Lesseps Name von diesem Tage an der Geschichte angehöre. Abdul Aziz war anfänglich geneigt gewesen, der Eröffnung des Canals beizuwohnen und sie unter seinen Auspicien vornehmen zu lassen, und hatte sich nur durch die Vorstellungen der europäischen Gesandten in Constantinopel von einem Schritt abhalten lassen von dem sie fürchteten, daß er das Mißverhältniß zwischen ihm, dem nominellen und Ismail Pascha, dem factischen Herrn Aegyptens, der Welt noch fühlbarer als bisher machen würde. Man stellte dem Sultan vor, daß seine Souveränetätsrechte durch die Unterwerfung des Vicekönigs unter die Forderungen des Großveziers hinlänglich sicher gestellt seien, und er ließ sich davon überzeugen. In der That mochte Ismail Pascha, dessen Schatz die großen Ausgaben bei den stattgefundenen Feierlichkeiten sehr angegriffen hatten, zur Erfüllung der neuerdings eingegangenen Verpflichtungen, wenigstens für einige Zeit, geneigt sein. Er zeigte der Pforte die bevorstehende Auslieferung der Panzerschiffe und Zündnadelgewehre an, die auch im März 1870 in Constantinopel anlangten. Nubar Pascha ging hierauf ebenfalls dahin ab, um die Einwilligung der Pforte zu der beabsichtigten Justizreform und zu Unterhandlungen mit den europäischen Regierungen für Abschaffung der Consulargerichtsbarkeit zu erlangen. Die Pforte, die hiervon eine Vermehrung der innern Macht des Vicekönigs besorgte, lehnte sein Begehren ab, was ihn aber so wenig verstimmte, daß er seinen Sohn und Thronfolger, Tepik Pascha, der auf einer Reise in Europa begriffen war, von da abrief und sich mit ihm nach Constantinopel begab, wo beide vom Sultan mit großer Auszeichnung aufgenommen wurden (Juli 1870.) Die Beziehungen zwischen der Pforte und Aegypten schienen sich vollkommen friedlich gestalten zu wollen, aber das gegenseitige Mißtrauen lag in dem Verhältniß selbst, und als Anfang December 1870 in Arabien ein Aufstand gegen die Autorität des Sultans ausbrach, wurde in Constantinopel der Vicekönig als der Anstifter desselben angesehen. Aber wie auch die Zukunft Aegyptens sich gestalten mag und welche Schicksale ihm bevorstehen mögen, wie seine alten Denkmale, die in Stein geschriebene Geschichte des Landes, sich erhalten haben, eben so wird auch sein neuestes Werk, der Suezcanal, fortdauern, und nicht von dieser oder jener Veränderung, der innern oder äußern Zustände abhängig sein. Auch ist eben dieses die ganze

civilisirte Welt interessirende Unternehmen geeignet, gewaltsamen Differenzen zwischen der Pforte und Aegypten vorzubeugen oder dieselben im Entstehen beizulegen, damit sie in der Benutzung des Canals keine Störung hervorbringen, deren Nachtheile alle seefahrenden Nationen empfinden würden. Der Suezcanal kann deshalb die wirksamste Garantie für Erhaltung des zwischen dem Sultan und dem Vicekönig bestehenden Vertragsverhältnisses werden nnd beider Ehrgeiz Fesseln anlegen.

Wenn auch die bei der Eröffnungsfeier des Suezcanals zwischen demselben und der Entdeckung Amerika's angestellte Vergleichung sehr übertrieben war, so ist er doch immer eines der außerordentlichsten Werke aller Zeiten, und wird ohne Zweifel bedeutende Folgen nach sich ziehen. Durch ihn ist die maritime Communication zwischen England und Indien um 6000 Seemeilen abgekürzt, und er wird in Verbindung mit den Orientbahnen, von denen ein Theil nach den Hauptseeplätzen des türkischen Reiches gehen soll, den großen Verkehrslinien eine neue Richtung geben. Der Handel mit Süd- und Ostasien ist, wenn nicht überhaupt der wichtigste, so doch immer der wichtigste für Europa, und auch die Länder, welche nicht unmittelbar von ihm berührt werden, erfahren seine Wirkungen. Außerdem wird das Mittelmeer dadurch wieder die Stellung einnehmen, die es seit der Entdeckung des Seeweges um das Cap der guten Hoffnung verloren hatte. Was zunächst Alexandrien, Constantinopel, Salonichi, Triest, Marseille, und weiterhin die Seeplätze im Norden durch den Suezcanal gewinnen können, ist unberechenbar. Obgleich an ihm viele Jahre gearbeitet worden ist, so waren die obwaltenden Schwierigkeiten so groß, das Ganze so complicirt, daß er, dem Verkehr übergeben, manches zu wünschen übrig ließ, und daß nicht nur für die nächste Zeit, sondern auf lange hinaus, manches an ihm selbst und den Betriebseinrichtungen zu verbessern sein wird. Vor allem wird man eine größere Vertiefung des Canals anzustreben haben, die nicht überall auf ihr normales Maß gebracht worden, welches von Sachkundigen auf acht Meter angegeben wird. Eben so wäre eine gleichmäßige Verbreiterung schon um des Ausweichens der Schiffe willen unerläßlich. Auch der Tarifsatz von 10 Fr. per Tonne wird für zu hoch gehalten, und würde, bliebe er bestehen, die Concurrenz des Weges um Afrika nicht ausschließen. Wenn demnach noch bedeutende Arbeiten in Ausführung zu bringen sind, so hat der Canal, ungeachtet dessen was noch an ihm zu ergänzen ist, während der kurzen Zeit seit seiner Eröffnung der Schifffahrt in dem Mittelmeer schon unverkennbare Dienste geleistet. Wünschenswerth, ja nothwendig wird es zur vollständigen Erfüllung seiner Bestimmung sein, daß mindestens die dem Unternehmen besonders nahe gestellten Regierungen sich dadurch einen Einfluß auf dasselbe sichern, daß sie einen thätigen Antheil an seinem Ausbau nehmen, und nicht alles der Suezcompagnie und dem Vicekönig

überlassen. An die Stelle der monarchischen Legitimitätsideen, welche früher die Staaten verbanden, sind jetzt die nationalökonomischen Interessen getreten und das von Lesseps ins Leben gerufene Unternehmen ist eine der größten Erscheinungen in dieser Richtung.

Im übrigen Afrika hat sich in dem Zeitraum zwischen 1867 und 1871 wenig zugetragen, das an und für sich merkwürdig oder für die civilisirte Welt von Bedeutung wäre. Das Wichtigste wäre, wenn es sich befestigt, der Sieg des Christenthums auf der Insel Madagascar, die fast noch einmal so groß als Großbritannien und Irland zusammen, über vier Millionen Einwohner zählt und durch ihre geographische Lage von Wichtigkeit ist. Dort war schon im Anfang des Jahres 1870 die Souveränin des Landes, die Königin Ramuma, zum Christenthum übergetreten und ihrem Beispiel der gesammte madagassische Adel gefolgt. Die Königin begann alsbald eine christliche Capelle zu bauen und die hölzerne Umhegung des Tempels, in welchem sich der große Landesgötze befand, niederreißen zu lassen, obwohl die Priester sich dagegen erklärten und eine drohende Stellung annahmen. Am 8. September erschienen dieselben in Masse in der Hauptstadt und verlangten Anerkennung ihrer Adelsprivilegien. In einem sofort berufenen Cabinetsrath wurde entschieden, den ersten Minister und andere Beamte der Krone, ehe den Priestern die Heimkehr möglich wurde, nach „dem heiligen Dorfe“ zu entsenden und das Götzenbild zu verbrennen. So geschah es. Man besetzte das Haus des Götzen, häufte das Holz der Umhegung herum, zündete dieses an und schaffte alles Tragbare aus dem Tempel zur Verbrennung herbei. Zuerst den großen Rohrstock, der bei Processionen gewöhnlich vor dem Götzen einhergetragen wurde, dann zwölf Bullenhörner, aus welchen man zu räuchern und heiliges Wasser zu sprengen pflegte, darauf drei scharlachrothe Regenschirme, und das seidene Gewand, mit welchem der Tempelwächter das Götzenbild bei Umzügen zu bekleiden pflegte. Dann kam die Reihe an des Götzen Kasten, aus einem ausgehöhlten Baumstamm bestehend, zuletzt an den Götzen selber. Da, mit Ausnahme der Priester, kaum einer aus der ganzen lebenden Generation der Madagassen denselben zu Gesicht bekommen hatte, so erregte sein Erscheinen großes Erstaunen. Der Götze bestand aus zwei Stücken Scharlachseide von etwa drei Fuß Länge und drei Fuß Breite, verbunden durch ein kleines Stück Holz von der Dicke eines Mannesdaumens, so daß die niederhängende Seite so zu sagen zwei große Flügel zu einem ganz kleinen Körper bildete. Das war der „große Gott der Madagassen“, dessen Berührung heilig machte und dessen Nähe Schutz verlieh. „Ihr könnt ihn nicht verbrennen, er ist ein Gott“, schrie das

versammelte Volk. „Wenn er ein Gott ist, so wird er nicht brennen", erwiederte der Beamte, „wir wollen es versuchen", und sie hielten den seidenen Götzen mit einem Stab in das Feuer, damit das Volk die Verbrennung wirklich vor Augen habe. Der Erfolg war vollständig und erfüllte die Zuschauer mit Schrecken und Niedergeschlagenheit. Am folgenden Tage theilten vier andere Götzenbilder dasselbe Schicksal und der Rest folgte. Einer der Götzen bestand aus einem kleinen Beutel voll Sand, ein anderer aus drei Stückchen Holz, die durch eine silberne Kette mit einander verbunden waren. Als die Verbrennungen vorüber waren und das Volk sah, daß es nun keine Götter mehr zum Anbeten besaß, schickte es zur Königin und ließ anfragen, was es in Zukunft verehren solle. Die Regierung wandte sich darauf an christliche Eingeborne und verlangte von ihnen Religionslehrer, die alsbald bei der Hand waren. Es stellte sich dabei heraus, daß unter 280 Ortschaften der Provinz Imerina es schon 120 gab, die christliche Kirchen besaßen. Die Mehrheit der Madagassen stand in ihren religiösen Begriffen, wie man hieraus ersehen kann, nicht weit über dem Fetischdienst. Aber das Christenthum hatte im Geheimen um sich gegriffen, was jetzt nach dem Aufhören der langen und grausamen Verfolgung sichtbar wurde. Es fragt sich nur, ob die Masse, da diese glückliche Veränderung vornehmlich von der Königin und ihren Umgebungen ausgegangen zu sein scheint, wenn in den maßgebenden Kreisen ein Rückschritt eintreten sollte, wie unter halb barbarischen Völkern vorkommt, nicht wieder eine Beute des alten Aberglaubens werden wird.

Die Einführung des Christenthums in Madagascar wird diese Insel der civilisirten Welt viel näher als bisher bringen. Schon haben sich französische und englische Missionäre und Colonisten daselbst in größerer Anzahl niedergelassen, und die Macht, welche die beiden seefahrenden Nationen in jenen Gegenden besitzen, läßt die Wiederkehr der früheren Bedrückungen nicht befürchten. Aber auch auf einem andern Punkt der afrikanischen Inselwelt, einem viel kleineren, aber durch seine Lage als Handelsstation und durch den lebhaften Verkehrt mit dem afrikanischen Festland nicht unwichtig, hatte sich die Ueberlegenheit Europa's, allerdings nicht durch so friedliche Mittel wie die Verbreitung religiöser Ideen, schon vor der in Madagascar geschehenen Veränderung geltend gemacht. In Mohilla, die zu der Gruppe der Comoro-Inseln an der Ostküste Afrika's gehört, vierzig deutsche Meilen vom afrikanischen Continent entfernt, hatte sich die dortige Herrscherin, die Königin Fatime, einer großen Ungerechtigkeit und Treulosigkeit gegen einen französischen Kaufmann von der Insel Bourbon, Namens Lambert, schuldig gemacht. Derselbe, einer der ersten Industriellen in den französischen Colonien, hatte von der Königin, die ihre Einkünfte vermehren wollte, die Ueberlassung eines bisher uncultivirten Terrains auf der

Insel zum Anbau von Zuckerrohr erlangt. Der Contract war von beiden Theilen in französischer und arabischer Sprache ausgefertigt und unterzeichnet. Als Lambert, nachdem er viele Kosten aufgewandt, an die Ausführung seines Unternehmens gehen wollte, ließ ihm Fatime, die unterdessen anderes Sinnes geworden, erklären, daß sie sich an die abgeschlossene Uebereinkunft nicht weiter kehren wolle und daß er Mohilla mit seinen Leuten alsbald zu verlassen habe. Da Lambert's Gegenvorstellungen vergeblich blieben, so ging er nach der Insel Bourbon zurück und rief die Hülfe des Commandanten des dort stationirten französischen Geschwaders an. Die Dampfcorvette „Indra" mit gezogenen Geschützen schwersten Calibers bewaffnet, erhielt sofort Befehl, sich nach Mohilla zu begeben und Lambert Gerechtigkeit zu verschaffen. Die Forderungen des französischen Befehlshabers, der, um alle diplomatischen Formen zu beobachten, von dem Kanzler des Consulats in Zanguebar als politischem Commissär begleitet war, wurden von der Königin zurückgewiesen, die erklärte, daß sie die Regierung an ihren Sohn abgetreten habe, der an den mit Lambert eingegangenen Vertrag nicht gebunden sei. Der Commandant stellte ihr nun das Ultimatum, bis um 10 Uhr des anderen Morgens (12. November 1867) die Erklärung, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, an Bord der Corvette zu senden, oder des Bombardements der Stadt gewärtig zu sein. Da die verlangte Antwort nicht erschien, so ward die Beschießung eröffnet und die Stadt Mohilla bot am andern Tage um 12 Uhr Mittag, sammt dem Palast der Königin und dem Fort, den Anblick eines Trümmerhaufens dar. Dieser Act strenger Gerechtigkeit wurde besonders in England getadelt, obgleich bei ähnlichen Gelegenheiten englische Marineofficiere ganz dasselbe gethan haben, und als ob bei halbbarbarischen und zugleich grausamen und hochmüthigen Völkern, wie die meisten mohamedanischen Afrikaner sind, zu denen die Comoro-Insulaner gehören, mit Milde und Schonung etwas auszurichten wäre. Ihr Hang zu Gewaltthat und Treubruch würde dadurch nur noch zügelloser werden. In diesem Falle konnten die Mohillaner, die selbst in Ostafrika einen übeln Ruf haben, nicht von ihrer Königin getrennt werden. Nur solche Mittel sind im Stande, unter den fanatischen Mohamedanern dem christlichen Namen Achtung und dem einzelnen Europäer und Christen Sicherheit zu verschaffen. Es waren in den letzten Jahren in jenen Gegenden gegen europäische Reisende so viele Verbrechen und Ungerechtigkeiten begangen worden, daß ihnen endlich einmal Einhalt geboten werden mußte.

Im Jahr 1869 verbreitete sich die Nachricht, daß im Norden der britischen Colonie Natal Goldminen entdeckt wurden, was viele Personen, die sich schnell bereichern wollten, herbeizog, bei denen aber die Enttäuschung nicht lange auf sich warten ließ. Dagegen wurden in der Capcolonie Diamanten, unter ihnen manche von großem Werth, gefunden,

die bald Suchende aus den entferntesten Gegenden herbeilockten. Von dauernderer Bedeutung war die Entdeckung von silberhaltigen Bleierzen, da bisher Blei wegen der Transportkosten in der Colonie sehr theuer gewesen war.

Die ganze Erde ist jetzt mehr als je ein Gegenstand der Forschung wißbegieriger und unerschrockener Reisenden, aber nirgends findet dies mehr als in Afrika statt, wo der Entdeckungseifer ungeachtet der sich häufenden Schwierigkeiten mit jedem Jahre zunimmt und einen immer größeren Kreis von unternehmenden Gelehrten an sich zieht. Früher waren diese Entdeckungsreisen meist Privatunternehmungen, zu deren Unterstützung sich eigene Gesellschaften bildeten, bis in neuester Zeit mehrere Regierungen fördernd hinzutraten. England konnte dafür bei seinem Reichthum und seinen ausgebreiteten Verbindungen das meiste thun. Wenn in Bezug auf Amerika Alexander von Humboldt's Namen außer allem Vergleich steht, so wird bei den Entdeckungen in Afrika immer Livingstone's gedacht werden, der mit einer Ausdauer und Kühnheit ohne Gleichen in früher ganz unbekannte Gegenden eingedrungen ist, und mit den größten Hindernissen zu kämpfen gehabt hat. In den letzten Jahren (1869) hat die immer mehr in die Spuren civilisirter Staaten tretende ägyptische Regierung eine Expedition unter dem Engländer Sir Samuel Baker ausgerüstet, bei der es, nach dem für sie bestimmten Aufwand von Militärmacht zu urtheilen, sich nicht bloß um Entdeckung, sondern auch um Eroberung handelte. Als ostensibler Zweck wurde die Abschaffung des Sklavenhandels in den der ägyptischen Herrschaft zu unterwerfenden Negerländern bezeichnet. In dem vor Anfang der Unternehmung bekannt gewordenen Programm hieß es folgendermaßen: Was zunächst die Truppenzahl betrifft, mit welcher Sir Samuel Baker auszieht, so wird sich dieselbe auf 2000 Mann Infanterie, 250 Mann irreguläre Cavallerie (Baschi Bozuks) und drei Batterien Artillerie belaufen. Die Infanterie marschirte zum Theil schon im Juli von Kairo ab, und wird die ganze Strecke bis Chartum zu Fuß zurücklegen und wahrscheinlich im Dezember dort eintreffen. Kurz nach diesen Truppen gingen 400 Kamele mit Waaren für den Tauschhandel mit den Eingebornen durch die Wüste von Korosko ebenfalls nach Chartum ab. Gegen Mitte August erhielten 35 große Barken und 7 Flußdampfer Befehl, den Nil so rasch als möglich hinaufzugehen und über den Katarakt von Dongola hinauszugelangen, ehe das Wasser wieder fallen würde. Zu diesem Ende hatten die Fahrzeuge fast keine Ladung am Bord.

Sir Samuel Baker, der in dem betreffenden Ferman zum General-Gouverneur aller Provinzen von Centralafrika ernannt wird, die er etwa für Aegypten in Besitz nehmen werde, führt persönlich den einen Theil der Expedition, bei dem sich auch seine Gattin befindet, und

wendet sich zunächst nach Suakim, von dort auf Dromedaren nach Berber, und von diesem Punkt aus mit dem Dampfer nach Chartum. Der andere Theil der Expedition steht unter den Befehlen des Ingenieurs Higginkotham, geht den Nil hinauf bis Korosko und hat zwei zerlegbare eiserne Dampfer, 6 englische und 50 arabische Handwerker und den Rest des Gepäckes sowie die zum Tauschhandel bestimmten Waaren bei sich. Bei ihm kommt es darauf an, noch bei hohem Wasserstande über den Katarakt von Assuan hinauszukommen. In Korosko findet diese Abtheilung 2000 Kamele bereit und schlägt mit diesen den Weg durch die Wüste von Alin Hamat ein, der 11 Tagereisen lang ist. Von dort kommt man über Berber am Ufer des Nils entlang in weiteren 16 Tagen nach Chartum. An letzterem Orte übernimmt Sir Samuel Baker das Commando der ganzen Expedition und geht den Fluß hinauf bis nach Gondoboro, da auf dieser Strecke weder Wasserfälle noch Stromschnellen von Bedeutung sind. Etwa 15 Meilen südlich von Gondoboro befindet sich eine weite Hochebene, und dort soll der gesunden Lage wegen das Hauptdepot und die erste Station angelegt werden. Von diesem Punkt an beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, denn ganz in der Nähe desselben kommt man in das Gebiet des äußerst wilden und kriegerischen Stammes der Barry. Da durch dasselbe keine gangbaren Wege führen und der Nil auf einer Strecke von 90 Meilen nicht schiffbar ist, so wird es nothwendig sein, durch den oben erwähnten Ingenieur eine Straße anlegen zu lassen, während Sir Samuel Baker auf die eine oder andere Weise mit den Eingebornen fertig werden muß. Ist der Punkt erreicht, wo, wie man glaubt, die Stromschnellen aufhören, so soll einer der beiden eisernen Dampfer zusammengesetzt werden, und Sir Samuel Baker geht weiter den Fluß hinauf bis an die Seen. An günstigen Punkten werden am Ufer befestigte Posten eingerichtet und die in der Nähe wohnenden Stämme der ägyptischen Regierung botmäßig und tributpflichtig gemacht. Inzwischen werden von Cairo aus weitere Truppensendungen nachgeschoben, wie es das Bedürfniß bei Besetzung der verschiedenen Stationen erheischt. Bei jeder Station wird unter Aufsicht eines Kopten eine Handelsniederlage errichtet, die sich mit den Eingebornen behufs Vermittlung des Tauschhandels in Einvernehmen setzt. Sämmtliche Soldaten, welche die Expedition begleiten, gehören der Ackerbau treibenden Klasse an und sollen auch in der Nachbarschaft der Stationen diese Beschäftigung fortsetzen.

Als der deutsche Afrikareisende Gerhard Rohlfs im Juli 1866 nach Bornu (Soudan) kam, vernahm er, daß der Beherrscher des Landes, Scheich Omar, der ihn auf's Beste empfing, im Jahre 1862 dasselbe Wohlwollen gegen einen anderen deutschen Reisenden, den preußischen Officier Moriz von Beurmann, gezeigt hatte. König Wilhelm von

Preußen, der dies Anfang 1867 erfuhr, beschloß, dem Scheich Omar in Anerkennung seines edelmüthigen Verhaltens Geschenke zu übersenden, mit deren Ueberbringung der Afrikareisende Dr. Nachtigal beauftragt wurde. Dieselben machten acht Kamelladungen aus. Am 18. Februar 1869 verließ Dr. Nachtigal Tripoli. Es war dies das erste Mal, daß ein deutsches Unternehmen unter preußischer Aegide ins Werk gesetzt wurde, weshalb beim Aufbruch der Mission eine besondere Feierlichkeit stattfand, der sämmtliche in Tripoli anwesenden Consuln beiwohnten. Die kleine Karawane erreichte Mursuk (27. März), die Hauptstadt von Fessan, den fernsten türkischen Punkt, konnte aber nicht mit Sicherheit nach Bornu vorgehen. Der Pascha von Tripoli, Ali Riza, unter welchem der Sultan von Fessan steht, hatte absichtlich alle Maßregeln des Schutzes für europäische Reisende vernachlässigt. (S. 48.) Dr. Nachtigal unternahm einstweilen die für die geographische Erforschung Afrika's wichtige Reise nach Tibesti im Tibbu-Lande, wohin vor ihm kein europäischer Reisender gelangt war. Nach einer Abwesenheit von vier Monaten kam Dr. Nachtigal, nachdem er vielen Gefahren und unerhörten Entbehrungen ausgesetzt gewesen, nach Mursuk zurück, konnte es aber nicht genug bedauern, daß ihm der Weg nach Bornu verschlossen geblieben, weil dies, wie Beurmann und Rohlfs bemerkt hatten, der mächtigste und am besten verwaltete Staat im Innern Afrika's ist. Um diese Zeit erregte das tragische Ende einer jungen englischen Dame, des Fräulein Alexine Tinne, die mit großen Geldmitteln und seltenem Muth im Innern Afrika's Entdeckungsreisen unternommen hatte, in ganz Europa einen schmerzlichen Eindruck. Sie war ebenfalls in Mursuk gewesen und wurde von Räubern aus dem wilden Stamme der Tuareg ermordet, die ihr Gepäck plünderten und ihre reichen Sammlungen zerstreuten.

Die Engländer unternehmen alle Jahre eine Expedition auf dem Niger zum Schutze ihrer Handelsinteressen und zur Kräftigung der Autorität des am Zusammenflusse des Niger und Tschadda, in Lukaja, stationirten englischen Consuls. Im Jahr 1869 erlangte sie dadurch eine ungewöhnliche Wichtigkeit, daß Capitän East mit einer besondern Mission an Massaba, den König des Neagi-Landes, beauftragt war, dessen Reich sich von dem fernsten schiffbaren Theile des Niger bis zur Vereinigung der beiden Ströme ausdehnt. Die Expedition brach am 23. Juli von Lagos auf und traf am 4. October in Ascension wieder ein. Capitän East wurde von dem König Massaba in dessen Hauptstadt Bidda, die gegen 80,000 Einwohner enthält, auf das Freundschaftlichste aufgenommen und mit allem Nöthigen reichlich versehen. Die Sendung des Capitän East, deren Zweck war, in jenem Theile Afrika's neue Handelsverbindungen anzuknüpfen und die alten zu verstärken, gelang vollständig, aber die Mannschaft der Kriegs- und

Kauffahrteischiffe wurde vom Fieber decimirt. Die reichen Geschenke, welche die englische Expedition unter die an den Ufern des Niger ansässigen Häuptlinge austheilte, gewannen deren Vertrauen, während der Donner der Schiffskanonen, den man sie von Zeit zu Zeit vernehmen ließ, ihnen die nöthige Achtung einflößte.

Für Afrika haben die Entdeckungsreisen außer ihren wissenschaftlichen Resultaten noch eine besondere Bedeutung, indem nur durch sie die Handelsbeziehungen mit den Eingebornen vermehrt werden können, wovon der Fortschritt der Gesittung in jenem Welttheil fast einzig abhängt. Denn eine massenhafte Einwanderung wie in Amerika, oder die Einführung des europäischen Elements durch Krieg und Eroberung wie im Norden und Süden Asiens, läßt die Natur des Landes und der Charakter der Bevölkerung nicht zu. Merkwürdig bleibt es, daß der Gegenstand der ältesten geographischen Forschung, die Frage vom Ursprung des Nil, ungeachtet eifrigsten Strebens und bedeutender Entdeckungen, die aber bisher nicht zu dem Punkt, auf den es eigentlich ankommt, geführt haben, bis jetzt ungelöst ist. Die Streitigkeiten, die Vermuthungen und demnach die Ungewißheit über das große Problem dauern noch immer fort (1872).

Amerika bot in den Jahren von 1867 bis 1871 keine so großen Bewegungen wie in dem vorangegangenen Zeitraum von 1860 bis 1867 dar. In den Vereinigten Staaten heilten die Wunden des vierjährigen Bürgerkrieges schneller als anderswo möglich gewesen wäre, und es ist aus ihm keine Revolution, sondern eine sociale Reform, eine der heilbringendsten, die es je gegeben, die Aufhebung der Sklaverei, hervorgegangen. Das Dasein der nordamerikanischen Republik wurde durch die Besiegung der abgefallenen Südstaaten neu befestigt und die Einheit des Ganzen ungeachtet des Föderalismus der einzelnen Theile auf eine, so weit sich dies überhaupt von staatlichen Dingen sagen läßt, unerschütterliche Grundlage gestellt. Das politische Leben ist daselbst durch ein so langes und blutiges Ringen entgegengesetzter Principien nicht entkräftet, sondern gestärkt worden, und tritt mit noch größerer Sicherheit und Entschiedenheit als früher auf. — In Mexico ist zwar die Republik wieder zu alleiniger Geltung gekommen, hat sich aber in keiner besseren Gestalt erneuert, und so inhaltsschwere Ereignisse wie die französische Invasion und der Untergang des Kaisers Maximilian sind an dieser Nation vorübergegangen, ohne in ihr einen Läuterungsproceß veranlaßt zu haben. — In Mittelamerika haben sich in der letzten Zeit keine erheblichen Veränderungen zugetragen und in Südamerika ist der Krieg gegen Paraguay und Solano Lopez Sturz zwar reich an

Katastrophen gewesen, die aber nicht aus einem engen Gebiet herausgetreten sind und für die übrige Welt keine Bedeutung gehabt haben. — Nach Beendigung des nordamerikanischen Bürgerkrieges, der eine Zeit lang die Blicke aller Völker auf sich zog, ist wiederum Europa der Schauplatz der größten und entscheidendsten Thatsachen geworden. Doch wirken die politischen Ideen Amerika's schon seit längerer Zeit mehr auf Europa als umgekehrt dieses auf jene ein.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Das Schwierigste nach Beendigung des Krieges war die Reconstruction der Südstaaten, in denen alles in große Verwirrung und Unordnung gerathen war. Abgesehen von den verheerenden Folgen des mehrjährigen Kampfes, der gewaltsamen Veränderung im Besitzstande und der daraus entstandenen Verarmung und Noth, lebten dort nicht zwei Parteien, sondern zwei Racen vermischt unter einander, von denen die eine vorher die Sklavin der anderen gewesen und jetzt nicht nur frei, sondern gleichberechtigt geworden war. Die äußere Stellung der früher herrschenden und dienenden Race war durch den Krieg von Grund aus umgestaltet, aber die innre Trennung, das Gefühl der Superiorität der Weißen über die Neger, die Neigung zur Willkühr in der Behandlung dieser letzteren, so oft bis zur Grausamkeit gesteigert und so lange von Gesetz und Gewohnheit begünstigt, waren mit dem Fall des Sonderbundes und der Aufhebung der Sklaverei nicht verschwunden. Dessen ungeachtet hätte eine neue Organisation ohne große Hindernisse zu Stande kommen können, wenn zwischen dem Präsidenten und dem Congreß ein auf dasselbe Ziel gerichtetes Streben vorhanden gewesen wäre. Hiervon fand aber das Gegentheil statt. Andreas Johnson, Lincoln's Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl, hatte sich zwar anfänglich gegen die Südstaaten und für Erhaltung der Union erklärt und war als Senator von Tenessee bei der außerordentlichen Session in Washington (4. Juli 1861) nicht ohne persönliches Risico im Congreß erschienen. Seitdem er aber an die Spitze der Republik getreten, neigte er sich immer mehr auf Seite der südstaatlichen Bevölkerung, in welcher der Norden nur Rebellen sah. Ein Patriot im alten Sinne des Wortes, wollte er um jeden Preis die Erhaltung der Union in ihrem ganzen Umfange, weil sonst die Macht der Vereinigten Staaten nothwendig sinken mußte, und war deshalb gegen die Losreißung des Südens gewesen. Aber nachdem diese Gefahr einmal abgewendet, arbeitete er an der Wiederherstellung des früheren Zustandes: die vollständige Autonomie der Südstaaten, nur

insoweit beschränkt, als zur Erhaltung der Union unentbehrlich war. Zugleich regte sich in ihm die Vorliebe für die eigenthümliche sociale Lage des Südens, zu dem er durch seine Herkunft gehörte, für die principielle Abhängigkeit der Neger von den Weißen, ein Grundsatz, von welchem er so viel als möglich in die neuen Verhältnisse hinüberzunehmen entschlossen war. Johnson war der in der öffentlichen Meinung eingetretenen Veränderung nicht gefolgt und befand sich am Schluß des vierjährigen, alles erschütternden Kampfes auf demselben Standpunkt wie im Anfange. Damals hatte die Idee, die Rechte der Einzelstaaten im Interesse der Gesammtheit zu beschränken, wenig Einfluß gehabt und der Norden wäre zufrieden gewesen, wenn die Südstaaten auf jede Ausdehnung der Sklaverei verzichtet hätten. Jetzt aber, wo die Autonomie der Einzelstaaten zu einem so großen Unglück wie der Bürgerkrieg geführt hatte, begann die Nothwendigkeit von der Umwandlung des bisherigen Staatenbundes in den Bundesstaat, unter welchem eine solche Collision sich nicht erneuern könne, immer mehr gefühlt zu werden. Der Norden begriff, daß, wenn die eigentliche Wurzel des Uebels, die Sklaverei der Neger, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden solle, der Congreß die Emancipation aus eigener Macht zur Ausführung bringen müsse, und sie nicht den einzelnen Südstaaten überlassen dürfe. Aber Rücksicht auf die früheren Zustände, unter denen die innre Unabhängigkeit der Einzelstaaten der herrschende Charakter der Föderativverfassung gewesen und der Wunsch, so schnell wie möglich eine Aussöhnung herbeizuführen, bewog den Norden, gegen den Süden zunächst nur sehr gemäßigt vorzugehen. Der Präsident Johnson, dessen Parteilichkeit für die Südstaaten sich damals noch nicht so unumwunden wie später kund gegeben hatte, konnte in den ehemaligen Sonderbundsstaaten provisorische Regierungen nach eigenem Ermessen errichten, und nahm keinen Anstand, sie ausschließlich mit seinen Gesinnungsgenossen, zum Theil sogar mit solchen, die zu den Führern des Aufstandes gehört hatten, zu besetzen. Die Majorität des Congresses war überzeugt, den ehemaligen Sklaven die bürgerlichen Rechte sichern zu müssen, aber die Frage, ob ihnen politische Rechte zu ertheilen, dachte sie der Entscheidung der Südstaaten anheim stellen zu können. Eine einzige Beschränkung sollte, im Vergleich zu der früheren Verfassung, durch die Bestimmung eingeführt werden, daß für die nicht stimmberechtigten Neger in Zukunft auch keine Repräsentanten mehr nach Washington geschickt werden dürften. Denn es hatte bis zum Kriege die eigenthümliche Einrichtung bestanden, daß die Zahl der von einem Südstaat in den Congreß zu entsendenden Repräsentanten von der Zahl der in ihm vorhandenen Sklaven abhing, obgleich diese vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Gegen diese Beschränkung erhob sich der Präsident und die demokratische Partei, deren Kern aus den ehemaligen Sklavenhaltern bestand, mit solcher Leidenschaft, daß es

sehr bald zwischen ihnen und der Majorität des Congresses zum Bruch kam, und die republikanische Partei die bisher auf ihre Gegner genommenen Rücksichten bei Seite setzte.

Der Norden konnte und wollte das ihm durch den Krieg zu Theil gewordene Uebergewicht nicht aufgeben und ging jetzt von der Vertheidigung zum Angriff über. Die bisher zögernde und in ihrer Stellung zum Präsidenten zuweilen schwankende Majorität der beiden Häuser des Congresses gestaltete sich zu einer festen Partei, die jedes Veto des Präsidenten mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen beseitigte. Man griff jedoch bald zu einem noch wirksamern Mittel, indem man die Südstaaten unter Militärgewalt stellte und die Reconstruction derselben und zwar nunmehr ohne ihre Zuziehung und auf Grund des allgemeinen Negerstimmrechts, selbst in die Hand nahm. Die demokratische Partei hatte durch ihre Hartnäckigkeit und ihren Uebermuth für sich ein viel größeres Uebel heraufbeschworen, als ihr anfänglich vom Gegner zugedacht war. Wenn sie auf die Ertheilung der Civilrechte an die Neger aufrichtig eingegangen wäre, so hätte sie deren politische Emancipation, die ihr besonders empfindlich sein mußte, verhindern oder wenigstens auf lange hinausschieben und die Einführung der Militärgewalt ganz abwenden können. Die politische Gleichstellung der Neger war jedenfalls eine verfrühte Maßregel, auf welche man dieselben erst eine Zeit lang durch Ausübung der Civilrechte hätte vorbereiten sollen, und die Einsetzung der Militärgewalt konnte in Zukunft üble Folgen für die verfassungsmäßige Grundlage der Union haben. Der Zweck, Wiederherstellung des Rechts nöthigenfalls durch Gewalt, war in einer Föderativ-Republik immerhin ein gefährliches Mittel, dessen Grenze und Gesetzmäßigkeit verschiedenartig aufgefaßt und zur Angewöhnung der Willkühr, die der Tod der Freiheit ist, Gelegenheit geben konnte. Aber die Selbstsucht und der Starrsinn der ehemaligen Sklavenhalter machte eine andere Lösung unmöglich. Ohne Beseitigung des bisherigen Zustandes in den Südstaaten konnte die verlorne Harmonie des Ganzen nicht wiederhergestellt und kein neues staatliches Gebäude aufgeführt werden.

Die Vereinigten Staaten befanden sich nach Beendigung des Krieges in einer schwierigen innern Lage, die durch die leidenschaftliche, herausfordernde Sprache und Haltung des Präsidenten Johnson und seine parteiische Hinneigung zu den Südstaaten noch vermehrt wurde. Bei fast jeder Gelegenheit legte er gegen die Beschlüsse der Majorität der beiden Häuser das ihm nach der Verfassung zustehende Veto ein, das dann auf eben so constitutionellem Wege durch eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen unwirksam gemacht wurde. In seinen Botschaften an den Congreß scheute er sich nicht, denselben als ein störendes und zersetzendes Element, als das einzige Hinderniß für völlige Wiederherstellung des

alten Rechtszustandes zu bezeichnen und in seinen öffentlichen Reden auf Rundreisen und an Deputationen wollte er ihn, da die früheren Rebellenstaaten vor der Erfüllung gewisser Bedingungen in ihm nicht vertreten sein konnten, überhaupt nicht für die legale Repräsentation des amerikanischen Volkes gelten lassen. Ein solcher anhaltender Zwiespalt unter den beiden höchsten Gewalten in der Republik wäre früher entweder unmöglich gewesen, oder würde zu einer Explosion geführt haben. Auch scheint dem Präsidenten, wie aus einer seiner Aeußerungen beim Empfange einer Deputation seiner Partei hervorgeht, der Gedanke an einen Staatsstreich mit Hülfe der bewaffneten Macht dann und wann sich dargestellt zu haben. Aber es war dies nur ein flüchtiger Einfall, der ihm von seinem hitzigen Naturell eingegeben wurde, und bei weiterem Nachdenken alsbald in nichts zerfloß. Wenn auch der Bürgerkrieg das Räderwerk der Verfassung in einigen Theilen zerrüttet und die alten Bande etwas gelockert haben mochte, die ursprünglichen Grundsätze waren im Geist und Gemüth der Nation zu tief befestigt, als daß eine Entscheidung der politischen Differenz vom Militär hätte ausgehen können. Johnson würde zur Ausführung eines solchen Plans weder Generale noch Soldaten gefunden haben. Aber seine wiederholten Ausfälle auf den Congreß erregten zuletzt Unwillen, wenn auch keine eigentlichen Besorgnisse, und führten zu einer Untersuchung seines Verhaltens. Das Repräsentantenhaus beschloß den Antrag eines seiner Mitglieder, Ashley, den Präsidenten wegen Verletzung der Verfassung in Anklagestand zu versetzen, einem Comité zur Prüfung zu überweisen (Januar 1867). Einige Wochen später empfahl das Repräsentantenhaus dem Comité, zur Warnung für Johnson, die Fortsetzung der Prüfung der Anklage gegen denselben auch während einer etwaigen Vertagung des Congresses nicht zu unterbrechen. Johnson ließ sich dadurch nicht irre machen und legte unaufhörlich sein Veto ein, das vom Congreß in der Regel eben so oft umgestoßen wurde. Namentlich ging das Repräsentantenhaus gegen den Präsidenten immer eifriger vor und zog den Senat mit sich fort, der dann und wann Anstand nahm, den Rechten der vollziehenden Gewalt allzu enge Grenzen zu setzen. Der oberste Bundesgerichtshof, der auf Seite des Präsidenten stand, hatte den allen gewesenen Rebellen als Bedingnng ihrer politischen Rehabilitation auferlegten sogenannten Testimonialeid (Reinigungseid) für verfassungswidrig erklärt. Das Repräsentantenhaus nahm dagegen eine Bill an, die ihn bestätigte. Das Recht des Präsidenten, die Beamten aus eigener Macht zu entlassen, wurde sehr beschränkt und ihm selbst in Bezug auf seine Minister genommen, obgleich der Senat anfänglich diese Neuerung abgelehnt hatte. Gegen die Aufnahme des Territoriums von Nebrasc hatte der Präsident sein Veto eingelegt, das aber von beiden Häusern

verworfen wurde, worauf Nebrasca als 37ster Staat in die Union eintrat (Februar 1867).

Der Congreß hatte einen von beiden Häusern gewählten und aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuß errichtet, der über die Reconstruction der Südstaaten zu verhandeln und das Resultat seiner Berathungen dem Plenum zur Annahme vorzulegen hatte. Nachdem einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern ausgeglichen waren, wurde ein Gesammtbeschluß erzielt, der folgendermaßen lautete: „In Anbetracht daß in den zehn Rebellenstaaten (Alabama, Arkansas, Florida, Georgien, Louisiana, Mississippi, Nordcarolina, Südcarolina, Texas, Virginien) keine gesetzmäßigen Staatsregierungen und kein Schutz für Leben und Eigenthum bestehen; daß es aber nothwendig ist, dort Ruhe und Ordnung zu erhalten, bis auf verfassungsmäßige Weise loyale republikanische Staatsregierungen errichtet werden können, wird hierdurch verordnet: 1. Die genannten Staaten werden in fünf Militärbezirke getheilt und sind der Bundes-Militärautorität unterworfen. 2. Der Präsident hat die commandirenden Generale der Bezirke zu ernennen und ihnen zur Erfüllung ihrer Aufgabe hinreichende Truppenmacht zur Verfügung zu stellen. 3. Der Militärbefehlshaber hat das Leben und Eigenthum der Einwohner zu beschützen; Aufruhr, Unordnungen und Gewaltthaten zu unterdrücken; alle Störer der öffentlichen Ruhe und Uebertreter der Gesetze bestrafen zu lassen. Zu dem Zweck kann er den localen bürgerlichen Gerichten Competenz zum Einschreiten gegen Verbrecher einräumen, oder aber, wenn es seinem Ermessen nach nothwendig ist, Militärgerichte zu diesem Zweck organisiren. Alle im Namen irgend einer Staatsautorität stattfindende Einmischung in die Militärautorität nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes ist null und nichtig. 4. Bei den militärischen Verhandlungen ist jeder unnöthige Verzug zu vermeiden; keine grausame oder ungewöhnliche Strafe zuzuerkennen; kein die Freiheit des Angeklagten berührendes Urtheil zu vollstrecken, ehe es vom Bezirkscommandanten gebilligt ist. Todesurtheile dürfen nur nach vom Präsidenten erfolgter Bestätigung vollstreckt werden. 5. Das vorliegende Gesetz kann nur außer Kraft treten, wenn die Einwohner eines der Rebellenstaaten durch einen Convent, dessen Mitglieder von allen volljährigen Bürgern ohne Unterschied der Race erwählt worden sind, eine in jeder Beziehung mit der Bundesverfassung in Einklang stehende Staatsverfassung und Verwaltungsorganisation angenommen haben werden. 6. So lange bis die Vertreter der Rebellenstaaten in den Bundescongreß zugelassen werden, sind die dort etwa bestehenden Civilregierungen nur als provisorische zu betrachten, und in allen Stücken der Befugniß des Bundes sie abzuschaffen, zu verändern, zu beaufsichtigen, unterworfen.“ — Der Wiedereintritt der gewesenen Rebellenstaaten in die Union wurde demnach von

der Bedingung abhängig gemacht, daß die von ihren Conventen entworfenen Verfassungen mit den allgemeinen Grundsätzen des Bundes, also auch mit der politischen Gleichstellung der Neger übereinstimmten und vom Congreß bestätigt wurden.

In dem am 4. März 1867 zusammengetretenen Congreß wählte der Senat Benjamin Wade zu seinem Präsidenten und damit zum Vicepräsidenten der Union, und das Repräsentantenhaus Schuyler Colfax mit 127 gegen 36 Stimmen von neuem zu seinem Sprecher. Der Präsident Johnson, der vergebens die Reconstructionsbill zurückgewiesen hatte, schilderte in seiner Botschaft an beide Häuser des Congresses die innern Zustände in Folge des Vorgehens der Majorität in den dunkelsten Farben, und stellte einen Staatsbankerott am Ende der beschrittenen Bahn als ganz unvermeidlich hin. Johnson glaubte wahrscheinlich selbst nicht an seine eigenen Prophezeihungen. Aber er und sein Anhang hätten es nicht ungern gesehen, wenn das herrschende System sich durch einen Vertrauensbruch bei Regulirung der öffentlichen Schuld in den Augen der Welt entehrt hätte.

In dem Gesetz über die Reconstruction der Südstaaten war der Militärautorität eine mit der Verfassung der Vereinigten Staaten schwer zu vereinigende Stellung eingeräumt worden. Es war dies eine unvermeidliche Folge des Bürgerkrieges. Da wo die Entscheidung durch die materielle Macht herbeigeführt wird, bleibt die Wirkung auch nachdem die Ursache fortgefallen, noch immer eine Zeit lang fortbestehen. Der Norden konnte nicht alsbald nach Besiegung des Gegners entwaffnen und einfach in das constitutionelle Geleise zurücktreten. Indessen war die Militärgewalt nicht blos in die Hand des berühmtesten, sondern auch eines der gemäßigsten Führer der republikanischen Partei, des Generals Grant, gelegt worden, von dem kein Mißbrauch zu besorgen war. Ihm stand der Oberbefehl über die fünf Militärdistrikte zu, in welche der Süden eingetheilt war. Dem Präsidenten blieben zwar der Form nach gewisse Rechte, wie z. B. die Bestätigung der gefällten Todesurtheile und der von Grant ernannten Befehlshaber, aber im Wesentlichen besaß Johnson mehr keine Macht. Sein Einfluß, der anfänglich nicht unbedeutend gewesen, war durch das Ergebniß der letzten Wahlen zum Congreß und die sich gegen seine südstaatlichen Sympathien immer lebhafter aussprechende öffentliche Meinung unwiederbringlich verloren gegangen. Das Repräsentantenhaus berieth über einen Zusatz zur Reconstructionsbill, der die Formen näher feststellte, unter welchen die Wahlen im Süden stattfinden sollten. Man wollte dieselben nicht den provisorischen Regierungen überlassen, unter welchen sich viele Anhänger des Südens befanden, sondern die Leitung des ganzen Wahlgeschäfts den neuen Bundesmilitärcommandanten übergeben. Zu diesen Stellen ernannte der Präsident auf Grant's Vorschlag, für 1. Virginien (Haupt=

quartier Richmond) General Shofield. — 2. Die beiden Carolinas (Hauptquartier Columbia in Südcarolina) General Sickles. — 3. Georgien, Florida und Alabama (Hauptquartier Montgomery in Alabama) General J. B. Thomas. — 4. Mississippi und Arkansas (Hauptquartier Vicksburg in Mississippi) General Ord. — 5. Louisiana und Texas (Hauptquartier New=Orleans) General Sheridan. — Beide Häuser vereinigten sich endlich in Betreff des Zusatzes zu der Reconstructionsbill zu dem Beschluß (20. März 1867), daß die Militärbefehlshaber die Wählerlisten spätestens bis zum 1. September aufstellen und die Wahlbeamten ernennen sollten. Der Präsident legte auch dagegen, aber eben so vergeblich wie früher, sein Veto ein. Obwohl die Majorität des Congresses an ihren Grundsätzen festhielt und ihr endlicher Sieg nicht zweifelhaft sein konnte, so gingen nicht allein von Johnson, sondern auch von anderen Mitgliedern der Regierung Versuche aus, der beginnenden neuen Ordnung Hindernisse entgegenzusetzen. Der Justizminister Stansberry erließ an die Militärcommandanten des Südens eine Verfügung, in welcher er die durch die Reconstructionsbill beabsichtigte Entziehung des Wahlrechts der ehemaligen Rebellen sehr beschränkte. Ein auf Veranlassung des Präsidenten vom Justizminister erstattetes Gutachten über die Anfertigung der Wählerlisten in den Südstaaten bezweckte das Reconstructionsgesetz zu vereiteln oder wenigstens im Interesse der besiegten Partei zu modificiren. Die Minister, denen Johnson dieses Gutachten mittheilte, stimmten demselben, mit Ausnahme des Kriegsministers Stanton, sämmtlich bei. Der Präsident, auf das Votum des Ministerraths gestützt, erließ Instructionen an die Militärcommandanten des Südens bezüglich der Anfertigung der Wählerlisten im Sinne des Stansberry'schen Gutachtens. Die Generale Sickles und Sheridan erklärten sich lebhaft gegen diesen Versuch, das Reconstructionswerk zu beeinträchtigen, während General Ord sich den Anordnungen des Präsidenten fügte.

Der übereilte Gebrauch, den der Präsident bei jeder Gelegenheit von seinem Veto machte und seine offenbare Absicht die Plane des Congresses zu durchkreuzen, denselben einzuschüchtern oder zu ermüden, veranlaßte beide Häuser, sich über einen weiteren Zusatz zur Reconstructionsbill zu verständigen, um allen weiteren Versuchen gegen sie ein Ende zu machen. Demgemäß wurde beschlossen: Die Militärgewalt steht in den ehemaligen Rebellenstaaten über den daselbst bestehenden Civilregierungen, und diese sollen die Ausübung jener Autorität in keiner Weise hemmen dürfen. — Die Militärcommandanten haben, wenn der Obergeneral seine Einwilligung dazu ertheilt, die Befugniß, die Civilbeamten ihrer Distrikte zu entlassen und durch Officiere der Armee oder Nichtmilitärs zu ersetzen. — Die Wahlcommissarien haben die Pflicht, die Ansprüche der Bürger, die ihre Eintragung in die Wahllisten verlangen,

zu untersuchen und darüber zu entscheiden. — Die Leistung des geforderten Eides genügt keineswegs für die Eintragung in die Wahllisten. Der wirkliche Sinn jenes Eides ist, daß jede Person, die eine „executive oder gerichtliche" Function in den Rebellenstaaten ausgeübt hat, nicht als Wähler eingetragen werden darf. Alle Civilfunctionen, die sich auf die Anwendung der Gesetze im Allgemeinen beziehen, sind in der obigen Bezeichnung „executiv oder gerichtlich" einbegriffen. — Die Wahlcommissionen müssen ohne alle Rücksicht auf Race oder Hautfarbe bestellt werden. — Der Termin für den Schluß der Wahllisten wird bis auf den 1. October ausgedehnt. — Die Thatsache, daß ein Individuum vom Präsidenten begnadigt worden ist, giebt ihm nicht das Recht, in die Wahllisten aufgenommen zu werden, wenn es eine amtliche Stellung in den Rebellenstaaten bekleidet hat. — Alle schon ernannten oder noch zu ernennenden Wahlcommissarien haben den für die Beamten der Union vorgeschriebenen Eid zu leisten. — Alle Vorschriften dieses Beschlusses sowie diejenigen früherer Beschlüsse, die dadurch ergänzt werden, sind in liberalem Sinne zu verstehen, so daß die darin liegende Absicht vollständig erreicht wird.

Dieser weitere Zusatz zur Reconstructionsbill bezweckte, den Präsidenten thatsächlich zu beseitigen und durch Grant als Obergeneral zu ersetzen, und den fortdauernden moralischen Widerstand des Südens durch den Ausschluß von den Wahlen aller derer, welche in den Rebellenstaaten öffentliche Functionen bekleidet hatten, und durch die politische Gleichstellung der Neger mit den Weißen zu brechen. Letzteres war das Wichtigste und Schwierigste, weil es tief eingewurzelten Gewohnheiten und Vorurtheilen widersprach, und ohne eine radicale Veränderung in dieser Beziehung der innre Zwiespalt, der wie ein schleichendes Gift an dem Mark der Republik fraß, nicht aufgehoben werden konnte.

Am 24. September (1867) wurden die Wahllisten in den 10 Südstaaten geschlossen. In 6 derselben (Alabama, Florida, Louisiana, Mississippi, Südcarolina, Texas) bildeten die Neger, in 4 anderen (Arkansas, Georgien, Nordcarolina, Virginien) die Weißen die Majorität der eingetragenen Wähler; in ersteren betrug die Zahl derselben 111,018, in letzteren 24,533.

Beide Häuser des Congresses hatten sich vertagt (August 1867) und der Präsident schien die in der legislativen Thätigkeit eingetretene Unterbrechung zur Befriedigung seiner Launen und Leidenschaften benutzen zu wollen. Er forderte den ihm mißliebigen Kriegsminister General Stanton auf, seine Entlassung zu nehmen, was dieser verweigerte, worauf er suspendirt und General Grant an seiner Statt ernannt wurde, dem Stanton freiwillig Platz machte. Der Commandant des 5. Militärdistrikts (Louisiana und Texas) hatte den Gouverneur von Texas, einen Anhänger Johnson's, abgesetzt, und wurde von diesem gewissermaßen

als Wiedervergeltung ebenfalls entlassen. Dasselbe begegnete dem Commandanten des zweiten Militärdistrikts (die beiden Carolinas) General Sickles, der durch den südstaatlich gesinnten General Canby ersetzt wurde. Während der langsam fortschreitenden Reorganisation in den ehemaligen Rebellenstaaten, war eine Art von Provisorium mit allen den Fluctuationen in der öffentlichen Meinung entstanden, die unter solchen Umständen vorzukommen pflegen. Wahlen während der Monate October und November (1867), theils zum Congreß, theils zu den Staatslegislaturen, fielen gemischt, aber im Ganzen zum Nachtheil der republikanischen Partei aus. Im Staate New-York gewannen die Demokraten mit Hülfe der eingewanderten irischen Bevölkerung von neuem die Oberhand. Es waren dies aber meist nur Erscheinungen momentaner und localer Natur, die nicht schwer genug ins Gewicht fielen, um in die Zukunft des Ganzen eingreifen zu können.

In der an den wieder zusammengetretenen Congreß gerichteten Botschaft (3. December 1867) stellte der Präsident, unter Anderem, den Grundsatz auf, daß unter gewissen Umständen die Executive gezwungen sein könnte, sich auf den Rechtsboden zu stellen, ohne Rücksicht auf die Folgen. Dazu gehöre z. B., wenn der Congreß einen Beschluß fassen sollte, der nicht nur in handgreiflichem Widerspruch mit der Constitution stände, sondern auch, wenn ausgeführt, offenbar dem organischen Gebäude der Regierung einen unmittelbaren und nicht wieder gut zu machenden Stoß versetzen würde. In solchem Falle müßte der Präsident die höchste Verantwortlichkeit seiner amtlichen Stellung in Anspruch nehmen und das Leben der Nation auf jede Gefahr hin retten. Indessen könne die sogenannte Reconstructionsacte, obwohl so durchaus unconstitutionell wie nur möglich, nicht unter diese Rubrik gerechnet werden, da das Volk nicht von aller Macht zur Selbstvertheidigung entblößt sei, und in den Staaten des Nordens noch das geheiligte Stimmrecht in Händen habe, mit dem es in gehöriger Zeit zur Rettung seiner eigenen Institutionen gelangen werde. Auf den oben erwähnten in mehreren Staaten seiner Partei günstigen Ausgang der Wahlen anspielend, sagte Johnson: „Es macht mir besonderes Vergnügen, hinzuzufügen, daß die Berufung an unsere gemeinschaftlichen Wähler nicht vergeblich gewesen, und daß mein Vertrauen auf ihre Weisheit und Rechtschaffenheit nicht getäuscht zu sein scheint.“ — Ungeachtet diese Aeußerung eine versöhnliche Meinung auszudrücken schien, nahmen Parteisucht und Leidenschaft in dem Charakter des Präsidenten wieder überhand, und er trug sich mit dem Plan, dem General Grant den Oberbefehl über die fünf Militärdistrikte des Südens zu entziehen, konnte aber Niemand finden, der zu der Uebernahme geneigt gewesen wäre. Sherman, an den er sich wandte, lehnte ab. Um aber gleichwohl wenigstens einen Theil seiner Absichten zu erreichen, decretirte er die Absetzung des Kriegsministers Stanton, und

ernannte in seine Stelle den schon sehr bejahrten General Lorenzo Thomas (nicht zu verwechseln mit Georg Thomas, dem Sieger in der zweitägigen Schlacht von Nashville am 26. December 1864), der zu Johnson's Anhang gehörte, sich aber in keiner Weise zu diesen Functionen eignete. Dies war eine bestimmte Verletzung des Gesetzes vom 19. Februar 1867, das dem Präsidenten verbot, die Minister, sobald er sie einmal ernannt hatte, ohne die Zustimmung des Senats wieder zu entlassen, und mit hoher Geld- und Gefängnißstrafe bedroht. Das Repräsentantenhaus ernannte eine Deputation von zwei Mitgliedern, die Anklage gegen den Präsidenten dem Senat anzumelden, und eine Commission von sieben Mitgliedern, um sie zu formuliren. Der Senat constituirte sich in der Anklagesache des Repräsentantenhauses gegen Johnson als Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Oberrichters Chase (5. März 1868). Die Proceßverhandlungen, die am 30. März begonnen hatten, endigten mit seiner Freisprechung (26. Mai), aber freilich so, daß es zu einer Zweidrittelmajorität gegen ihn nur an einer einzigen Stimme fehlte. Obgleich er bis zum Ablauf seiner Amtszeit Präsident blieb, übte er von diesem Augenblick an keinen politischen Einfluß mehr aus. Unterdessen waren die Vertretungen von Alabama, Arkansas, Georgien, Louisiana, Nord- und Südcarolina wieder in den Senat und das Repräsentantenhaus zugelassen worden. Sie hatten ihre Reconstruction nach den Forderungen des Congresses vollzogen, während Florida, Mississippi, Texas und Virginien damit noch im Rückstande waren. Die erstgenannten sechs Staaten mußten erklären, ihre neuen Bürger (die Neger) nie des Stimmrechts berauben zu wollen, das denselben nunmehr verfassungsmäßig verliehen war. Die vier erwähnten Staaten wurden von der Berechtigung zur Theilnahme an der diesjährigen Präsidentenwahl ausgeschlossen.

Während der Collisionen zwischen Johnson und dem Congreß und den Verhandlungen, die Reorganisation der ehemaligen Rebellenstaaten betreffend, war der alle vier Jahre sich erneuernde Moment der neuen Präsidentenwahl herangekommen, wo das öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten jedesmal in große Bewegung geräth und die Parteien alle Kräfte anstrengen, um ihre Principien und Plane zur Geltung zu bringen und die Personen aufzustellen, durch welche sie dieselben verwirklichen wollen. Die Wahl wird in der Regel lange, ehe sie stattfindet, in Volksversammluugen und in der Presse vorbereitet. Schon am 21. Mai 1868 trat eine republikanische Convention in Chicago (Illinois) zusammen, die dem General Grant zum Präsidentschafts- und den Sprecher des Repräsentantenhauses, Schuyler Colfax, zum Vicepräsidentschafts-Candidaten wählte, und sich, was viele Interessen berührte, unzweideutig für Bezahlung der Staatsschuld in Gold, nicht in Papier, erklärte. Die reactionäre und radicale Partei, Präsident Johnson und

General Butler an der Spitze, hatten sich immer für letzteren Modus ausgesprochen, weil sie, ungeachtet ihrer sonst einander entgegengesetzten politischen Tendenzen, doch darin übereinstimmten, den gegenwärtigen Zustand zu stürzen, die Reactionäre, um alle seit dem Bürgerkriege eingeführten Reformen rückgängig zu machen, die Radicalen, um über sie hinauszugehen und die Bundesverfassuug im revolutionären Sinne umzugestalten. Denn eine Repudiation der Staatsschuld, und die Auszahlung der Zinsen in Papier wäre eine revolutionäre Maßregel gewesen, würde eine Perturbation in allen Verhältnissen herbeigeführt und den Parteien Gelegenheit zur Verfolgung ihrer besonderen Zwecke gegeben haben. Die Convention bestand aus 650 Delegirten und eben so vielen Stellvertretern, die bei den Berathungen Sitz, aber keine Stimme hatten. Alle 37 Staaten und alle Territorien, mit Ausnahme von Utah, Washington und Alaska, hatten ihre Delegirten geschickt, und außerdem waren 20 bis 30,000 Mitglieder der republikanischen Partei aus allen Theilen der Union eingetroffen. Das in den Berathungen zu Grunde gelegte Programm sagte nicht viel mehr, als daß die im Jahre 1867 vom Congreß angeordnete Reorganisation ein Definitivum sein müsse. Dem Princip des Wahlrechts der Neger wurde von der Convention eine weniger allgemeine Anwendung als von der Majorität des Congresses gegeben, aber die Bezahlung der Staatsschuld in Gold, wenn auch erst nach heftigem Kampf, für unverbrüchlich erklärt. Es war vornehmlich ein Deutscher, Hermann Raster, aus Illinois, das einzige deutsche Mitglied des „Comité's für Beschlüsse", der nicht eher ruhte bis er die anderen Comitésmitglieder zu einer Wortfassung gezwungen hatte, welche jede, auch die schlaueste und scheinbar statthafteste Uebervortheilung der Bundesgläubiger ausschloß. „Wir weisen", hieß es in dem betreffenden Beschluß, „alle Arten von Repudiationen als ein nationales Verbrechen zurück. Die Ehre der Nation fordert die Zahlung der Staatsschulden mit der äußersten Gewissenhaftigkeit an alle Gläubiger im In- und Ausland, nicht allein nach dem Buchstaben, sondern auch nach dem Geist der Gesetze, kraft welcher sie contrahirt sind. Die nationale Schuld, contrahirt zur Erhaltung der Union für alle Zeiten, muß über eine angemessene Frist bezüglich der Rückzahlung ausgedehnt werden, und es ist Pflicht des Congresses den Zinsfuß herabzusetzen, sobald dies ehrlicher Weise geschehen kann. Die beste Politik zur Verminderung unserer Schuldenlast ist die, unseren Credit zu heben, daß die Capitalisten uns Geld zu niedrigeren Zinsen leihen, als wir jetzt zahlen und weiter zahlen müssen, so lange Repudiation, partielle oder totale, offene oder verdeckte, gedroht oder geargwohnt wird."

Grant nahm die ihm von der republikanischen Partei mit großer Uebereinstimmung angetragene Präsidentschafts-Candidatur an, und sagte in der Antwort auf den ihm notificirten Beschluß: „Wenn ich zum

Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt werden sollte, so wird es mein Bemühen sein, alle Gesetze treulich zu vollstrecken, Sparsamkeit zu üben und die Segnungen der Ruhe und des Rechtsschutzes allgemein zu machen. In Zeiten, wie die gegenwärtigen, ist es unmöglich oder wenigstens unangemessen, im voraus eine Politik vorzuzeichnen, an welcher man während einer vierjährigen Verwaltung festhalten müßte, während doch immerfort neue, unvorhergesehene Fragen auftauchen. Selbst in Bezug auf die älteren Fragen befindet sich die öffentliche Meinung in fortwährendem Fluß. Einem bloßen Staatsbeamten liegt es aber stets ob, den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen. Diesen Willen habe ich immer befolgt und werde ihn immerdar befolgen. Friede und durch ihn herbeigeführter allgemeiner Wohlstand, so wie Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung werden die Steuerlast erleichtern und zugleich die Nationalschuld verringern. Friede vor Allem!" — Diese einfache, und wie nicht bezweifelt wurde, aufrichtig gemeinte Erklärung brachte überall in der Union auf die republikanische Partei einen günstigen Eindruck hervor. Grant verdankte seine Popularität einzig den großen militärischen Diensten, die er im Kampfe gegen den Sonderbund geleistet hatte. Denn er war es, der nach der Niederlage der Bundesarmee am Bulls Run den ersten glänzenden Vortheil über den Feind durch die Einnahme der Forts Henry und Donalson davon trug, wobei allein in dem letzteren dieser Forts 13,000 Gefangene gemacht wurden. Auch führte Grant durch seine geschickten und kühnen Operationen gegen Richmond und Petersburg die Einnahme dieser Plätze und den glücklichen Ausgang des Krieges herbei. (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 von Eduard Arnd. Zweiter Band. S. 83. 107—114). In der Politik hatte er sich früher nicht bemerkbar gemacht. Er war anfänglich eben so wenig wie Lincoln für eine absolute Emancipation der Neger gewesen, sondern hatte sich erst dafür entschieden, als er sah, daß ohne sie der Trotz der Südstaaten nicht gebrochen und die Union nicht wiederhergestellt werden konnte. Grant zeigte manche Aehnlichkeit mit Lincoln, nur daß er eine ausgezeichnetere Erziehung als dieser bekommen hatte, dagegen aber in der Politik weniger Entschiedenheit und Unabhängigkeit besaß. Denn Grant erwies sich nur auf dem Schlachtfelde als ein Mann von eiserner Willenskraft, sonst war er die Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit selbst, und konnte eher den Eindruck der Schüchternheit als stolzen Selbstbewußtseins machen. Die in Europa nach Beendigung des Bürgerkrieges oft vernommene Aeußerung, daß es mit der Freiheit vorbei sei, daß die siegreichen Generale sich der Regierung bemächtigen und die Verfassung in ihrem Interesse umgestalten würden, ging aus einer gänzlichen Verkennung der amerikanischen Verhältnisse hervor. Grant, zum Soldaten erzogen und durch Kriegsthaten berühmt geworden, war an der Spitze einer Partei oder des Staates

selbst, eine eben so bürgerliche Natur wie Johnson, der nichts vom Militärwesen verstand und in seiner Jugend Schneider gewesen, aber zu Verletzung der Verfassung, zur Befriedigung von Willkühr und Ehrgeiz geneigter als der Feldherr gewesen wäre, nach dessen Wink sich in den Schlachten Tausende bewegt hatten. In den Vereinigten Staaten repräsentirt das militärische Element nicht den Absolutismus, sondern die strengste Unterordnung unter die Gesetze der Freiheit, weshalb die Wahl des gefeiertsten Generals zum Präsidenten ohne Gefahr für die Republik ist, die im Laufe der Zeiten dort vielleicht auf andere Art, aber nie durch eine Militärusurpation zu Grunde gehen kann.

Zwei Monate später hielt die demokratische Partei in New-York eine Convention (6.—11. Juli 1868), in welcher dem General Grant gegenüber, der frühere Gouverneur des Staates New-York, Horatio Seymour, als Candidat für die Präsidentschaft aufgestellt wurde. Das Programm der Demokraten stimmte in Betreff der Aufhebung der Sklaverei und der Wiederherstellung der Union mit dem der Republikaner überein, unterschied sich aber von letzterem in einigen wesentlichen Punkten, die, wenn sie zu Gunsten der demokratischen Partei entschieden wurden, zu neuen Kämpfen Veranlassung geben konnten, und einen guten Theil der vom Congreß in der Reconstructionsbill angenommenen Reformen beseitigt hätten. Dieses Programm kam allerdings nicht zur Ausführung, aber die zahlreiche Partei, die darin ihre Tendenzen aussprach hat dieselben nicht gänzlich aufgegeben, sondern nur theilweise modificirt, weshalb dieser Ausdruck ihrer Gesinnungen, die sie unter Umständen bemüht sein wird, geltend zu machen, nicht mit Stillschweigen übergangen werden durfte. — Die Hauptpunkte lauteten wie folgt: „Unmittelbare Wiedereinsetzung aller Staaten in ihre Rechte in der Union unter der Verfassung und der Civilregierung des amerikanischen Volks. — Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen und Regulirung des Wahlrechts in den einzelnen Staaten durch deren Bürger. — Zahlung der öffentlichen Schuld der Vereinigten Staaten, so rasch dies nur möglich, indem der Ertrag aller Steuern, mit Ausnahme des Bedarfs einer sparsam eingerichteten Regierung dazu verwendet wird; wo die Staatsobligationen nicht ausdrücklich die Bestimmung enthalten oder das Anleihegesetz nicht ausspricht, daß die Rückzahlung in Gold geschehen solle, ist dieselbe in gesetzlicher Währung der Vereinigten Staaten (Papier) zu bezahlen. — Widerruf aller Verfügungen, welche die Staatenmiliz in Friedenszeiten dem Nationalheere einverleiben; Besteuerung der fremden Einfuhr im Verhältniß der innern Steuern zur Förderung der einheimischen Industrie, so weit dies ohne Schaden für die öffentlichen Einkünfte thunlich ist. — Wiederaufbau einer gerechten Autorität und der Unabhängigkeit der vollziehenden und gesetzgebenden Regierungsbehörden, Unterordnung des Militärs unter

die Civilgewalt, um den Usurpationen des Congresses und dem Säbeldespotismus ein Ende zu machen. —" Die Beschlüsse der Convention von New-York bewiesen, daß die demokratische Partei sich zur Annahme des Negerwahlrechts als einer unwiderruflichen Thatsache nicht entschließen konnte und den ehemaligen Rebellenstaaten eine Stellung verschaffen wollte, die mit der Reorganisation derselben und der innern Ruhe der Union unvereinbar gewesen wäre. Die Aufstellung der Candidatur Seymour's zum Präsidenten, Blair's zum Vicepräsidenten, bewies die tiefe Verschiedenheit der in den Nord- und Südstaaten herrschenden Gesinnung. Letztere konnten nur durch die Unmöglichkeit des Gelingens eines fortgesetzten Widerstandes in Zaum gehalten werden. Die Wahl Seymour's, der für einen kalt berechnenden aber unversöhnlichen Gegner der neuen Ideen galt, die seit dem Bürgerkriege zum Durchbruch gekommen waren, vermehrte Grant's Anhang, der durch die Vergleichung mit einem solchen Rivalen nur gewinnen konnte. Blair war ebenfalls nicht im Stande, es mit dem von der republikanischen Convention in Chicago zum Vicepräsidenten gewählten Schuyler Colfax aufzunehmen, der sich als Sprecher des Repräsentantenhauses einen guten Ruf erworben hatte, während sein demokratischer Concurrent für einen der gewissenlosesten Parteigänger und Aemterjäger galt.

Ungeachtet der im Kriege empfangenen Wunden, die, wenn auch im Ganzen geheilt, an manchen Stellen noch immer nachbluteten, gab sich während der Agitation für die Präsidentenwahl unter den ehemaligen Sklavenhaltern und Rebellen in den Südstaaten, die Hoffnung auf Erneuerung der verlorenen Vorrechte zu erkennen. Die Legislative von Georgien glaubte, von den in der demokratischen Convention in New-York über die innre Autonomie der Staaten aufgestellten Grundsätzen verblendet, die Neger aus ihrer Mitte und eben so von den Geschwornengerichten ausschließen zu können, obgleich die Reconstructionsbill daselbst bereits zur Ausführung gebracht war. Dieser verfassungswidrige Versuch zum Widerstande, der vom Congreß zurückgewiesen wurde, brachte das Gegentheil von dem, was die Reaction damit beabsichtigte, hervor. Im September sprachen sich die Wähler in Maine und Vermont, im October in Pensylvanien, Ohio, Indiana, Nebrasca, Iowa und Westvirginien zu Gunsten Grant's aus, dessen Sieg bald für unzweifelhaft galt. Eine Anzahl Staaten war ihm von Hause aus günstig; seit der Convention von Chicago hatten sich mehrere bis dahin unentschieden gebliebene auf seine Seite geschlagen und ihr Beispiel auch andere fortgezogen, die vorher nichts weniger als freundlich gesinnt gewesen. Aber viele Wähler in den Südstaaten machten aus der Noth eine Tugend und stimmten unter dem Drange zwingender Umstände für den Candidaten der mächtigsten Partei, obgleich sie im Herzen ihren Haß beibehielten und von der Zukunft Gelegenheit zu dessen Bethätigung hofften.

Dies war die gefährlichste Seite des ganzen Zustandes, da besonders in einem freien Gemeinwesen öffentliche Gegner weniger als heimliche zu fürchten sind.

Endlich brach der Tag an, an welchem die Stellung der beiden um den Vorrang streitenden Parteien auf mehrere Jahre hinaus entschieden werden sollte. Am 3. November (1868) wurden General Grant und der Sprecher des Repräsentantenhauses, Schuyler Colfax, mit 206 Stimmen (unter ihnen auch die ehemaligen Rebellenstaaten Arkansas und Süd-Carolina) zum Präsidenten und Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, während ihre Mitbewerber, Seymour und Blair, nur 88 Stimmen erhielten. Niemals zuvor war nach dem Zeugniß unparteiischer Augenzeugen in Amerika ein so merkwürdiger Wahlkampf geliefert worden. Die republikanische Partei legte in ihren öffentlichen Kundgebungen einen hohen Grad von Bildung und Kenntnissen dar. Die Demokraten zogen nicht nur in Beziehung auf den Zweck, sondern auch auf die Mittel den Kürzeren, indem erst jetzt ihr Mangel an Talent und Beredtsamkeit, im Vergleich zu ihren Gegnern, vollständig an den Tag kam. Früher hatten sie fast immer die Majorität im Congreß und in den großen Regierungsämtern gehabt und alles nach ihrem Willen lenken können. Nachdem sie, durch Selbstsucht und Hochmuth über die wahre Lage der Dinge getäuscht, den Bürgerkrieg unvermeidlich gemacht hatten, wurden die schwachen Seiten ihrer Politik durch die von ihnen auf den Schlachtfeldern bewiesene Tapferkeit und Ausdauer gedeckt. Sie waren in rein militärischer Beziehung ehrenvoll unterlegen. Aber bei dem jetzt geführten Wahlkampfe mußte die Intelligenz entscheiden, und da zeigte es sich, wie sehr das Wesen der demokratischen Partei durch den Einfluß, den sie falschen Principien und verderblichen Illusionen über sich eingeräumt hatte, wenigstens für den Augenblick geschwächt war. Seymour und Blair, sonst gewandte und mit der politischen Taktik der Parteien in den Vereinigten Staaten vertraute Führer, handelten diesmal so verkehrt, daß sie, obgleich in der Theorie übereinstimmend, in der Praxis oft auseinander gingen. Auf den von ihnen zur Erlangung von Stimmen im Lande unternommenen Wanderungen kam es nicht selten vor, daß sie sich in ihren Aeußerungen über die Zwecke ihrer Partei auf das heftigste widersprachen und der eine den anderen des Irrthums bezüchtigte. Andreas Johnson, der von demselben Hasse wie sie gegen die Republikaner erfüllt war, hatte, obgleich er noch immer Präsident war, so sehr allen Credit verloren, daß seine wiederholten Drohungen mit einem Nationalbankerott auf den Cours der Bundespapiere nicht den geringsten Einfluß ausübten. Als die Demokraten während des vierzehntägigen Wahlkampfes sich von ihrer Inferiorität an Talent und Popularität überzeugt hatten, suchten sie durch Verletzung der gesetzlichen Formen und Fälschung der Wahllisten

ihrer sinkenden Sache aufzuhelfen. In fast allen Staaten, besonders aber in New=York, Pennsylvanien, New=Jersey und Ohio, wurden Bürgerscheine, theils für Leute, die noch nicht fünf Jahre im Lande, also noch nicht zur Naturalisation berechtigt waren, theils auf fingirte Namen ausgestellt. In letzterem Fall wurden die Scheine von Betrügern benutzt, welche an verschiedenen Wahlplätzen unter eben so viel verschiedenen Namen stimmten. Die demokratischen Ausschüsse hatten Agenten bestellt, welche die zu Zehntausenden angefertigten Bürgerscheine, von denen vielleicht ein Drittel auf fingirte Namen lautete, an den Mann brachten. Einige dieser Agenten wurden, weil sie die Angelegenheit gar zu offen betrieben, verhaftet, hatten aber wenig zu fürchten, da viele zu dieser Partei gehörige Richter mit ihnen einverstanden waren. Die Immoralität der unteren Justizverwaltung ist einer der Krebsschäden der Vereinigten Staaten, der einer Radicalcur bedürfte, zu der aber wenig Aussicht vorhanden ist.

Ein glänzendes Zeugniß von dem politischen Verstande und dem sittlichen Gehalt des Volkes der Nordstaaten lieferten die Reden, die während des Wahlkampfes über die Behandlung der Finanzfrage gehalten wurden. Nicht blos in der demokratischen, sondern auch in der republikanischen Partei, besonders im Westen, neigten sich viele zu der Ansicht, daß es, ohne einen Treubruch zu begehen, erlaubt sei, sich der Verpflichtungen gegen die Staatsgläubiger in Papiergeld zu entledigen. Der Gegenstand war an und für sich für die Fassungsgabe der Massen von verwickelter und verwirrender Art, und wurde durch die plausiblen Sophismen der Demagogen noch mehr verdunkelt. Nur den anhaltenden Bemühungen der republikanischen Wahlredner, von denen viele förmlich Vorlesungen über Staats= und Finanzwirthschaft hielten, gelang es, der Menge den wahren Standpunkt klar zu machen und sie zur Annahme desselben zu bewegen. Es kostete mitunter Mühe, selbst die aufgeklärteren unter den städtischen und ländlichen Arbeitern von dem Grundsatz zu überzeugen, daß eine Regierung zwar aus Noth ihre unverzinslichen Zahlungsversprechungen zur Valuta für die Staatsangehörigen unter einander machen, nicht aber ihren eigenen Gläubigern gegenüber als Ablösungsmittel für verzinsliche Schuldscheine benutzen kann. Die Ueberzeugung von der Verpflichtung, die Zinsen der Staatsschuld in Gold zu zahlen, drang zuletzt auch im Westen durch, und das Repräsentantenhaus erklärte sich mit 154 gegen 6 Stimmen (14. December 1868) gegen jede Beeinträchtigung der Staatsgläubiger, „indem jede Form einer Repudiation der Nationalschuld des amerikanischen Volkes unwürdig sei, dessen Repräsentanten den Gläubigern keinen geringeren Betrag anbieten würden, als die Regierung contrahirt habe."

Der Einfluß des Präsidenten Johnson war schon vor Grant's Erwählung schwach gewesen und seitdem noch mehr gesunken. Doch ließ

derselbe es sich nicht nehmen, der siegenden Partei bis zum letzen Augenblick Widerstand zu leisten, und alles, was vom Congreß in den letzten Jahren geschehen, namentlich die Reconstruction der Südstaaten, für verderblich zu erklären. Doch machte seine an den am 7. December (1868) wieder zusammengetretenen Congreß gerichtete Botschaft keinen Eindruck mehr und der Senat wollte sie nicht einmal bis zu Ende anhören. Seine Behauptung, die republikanische Partei wolle die weiße Bevölkerung des Südens unter die Herrschaft der Neger bringen, konnte nur für eine böswillige und ganz unbegründete Erfindung gelten. Denn gerade in der letzten Zeit, während der Wahlagitation, waren in manchen Südstaaten die Neger von den Demokraten und der gewaltthätigsten Fraction derselben, den Kuklux, wie wilde Thiere gehetzt und nicht selten getödtet worden. Tausende von ihnen hatten aus Furcht vor den sie bedrohenden Gefahren gar nicht gewagt, sich an der Wahl zu betheiligen. Mehr Beachtung als die Botschaft des Präsidenten erregte der Bericht des Finanzministers Mac Culloch, der zeigte, daß sich die Schuld während des am 1. November abgelaufenen Finanzjahres um 35 Mill. Dollars vermehrt hatte. Der Finanzminister rieth dem Congreß, alle Regierungsbonds, Capital wie Zinsen, in Gold zahlbar zu erklären und die Specieszahlung vom 1. Januar 1871 an wieder aufzunehmen. Ferner empfahl derselbe die Reduction des Tarifs zur Vermehrung der Waarensteuer und die Ausgabe von fünfprocentigen Bonds zur Fundirung der Staatsschuld im Betrage von 500 Millionen. Der Rest der Staatsschuld sollte in jährlichen Raten von 50 Mill. in zehn bis zwanzig Jahren fundirt werden. Der Bericht schätzte den Durchschnitt der Civilausgaben für die nächsten zehn Jahre auf 40 Mill. Dollars jährlich. Ein bedenklicher Uebelstand in der nationalökonomischen Lage der Vereinigten Staaten sind die ungeheuren Summen, die für europäische Luxuswaaren ausgegeben werden. Europa hatte im Jahr 1868 für etwa 850 Mill. zinstragender Schuldscheine von der Bundesregierung, den Einzelstaaten und Corporationen in Händen. Dabei waren Actien von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w noch nicht mitgerechnet, da sie nicht sowohl Schulden an europäische Gläubiger als Besitzthum europäischer Capitalisten in Amerika vorstellten. Das Schlimmste dabei ist, daß in dem Maße als die Schuldscheine nach Europa fließen, der relative Druck der Zinsenlast sich verstärkt. Denn eine Nationalschuld ist nur dann eine verhältnißmäßig geringe Last, wenn die Zinsen dafür im Lande bleiben. In der Zeit, als die Vereinigten Staaten den Grund zu ihrer gegenwärtigen Größe legten, wandten die wohlhabenden Klassen den Ueberschuß ihrer Einnahmen auf innre Verbesserungen aller Art, während sie jetzt einen großen Theil davon für Luxusartikel ausgeben. Diese können nur von Europa bezogen werden, da Amerika dergleichen im Vergleich zu dem großen Bedarf wenig producirt. Von den 1300 Mill.

Dollars Gold, die Californien seit 1848 geliefert, sind nur 200 Mill. in Amerika geblieben, alles übrige ist meist für Mode- und Flittersachen, die keinen innern Werth haben, nach Europa gegangen. Wenn auf diesem Wege fortgefahren werden sollte, so könnte der Fortschritt der Nation, ungeachtet ihres noch immer fortdauernden Jugendfeuers, aufgehalten und ihr Credit trotz colossaler Hülfsmittel erschüttert werden. Indessen besitzen die Nordamerikaner zu viel praktischen Verstand und natürliches Urtheil, um nicht noch zur rechten Zeit anzuhalten.

Der Bericht Mac Culloch's besagte, daß die Gesammteinnahmen vom 1. Juli 1867 bis 1. Juli 1868 (das sogenannte Fiscaljahr) 405,638,083 Doll., die Gesammtausgaben 377,340,284 Doll. betrugen. Für das Jahr 1869/70 erwartete er 377 Mill. Doll. Einnahmen und 303 Mill. Doll. Ausgaben. Demnach konnte vom fiscalischen Standpunkt aus die Finanzlage der Union für günstig gelten, aber nicht vom volkswirthschaftlichen, indem zu viel Geld für bloße Luxuserzeugnisse nach Frankreich, England, Deutschland u. s. w. ging, und der Vermehrung des Nationalcapitals hemmend entgegentrat.

Ende 1868 bestanden in den Vereinigten Staaten 1644 Nationalbanken, von denen jedoch 17 in freiwilliger Abwicklung ihrer Geschäfte begriffen waren. Ihr Capital betrug 420,638,511 Doll., Discontirungen 655,875,277 Doll., Notenumlauf 295,684,244 Doll., Depositen 601,830,278 Doll. Mac Culloch war der Meinung, daß das Nationalbanksystem, was man auch sonst dagegen einwenden könne, bedeutend besser als das frühere Banksystem sei. Dagegen zeigte er auch, wie viele Nationalbanken, namentlich die in New-York, ihrer eigentlichen Aufgabe uneingedenk, sich zu Instrumenten der strafbarsten Börsenmanöver hergaben, daß sie durch Acceptirung von Checks (Anweisungen), ehe Depositen zur Deckung derselben gemacht waren, fingirte Werthe znm Besten der Börsenschwindler schufen, oft zum mehrfachen Betrag ihres ganzen Capitals und dadurch die Deckung für ihre Verbindlichkeiten zerstörten. Zur Abstellung dieser Mißbräuche schlug Mac Culloch vor, daß den Banken verboten werde, Checks zu certificiren, wenn nicht der nominelle Betrag bei ihnen deponirt ist; daß der Finanzminister ermächtigt werde, jederzeit statt wie bisher nur alle Quartale einmal, genaue Rechnungsablage von den Banken einzufordern. — Mac Culloch war ein ausgezeichneter Financier, kannte die Flecken und Schäden der Verwaltung seines Landes, und würde, hätte man ihm freie Hand gelassen, manche Verbesserung eingeführt haben. Aber er war nur eine administrative Specialität, besaß keine politische Autorität, und es konnte vorausgesehen werden, daß er nicht mehr lange im Amt bleiben werde. Ob sein Nachfolger in seine Fußtapfen treten und von seinen Erfahrungen und Kenntnissen Gebrauch machen werde, war ungewiß.

Wie in der innern Lage, so waren auch in den auswärtigen Ver-

hältnissen der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren bedeutende Veränderungen eingetreten. Die Stellung zu England blieb wegen der sogenannten Alabamafrage (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Zweiter Band. S. 89—90) eine gespannte, die mehrmals einen Bruch herbeizuführen drohte. Die beiden Völker hatten sich von jeher wie feindliche Brüder betrachtet. Eine Zeit lang schien die alte Antipathie eingeschlummert zu sein, wurde aber durch Englands Haltung während des Bürgerkrieges wieder geweckt. Die Freundschaft mit Frankreich, das unter Ludwig XVI. zur Gründung der Vereinigten Staaten beitrug, war höchst selten getrübt worden, hatte aber durch die Errichtung des mexikanischen Kaiserthrones, das Erscheinen eines französischen Heeres auf amerikanischem Boden und Napoleon III. Absicht, in Uebereinstimmung mit England und Rußland zu Gunsten der Südstaaten zu interveniren, einen harten Stoß erlitten. Mit Rußland hatte schon seit vielen Jahren ein so aufrichtiges Einvernehmen bestanden, daß, als während Napoleons Gefangenschaft in St. Helena, das Gerücht von einem angeblichen Bruch der Vereinigten Staaten mit jener Macht entstand, der gestürzte Eroberer daran nicht glauben wollte. Das gute Verhältniß zwischen beiden Reichen war, ungeachtet der verschiedenen Principien, nach denen sie regiert werden, leicht, da sie räumlich so weit auseinander liegen und ihre Interessen nirgends collidiren. Auch boten gewisse Seiten ihrer innern Organisation lange Zeit über eine gewisse Aehnlichkeit dar. In den Vereinigten Staaten bestand ein großer Theil der Bevölkerung aus Sklaven, in Rußland ein noch viel größerer aus Leibeigenen. — Ungeachtet der zahlreichen deutschen Einwanderung hatten bis zur Errichtung des norddeutschen Bundes zwischen dem deutschen und amerikanischen Volke keine bestimmten Beziehungen stattgefunden, indem der 1815 gegründete Staatenbund nur die Regierungen aber nicht die Nation vertrat, die in politischer Beziehung für das Ausland gar nicht vorhanden war. Auf die Gründung des norddeutschen Bundes folgte die Verstärkung der deutschen Marine, ein Aufschwung im überseeischen Handel, die Errichtung von Consulaten in allen amerikanischen Plätzen, so daß das mit Preußen verbundene Deutschland in den Augen der Amerikaner bald als eine mächtige Gesammtheit dastand, die ihnen Achtung einflößte und dessen Freundschaft ihnen bei dem gespannten Verhältniß zu England und Frankreich wünschenswerth war. Die tapferen Dienste, die so viele Deutsche den Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges geleistet hatten, gereichten dem ganzen deutschen Volk zur Ehre.

Durch den außerordentlichen Aufschwung, den der Handelsverkehr San Francisco's mit den Hafenstädten Ostasiens nahm, breitete sich die Weltstellung der Vereinigten Staaten immer mehr aus. Es war Nordamerika, das den ersten Anstoß zu der Erschließung Japan's gegeben hatte. Später wurde ein Bürger der Vereinigten Staaten, Anson

Burlingame, wie oben unter „China" erzählt worden ist, an die Spitze einer chinesischen Gesandtschaft gestellt, welche eine Rundreise an die europäischen Höfe machte, ein in der Geschichte des „himmlischen Reiches" bisher unerhörter Fall. Nach dieser Einleitung kam zwischen Nordamerika und China ein Staatsvertrag zu Stande (18. Juni 1868) der vollständige Reciprocität, Religionsfreiheit und Nichtintervention festsetzte. Am 4. Juli wurden demselben noch neun Zusatzartikel hinzugefügt, durch die er eine umfassende Bedeutung erhielt. Artikel 1 verbietet den Vereinigten Staaten, wenn sie mit einer anderen Macht in Krieg gerathen, die in China wohnenden Unterthanen dieser fremden Macht anzugreifen. Art. 3 bestimmt, daß die von China für die Vereinigten Staaten angestellten Consuln den von Großbritannien und Rußland in Amerika ernannten völlig gleichgestellt werden sollen. Art. 4 und 5 verfügen vollkommene Freizügigkeit und freies Recht der Uebersiedelung und verbieten den Bürgern der Vereinigten Staaten, chinesische Unterthanen gegen deren Willen nach Amerika oder einem anderen Lande zu entführen. Art. 7 stipulirt, daß im Falle eines Zustandekommens einer internationalen Einigung über Münz-, Maß- und Gewichtssystem die chinesische Regierung das ihrige thun werde, sich ihr anzuschließen. In Art. 8 ist den Amerikanern das Recht verliehen, an allen Plätzen China's, wo Fremden überhaupt vertragsmäßig das Ansiedelungsrecht gestattet ist, Schulen mit vollkommener Religionsfreiheit zu errichten. In Art. 9 verpflichtet sich die Regierung der Vereinigten Staaten, falls China Eisenbahnen oder Telegraphenlinien anlegen will, ihm nach geschehener Anfrage geeignete Ingenieure auszuwählen, wogegen die chinesische Regierung verspricht, diese Ingenieure in Person und Eigenthum zu schützen und ihnen entsprechende Vergütungen für ihre Arbeiten zu gewähren.

Die Vereinigten Staaten waren seit ihrem Entstehen in langsamem aber stätigem Wachsthum begriffen gewesen, hatten sich aber bisher vornehmlich nach Westen und Süden ausgedehnt. Neuerdings war aber das nördlich gelegene Russische Amerika von ihnen erworben und unter dem Namen Alaska vom Senat zum Territorium erklärt worden (Juli 1868). Rußland, das zwar zu erobern, nicht aber zu colonisiren versteht, hatte aus diesem großen Gebiet (27,415 Q. M.) nur geringen Vortheil gezogen, und es gegen 7,100,000 Doll. an die Vereinigten Staaten überlassen. Ausgedehnte und schöne Waldungen voll des herrlichsten Bauholzes, außerordentlich fischreiche Gewässer und große Kohlenlager bieten, auch wenn die Meinung von daselbst vorhandenen Goldfeldern sich nicht bestätigen sollte, Ansiedlern, die diese Schätze zu benutzen verstehen, Hülfsquellen von unermeßlicher Entwicklungsfähigkeit dar. Es steht zu erwarten, daß sich im Laufe der Zeit ein beträchtlicher Theil der skandinavischen Auswanderung, welche jetzt noch vorzugsweise nach den Staaten

Wisconsin, Michigan und Minnesota strömt, nach dem Territorium Alaska wenden wird. Namentlich kommen hierbei die ausgedehnten Fischereien in Betracht, welche jenem Territorium am Stillen Meer dieselbe Rolle zuweisen, die am Atlantischen Ocean Neufundland zugefallen ist. Die industrielle Entwicklung dieser Fischereien würde auch das ihrige zu der Gründung einer Marine und der schnelleren Hebung des amerikanischen Handels auf dem Stillen Meer beitragen. Der Ankauf von Russisch-Amerika hat außerdem noch eine besondere politische Bedeutung für die britischen Provinzen Nordamerika's. Alaska ist nämlich das erste von den Vereinigten Staaten erworbene Gebiet, das noch durch die Besitzungen einer fremden Nation von den übrigen Staaten der Union getrennt ist. Zwischen den beiden Territorien Washington und Alaska liegt die Küste von Brittisch-Columbia. So groß daher auch die Vortheile sein mögen, welche aus dem Ankauf von Alaska hervorgehen, sie werden durch die geographische Trennung von den übrigen Vereinigten Staaten aufgewogen. Jener Kauf wird erst durch die Annexion des dazwischen liegenden Britisch-Columbia seinen vollen Werth erhalten, worauf denn auch die Aufmerksamkeit der Nordamerikaner, denen eine fremde Enclave auf ihrem eigenen Gebiet ein Dorn im Auge ist, schon jetzt gerichtet zu sein scheint. Es fragt sich nur, ob gewisse Artikel in den leitenden Blättern, die diesen Gegenstand berühren, ein Ausdruck der öffentlichen Meinung oder nur verfrühte Wünsche einer Partei sind.

Eine Vergrößerung der Vereinigten Staaten durch Annexion der Republiken Hayti und San Domingo und durch Ankauf der dänischen Insel St. Thomas wurde, nachdem Unterhandlungen darüber stattgefunden, vom Senat abgelehnt. Aehnlich verhielt es sich mit Cuba, und ein Vertrag mit der Regierung von Columbien wegen der Durchstechung der Landenge von Panama kam nicht zu Stande. Die Differenzen, welche zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien wegen der sogenannten Alabamafrage entstanden waren, sollten noch lange ungeschlichtet bleiben. Präsident Johnson war bei seinem eigenwilligen und beschränkten Wesen mehr geeignet, eine so schwierige Angelegenheit zu verwirren, als zu lösen, und der Minister des Auswärtigen, Seward, sonst ein sehr unterrichteter und befähigter Diplomat, ging in diesem Fall mit Johnson Hand in Hand. Die von England nur limitirt zugestandene schiedsrichterliche Erledigung des Alabamastreites war schon Ende 1867 in einer an den nordamerikanischen Gesandten in London, Adams, gerichteten Depesche abgelehnt worden. Seward beharrte darauf, daß die königliche Proclamation vom 13. Mai 1861, welche den Rebellenstaaten bei ihrem Kampfe gegen die Union die Rechte einer kriegführenden Macht zuerkannte, eine Abweichung von der Verpflichtung bestehender Verträge und eine Verletzung des Völkerrechts gewesen sei, was von dem englischen Minister des Auswärtigen, Lord Stanley, nicht zu-

gegeben wurde. Nach Adams' Abberufung versuchte sein Nachfolger, Reverdy Johnson, der, obgleich ein Anhänger südstaatlicher Principien, auch bei seinen Gegnern im Rufe der Bildung und Mäßigung stand, den Streit beizulegen. Seine Bemühungen wurden in England, wo er immer für Nachgiebigkeit und Aussöhnung sprach, mit großem Beifall aufgenommen, fanden aber bei der herrschenden Partei in den Vereinigten Staaten keinen Anklang, die behauptete, daß der Gesandte, um in England zu gefallen, die Interessen der Union hintenansetze. Reverdy Johnson war unermüdlich thätig, um die Differenz, die im Grunde beiden Theilen schon zu lange dauerte, beizulegen und schloß mit Lord Stanley einen Vertrag ab (23. November 1868), wonach eine gemischte Commission in Washington die gegenseitigen Ansprüche prüfen und bei Stimmengleichheit die Entscheidung einem unbetheiligten Souverän übertragen werden sollte. Wenige Tage darauf mußte das Torycabinet sich zurückziehen und das neue Whigministerium verstand sich zu noch weitern Concessionen, worauf der Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, und Reverdy Johnson eine neue Uebereinkunft unterzeichneten (14. Januar 1869.) Dieselbe bestimmte die Ernennung von je zwei Commissarien; bei Stimmengleichheit sollte die Commission einen Unparteiischen zum Schiedsrichter wählen, und wenn man sich auch über eine solche Wahl nicht vereinigen könnte, sollte für jeden einzelnen Fall durch Loos ein Unparteiischer bestimmt werden, gegen dessen Entscheidung keine Appellation gelten dürfte. Ferner ward festgesetzt, daß sämmtliche Ansprüche binnen zwei Jahren erwogen und erledigt sein und die etwa angewiesenen Geldsummen binnen achtzehn Monaten, vom Tage der Entscheidung an, ohne Interessen gezahlt werden müßten.

In England betrachtete man diesen Vertrag als das Maximum von Concessionen, während er in Nordamerika nicht befriedigte und vom Senat mit 54 Stimmen gegen 1 verworfen wurde. Das Meiste trug zu diesem Resultat die Rede des Senators Sumner bei, aus der bei der Wichtigkeit und Dauer des Streites, Folgendes erwähnt zu werden verdient: „Kurz nach Anfang der Rebellion", sagte Sumner, „erkannte die britische Regierung den Rebellen die Rechte einer kriegführenden Partei zu. Sie that das, obschon damals die Rebellen weder Schiffe noch Prisengerichte hatten, und obgleich englischen Autoritäten zufolge kriegführende Rechte nicht zuertheilt werden können, wo nicht die vorerwähnten Bedingungen der Kriegführung gegeben sind. . . . . Trotz aller Anstrengungen des amerikanischen Gesandten und des Consuls in Liverpool lief durch die Schuld der britischen Regierung die Alabama von Liverpool aus. Das Rauben und Sengen des Piratenschiffes verbreitete sich über den ganzen Ocean, und alles Unheil, das von ihm ausging, hatte England verschuldet. Es blieb nicht bei dem einen Schiffe, andere folgten, Schiffe auf englischen Werften gebaut, bewaffnet, aus-

gerüstet und mit englischen Matrosen bemannt. . . . . . . Ein englisches Passagierschiff jubelte der Alabama zu, als das Raubschiff seine Bahn kreuzte, und das Unterhaus unterbrach den Erbauer der Alabama mit Beifallsbezeugungen, als derselbe John Bright's und seiner Vorliebe für die Union spottete. England veröffentlichte in aller Eile seine Proclamation, ehe der amerikanische Gesandte eintraf, obschon es Abschaffung der Sklaverei auf seine Fahnen geschrieben, und aufständische Sklavenhalter wurden unterstützt und begannen unter dem officiellen Schutz und den Segenswünschen des der Sklaverei feindlichen Englands ihr verdammenswerthes Werk. . . . . . Jetzt, wo es zur Abrechnung kommt, weiß England nur von Verlusten von Privatpersonen. Im übrigen wird nichts eingeräumt, kein Grundsatz für die Zukunft festgesetzt, kein Wort weder über den Unwillen der Nation noch über eine Entschädigung derselben verloren. Der Statistik zufolge stellen sich die Verluste, welche das amerikanische Volk durch die von England in diesem Falle beobachtete Politik erfahren, auf 111 Mill. Doll. allein für den Handel. Allein es steht daneben fest, daß die Rebellen, ohne Hoffnung auf englische Unterstützung, ohne englische Zufuhren, lange vor dem wirklichen Ende des Krieges niedergeworfen worden wären. Die Unterdrückung der Rebellion hat der Union 4000 Mill. Doll. gekostet; 2,500,000,000 Doll. bleiben noch heute als Nationalschuld, und wenn England Ursache war, daß die Dauer des Kriegs sich über die Hälfte länger hinauszog, so würde ihm von jedem Gerichtshof, der nach den Grundsätzen der Billigkeit urtheilen wollte, die Hälfte der Kosten aufgebürdet werden."

Diese von Sumner im Senat vorgetragenen Beschwerden waren nur der Wiederhall dessen, was überall in der Union gegen England vernommen wurde. Manche einzelne Angaben konnten übertrieben sein, im Ganzen war aber die von der britischen Regierung beobachtete Politik weder moralisch noch consequent gewesen. Von England war zuerst, schon vor achtzig Jahren, die Agitation gegen den Sklavenhandel und damit überhaupt gegen die Sklaverei als Institution ausgegangen, die ohnehin in den Colonien wegen der großen Sterblichkeit der Neger nicht lange bestanden haben würde. William Pitt hatte sich gleich im Anfange seiner parlamentarischen Laufbahn gegen den Sklavenhandel erklärt, und eine seiner schönsten Reden in diesem Sinne gehalten. Großbritannien war die erste Colonialmacht, die ihre Sklaven, nicht in der revolutionären Art wie die erste französische Nationalversammlnng, sondern mit Rücksicht auf Recht und Ordnung, gegen Entschädigung der bisherigen Besitzer emancipirte. Die Bemühungen der Antisklaverei-Gesellschaft, von der so hohe sittliche Grundsätze aufgestellt und zuletzt siegreich durchgeführt wurden, waren einer der Ruhmestitel Englands und hatten ihm unter allen civilisirten Völkern die lebhaftesten Sym-

pathien verschafft. Aber in dem großen amerikanischen Bürgerkriege hatte es wie absichtlich diesen glänzenden Ruf verdunkelt und sich zu seinen eigenen Grundsätzen und seiner Vergangenheit in Widerspruch gesetzt, indem es die begünstigte, welche die Sklaverei vertheidigten und auf sie ihre ganze sociale und politische Existenz gründen wollten. Es war dies ein trauriges Zeichen von der Selbstsucht und Kurzsichtigkeit, welche sich der englischen Staatsleitung und bis auf einen gewissen Grad des englischen Charakters seit einiger Zeit bemächtigt hatte. Gewisse Klassen des britischen Volkes, besonders die Industrie und Handelswelt, beneideten den zunehmenden Flor der Vereinigten Staaten und hofften, daß derselbe durch die Auflösung der Union eine tödtliche Wunde erhalten werde. Aber selbst zugegeben, daß der Egoismus in der internationalen Politik das oberste Gesetz sei, hatte England durch seine Begünstigung der Rebellenstaaten nicht weise gehandelt. Es fügte der Union durch seine Parteilichkeit für den Sonderbund eine schwere Beleidigung zu, ohne letzterem in seinem Streben nach Losreißung hinreichende Unterstützung zu gewähren, und zog sich durch die Entschädigungsfrage einen langen und verdrießlichen Streit zu, der seine Regierung dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit und Schwäche aussetzte. Reverdy Johnson, der sich bei den Unterhandlungen nach der Meinung der Amerikaner zu sehr auf Seite Englands geneigt hatte, wurde abberufen, und sein Nachfolger, der ausgezeichnete Historiker John Lothrop Motley, der im Mai 1869 nach England abging, war angewiesen, die Alabamafrage vor der Hand ruhen zu lassen.

Inzwischen hatte General Grant die Präsidentschaft der Union übernommen (4 März 1869) und in seiner Antrittsrede die Grundsätze niedergelegt, nach denen er seine Verwaltung führen werde. „Bürger der Vereinigten Staaten!“ hieß es darin, „durch Eure Stimmen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt, habe ich in Gemäßheit der Verfassung den in dieser vorgeschriebenen Amtseid geleistet. Ich habe ihn ohne innern Vorbehalt und mit dem Entschlusse geleistet, nach meiner besten Fähigkeit Alles, was er von mir erheischt, zu thun. Ich fühle die Verantwortlichkeit dieser Stellung, nehme sie aber ohne Furcht auf mich. Denn ungesucht ist das Amt mir zugefallen, und ungefesselt trete ich dessen Pflichten an. Ueber alle die öffentliche Meinung bewegenden Hauptfragen werde ich stets dem Congresse gegenüber meine Ansichten aussprechen und auf deren Annahme meinem Urtheile nach dringen, und wenn ich es für rathsam halte, werde ich das constitutionelle Recht ausüben, ein Veto einzulegen, um Maßregeln, denen ich entgegen bin, zu vereiteln. Aber Alles, was zum Gesetz geworden ist, wird getreulich ausgeführt werden, es mag meine Billigung haben oder nicht. Dem Lande, welches kürzlich eine große Rebellion überstanden, werden in den nächsten vier Jahren viele Fragen

vorgelegt werden, mit welchen frühere Administrationen niemals zu thun hatten. Um dieselben zu erledigen, müssen sie ohne Vorurtheil, Haß oder Parteistolz ruhig gewürdigt werden, immer im Auge behaltend, daß das größte Glück für die größte Menge der zu erreichende Zweck ist. Für die Durchführung aller Gesetze, welche dieses Ziel sichern, werde ich mit allen meinen Kräften Sorge tragen. Eine große Schuld wurde eingegangen, um uns und unseren Nachkommen die Union zu erhalten. Für deren Bezahlung, Capital und Zinsen, sowie für die Rückkehr zur Baarzahlung, sobald dies ohne wesentlichen Nachtheil für die Klasse der Schuldner oder für das Land im Ganzen ausführbar, muß Fürsorge getroffen werden. Dazu gehört eine redliche Eintreibung der Bundesrevenuen, eine genaue Rechenschaftsablegung an das Schatzamt und die größte ausführbare Einschränkung in den Ausgaben für jeden Zweig der Regierung. In Bezug auf die auswärtige Politik werde ich mich den Nationen gegenüber eben so verhalten, wie das Gesetz der Billigkeit verlangt, daß sich Individuen gegen einander zu verhalten haben, und ich werde den gesetzliebenden Bürger schützen, sei er ein hier geborener oder von fremder Herkunft, sobald seine Rechte gefährdet sind und so weit die Flagge unseres Landes weht. Sollten andere Staaten in Bezug auf uns von der Regel der Reciprocität abweichen, so würden sie uns nöthigen, ihrem Beispiele zu folgen. Die passende Behandlung der Eingebornen dieses Landes, der Indianer, ist eine Sache, welche die sorgfältigste Ueberlegung verdient. Ich werde jedes Verfahren gegen sie begünstigen, das ihre Civilisation, ihre Annahme des Christenthums und schließlichen Eintritt in den amerikanischen Bürgerverband bezweckt."

Diese von Grant ausgesprochenen Gesinnungen und Absichten waren die der gemäßigten Fraction der republikanischen Partei, zu der er von jeher gehört hatte, und wurden von derselben mit ungetheiltem Beifall aufgenommen. Im Norden hatten die Demokraten schon seit den Octoberwahlen nicht mehr auf den Sieg gerechnet und fanden sich ohne tiefes Widerstreben in Grant's Wahl, und selbst im Süden wurde sie mit größerer Gemüthsruhe aufgenommen als man erwartet hatte. Dort hoffte man bei dem neuen Präsidenten Schutz gegen die Radicalen der republikanischen Partei zu finden, die obgleich sie nicht wie die Kuklux mit Mord und Brand wütheten, noch immer zu harten legislativen Maßregeln gegen die ehemaligen Rebellenstaaten geneigt waren und nur höchst ungern auf versöhnende Maßregeln eingingen.

Grant hatte schon mehrere Monate vor Antritt seines Amts, sobald er zu demselben gewählt war, die Erfahrung von einem der größten Uebelstände im staatlichen Leben seines Landes zu machen. Es war dies die sonst nirgends in diesem Grade vorhandene Aemterjagd, welche bei jedem Wechsel der Präsidentschaft alle ehrgeizigen und unbemittelten Personen in Bewegung setzt. Der Bund hat gegen 30,000 Aemter

zu vergeben, deren Gehälter auf 30 Mill. Doll. (45 Mill. preußische Thaler) berechnet werden. Zu jedem öffentlichen Dienst, selbst den geringeren, giebt es im Durchschnitt ein halbes Dutzend Bewerber, zu den einträglicheren, wie z. B. die Consulate, noch viel mehr. Grant erhielt eine Zeit lang täglich 300 Bittgesuche. Glücklicher Weise hatte die republikanische Partei mehr seiner als er ihrer bedurft, denn ohne ihn wäre wahrscheinlich der Demokrat Seymour Präsident geworden. Grant war deshalb nicht, wie manche seiner Vorgänger, Verpflichtungen eingegangen, und im Stande, den größten Theil der Anstellungsgesuche unberücksichtigt und selbst unbeantwortet zu lassen. Es ist ein für den regelmäßigen Gang der innern Verwaltung äußerst schädlicher Brauch, die meisten Bundesämter nach jeder Präsidentenwahl neu zu besetzen, aber so eingewurzelt, daß eine Aenderung kaum zu hoffen ist. Das einzige Mittel, die übeln Folgen dieser Gewohnheit zu mildern, wäre unter den vielen Bewerbern nur die in Betracht zu ziehen, die hinreichende Garantien von Moralität und Capacität bieten. Aber dies ist schwer oder unmöglich, indem der Präsident und seine Umgebungen, ungeachtet der Oeffentlichkeit des amerikanischen Lebens, doch nur einen geringen Theil der Bewerber beurtheilen können, und sich in den meisten Fällen auf Hörensagen verlassen müssen. Ohne diesen Brauch würde es in den Vereinigten Staaten nicht so viele Menschen geben, die aus der Politik ein Handwerk machen, davon leben oder empor kommen wollen. Aber eben diese Politik ist der Verderb alles rechtmäßigen, d. h. auf Meinungen und Ueberzeugungen gegründeten Parteiwesens. In England giebt es ebenfalls eine Klasse, welche die Politik zu ihrer Lebensaufgabe macht. Aber sie besteht nicht aus Stellenjägern, sondern aus reichen oder talentvollen Personen, die einen Sitz im Hause der Gemeinen suchen, und Einfluß und Ruf, aber keineswegs pecuniäre Vortheile im Auge haben. In Nordamerika ist es ein Jagen nach Gewinn und Einnahme. Auch wechselt in England bei einer Veränderung des Ministeriums nicht fast das ganze obere Staatsbeamtenthum, wie in den Vereinigten Staaten nach einer Präsidentenwahl, sondern nur die Besetzung der höchsten Regierungsstellen. Als in dem mit Entwerfung des Parteiprogramms beauftragten Ausschusse der republikanischen Convention von Chicago, der obengenannte Hermann Raster die Motion stellte, daß fortan alle nichtpolitischen Verwaltungsämter ausschließlich nach Befähigung und Redlichkeit, ohne Rücksicht auf die Partei, besetzt werden sollten, wurde der Antrag abgelehnt, nicht daß man seine Zweckmäßigkeit verkannt hätte, sondern weil man die Ausführung für unmöglich hielt.

Das erste von Grant ernannte Cabinet täuschte in etwas die gehegten Erwartungen sowohl der großen Parteien, die bisher in Opposition gestanden hatten, als auch des weiteren, mehr oder weniger neu-

tralen Publicums. Die Demokraten vermißten in der Ministerliste den General Mac Clellan, der sich im Anfange des Bürgerkrieges bei Vertheidigung der Union gegen den Sonderbund durch seine methodische Kriegführung ausgezeichnet hatte, und Adams, den früheren Gesandten in London, Sohn und Enkelsohn von Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Radikalen den Senator Sumner, der den Alabamavertrag zu Falle gebracht hatte, und Stanton, der unter Johnson Kriegsminister war und dessen Eingriffe in die Verfassung standhaft zurückwies. Statt dessen war das Cabinet zusammengesetzt aus verhältnißmäßig jungen und im Vergleich zu manchen anderen, bisher nicht sehr hervorgetretenen Persönlichkeiten, die für entschiedene Anhänger der Reconstructionspolitik galten, aber sich von allen extremen Schritten frei gehalten hatten. Zu den bekanntesten Mitgliedern des neuen Cabinets gehörte Washburne, ein vertrauter Freund Grant's, von jeher ein eifriger Gegner der Sklaverei und bei den vorgeschrittenen Liberalen sehr beliebt. Er war viele Jahre über im Repräsentantenhause Präsident des Handelsausschusses und besaß neben seiner Befähigung zu Geschäften auch eine einfache und kräftige Beredtsamkeit. Der Finanzminister Stewart hatte bisher seine Bedeutung mehr in der commerciellen als politischen Welt gesucht, war unermeßlich reich, dabei von strenger Rechtlichkeit und einem durch Darbringung von Opfern bewährten Patriotismus. Während des Bürgerkrieges zeigten ihm seine Kunden in den Südstaaten an, daß sie ihm seine Schuldforderungen nicht bezahlen würden, falls er fortführe, der Unionsregierung Geld vorzustrecken. Stewart ließ sich durch diese Drohung nicht einschüchtern, sondern erwiederte: alles was er besitze, verdanke er den freien Institutionen der Vereinigten Staaten und er werde gern alles für das Land hingeben, an das er durch die stärksten Bande der Pflicht und Anhänglichkeit gefesselt sei. Außerdem hatte er sich, was seine Popularität allerdings nur in gewissen Kreisen vermehrte, für den Freihandel und die Bezahlung der Zinsen der Staatsschuld in Geld ausgesprochen. Der Minister des Innern, General Cox, war bis dahin nur eine militärische Specialität gewesen und erst neuerdings durch seine Wahl zum Gouverneur von Ohio in das öffentliche Leben eingetreten. Er war seiner Parteifärbung nach ein Radikaler und man erwartete von ihm eine großmüthige Politik den Indianern gegenüber. Der Marineminister Borie war in der Politik noch weniger als Cox bekannt. Das Einzige, was man von ihm vor der Hand zu sagen wußte, war, daß in Philadelphia ein bedeutendes Handelshaus seinen Namen führte. Der Generalpostmeister Creßwell hatte sich dadurch der öffentlichen Meinung empfohlen, daß, obgleich seine Familie zu der Partei der Sklavenhalter gehörte, er selbst immer für die Emancipation gewirkt hatte. Seit einigen Jahren in den Senat eingetreten, hatte er sich daselbst bald den Ruf eines Politikers und Redners erworben. Der

Generalstaatsanwalt Hoar galt für einen der ausgezeichnetsten Juristen der Vereinigten Staaten. Die Beibehaltung Shofield's als Kriegsminister und die Ernennungen Sherman's und Sheridan's zu den höchsten Commandos der Armee legten Zeugniß davon ab, daß der Präsident entschlossen war, die Politik aus den militärischen Dienstzweigen fernzuhalten und im Süden die Ruhe und Sicherheit mit aller Kraft wiederherzustellen.

Ungeachtet die Nation das neue Ministerium günstig aufgenommen, sah sich der Präsident doch bald zu einer Modification desselben genöthigt. Der Congreß weigerte sich, Stewarts Ernennung zum Finanzminister zu bestätigen. Seine freihändlerischen Grundsätze gingen der Majorität dieser Versammlung zu weit, und es wurde von ihm eine Beeinträchtigung der einheimischen Industrie befürchtet. Man wandte deshalb ein schon 1789 gegebenes Gesetz gegen ihn an, das die, welche die Einfuhr fremder Waaren betrieben, vom Finanzministerium ausschloß. Stewart befand sich in diesem Falle, denn er war der größte Importeur in ganz Amerika. Sein Nachfolger wurde George Boutwell, der vorher bedeutende Stellen bekleidet, Gouverneur des Staates Massachusetts, Mitglied des Repräsentantenhauses und Curator der Universität Harward gewesen. Obgleich ein ziemlich vorgeschrittener Republikaner, hatte er während des Processes gegen den Präsidenten Johnson große Mäßigung gezeigt und sich jeder leidenschaftlichen Erregung enthalten. Boutwell's Leben bot die eigenthümliche Erscheinung dar, daß er zwanzig Jahre lang Kaufmann war, ehe er die juristische Laufbahn einschlug. Die Ernennung Washburne's zum Staatssecretär oder Minister des Auswärtigen, hatte einigermaßen überrascht, indem ihm die öffentliche Meinung eher das Departement der Finanzen oder des Innern als das der auswärtigen Angelegenheiten zugedacht hatte. Denn während seiner ganzen politischen Laufbahn war das genaueste Detailstudium der Bundesverwaltung seine Specialität gewesen, und er war durch den unermüdlichen Eifer, mit welchem er Geldvergeudungen und das Staatsvermögen beeinträchtigenden Unternehmungen entgegentrat, der Schrecken aller selbstsüchtigen und betrügerischen Speculanten geworden. Aber als oberster Leiter der auswärtigen Politik eines großen Staates wie Nordamerika, der sich außerdem, wie die Alabamafrage bewies, in verwickelten Verhältnissen befand, schien er nicht an seinem Platz zu sein. Er selbst fühlte dies, gab das Ministerium des Auswärtigen, wie es hieß, aus Gesundheitsrücksichten ab, und übernahm den Gesandtschaftsposten in Paris. An seine Stelle trat Hamilton Fish, der, schon ehe er in das öffentliche Leben trat, für einen ausgezeichneten Rechtsgelehrten galt, später Gouverneur des Staates New-York, Mitglied des Repräsentantenhauses und des Senats geworden war, und die Zustände Europa's aus eigener Anschauung kannte. Der Kriegsminister General Shofield, der schon unter Johnson's Präsidentschaft dieses Amt bekleidet hatte, schien sich für das neu zusammengesetzte

Ministerium nicht recht zu eignen, und trat zurück. Er wurde durch den General Rawlins ersetzt, in der nationalen Regierung ein vorher wenig bekannter Name, da er nicht einmal dem Congreß als Mitglied angehört hatte, aber von großem Ansehen in seiner Partei. Eine Deputation entschiedener Republikaner hatte längere Zeit in Washington verweilt, um bei Grant Rawlins Ernennung durchzusetzen.

Das Ministerium war demnach aus befähigten und wenigstens bei der herrschenden Partei im besten Ruf stehenden Männern gebildet. Aber es war nicht ganz homogen. Die einen unter seinen Mitgliedern wollten bei der Behandlung der ehemaligen Rebellenstaaten mit mehr Strenge als die anderen zu Werke gehen; die einen sahen sie als verirrte Brüder, die anderen als unversöhnliche Gegner an; die einen neigten sich mehr auf Seite des unionistischen, die anderen mehr auf die des föderalistischen Princips der amerikanischen Constitution. Grant hatte bisher keine Beweise von hervorragendem politischen Talent abgelegt. Er war nur durch seine Verdienste im Kriege, indem vor allem ihm die vollständige Besiegung des Sonderbundes beigelegt wurde, zur ersten Stelle in der Republik gelangt. Auch hatte er sich durch seinen aufrichtigen Liberalismus in Staatssachen und seine in dem langen und blutigen Kampfe bewiesene Humanität den Wählern empfohlen. Im Gegensatz zu den meisten glücklichen Generalen in andern Ländern und Zeiten, waren ihm seine militärischen Triumphe nie zu Kopf gestiegen, und die Stärkung und Reinigung des bürgerlichen Elements im Leben der Vereinigten Staaten war immer sein Ziel und der Krieg und die bewaffnete Macht nur ein Mittel dazu gewesen. Nach der Capitulation von Appomatox war er, anstatt den Anblick seiner Siege und der Begeisterung seiner Soldaten für ihn zu genießen, sogleich nach Washington geeilt, um die Entlassung der Armee zu betreiben und hatte dies dem Kriegsminister mit den Worten vorgestellt: „das Volk muß Erleichterung haben und die Leute müssen nach Hause zurückkehren." — Aber Grant stand als Staatsmann nicht so hoch wie als Feldherr, hing als Präsident von den Ministern mehr als manche seiner weniger berühmten Amtsvorgänger ab, und seine Verwaltung bot, da seine ersten Rathgeber nicht durchaus von denselben Grundsätzen erfüllt waren, Schwankungen und Widersprüche dar, welche die ohnedies vorhandenen Schwierigkeiten noch vermehrten. Als General war er immer seinen eigenen Eingebungen gefolgt und hatte dadurch große Erfolge davon getragen; als Präsident hörte er zu viel auf fremde Meinung, suchte andere eher zu gewinnen als zu leiten, und setzte sich dadurch dem Verdacht der Unselbständigkeit, übertriebener Rücksichtsnahmen und persönlicher Begünstigungen aus.

Ein merkwürdiges Beispiel von der in den Vereinigten Staaten herrschenden Mannigfaltigkeit der religiösen Bekenntnisse und ihrer gegen=

seitigen Duldsamkeit lieferte das Grant'sche Cabinet, das in dieser Hinsicht wahrscheinlich einzig in seiner Art war. Der Präsident und der Staatssecretär Fish gehörten der bischöflichen Kirche an; ersterer wohnte aber regelmäßig dem Gottesdienst in einer Methodisten-Capelle bei, zu welcher Secte sich seine Familie hielt; der Minister des Inneren, Cox, war Swedenborgianer; der Finanzminister Boutwell und der Generalstaatsanwalt Hoar Unitarier; der Marineminister Borie Katholik; der Kriegsminister Rawlins und der Generalpostmeister Creßwell besuchten nie eine Kirche, und man wußte nicht zu welcher Confession sie gehörten. Unter den von Grant ernannten Gesandten verdienten genannt zu werden: Curtin, der Gesandte für Rußland, einer der hervorragendsten unter den loyalen Gouverneuren des Nordens während der Rebellion; der Gesandte in Wien, John Jay, der Enkel des Präsidenten Jay, ein thätiges Mitglied der Gesellschaft zur Unterdrückung der Sklaverei; Carlisle, der Gesandte für Stockholm, war einer der entschiedensten Gegner der Losreißung des Südens gewesen; Jones, für Belgien, bekannt als einer der vertrautesten Freunde Lincoln's; Riotte, früher preußischer Justizbeamter, dann Eisenbahndirector in Elberfeld, politischer Flüchtling, Schulmeister und Journalist in Amerika, zum Gesandten in Costarica; Clay, für Liberia, und Basset, für Hayti, waren die ersten Neger in den Vereinigten Staaten, die eine diplomatische Stellung erhielten. Der merkwürdigsten Laufbahn von allen dürfte sich Pile, für Venezuela, rühmen, der, ursprünglich ein Methodistenprediger, die Bibel mit dem Schwert vertauschte, und es bis zum Brigadegeneral brachte. Von Consulaten waren acht auf naturalisirte Deutsche gefallen.

Das erste Gesetz, welches der Präsident Grant sanctionirte, war der in beiden Häusern mit großer Mehrheit durchgegangene Antrag, daß sowohl das Capital wie die Zinsen der Bundesobligationen in Gold zu zahlen seien, außer wo das betreffende Anleihegesetz ausdrücklich die Zahlbarkeit in Papier erklärt, und daß eine Einlösung der Obligationen überhaupt erst nach Wiederherstellung der Goldvaluta stattfinden könne. Unter den im Repräsentantenhause befindlichen Mitgliedern der republikanischen Partei stimmten nur 16 gegen diesen Antrag. Damit war die Repudiationsfrage für immer beseitigt, die in der letzten Zeit alle rechtlich gesinnten Patrioten in Unruhe versetzt hatte. Denn vor dieser definitiven Sanction war die Entscheidung ungewiß geblieben, und hätte bei den häufigen Fluctuationen der öffentlichen Meinung zum Nachtheil der Ehre und des Credits der Vereinigten Staaten ausfallen können. Bald nachher wurde die bisher schwankend gewesene Frage, die Aemterbesetzung betreffend, entschieden. Sie war speciell gegen die Eingriffe und Anmaßungen des abtretenden Präsidenten Johnson erlassen, dann zurückgenommen worden, unter Grant aber wieder zur Verhandlung gekommen. Senat und Re-

präsentantenhaus waren über einzelne Punkte verschiedener Ansicht gewesen, verständigten sich aber endlich zu einem gemeinsamen Beschluß, wobei die vom Senat aufgestellte Fassung zwar einige Modificationen erfuhr, im wesentlichen aber durchdrang. Am 31. März (1869) unterzeichnete Grant die Aemterbesetzungsacte, die, wenn sie nicht alle auf diesem Gebiet eingerissenen Mißbräuche beseitigte, in einen so wichtigen Zweig des öffentlichen Dienstes, mit dem verglichen, was bisher bestanden hatte, mehr Regel und Methode brachte. Sie enthielt folgende Dispositionen: „Jeder, der ein Civilamt inne hat, zu dem er mit der Zustimmung des Senats ernannt worden ist oder ernannt werden wird, hat das Recht, dieses Amt für die Zeit zu behalten, für welche er dazu ernannt worden, ausgenommen, daß er mit Zustimmung des Senats davon abgerufen, oder daß er gleichfalls mit Zustimmung des Senats durch eine andere zu seiner Nachfolge bestimmte Persönlichkeit darin ersetzt wird. — Während der Senat nicht tagt, hat der Präsident das Recht auf seine Verantwortung jeden mit der Zustimmung des Senats ernannten Civilbeamten zu suspendiren, mit Ausnahme der Richter bei den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten. Diese Suspendirung hat bis zum Schlusse der folgenden Session des Senates Gültigkeit. — Der Präsident kann zugleich mit dem Recht des Widerrufs Jemanden ernennen, der den Platz des suspendirten Beamten einnehmen soll. Derselbe muß den erforderlichen Eid leisten und die vom Gesetz verlangten Bürgschaften geben. Während der Zeit, in welcher er die Stelle des suspendirten Beamten inne hat, bezieht er dessen ganzes Gehalt. — Der Präsident muß innerhalb der ersten 30 Tage nach dem Wiederbeginn der Session des Senates Personen für die zur Zeit der Eröffnung dieser Session vacanten Aemter ernennen, mögen dieselben von jeweiligen Inhabern bekleidet werden oder nicht, ohne die Aemter zu vergessen, deren Inhaber suspendirt worden sind. — Wenn der Senat während dieser Session seine Zustimmung zu einer neuen Ernennung verweigert, die zu dem Zwecke geschehen ist, um den suspendirten Beamten zu ersetzen, so muß der Präsident, und zwar im Laufe derselben Session, ohne jeden Verzug, eine andere Persönlichkeit für dieses Amt ernennen.“

Grant hatte sich als Feldherr im Bürgerkriege großen Ruf erworben, aber seiner Verwaltung ward keine Gelegenheit zu solchen Thaten geboten, welche die Augen der Welt auf sich ziehen. Seine Aufgabe war, die zerrütteten inneren Verhältnisse angemessen zu ordnen, deren Reorganisation der Congreß schon unter Johnson's Präsidentschaft, ungeachtet des Widerstrebens dieses letzteren, mit starker Hand, aber mitunter nicht ohne Uebertreibung und leidenschaftliche Hast in Angriff genommen hatte. Die in den Südstaaten in Folge des Bürgerkrieges eingetretene Gesetzlosigkeit und Verwirrung mußte beseitigt und der

dortige Zustand, sollte nicht die ganze Union darunter leiden, wieder auf einen normalmäßigen Fuß gebracht werden. Jetzt (1872), wo zwar nicht alle, aber die größten Hindernisse beseitigt sind und der tief erschütterte Boden der nordamerikanischen Verfassung wieder Festigkeit erlangt zu haben scheint, ist es an der Zeit, einen Rückblick auf die ersten Ursachen einer so großen Katastrophe zu werfen, was früher, ohne die Darstellung der Ereignisse zu unterbrechen, nicht möglich war. Die Vereinigten Staaten sind schon seit längerer Zeit nicht ohne Einfluß auf die sociale und politische Anschauungsweise der vorgeschrittensten Völker Europa's, und es wird dies wahrscheinlich in Zukunft noch mehr der Fall sein, weshalb eine kurz zusammengefaßte Betrachtung ihrer Lage und eigenthümlichen Entwicklung nicht überflüssig erscheinen kann.

Die erste noch während des Befreiungskrieges geschaffene Bundesverfassung Nordamerika's war ein äußerst lockerer Bau, dessen Fehler sich schon während des Kampfes mit England fühlbar gemacht und seine Führung erschwert hatten. Die einzelnen Staaten waren unter der englischen Oberhoheit ganz unabhängig von einander gewesen und hatten, als sie sich nothgedrungen an einander schlossen, von der früheren Isolirung so wenig als möglich aufgeben wollen. Während des Krieges hatte das Feuer der patriotischen Begeisterung und der Einfluß großer Charaktere und hervorragender Talente, deren es damals mehr als später gab, die Mängel der innern Einrichtungen bis auf einen gewissen Grad ersetzt, und zuletzt Sieg und Freiheit errungen. Aber der gewaltige Aufschwung und die Anspannung aller Kräfte konnte nicht von Dauer sein, und nach eingetretenem Frieden machten sich alle Uebelstände jener unvollkommenen Verfassung doppelt fühlbar. Das gemeinsame Band schien sich auflösen und jede der früheren Colonien die Früchte der errungenen Unabhängigkeit nur für sich genießen zu wollen. Ein Staatsbankerott konnte befürchtet werden; in manchen Gegenden fanden anarchische Bewegungen statt; die Flagge der Union wurde von den größeren Seemächten wenig beachtet und von den Engländern nicht selten mit Geringschätzung behandelt. Dieser Zustand dauerte fast vier Jahre, bis endlich die Regierung die Initiative ergriff (1787) und nach zweijährigen Verhandlungen der Nation eine Verfassung vorlegte, die in ihren wesentlichen Bestandtheilen noch jetzt besteht und den furchtbaren Stoß des großen Bürgerkrieges, ohne auseinander zu brechen, überstanden hat. Nordamerika schloß seine innere politische Bewegung gerade um die Zeit ab, wo Frankreich die seinige in der Revolution von 1789 anfing.

Diese Verfassung hatte den Zweck, den Wohlstand, die Freiheit und Bildung, die vornehmlich kleinen, wohlgeordneten Gemeinwesen eigen sind, mit der Sicherheit, Macht und dem Schwunge eines großen Staates zu verbinden. Es gab in diesem Organismus zwei Grund=

kräfte: die Souveränetät der Union und die der einzelnen Staaten. Von diesen beiden Elementen sollte sich jedes in seiner besonderen Sphäre selbständig bewegen und zwischen ihnen ein harmonisches Gleichgewicht bestehen, weder die Besonderheit der Einheit, noch diese jener aufgeopfert werden. Diese Verfassung übertraf die kühnsten Erwartungen ihrer Gründer, und ließ diese ehemaligen englischen Colonien in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einer Großmacht emporwachsen, deren Einfluß sich weit über ihre Grenzen hinaus erstreckte. Die Vereinigung von Kraft und Mäßigung im Charakter des nordamerikanischen Volkes bildete die moralische Basis des neuen Staates, ohne die er bald auseinander gefallen sein würde. Alles Uebrige war ebenfalls für eine große Zukunft geeignet. Die Vereinigten Staaten hatten keine Nachbarn, die ihnen furchtbar werden konnten und besaßen ein unermeßliches Gebiet, auf dem sie sich, ohne auf einen andern Widerstand, als den von wilden Indianern zu stoßen, nach Gefallen ausbreiten und vermehren konnten. Sie hatten nichts von den beschränkten Einrichtungen ihrer englischen Heimath, keine herrschende Kirche, keine Aristokratie, keine mittelalterlichen Traditionen über das Meer mit sich genommen. Die werthvollste Hinterlassenschaft, die sie aus dem englischen Leben überkamen, bestand im angelsächsischen Municipalgeist, den sie aber in der ersten Zeit nach ihrer Losreißung von England zu schrankenlos walten ließen, so daß die Staatsmaschine auseinander zu fallen drohte, bis dieselbe durch die oben erwähnte Reform von 1789 einen festeren Halt bekam.

Die Idee der Gründer der nordamerikanischen Verfassung, zwischen dem gemeinsamen und particularen Staatsgedanken, zwischen der Union und ihren einzelnen Bestandtheilen, eine vollkommene Harmonie herzustellen, mußte sich in der Praxis als eine Illusion erweisen, indem unter verschiedenen Principien, die in demselben Gemeinwesen handelnd auftreten, ein Kampf unvermeidlich ist, und unter ihnen immer das eine oder das andere, je nach den Umständen, mehr oder weniger Präponderanz ausüben wird. Es geschah dies auch in den Vereinigten Staaten, nur nicht in dem Sinne, wie so oft in andern Zeiten und andern Ländern, daß die eine Tendenz für immer die Oberhand erlangt und sich im Besitz derselben behauptet hätte. Es fand vielmehr ein Wechsel statt, und es übte, von ausgezeichneten Talenten getragen oder von der öffentlichen Meinung begünstigt, bald die Idee des Gesammtstaates, bald die der einzelnen Staatenrechte den vorherrschenden Einfluß in der innern Politik aus.

So lange die Erinnerung an die traurigen Zustände unter der alten lockern Verfassung lebendig blieb, neigte sich das Volk, obgleich seine Begriffe und Gewohnheiten noch immer im Sonderstaatsleben wurzelten, auf Seite derer, welche an Stärkung der bundesstaatlichen

Gewalt arbeiteten. Als aber die Vereinigten Staaten an Ausdehnung, Macht und Ansehen wuchsen, und weder im Innern noch von Außen her Gefahren drohten, trat das Princip der Particularsouveränetät wieder in den Vordergrund, und wurden durch Interpretationen und einzelne Acte der Gesetzgebung die Staatenrechte über die Bundesrechte gestellt, wenn auch der Grundgedanke der Union unangetastet blieb. Im Kriege gegen England (1812), als der Feind in das Innre des Landes eindrang, wurde der Ton auf die Bundessouveränetät gelegt und die Vertheidigungsmaßregeln in diesem Sinne, wenn auch ohne großen Erfolg, getroffen. Der nachdrücklichste Widerstand gegen die Engländer ging damals nicht von den Bundestruppen, sondern von den Milizen der einzelnen Staaten aus. In der Praxis machte der Congreß den Staatenlegislaturen fast bei allen ausbrechenden Conflicten Zugeständnisse, oder sah wenigstens nicht auf strenge Ausführung der von ihm gemachten Anordnungen, wenn sich in einzelnen Staaten lebhafter Einspruch dagegen erhob. Der Congreß hatte nach dem Kriege gegen England, um die Bundeseinnahmen zu vermehren, hohe Schutzzölle eingeführt. Als sich mehrere Südstaaten mit Leidenschaft dagegen erklärten und Miene machten, die Durchführung dieser Maßregel mit Gewalt hindern zu wollen, verstand sich der Congreß zu einer allmäligen Verminderung der Schutzzölle. Ein engherziges Sonderinteresse setzte eine Zeit lang die fast unbeschränkte Vermehrung der Banken in den einzelnen Staaten, im Gegensatz zu der Bank der Union, durch, was Verwirrung in die nöthige Münz- und Verkehrseinheit brachte und den öffentlichen Credit benachtheiligte. Der Erlös aus dem Verbrauch der noch nicht bebauten Ländereien gehörte der Union an und war für Unionszwecke bestimmt. Manchen Staaten wurde dieses Recht, so weit es sich auf die innerhalb ihrer Grenzen gelegenen Grundstücke bezog, unbequem, und sie kämpften dagegen mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln an. Der Congreß fand sich dadurch bewogen, zwar nicht das Eigenthum der noch nicht in Privatbesitz übergegangenen Ländereien, aber doch den größten Theil des aus ihrem Verkauf zu erwartenden Erlöses den betreffenden Staaten zuzuweisen. In den Beziehungen zu den Indianern trat eine ähnliche Nachgiebigkeit der Centralgewalt gegen das Interesse einzelner Staaten hervor. Die Regelung des Verhältnisses zu den indianischen Stämmen, welche ihren Sitz an den Grenzen der Vereinigten Staaten hatten, gehörte zur Competenz der Union. Dem gemäß wurden mit den Indianern Staatsverträge wie mit unabhängigen Völkern abgeschlossen. Aber die benachbarten Staaten kehrten sich nicht an die den Indianern von den obersten Bundesbehörden garantirten Rechte, sondern nahmen das Gebiet derselben, wenn es ihnen gefiel, für sich in Anspruch und setzten sich mit Gewalt in dessen Besitz. In der Regel ließen Präsident und Congreß dies ruhig ge-

schehen, unbekümmert um ihre eigenen Acte und die ihnen dadurch auferlegten Verpflichtungen. Ungeachtet dieser und ähnlicher Concessionen der Centralgewalt an die einzelnen Staatslegislaturen wurde die Idee der Union gleichwohl immer mehr zur Wirklichkeit, und es erhob sich über den abgeschlossenen Provinzialtypus ein gemeinsamer Nationaltypus, der besonders für das Ausland den Nordamerikaner zu repräsentiren anfing.

Der Kampf zwischen verschiedenen Principien und Parteien in einem Staat ist ein Zeichen von Leben und Kraft und eine Bedingung seiner Größe und Dauer. Wo ein einziges System sich unbedingt geltend macht und alles andere unterdrückt oder bei Seite schiebt, wird die moralische und politische Decadenz nicht lange auf sich warten lassen. Die verschiedene Sphäre, in der sich die Union und die Einzelstaaten bewegten, war, außer daß diese Erscheinung aus den Verhältnissen von selbst hervorging, ein Zeichen von innrer Stärke, geeignet, im nationalen Körper das Blut gesund und frisch zu erhalten und die Krankheiten zu vermeiden, die wie im Physischen aus der Stockung der Säfte, im Politischen und Religiösen aus jeder absoluten und exclusiven Richtung zu entstehen pflegen. Die beiden Principien des Unitarismus und Föderalismus konnten auf amerikanischem Boden, von den Traditionen des alten Europa durch Zeit und Raum getrennt, in einem Volke von angelsächsischem Ursprung, das unter dem Einfluß des Municipalgeistes aufgewachsen war, mit einander gehen, sich gegenseitig verbessern und beschränken und gemeinschaftlich zur Größe des Ganzen und der Freiheit der Einzelnen beitragen. Darin lag an und für sich keine Gefahr und kein unversöhnlicher Widerspruch. Aber es bestand in den Vereinigten Staaten nicht blos diese politische, sondern auch eine große sociale Verschiedenheit, die, obwohl schon unter der englischen Herrschaft vorhanden, in der ersten Zeit der Unabhängigkeit wenig hervortrat, aber allmälig so zunahm, daß sie das in alle öffentlichen Verhältnisse eingreifendste Moment wurde. Es war dies der Unterschied zwischen dem Norden und Süden der Union, zwischen den Staaten, wo man die Sklaverei der Neger abgeschafft hatte, und denen, wo sie fortdauerte und fast der ganze gesellschaftliche Zustand auf ihr beruhte. Dies war eine radikale Verschiedenheit, die auf Charakter, Sitte, Politik einen unvermeidlichen Einfluß ausüben und wenn auch lange von gegenseitiger Scheu vor dem Bruche verhüllt, zuletzt einen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen den beiden durch ihre socialen Institutionen tief getrennten und doch in den Kreis desselben Staatslebens eingeschlossenen Bevölkerungen herbeiführen mußte.

Man hatte diese Gefahr schon vor längerer Zeit geahnt und ihr durch den sogenannten Missouri-Compromiß vom Jahre 1820 vorbeugen wollen. Vermöge desselben war eine bestimmte geographische

Grenzlinie zwischen freien Staaten und Territorien und solchen mit Sklaven, im Westen der Union gezogen worden. Man hoffte dadurch den Parteileidenschaften einen Damm entgegensetzen und die für den Bestand der Union gefährlichsten Wirren beschwichtigen zu können. Dieses Compromiß bestimmte, daß mit alleiniger Ausnahme von Missouri, die Sklaverei in dem über 36° 30′ Breite liegenden Gebiet nicht eingeführt werden dürfe. Dreißig Jahre lang hatte diese Bestimmung in jenen Gegenden den Frieden erhalten, während es auf vielen andern Punkten schon zu blutigen Streitigkeiten gekommen war. Aber allmälig nutzte sich der Pact in den Augen beider Parteien ab. Sowohl Sklavenhalter als Freibodenmänner suchten weiteres Terrain für sich zu gewinnen, um sich so das Uebergewicht in der Gesetzgebung und Regierung der Union zu verschaffen. Das Compromiß hatte schon alles moralische Ansehen verloren, ehe noch ein äußerer Angriff auf dasselbe unternommen war. Dieser blieb bei dem zunehmenden Umsichgreifen der Sklavenhalter nicht aus. Der Staat Missouri vermehrte durch besondere Acte sein Gebiet um sechs Grafschaften, welche nördlicher als 36° 30′ lagen, wodurch die Sklaverei über die ihr gesetzte Grenze verbreitet wurde. Dieser Vorgang war in den östlichen Staaten anfänglich wenig beachtet worden, bis er gesetzliche Anerkennung fand. Erst als der sklavenhaltende Süden seine Freude über die Erweiterung des ihm eingeräumten Gebietes nicht verbergen konnte, als Mitglieder der das Institut der Sklaverei vertheidigenden Vereine auf dem für sie neu erworbenen Boden zusammenströmten und Präsident und Congreß gegen die Verletzung eines von ihnen bestätigten Vertrages nicht einschritten, begriff der Norden die große Tragweite jenes localen Vorganges.

Ein neues Compromiß trat an die Stelle des alten, an das sich zuletzt Niemand gekehrt hatte. Es wurde jetzt festgesetzt, daß wenn sich ein Staat oder ein Territorium, gleichviel, ob über oder unter der Linie von 36° 30′ Breite constituirte, um in die Union einzutreten, es von der freien Entschließung der betreffenden Bevölkerung abhängen sollte, ob die Sklaverei einzuführen oder zu verbieten sei. Dieses Compromiß unterschied sich von dem früheren durch die Abwesenheit einer objectiven Bestimmung, wie die geographische Grenzlinie war, und noch mehr dadurch, daß die Entscheidung über Annahme oder Abweisung der Sklaverei, dem einzelnen Staat ohne Zuziehung des Congresses überlassen wurde. In diesem wichtigen Falle — denn die Ausdehnung oder Beschränkung der Sklaverei war eine Lebensfrage — wog die Souveränetät des einzelnen Staates schwerer als die der Union. Dieses Compromiß goß statt Wassers Oel in die Flamme der ohnedies gährenden Parteileidenschaft. Die unruhigsten und verwegensten Köpfe begaben sich in die Staaten, wo die große Frage noch schwebte, und suchten auf ihre Lösung im Sinne ihrer Principien oder Interessen zu

wirken. Beide Theile hatten sich von dem Compromiß besondere Vortheile versprochen. Die Sklavenstaaten glaubten auf jede Art von Kampf besser als ihre Gegner vorbereitet zu sein und rechneten auf die unmittelbare Nähe des Sklavenstaates Missouri, um Kansas und Nebraska, wohin zunächst die Entscheidung zu fallen schien, zu Sklavenstaaten werden zu lassen. Dagegen bauten die Freibodenmänner darauf, daß ihre Arbeitskraft sich in jenen Gegenden den Unternehmungen der Sklavenhalter und ihres Anhanges überlegen zeigen werde. Der Norden ahmte das Beispiel des Südens nach, stiftete Vereine zur Abwehr wie dieser zur Verbreitung der Sklaverei, und schickte Einwanderer nach Kansas und Nebraska, um sich in diesen Grenzdistricten fest zu setzen. Beide Parteien stießen dort auf einander und hausten seit 1854 so arg, daß das von ihnen mit Mord und Brand erfüllte Territorium den Namen „das blutende Kansas" erhielt. Die Parteileidenschaft hatte sich über alle Formalitäten hinausgesetzt und auf eigene Hand den Kampf eröffnet, ehe er von den betreffenden Autoritäten erklärt worden. Das Signal zum Bürgerkriege war demnach schon lange gegeben, bevor er allgemein wurde.

Diese Ereignisse, die schon schlimm genug waren und noch Schlimmeres voraussehen ließen, brachten auf den öffentlichen Geist einen tiefgehenden Eindruck hervor. Die innre Ruhe und der natürliche Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft schien von der gewaltsam vordringenden Partei der Sklavenhalter den schwersten Gefahren ausgesetzt zu sein. Obgleich man im Norden den Neger dem Weißen eben so wenig wie im Süden vollkommen gleich stellte, so wurde doch im Norden aus moralischen und politischen Gründen die Sklaverei verworfen, während der Süden, als er diese Institution bedroht sah, mit noch mehr Hartnäckigkeit an ihr festhielt, als da sie für eine unangefochtene Thatsache gegolten hatte. Außer dieser principiellen Verschiedenheit waren im Laufe der Zeit noch andere Unterschiede zwischen dem Norden und Süden entstanden, die allein zu keinem gewaltsamen Bruche geführt haben würden, aber jetzt zu demselben beitrugen. Der Norden und Süden waren, ungeachtet sie zu demselben Staate und derselben Nationalität gehörten, durch die Verschiedenheit der ganzen Lebensrichtung, der Sitten und Interessen einander nicht nur politisch, sondern auch, so zu sagen, persönlich fremd geworden. Der aristokratische Hochmuth der Sklavenhalter des Südens konnte sich auf die Länge nicht mit dem demokratischen Kraftgefühl der Bürger des Nordens vertragen, die durch ihre eigene Arbeit bestanden.

Das drohende Vordringen des Südens, seine unumwunden ausgesprochene Absicht, die Sklaverei in die neu zu bildenden Staaten und Territorien zu verpflanzen, um dadurch die Majorität im Congreß zu erlangen, die Kühnheit, mit der er die Entscheidung über alle die ganze Union berührenden Fragen allein an sich zu reißen suchte, seine Verachtung der Gesetze, wenn sie mit seinen Interessen nicht übereinstimmten,

gaben endlich dem Norden das in ihm etwas eingeschlummerte Bewußtsein wieder, daß die Stärke der Republik vornehmlich in ihm liege, und daß es Zeit sei, der Invasion der Sklavenhalter und ihres Anhanges ein Halt zuzurufen. Wenn es noch lange wie bisher fortging, so wären die Vereinigten Staaten der Gefahr ausgesetzt gewesen, ihre innere Natur und äußere Basis gewaltsam umgestaltet zu sehen und aus einer fortschreitenden Demokratie zu einer erstarrten Aristokratie, und zwar der schlechtesten Art, zu einer Aristokratie zu werden, unter der sich die arbeitenden Klassen im Zustande der Sklaverei befanden. Unter solchen Eindrücken war Lincoln gewählt worden und der Präsident zum ersten Mal seit vielen Jahren aus dem Norden hervorgegangen. Daß damit eine veränderte Richtung in der innern Politik angedeutet und der Vermehrung der Sklavenstaaten eine Schranke gesetzt werden sollte, wurde vom Süden alsbald begriffen, der aber eben so sehr über seine Macht wie über sein Recht verblendet, sich von der Union trennte und einen Kampf begann, der mit seiner gänzlichen Niederlage endigte.

Die Particularsouveränetät hatte lange ihren Sitz und ihre Stütze im Süden gehabt, weil dort eine Einrichtung wie die Sklaverei der Neger bestand, die, in den anderen Staaten der Union verschwunden, einen Ausnahmszustand bildete, der sich nur durch die Berufung auf eine absolute innre Autonomie des Einzelstaates vertheidigen ließ. Das Selbstbestimmungsrecht in weitester Ausdehnung war das Palladium des Südens gewesen, und hatte sich derselbe bis zum Kriege und zur Gründung eines Sonderbundes fortreißen lassen. Nachdem dieser kühne Versuch sich als ohnmächtig erwiesen und der Norden vollständig gesiegt hatte, konnte es nicht ausbleiben, daß die Centralgewalt, in deren Namen derselbe gehandelt, mächtiger als je hervortrat, und die Sonderbundsstaaten einer Reconstruction ihrer innern Zustände unterwarf, durch welche sie den übrigen Bestandtheilen der Union gleichartiger als bisher gestaltet und die Ursachen zu neuen Collisionen so viel als möglich beseitigt werden sollten.

Man hat häufig die Behandlung der Südstaaten als einen mit äußerster Strenge benutzten Sieg der einen Partei über die andere ansehen und dieselbe in Widerspruch zu den Grundsätzen republikanischer Verbrüderung und föderalistischer Gleichheit finden wollen. Besonders wurde die Errichtung von Militärkommando's mit Gerichtsbarkeit, die Suspendirung oder Unterordnung der Civilgewalt und die temporäre Ausschließung der Vertreter des Südens vom Congreß, als despotische Maßregeln getadelt. Man übersah aber, daß auch nach erfolgter Besiegung des Sonderbundes die Anarchie daselbst keineswegs aufhörte, daß Verletzungen der Personen und des Eigenthums gegen die republikanische Partei und massenhafte Ermordungen der Neger an der Tagesordnung waren und ohne Militärgerichte die Ordnung nicht wieder-

hergestellt werden konnte. Die Union, ihre Verfassung und die Rechte, die sie den einzelnen Staaten gewährt, waren vom Süden verletzt, und von ihm ohne Herausforderung von Seite des Nordens ein mehrjähriger Bürgerkrieg entzündet worden, wie ihn die Welt, seit in Frankreich die Republik und die Vendée auf einander stießen, nicht mehr gesehen hatte. Der Sieger mußte sich dagegen sichern, daß der Besiegte nicht nach einiger Zeit sich von neuem erhob, was unfehlbar geschehen sein würde, wenn derselbe ohne weiteres in seine früheren Rechte eingesetzt worden wäre. Der Süden war zu lange gewohnt gewesen den Meister in der Union zu spielen, um freiwillig, ohne daß ihm seine Schwäche fühlbar gemacht wurde, anderen Sinnes zu werden und sich in das Verhältniß der Gleichheit zum Norden zu finden, über den er sich, da er Sklaven besaß, erhaben dünkte. Man hat ferner in der politischen Gleichstellung der Sklaven mit ihren ehemaligen Herren eine verderbliche Ueberstürzung erkennen und für die sociale Ordnung traurige Folgen voraussehen wollen. In der That lag eine vollständige und plötzliche Emancipation Anfangs keinesweges in der Absicht der Führer des Nordens und wurde erst durch den Verlauf des vom Süden hervorgerufenen Krieges unvermeidlich gemacht. Auch haben sich die Tadler der vollständigen Emancipation der Neger nie darüber genügend erklärt, auf welche Art und durch welche Mittel eine stufenweise Befreiung derselben hätte eingeführt werden können. Die zu ihren Gunsten gegebenen Gesetze würden von ihren Herren ohne Anwendung von Zwang nicht ausgeführt worden sein, und die in diesem Falle nothwendige Einmischung der Centralgewalt in die innern Zustände des Südens hätte zu zahllosen Reibungen Veranlassung gegeben und wäre mit dem Princip der Autonomie der Staaten nicht zu vereinigen gewesen. Ein allmäliger Uebergang von der Sklaverei zur Freiheit wäre, wenn auch immerhin schwierig, vor Ausbruch des Bürgerkrieges möglich gewesen. Aber damals hatten die Sklavenhalter von keiner Emancipation irgend einer Art etwas wissen und dieselbe durch ihr Losreißen von der Union für immer verhindern wollen.

Zwei große Resultate brachte der Sieg des Nordens über den Süden hervor, von denen das eine für die Vereinigten Staaten und überhaupt für Amerika von Wichtigkeit war, das andere in das Culturleben der ganzen civilisirten Welt eingriff. Ein Nord- und ein Südbund hätten nicht neben einander bestehen können, ohne unaufhörlich in Collision mit einander zu gerathen, sich gegenseitig zu schwächen und in ihrer Entwicklung zu hemmen. Wie übrigens auch die Würfel für den Augenblick gefallen wären, der Süden würde bei seiner viel geringeren materiellen Macht und den Krebsschaden der Negersklaverei in sich tragend, dem Norden nicht für immer haben widerstehen können und nur nach längerem Blutvergießen und größeren Verwüstungen früher

oder später unterlegen sein. Ein definitives Auseinanderbrechen der Union würde der angelsächsischen Race ihre Suprematie in Amerika entzogen und die aus den spanischen Colonien entstandenen Republiken allen Winden und Wettern der Anarchie und der Revolutionen noch mehr als bisher ausgesetzt haben. Denn so unähnlich diese Republiken den Vereinigten Staaten sein mögen, sie besitzen an letzteren, da sie zur Monarchie weder zurückkehren können noch wollen, ein politisches Ideal, dessen Verlust für sie unersetzlich sein würde. Ein starkes Nordamerika, das bei einer Theilung in zwei unabhängige und einander feindlich gegenüber stehende Staaten unmöglich wäre, ist aber auch für Europa wichtig, das, ohne die specielle Form der dort herrschenden Demokratie nachzuahmen, von derselben mehr wie einen heilsamen Impuls erhalten und namentlich gelernt hat, daß ein mächtiges Staatswesen ohne hierarchische und andere aus dem Mittelalter stammende Elemente sich entwickeln und bestehen kann. Mit der Wiederherstellung der Union war aber auch ein großer humanitärer Sieg, die Aufhebung der Sklaverei, verbunden, die mit Recht für einen dunkeln Flecken im Dasein der Vereinigten Staaten galt und über ihre sonstigen Vorzüge einen tiefen Schatten verbreitete. Die Besorgniß, daß durch die Besiegung des Südens die Autonomie der einzelnen Staaten leiden und eine zu große Centralisation entstehen könnte, ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. In einem Lande wie Nordamerika, wo die Gemeindefreiheit das Fundament des ganzen öffentlichen Zustandes bildet, wird das einen Augenblick lang gestörte Gleichgewicht zwischen den constitutionellen Gewalten sich immer wieder von selbst herstellen. Das Princip der Particularsouveränetät, von den Südstaaten bis zum Losreißen von der Union und dem Bürgerkriege gemißbraucht, mußte vom Congreß, als dem Vertreter der Nationalsouveränetät, in seine Schranken zurückgewiesen werden. Es ist aber, sobald die Krisis beendigt war, wieder in den Besitz der ihm gebührenden Rechte getreten und die Constitution der Vereinigten Staaten ist in Folge jener innern Kämpfe nicht wesentlich verändert, sondern gereinigt und befestigt worden.

Die Vereinigten Staaten hatten schon vor ihrer Unabhängigkeitserklärung, als sie noch englische Colonien waren, fremde Einwanderer an sich gezogen und waren allmälig das größte Asyl geworden, das die Menschheit je besessen hat. Südamerika bot eben so viel Raum zu Niederlassungen, und stellenweise einen noch fruchtbarern Boden, aber der exclusive Geist des spanischen Colonialsystems und später die revolutionären und anarchischen Bewegungen der dortigen Republiken übten auf Europa nur geringe Anziehungskraft aus, während die kirchliche und bürgerliche Freiheit Nordamerika's für den Wanderungs- und Unternehmungstrieb, für den Drang nach Erwerb und Unabhängigkeit, einen unwiderstehlichen Reiz entwickelte. Manche von den europäischen

Ankömmlingen ließen sich daselbst nur vorübergehend nieder und hegten nicht die Absicht, ihrem Vaterlande für immer zu entsagen. Aber die unendliche Mehrzahl wurde dauernd gefesselt und erwarb das Bürgerrecht in den Vereinigten Staaten, zu dessen Erlangung außer einer bestimmten Willenserklärung nur ein fünfjähriger Aufenthalt gehörte. Im Jahr 1868 gab es 4 Millionen solcher naturalisirten Bürger, von denen der dritte Theil aus Irland gekommen war. Diejenigen von diesen naturalisirten Ausgewanderten, die den in ihrer Heimath bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht nachgekommen waren, wurden, wenn sie später durch Familienverhältnisse oder sonst veranlaßt, daselbst einen Besuch abstatteten, für ihren willkührlichen Austritt verantwortlich gemacht und als Unterthanen des Staates behandelt, dem sie früher angehört hatten. Namentlich war es nicht selten vorgekommen, daß englische Matrosen, welche die Schiffe ihrer Nation eigenmächtig verlassen und auf amerikanischen Schiffen Dienst genommen hatten, von den englischen Behörden reclamirt und, wenn sich die Gelegenheit bot, selbst in amerikanischen Häfen mit Gewalt in ihr früheres Verhältniß zurückgebracht wurden. Dies hatte schon mehr wie einmal Streitigkeiten veranlaßt, indem die Staatsangehörigkeit solcher Matrosen zuweilen zweifelhaft war. Bei der vervielfältigten und beschleunigten Verbindung zwischen Europa und Amerika waren Collisionen von mancherlei Art immer häufiger geworden. Im Congreß führte man z. B. den Fall an, daß ein amerikanischer Bürger in England wegen Aeußerungen, die er gegen dasselbe in Amerika gethan hatte, zu harter Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Besonders tadelnd wurde hervorgehoben, daß naturalisirte Preußen bei der Heimkehr in ihr Geburtsland als Militärflüchtige zur Untersuchung gezogen seien. Sumner, Präsident des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, erklärte die Doctrin, daß ein in England Geborner bis an sein Lebensende der englischen Krone verpflichtet bleibe, für unhaltbar und geradezu unvernünftig. Nachdem Großbritannien eine Auswanderung in riesigem Maßstabe gestattet habe, liege es nicht in seiner Macht zu behaupten, daß diese Auswanderer die in den Vereinigten Staaten erworbenen Bürgerrechte nicht vollständig genießen dürfen. Zu dieser Debatte bemerkte die „New-Yorker Tribüne“, es sei unrichtig, die Sache so darzustellen, als hätten England, Preußen oder irgend ein anderer Staat auf einen amerikanischen Bürger Heimathsansprüche erhoben, so lange er sich in Amerika aufhielt. Preußen thue nur, was Amerika selbst jeder Zeit beanspruchen müsse, es lasse nämlich den preußischen Ausgewanderten Amerikaner sein, so lange er in Amerika bleibt, behandle ihn aber als Preußen, wenn er in seine Heimath zurückkehrt. Das Princip des unveräußerlichen Geburtsrechts habe lange überall Geltung gehabt. Jetzt sei es in der Anwendung allerdings veraltet und müsse modificirt wer=

den, aber nicht einseitig, sondern auf dem Wege des Vertrages mit den betreffenden Mächten. Dies geschah denn auch zu gegenseitiger Zufriedenheit und ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle, und ward von der Regierung der Union, um Schwierigkeiten mit dem Auslande vorzubeugen, bei Verleihung des Bürgerrechts eine strengere Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften angeordnet. Es gab Leute, die ohne andere Zwecke nach den Vereinigten Staaten kamen, als sich naturalisiren zu lassen, und dann nach Hause zurückkehrten, wo sie, den Wechsel ihrer Nationalität verschweigend, mit demselben erst, wenn sie mit den Behörden ihrer Heimath in Zerwürfniß geriethen, und dann oft in fraudulöser Absicht hervortraten. Auch wurden Maßregeln zum Schutze der Auswanderer getroffen und Einladungen an die maritimen Mächte beschlossen, um in Washington eine Vereinbarung über die Construction und Verproviantirung der Auswandererschiffe zu erzielen.

Im Anfang 1869 trat der Gesandte des norddeutschen Bundes mit dem nordamerikanischen Minister des Auswärtigen in Unterhandlungen über einen betreffenden Vertrag, dem von deutscher Seite folgender Entwurf zu Grunde lag, der als ein Muster für Conventionen ähnlicher Art angesehen und deshalb hier im Auszuge mitgetheilt wird. Art. 1 schreibt für jeden Passagier im oberen Zwischendeck 100, im untern 120 Kubikfuß Luftraum, so wie 5 Quadratfuß Fläche auf Deck als Minimum vor; doch sollen der Raum für das Hospital und das Passagiergepäck darin eingeschlossen sein. Art. 2 verbietet die Benutzung des Orlochdecks, d. h. eines nur zeitweilig hergerichteten Decks, so wie eines weniger als 6 Fuß hohen, oder nicht mit guten und hinreichenden Seitenfenstern ausgestatteten Decks. Art. 3 enthält das Nähere über die zum Schlafen bestimmten Räume und theilt das ganze Zwischendeck in drei von einander abzuschließende Räume, die vordersten für unverheirathete Männer, die mittleren für Familien, die hintersten für unverheirathete Frauenzimmer. Art. 4 ordnet ein Hospital an, das nicht im untern Zwischendeck liegen darf, und für je 50 Passagiere 18 Quadratfuß Fläche enthalten muß. Art. 5 und 6 betreffen Licht und Lüftung, die Kocheinrichtungen, die zu führenden Lebensmittel, Wasser u. s. w., bei denen das Nähere der Prüfung der Auswanderungsbeamten im Einschiffungshafen überlassen bleibt. Art. 8 verlangt einen Haupt- und einen Nebenkoch für jedes Schiff; einen zweiten Nebenkoch, falls mehr als 100 Passagiere vorhanden sind; einen dritten, falls mehr als 400. Für je 100 Passagiere soll ein Aufwärter an Bord, höchstens jedoch vier. Diesen wird die Reinlichkeits- und Gesundheitsaufsicht im Zwischendeck überwiesen. Wofern mehr als 50 unverheirathete Frauenzimmer an Bord sind, darf statt eines der Aufwärter eine Aufwärterin mitgenommen und dieser der betreffende Raum des Zwischendecks zugetheilt werden. Art. 10 verordnet, daß kein Schiff mit mehr als 50 Personen in See stechen soll

ohne einen Arzt oder sonst heilkundigen Mann, der sich durch einen regelrechten Lehrcursus in den Besitz der für eine Seereise nothwendigen hygienischen, medicinischen und chirurgischen Kenntnisse gesetzt hat. Art. 11 schließt von der Ladung alle entzündlichen Gegenstände aus, ferner Guano, Häute und jede sonstige Waare, die der Gesundheit oder der Sicherheit der Passagiere schädlich werden könnte. Art. 12 verbietet den Schiffsofficieren und Matrosen den Besuch der Passagierräume, falls nicht ein specieller Befehl des Capitäns sie dahin sendet. Art 13. setzt Gefängnißstrafe, von den Einwanderungsbeamten des Landungshafens zu erkennen, auf Verführung zu unerlaubtem Umgang. Nach Art. 14 hat der Capitän bei der Landung eine Liste seiner Passagiere, lebender wie verstorbener, einzureichen und zu beschwören. Art. 15 regelt die Haftbarkeit der Rheder für verlorne Kostbarkeiten, Baarsummen u. s. w. Art. 16 verbietet das Aussegeln eines Schiffes ohne vorgängige amtliche Untersuchung, ehe die Ladung noch an Bord ist. Nach Art. 17 muß der gegenwärtige Vertrag in jedem Zwischendecksraum sichtbarlich angeschlagen sein. Art. 18 setzt eine Ueberwachungsbehörde von je drei Mitgliedern in jedem Einschiffungs- und Landungshafen ein, zu ernennen von der Nationalregierung des betreffenden Landes, dem höchsten Vertreter des andern betheiligten Landes und dem betreffenden Einzelstaat. Die Mitglieder sind zu beeidigen. Sie haben das Recht, die Schiffe in allen Theilen zu untersuchen, Zeugen vorzuladen, Eide aufzuerlegen und abzunehmen, Geld- und Gefängnißstrafen zu verhängen, Cautionen zu fordern, Regulative aufzustellen u. s. w. Sie sollen ihr Amt unentgeltlich verwalten. Die Kosten ihrer Verwaltung sollen zunächst aus den Strafgeldern fließen, zu deren Einziehung jede der beiden Regierungen einen besondern Beamten ernennt. Art. 19 setzt dann noch fest, daß der Vertrag sechs Monate nach seinem Abschlusse ratificirt sein und nach weitern sechs Monaten in Kraft treten, von Halbjahr zu Halbjahr kündbar sein, und zwei Jahre nach seiner Durchführung revidirt werden soll. Art. 20 bestimmt, daß die Schiffe anderer Nationen als der vertragschließenden mindestens gleichen Beschränkungen gesetzlich unterworfen sein sollen.

Die Negerfrage hatte zu dem größten Bürgerkriege neuer Zeit geführt, der über viertausend Millionen Thaler und hunderttausende von Menschenleben kostete. Die Neger waren Sklaven oder von Sklaven Stammende, Fremde, wie ihr erster Anblick zeigte, die selbst oder ihre Vorfahren aus einem andern Welttheile herübergekommen waren. Dennoch erhielten sie in Folge des großen innern Kampfes, aus politischen Gründen, ungeachtet der persönlichen Entfremdung, die sie den Anglo-Amerikanern nach wie vor einflößten, nicht nur die Freiheit, sondern das vollständige Bürgerrecht. Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß mit 48 gegen 8 Stimmen den Neger Revels in seine Mitte zuzulassen, und in Südcarolina, früher ein Hauptsitz der Sklaverei, wo im Decem-

ber 1860 das Signal zur Trennung von der Union gegeben wurde (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 von Eduard Arnd. Band II. S. 63), wählte man jetzt einen Neger zum Stellvertreter des Gouverneurs und zwei Neger für das Repräsentantenhaus. Während dies an Fremden und ehemaligen Sklaven geschah, blieben die ursprünglichen Bewohner, die Indianer, deren Vorfahren das ganze Land zwischen dem Atlantischen Ocean und dem Stillen Meer gehört hatte, von dem Indigenat in der Union ausgeschlossen. Obgleich dem äußern Anblick nach von den Weißen weit weniger als die Neger verschieden, waren sie es geistig im höchsten Grade. Der Neger ist trotz aller ihm anklebenden Mängel culturfähig, wie es die europäischen Mustern nachgebildeten Negerstaaten in Hayti und Liberia beweisen. An der Eigenthümlichkeit der Indianer war jeder Versuch, sie zu zähmen und zu bilden, gescheitert. Mit Ausnahme einiger kleinen Stämme, die, rings von Weißen umgeben, zum Ackerbau und zu festen Wohnsitzen übergingen, blieben die übrigen Wilde, die in Wäldern und auf Steppen ruhelos umherzogen und einzig von der Jagd lebten. Sie scheuten aber nicht blos jede Berührung mit der Civilisation, sondern haßten sie und rotteten dieselbe, wo sie dazu stark genug waren, bis auf die letzte Spur aus. Sie besaßen den antisocialen Instinkt gewisser Thierarten, mit der Ueberlegung, dem Neide und der Rachsucht des Menschen verbunden. Mit ihnen war kein dauernder Friede zu schließen; sie blieben in immerwährendem Kriegsstande mit den Weißen. Von Natur grausam, forderten sie die Anglo-Amerikaner zu Repressalien heraus und Gräuel folgten auf Gräuel. Die Indianer hatten ungeachtet ihrer Rohheit nicht vergessen, daß ihre Altvordern einst da allein herrschten, wo jetzt die Weißen die besten Gegenden bewohnten, und sich mit Gewalt und List in deren Besitz gesetzt hatten. Wie die Indianer argwöhnisch oder blutdürstig, so zeigten sich die unter den Anglo-Amerikanern, mit welchen sie zu thun bekamen, habsüchtig und treulos. Sie glaubten sich gegen Wilde nicht an ihr Wort gebunden und hielten sich gegen dieselben alles für erlaubt. Wo die beiden Racen mit einander in Berührung kamen, traten ihre schlimmen Eigenschaften mit verdoppelter Stärke hervor.

In Gedichten und Romanen sind die Beziehungen zwischen den beiden Racen oft so übertrieben idealisirt worden, daß die Wirklichkeit sich kaum wiedererkennen läßt. Die im vorigen Jahrhundert durch Rousseau in der europäischen Literatur entstandene Neigung, einen angeblichen Naturzustand auf Kosten der socialen und politischen Cultur zu erheben, hat unter den amerikanischen Schriftstellern, weil damit pikante Gegensätze gegeben waren, lange nachgewirkt und eine Menge phantastischer und unwahrer Verherrlichungen des Lebens der Wilden hervorgerufen. Es sind unter diesen, wenn auch sehr selten, in Ver-

bindung mit dem Eindruck einer großartigen Natur, erhabene Charaktere und edle Handlungen vorgekommen, aber im Ganzen hat die indianische Welt Nordamerika's nichts mit der heroischen Vorzeit der Griechen und Römer gemein, mit der man sie oft hat vergleichen wollen. Der Instinkt der Zerstörung ist in ihr, wie dies bei Jagdvölkern nicht anders sein kann, der vorherrschende Zug gewesen.

Anglo-Amerikaner und Indianer waren in beständigen Fehden gegen einander verwickelt, in denen letztere am Ende immer den kürzeren zogen, aber nicht ohne ihren Feinden große Verluste an Menschenleben und noch mehr an Geld zuzufügen. Oft entstanden diese Kämpfe aus an und für sich geringfügigen Ursachen, nahmen aber bei der gegenseitigen Erbitterung bald größere Proportionen an und dauerten lange. Der Krieg gegen die Seminolen in Florida währte sieben Jahre und hatte als erste Ursache den Raub einer Kuh durch einen Indianer, welchen die weißen Ansiedler dadurch rächten, daß sie mehrere Seminolen auf's grausamste mißhandelten und den später berühmt gewordenen Häuptling derselben, Oceola, in Ketten legten, weil er gewagt hatte den Raub zu entschuldigen. Nach seiner Freilassung tödtete Oceola den amerikanischen General Thomson mit eigener Hand und führte einen Rachekrieg, der den Vereinigten Staaten 1500 Mann und 100 Mill. Doll. kostete, während im Ganzen nur 600 Indianer fielen. In dem Sioux-Krieg von 1852 war es ebenfalls eine gestohlene Kuh, welche Veranlassung zu vielem Blutvergießen gab. Obgleich diese Kuh nur einem durchziehenden Auswanderertrupp abgenommen ward und der Indianerhäuptling vollkommene Entschädigung bot, so wurde doch der ganze Stamm niedergemetzelt, weil der Thäter nicht ausgeliefert werden konnte. Der Krieg dauerte vier Jahre und wurde durch General Harney zu Ende geführt, nachdem Hunderte von Soldaten erlegen und 40 Mill. Doll. Kriegskosten geopfert waren. Gleich darauf folgte der Krieg gegen die Navajaos, dessen Ursache die zufällige Tödtung eines Negerkindes durch einen Indianer war. Drei Feldzüge waren die Folge, welche der Regierung 30 Mill. Doll. kosteten und die Zerstörung vieler Ansiedlungen veranlaßten. Im Jahr 1864 folgte der Krieg gegen die Araxahoes und Cheyennes; auch da war ein geringfügiger Diebstahl von Schlachtvieh die Ursache; derselbe ward durch Einäscherung eines Indianer-Dorfs und Ermordung aller Bewohner, Greise, Weiber und Kinder gerächt. Diese blutige That des Obersten Chivington führte einen Bund der so grausam behandelten Stämme mit den Comanches und Kiowas herbei, und hatte einen zweijährigen Krieg zur Folge, der mit dem Vertrag von Little Rock endigte, nachdem er den Vereinigten Staaten 50 Mill. Doll. und viele Menschenleben gekostet hatte. Im April 1867 zerstörten Truppen der Bundesarmee unter einem nichtigen Vorwand wiederum mehrere Dörfer der Araxahoe- und Cheyennes-Indianer; es kam zu verschiedenen

Gefechten, bis der Vergleich von Medecine Lodge Creek im October dem Blutvergießen ein Ende machte, nachdem 15 Mill. Doll. verausgabt waren. Dieser Friede war übrigens sehr locker, indem sämmtliche benachbarte Stämme sich zur Vertreibung der weißen Ansiedler vereinigten. Einzelne Hofstätten und Stationen wurden niedergebrannt und nicht nur verschiedene Auswanderungszüge geplündert, sondern auch ganze Truppenabtheilungen niedergemetzelt, ja sogar Eisenbahnzüge angehalten und die Reisenden ermordet. Während mit einem der Stämme ein Vergleich abgeschlossen wurde, setzte der andere das blutige Werk fort. Die Regierung verausgabte wöchentlich 2 Mill. Doll. für diesen Krieg und die Generale Sherman und Sheridan verlangten mehr und mehr Truppen (1868). Die amerikanische Cavallerie zeigte sich ungenügend gegen den leichtfüßigen Indianer und sein schnelles Roß, der alle Wege und Stege kennt, und dem die Engpässe und Schneegefilde sichere Zufluchtsorte und Vertheidigungspunkte bieten.

Viele andere kleinere Kämpfe, namentlich in Arizona und Texas, sind hier unerwähnt geblieben. Sie kosteten den Vereinigten Staaten viel Blut — man rechnet auf einen getödteten Indianer zwanzig gebliebene Soldaten — aber noch mehr Geld. Seit achtzehn Jahren sind mehr als 300 Mill. Doll. für Indianerkriege verausgabt worden, ohne die vielen Millionen zu rechnen, welche den Indianern als Unterstützung an Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken gereicht wurden, um sie zu gewinnen und lenksam zu machen, was aber vergeblich blieb, indem sie sich dadurch von Angriffen auf die Niederlassungen der Weißen nicht abbringen lassen und in ihrer wilden Lebensweise beharren. Häufige Hungersnoth, übermäßiger Genuß des Branntweins, ansteckende Krankheiten haben die indianische Race in den Vereinigten Staaten auf ungefähr 350,000 Köpfe herabgebracht. Die Eisenbahnen und Urbarmachungen beschränken ihr Gebiet immer mehr und bald wird es für sie mehr keine ausgedehnten Jagdgründe geben. Sie werden aber nicht zu den Weißen übergehen, sondern allmählich ganz verschwinden, wie ihren Stammgenossen schon vor langer Zeit auf den westindischen Inseln begegnet ist, die einst von ihnen so dicht bevölkert waren.

Außer der europäischen Einwanderung, die nicht nachläßt, verdient auch die der Chinesen beachtet zu werden, die im Westen und Süden der Vereinigten Staaten anfangen, zahlreich zu werden. Nachdem viele von ihnen auf eigene Hand nach Amerika gekommen und sich in verschiedenen Industrien, zu denen besonders Ordnungssinn und Ausdauer gehören, als leistungsfähig gezeigt hatten, werden sie von Unternehmern und deren Agenten in China selbst zu Tausenden angeworben, um in den Baumwollenbezirken thätig zu sein. Die Bedingungen sind folgende: die auswanderungslustigen Chinesen verpflichten sich fünf Jahre für Kost

und 8 bis 12 Dollars Monatslohn zu arbeiten. Die Transport- und sonstigen Ausgaben, welche sich auf etwa 200 Dollars (300 preuß. Thaler) belaufen, werden vom Arbeitgeber gezahlt, wenn der Arbeiter seinen Verpflichtungen bis zum Ablaufe des Contracts nachkommt; falls der letztere aber vor dieser Zeit das Verhältniß lösen will, werden 100 Dollars von seinem Lohn als Entschädigung für den Arbeitgeber abgezogen. In allen Theilen des Südens bildeten sich während der letzten Jahre Vereine zur Einfuhr chinesischer Arbeiter, die in den Baumwoll- und Zuckerpflanzungen immer zahlreicher werden. Bei der Uebervölkerung China's, den zwischen ihm und den Vereinigten Staaten bestehenden Verkehrsmitteln und der Aussicht auf Gewinn, die Nordamerika so thätigen und speculativen Köpfen bietet, wie die Chinesen sind, hat die Einwanderung von jener Seite her außerordentlich zugenommen. Im Verlauf der nächsten zehn bis zwanzig Jahre wird sich voraussichtlich ein großartiges Schauspiel auf dem Gebiet der Racenvertheilung vollziehen und das den Vereinigten Staaten bisher fremde orientalische Element daselbst Wurzeln schlagen.

Die Reconstruction der ehemaligen Rebellenstaaten, die wichtigste innre Frage, war bei der Schwierigkeit des Gegenstandes und den Hindernissen, die der Präsident Johnson der Erledigung desselben lange entgegengesetzt hatte, nicht mit der in den Vereinigten Staaten sonst gewöhnlichen raschen Entschiedenheit zu Ende gebracht worden. Im Juli 1868 hatte der Congreß die noch nicht reconstruirten Südstaaten: Mississippi, Virginien und Texas von der Berechtigung zur Theilnahme an der Präsidentenwahl ausgeschlossen. Neun Monate später (April 1869) richtete Präsident Grant eine eindringliche Botschaft an den Congreß gegen die Beibehaltung des gegenwärtigen Zwischenzustandes, nach welchem die genannten Staaten zwar wieder Bestandtheile der Union geworden, aber nicht zur Ausübung der damit verbundenen Rechte zugelassen waren. Beide Häuser entsprachen dem Verlangen Grant's und ertheilten ihm die Vollmacht, in Mississippi, Virginien und Texas, Abstimmungen über die Constitution vornehmen und zugleich Wahlen für die gesetzgebenden Versammlungen und die Staatsämter veranstalten zu lassen. Dies Alles sollte unter militärischer Aufsicht geschehen, die aber nur im Fall einer Störung der öffentlichen Ruhe eingreifen durfte. Im Repräsentantenhause wurde das Gesetz fast ohne Discussion gegen eine nur sehr geringe Opposition, weil man seine Nothwendigkeit fühlte, angenommen und an den Senat gesandt. Dieser fügte die Bestimmung hinzu, daß die Legislatur der betreffenden Staaten, bevor ihre Wiederzulassung stattfinden könne, das 15. Amendement zur Verfassung ratificiren müsse, welches das Wahlrecht von Geburts-, Farbe-, Eigenthums- und Glaubensverhältnissen für unabhängig erklärte. Das Repräsentantenhaus war mit diesem Zusatz einverstanden und der Präsident unterzeichnete das Gesetz,

dessen Ausführung die letzten Hindernisse beseitigte, die der Reconstruction noch im Wege gestanden hatten.

In der ersten Hälfte Mai's (1869) wurde die Pacific-Eisenbahn, die vom Atlantischen bis zum Stillen Ocean geht, unter der freudigsten Theilnahme des ganzen Landes vollendet. Sie war wegen der überwundenen Schwierigkeiten und der Bedeutung für den Weltverkehr ein Werk einziger Art und vermehrte noch die hohe Meinung, welche in Europa schon längst von dem Unternehmungsgeist und der Arbeitskraft der Nordamerikaner gehegt wurde.

In der Botschaft an den am 4. December 1869 wieder zusammengetretenen Congreß besprach Grant zunächst die innre Lage und sagte: Bei der Unterwerfung der Rebellion seien 11 Staaten ohne gesetzliche Regierung gewesen, eine große öffentliche Schuld sei geschaffen worden und der nationale Handel von der See fast vertrieben gewesen. Der Congreß habe loyale Regierungen errichtet, die freie Arbeit beschützt und Mittel zur Bezahlung der Zinsen der Staatsschuld angewiesen. Sieben Staaten mit republikanischen Institutionen seien, nachdem sie alle Vorschriften des Congresses erfüllt, wieder in die Union aufgenommen worden. In Georgien allein seien die farbigen Mitglieder von der Legislatur ausgestoßen und durch andere Mitglieder ersetzt worden, denen die verfassungsmäßige Qualification mangle. Der Congreß solle daher mittelst eines Gesetzes den Gouverneur von Georgien ermächtigen, die ausgestoßenen Mitglieder wieder in die Legislatur einzuführen und alle den Reconstructionseid schwören zu lassen. In der Erziehung der befreiten Neger werden große Fortschritte gemacht; überall, wo sie einen billigen Lohn für ihre Arbeit erhalten, werden keine Klagen wegen Mangels an Betriebsamkeit gegen sie laut. Die für die Zinsen der Staatsschuld und andere öffentliche Ausgaben ausgesetzten Mittel waren für den Bedarf mehr als hinreichend; nur die Abnahme des Handels ist von dem Congreß noch nicht gebührend gewürdigt worden, worüber eine besondere Botschaft an ihn gerichtet werden soll. In Virginien sei ein Gouverneur und eine Legislatur eingesetzt worden, und dieser Staat könne nun wieder in die Union aufgenommen werden. Ueber die Wahlen in Mississippi und Texas sei noch nichts bekannt; der Präsident hofft, daß auch diese Legislaturen so handeln würden, daß der Congreß seine Zustimmung zu der Annahme ihrer Beschlüsse ertheilen könne. Unter den noch vom Kriege herstammenden Uebeln stehe das Papiergeld oben an. Die Regierung sei verpflichtet, dem Volke ein Tauschmittel von festem, unveränderlichem Werth zu liefern. Dazu ist die Rückkehr zur Metallvaluta erforderlich. Damit sollte sofort begonnen und diese Operation sobald als möglich unter Berücksichtigung der Interessen derer, welche Geld schuldig sind, zu Ende geführt werden. Aber eine unmittelbare Wiederaufnahme der Goldzahlung wäre, selbst wenn ausführbar, nicht wünschens-

werth, weil sie die Schuldner zwingen würde, außer dem schuldigen Betrag auch noch das Goldagio zu zahlen, und Tausende zu Grunde richten müßte. Die Schwankungen der Valuta sind allen Interessen nachtheilig und machen den Geschäftsmann unwillkührlich zum Spieler. Der Präsident empfahl, Maßregeln zu ergreifen, welche die Rückkehr zur Goldvaluta sichern und den Schwankungen der Valuta ein Ziel setzen. Der einzig praktische Weg schien ihm darin zu liegen, daß das Schatzamt ermächtigt werde, das Papiergeld bei Vorzeigung zu einem festen Preis einzulösen und das einmal eingelöste außer Circulation zu halten, bis es wieder gegen Gold verkauft werde. Die Hülfsmittel der Nation sollten ihren Credit zu dem besten in der Welt machen, denn selbst bei geringeren Steuern als die, welche seit sechs Jahren beständen, könne die Staatsschuld binnen zehn Jahren abgetragen werden; allein es sei gar nicht wünschenswerth, die hohen Steuern beizubehalten, um die Schuld mit solcher Eile zu tilgen. Die Zeit, in welcher die Regierung die fünf- und sechsprocentigen Bonds kündigen könne, sei bereits gekommen, und die Periode rücke heran, in welcher die gegenwärtig ausstehenden Bonds durch niedriger verzinste, die nicht mehr als 4½ Proc. trügen, ersetzt werden können. Um dies zu bewirken, werde es erforderlich sein, zur Zinszahlung an mehreren europäischen Plätzen die nöthige Vollmacht zu ertheilen. Auch mit dem Zolltarif und den innern Steuern habe der Congreß sich zu beschäftigen. Die Einnahmen überstiegen das Erforderniß und könnten herabgesetzt werden, da die Consolidirung der Staatsschuld auf einen niedrigeren Zins die jährlichen Ausgaben vermindere. Man könne sofort die Steuern um 60 bis 80 Mill. Doll. und künftig noch weiter herabsetzen. Die Ueberschüsse hätten die dem Tilgungsfonds bestimmte Quote überstiegen, und wenn man sie in der Schatzkammer niederlege, so vermindere man die Geldcirculation; man sei daher darüber einverstanden gewesen, sie auf den Ankauf von Bonds zu verwenden. Die auf diese Weise rückgekauften 75 Millionen sollen dem Tilgungsfonds übergeben werden.

Da die Vereinigten Staaten die freieste aller Nationen sind, so sympathisiren sie mit allen Völkern, die für die Freiheit kämpfen, drängen aber darum widerstrebenden Nationen ihre Ansicht nicht auf, und enthalten sich ohne specielle Aufforderung jeder Theilnahme an fremden Streitigkeiten. Vor nun einem Jahre hat eine werthvolle spanische Provinz, für welche wir ein hohes Interesse haben, einen Kampf für ihre Unabhängigkeit begonnen. Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten fühlen eben so warm für das Volk von Cuba, wie sie für die früheren spanischen Colonien während des Kampfes derselben gefühlt haben. Aber der Kampf auf Cuba hat bisher noch keine Ausdehnung erreicht, welcher ihn zu einem Krieg im Sinne des Völkerrechts gestaltet hätte, oder bei dem die Insurgenten zu einer wirklichen poli-

tischen Organisation gelangt wären, die eine Anerkennung derselben als einer kriegführenden Macht gerechtfertigt hätte. Indessen wird der Grundsatz aufrecht erhalten, daß die Nation der eigene Richter darüber ist, wenn die Rechte Kriegführender zuerkannt werden sollen, sei es einem Volke, das von einer Regierung sich befreien will, die ihm drückend scheint, sei es Nationen, die im Kriege gegeneinander sich befinden. Die Vereinigten Staaten sind nicht geneigt, sich in die Beziehungen Spaniens zu seinen amerikanischen Colonien einzumischen; sie glauben vielmehr, daß die Zeit kommen wird, in welcher Spanien und andere europäische Mächte es im eigenen Interesse finden werden, diesen Verbindungen ein Ende zu machen und ihre gegenwärtigen Besitzungen als unabhängige Staaten in die Völkerfamilie eintreten zu lassen. Schon werden diese Besitzungen nicht mehr wie früher als Gegenstände betrachtet, die sich von einer europäischen Macht an eine andere übertragen lassen; die Colonien werden vielmehr, wenn ihre gegenwärtigen Beziehungen aufgehoben werden, unabhängig und können sich ihre künftige Stellung zu anderen Staaten selber wählen. Um dem Blutvergießen auf Cuba Einhalt zu thun und aus nachbarlichen Interessen haben die Vereinigten Staaten ihre Vermittlung angetragen, die aber zurückgezogen wurde, als Spanien die für Cuba allein annehmbaren Bedingungen zurückwies. Doch sei zu hoffen, daß die guten Dienste der Union sich noch vortheilhaft erweisen würden für die Schlichtung des unglücklichen Zwistes. Ungesetzliche Expeditionen nach Cuba wurden angehalten und die Neutralitätsgesetze, so sehr diese Maßregeln auch im Widerspruch zu den Gefühlen der Regierung und namentlich des Präsidenten stehen mochten, pünktlich vollzogen.

In Washington werde im Laufe des Winters eine Friedenscommission von Spanien, Peru und Chile zum Ausgleich ihrer Streitigkeiten unter Vermittlung der Vereinigten Staaten tagen. Auf Reclamation des Gesandten von Peru seien die für Spanien erbauten Kanonenboote angehalten worden, da aber Peru in der Sache nichts weiter gethan, so habe der Präsident über das Eigenthum einer befreundeten Nation nicht weiter verfügen können und die Sache den Gerichten übergeben müssen. Der zu Ende der letzten Administration mit Großbritannien unterzeichnete Vertrag, betreffend die Ausgleichung aller gegenseitigen Ansprüche, wurde vom Senat nicht ratificirt; Zeit und Umstände waren der Annahme desselben durch das Volk der Vereinigten Staaten nicht günstig, und der Inhalt des Vertrages war ganz ungenügend zur Wiedergutmachung des vielen Unrechts, welches die Regierung und die Bürger der Vereinigten Staaten erlitten. Der Schaden, den wir durch die Politik Großbritanniens während des Krieges erfuhren, besteht in den höheren Versicherungsprämien, die wir zu zahlen hatten, in der Abnahme unserer Ein- und Ausfuhr, in den Hindernissen, welche unserer

Industrie in den Weg gelegt wurden, in dem auf unseren auswärtigen Handel geübten Druck, in der Verminderung unserer Handelsmarine, welche auf England überging, in der dadurch entstandenen Verlängerung des Krieges und den vermehrten Opfern an Menschen und Geld. Solche Differenzen können nicht wie commercielle Fragen abgethan werden, die zwischen Nationen auftauchen. Kein Wort war in dem Vertrage zu finden, das auf die Unfreundlichkeit Bezug nahm, welche Großbritannien uns während unseres Kampfes um die Existenz gezeigt hatte. Ein solcher Vertrag konnte nicht zu einem angemessenen Ausgleich führen, welchen wir mit Großbritannien herbeizuführen wünschten, und der Senat handelte daher weise und im Interesse des Friedens als er ihn verwarf, und damit einen vorläufigen Schritt zur Herstellung herzlicher Freundschaft zwischen beiden Staaten that. Denn ein empfindliches und seiner Macht sich bewußtes Volk erträgt lieber ein großes ungebüßtes Unrecht als ein Abkommen, das weder seinen Ideen von Gerechtigkeit noch der Größe seiner Beschwerden entspricht. Der Präsident hofft, daß bald die Zeit kommen werde, wo beide Regierungen an die Lösung dieser hochwichtigen Frage mit voller Würdigung der Ehre beider Nationen und mit dem Entschluß herantreten können, nicht allein alle Beschwerden aus der Vergangenheit hinwegzuräumen, sondern auch den Grund zu einem Völkerrecht zu legen, das künftigem Streit vorbeugt und dauernden Frieden und ungetrübte Freundschaft zur Folge hat. Dies sei die einzige Streitfrage von Wichtigkeit, welche zwischen den Vereinigten Staaten und fremden Nationen besteht. Die französisch-atlantische Kabelcompagnie habe das Versprechen gegeben, sich den Beschlüssen des Congresses zu fügen und ihren Einfluß aufzubieten, um von der französischen Regierung das Recht zu erlangen, amerikanische Kabel in Frankreich landen zu dürfen. Der Präsident bedauert, daß bis jetzt die Concession der französischen Compagnie noch nicht modificirt worden und ihr exclusives Privilegium an den französischen Küsten noch bestehe, und empfiehlt daher dem Congreß, die Rechte amerikanischer Bürger und die Würde der Nation gegen solche Anmaßungen zu schützen. Der Präsident will überhaupt durch Verhandlungen die Abschaffung der Monopole telegraphischer Kabel zu bewirken suchen. — Die Botschaft kam dann auf die Fragen über Naturalisation und den Schutz der Auswanderer, die oben schon erwähnt worden sind.

Grant's Botschaft vom 4. December, die erste bedeutende Kundgebung nach seiner Antrittsrede, wurde von der republikanischen Partei mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Er stand damals noch im ersten Stadium seines Wirkens als Präsident, hatte noch nicht Gelegenheit gehabt, gehegte Erwartungen zu täuschen, Mißgunst zu erregen und sich gerechtem oder ungerechtem Tadel auszusetzen. Daß er sein Amt mit einem großen militärischen Ruf antrat und doch in seinem Walten eine

ganz bürgerliche Erscheinung blieb, keine Spur von Willkühr oder Hochmuth erkennen ließ, entwaffnete die sonst in jedem republikanischen Gemeinwesen gegen Personen in hervorragender Stellung sich so leicht regenden Gefühle des Neides und der Eifersucht, oder erlaubte ihnen wenigstens nicht offen hervorzutreten. Auch wäre es selbst einem weniger begabten Manne, als Grant ist, nicht schwer gewesen, im Vergleich zu einem politischen Querkopfe, als den sich sein Vorgänger Johnson gezeigt hatte, zu glänzen, der durch sein beschränktes, widerspruchsvolles und eigenmächtiges Wesen zuletzt seine eigenen Parteigenossen gegen sich verstimmt hatte, die zu spät gewahr wurden, daß nichts mit ihm anzufangen war.

Nächst der von dem Präsidenten gegebenen allgemeinen politischen Uebersicht erregte der Jahresbericht des Finanzministers, George Boutwell, besonders der die Bundesschuld betreffende Theil, bei den weit verbreiteten Interessen, die derselbe berührte, große und verdiente Aufmerksamkeit. Folgende Auszüge können dazu dienen, die finanzielle Lage der Vereinigten Staaten in ein klares Licht zu stellen. Am 1. März 1869 betrug die Bundesschuld einschließlich fälliger noch nicht bezahlter Zinsen und abzüglich des Kassenbestandes im Schatze 2,525,463,260 Dollars und am Beginn des laufenden Monats 2,453,559,735 Dollars, woraus sich eine Abnahme von 71,903,524 Dollars ergiebt. Aber diese Abnahme ist noch geringer als die wirkliche; denn beträchtliche Summen, die aus dem Krieg und anderen bisher nicht festgestellten, daher in keinem Schuldausweis aufgeführten Ansprüchen herstammen, sind bezahlt worden. Der Ueberschuß in den Einnahmen über die Ausgaben während des am 30. Juni 1869 beendigten Fiscaljahres, welcher 49,453,149 Doll. beträgt, wovon 36,466,779 Dollars auf die Zeit der Grant'schen Administration vom 1. März bis 30. Juni kommen, wurde von Zeit zu Zeit zum Ankauf von 5—20er Obligationen verwendet; der seit dem Juli erzielte Ueberschuß wurde in gleicher Weise angelegt. Die Gesammtankäufe bis zum 30. November beliefen sich auf 75,476,800 Dollars. Da ein großer Theil dieses Ueberschusses aus Gold bestand, so wurde von Zeit zu Zeit Gold verkauft und der Erlös zum Ankauf von Obligationen verwendet. Da das Durchschnittsagio auf das seit dem 1. März verkaufte Gold $32^{8}/_{16}$ Procent, auf die angekauften Obligationen $16^{68}/_{100}$ Procent war, ist für letztere, obige Goldverkäufe und Obligationsankäufe als Basis angenommen, der Durchschnittspreis von $88^{55}/_{1000}$ in Gold bezahlt worden.

Durch das Gesetz vom 25. Februar 1869 wurde bestimmt, daß von dem für Einfuhrzölle eingenommenen Gold so viel zur Bildung eines Amortisations-Fonds zurückgelegt werden solle als ein Procent der Gesammtschulden der Vereinigten Staaten beträgt. In Uebereinstimmung mit den Anordnungen dieses Gesetzes habe ich Obligationen im Betrag von 20,044,800 Dollars angekauft, und dieselben als zum Amortisations-

fonds gehörig bezeichnet. Außerdem wurden Obligationen im Belauf von 55,432,000 Dollars angekauft; diese stehen zur Verfügung des Congresses, und ich erlaube mir anzuempfehlen, daß dieselben für den Amortisationsfonds bestimmt, so wie daß irgendwelche fernere Ankäufe in gleicher Weise verwendet werden, bis der Brutto=Betrag einen Fonds von der Höhe bildet, welche derselbe erreicht haben würde, wenn in der Ausführung des Gesetzes keine Verzögerung eingetreten wäre.

Die Entwerthung des Papiergeldes hat ihren Grund in zwei Ursachen, erstens in einer übermäßigen Emission, und zweitens im Mangel an Vertrauen in die Regierung. Ueber die Ausdehnung einer Ueberemission können wir aber nicht eher urtheilen, als bis unser Credit im Inland und Ausland so weit gekräftigt ist, daß Inhaber unserer Obligationen geneigt sind, dieselben auch dann zu behalten, wenn die öffentliche Meinung durch finanzielle Fragen aufgeregt ist. Der Bau der Pacific=Eisenbahn dürfte zur Folge haben, daß auch bei der Bevölkerung an der Küste des Stillen Oceans Papiergeld im Betrag von kaum weniger denn 30 Mill. Doll. für Münze substituirt wird. Als eine Folge davon würde ein großer Betrag von Goldmünze aus der dortigen Circulation zurückgezogen, und so in Wirklichkeit der Betrag von Gold an der Küste des Atlantischen Oceans vermehrt, und die Papiergeldcirculation in den östlich von den Felsengebirgen gelegenen Staaten erheblich vermindert werden. Diese Veränderungen werden eine Verringerung der Differenz zwischen Gold und Papier zur Folge haben.

Die Fähigkeit des Landes, die Baarzahlung wieder aufzunehmen, wird nicht von einer bezüglichen Gesetzgebung, sondern lediglich von dem Standpunkt seiner Industrie und seiner finanziellen Beziehungen zu anderen Ländern abhängig sein. So lange es nöthig ist, für die hieher importirten Waaren durch Aussendung von Bundes= und andern Schuldobligationen an andere Länder Zahlung zu leisten, wird eine Wiederaufnahme und Beibehaltung der Baarzahlung unausführbar sein. Wenn die von hier exportirten Industrie=Erzeugnisse im Wesentlichen den Werth der aus anderen Ländern importirten Producte erreichen, wird sich kein Bedarf für Gold zu Ausfuhrzwecken zeigen, ausgenommen etwa aus dem Umstande, daß die im Ausland gehaltenen Obligationen zurückgesandt und hier verkauft werden, und für den Erlös in Gold remittirt wird. Wenn der Credit unseres Landes in Europa vollständig hergestellt sein wird, dann werden Obligationen, die sich jetzt in großer Ausdehnung in Händen von Bankiers befinden, von Capitalisten zu dauernder Anlage benutzt werden. Und ist diese Veränderung erst eingetreten, dann ist die Wahrscheinlichkeit einer Zurücksendung unserer Obligationen unter dem Einflusse politischer oder finanzieller Wirren in Europa sehr gering, und wenn dann unser Export mit Ausnahme von Bundesobligationen dem Import gleichkommt, dann kann die Baarzahlung aufgenommen werden

ohne auch nur vorübergehende Störungen in den Geschäften des Landes zu verursachen.

Aus dem nämlichen Grunde ist es, meiner Ansicht nach, wichtig, daß ein großer Theil der 5 bis 20er Bonds zurückgezogen und durch andere Bonds ersetzt werde, deren Emissionsbedingungen so klar sind, daß sie keinen Zweifel zulassen. Denn die wirkliche Frage beschränkt sich nicht auf Wiederaufnahme der Baarzahlung, die als Maßregel nicht schwierig ist, sondern liegt darin, daß man die Zahlung auch in bewegten und gefährlichen Zeiten beibehalten kann. Es ist wahrscheinlich, daß, um den Werth unseres Papiergeldes zu erhöhen, schließlich eine Verminderung von dessen Volumen nöthig sein wird, und ich erlaube mir deshalb vorzuschlagen, daß dem Finanzminister das Recht ertheilt werde, die Circulation der Vereinigten-Staaten-Noten bis nicht über zwei Mill. Doll. in einem Monat zu vermindern. Das Land wird hiedurch in eine Lage gebracht, wo die Wiederaufnahme der Baarzahlung nicht nur leicht, sondern vielleicht unvermeidlich sein wird.

Bei einer Amortisation der Bundesschuld, die ohne Abzug der disponibeln Bonds und baaren Gelder am 1. December 1869: 2,605,286,789 Doll. betrug, kommen die unverzinslichen Noten, das umlaufende Kleingeld und die Certificate für das im Schatz deponirte Geld, zusammen im Betrage von 431,861,763 Doll., nicht in Betracht. Auch die sogenannten 1881er und 10 bis 40er Bonds, im Betrage von zusammen 478,244,900 Doll. brauchen nicht berücksichtigt zu werden, da sie nicht vor 1874 und 1881 bezahlt werden können. Die 5—20er Bonds aber, zusammen 1,702,671,000 Doll. betragend, sind entweder fällig oder werden bald fällig sein, und es ist diese Classe, und diese Classe allein, auf welche die Aufmerksamkeit gerichtet sein sollte. Von dem letztgenannten Betrag sind seit März 85,477,800 Doll. angekauft worden und jetzt in Händen der Regierung. Ehe irgend eine Maßregel, die 5—20er Bonds zu fundiren, durchgeführt werden kann, wird die Regierung wenigstens für 75,000,000 Doll. mehr gekauft haben. Es werden also am 1. Juli 1870 ungefähr 1,450,000,000 Doll. 5—20er Bonds in den Händen der öffentlichen Gläubiger sein, und es wäre von der gesammten Summe nur der geringe Betrag von 27,000,000 Doll. vor dem Jahr 1874 fällig.

Unter diesen Umständen scheint es mir nicht rathsam zu sein, die Fundirung des ganzen Betrages von 5—20er Bonds zu autorisiren, welcher der Wahrscheinlichkeit nach am nächsten Juli ausstehen wird; es sollten wenigstens 250 Mill. ausstehend gelassen werden, um vor 1874 eingelöst oder angekauft zu werden. Sollte dieser ganze Betrag für einen ähnlichen Zweck zurückgelassen werden, so befände sich die gesammte Schuld in einer Lage, die leicht ihre Einlösung gestattete. Zwischen 1874 und 1881 könnten die 10—40er Bonds bezahlt und ebenso An=

stalten getroffen werden, um die Bonds einzulösen, welche im Jahr 1881 fällig werden. Es wäre vielleicht angemessen, die proponirte Anleihe auf 1 Milliarde Doll. zu beschränken, was dann zur Einlösung vor 1881 den Betrag von ungefähr 670 Mill. Doll. ließe, oder kaum 60 Mill. Doll. per Jahr. Angenommen, daß die proponirte Anleihe den Betrag von nicht mehr als 1,200,000,000 Doll. umfaßte, würde ich vorschlagen, sie in drei Classen von je 400 Mill. Doll. anzubieten; die erste fällig in 15 Jahren und zahlbar in 20 Jahren, die zweite fällig in 20 und zahlbar in 25 Jahren, und die dritte fällig in 25 und zahlbar in 30 Jahren. Die Hauptbedingungin der neuen Anleihe scheinen mir folgende zu sein: 1. Capital und Zinsen in Gold zahlbar zu machen; 2. die sogenannten 5—20er Bonds für die neuen Bonds in Zahlung zu nehmen; 3. das Capital ist zahlbar in den Vereinigten Staaten und die Zinsen zahlbar in den Vereinigten Staaten oder in Europa, wie die Käufer es wünschen; 4. der Zinsfuß darf $4^1/_2$ Proc. p. a. nicht übersteigen; 5. die Käufer in Europa erhalten ihre Zinsen in London, Paris, Berlin oder Frankfurt a. M., wie sie es vorziehen; 6. die Obligationen, Capital wie Zinsen, sind frei von allen Steuern, Abgaben oder Verkürzungen irgend welcher Art, wenn es nicht angemessen erachtet werden sollte, Bürgern der Vereinigten Staaten eine gleiche Steuer auf ihr Einkommen aus diesen Obligationen aufzuerlegen, wie sie nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten auf ihr Einkommen aus andern Geldanlagen zu zahlen haben.

Bei der Emission dieser neuen Anleihe sollten den Bürgern und Unterthanen anderer Länder die stärksten Versicherungen gegeben werden, daß die Zinsen und das Capital in gemünztem Gold in Gemäßheit mit den Bedingungen der Anleihe, ohne Kürzung oder Abzug irgend einer Art gezahlt werden. Eben so empfehle ich, um der Nothwendigkeit, Agenten für den Verkauf der Anleihe anzustellen, überhoben zu sein, daß Subscribenten eine angemessene Provision erhalten, und daß diejenigen, welche zuerst zeichnen, das Recht haben, die Classe Bonds zu wählen, in denen ihre Subscription ausgeführt werden soll. Ich empfehle ferner, in Verbindung mit dieser Anleihe, daß die unter dem Gesetz „ein nationales Circulationsmittel zu gründen" etablirten Banken aufgefordert werden, die neuen Bonds gegen die alten einzutauschen, welche jetzt als Sicherstellung für ihre Banknoten hinterlegt sind. Sollte eine Bank sich weigern, diese neue Bedingung anzunehmen, so sollen Bestimmungen getroffen werden, daß dieselbe ihres Freibriefs verlustig wird, und sollte dann das Recht, neue Banken an Stelle der so aufgelösten zu gründen, gegeben werden. Die Hauptbedingung für den Erfolg der neuen Anleihe ist das Fortbestehen des neuen Steuergesetzes, und die durch den jetzigen großen Umfang der Nationalrevenuen gebotene Gewißheit, daß die Bonds bald werden eingelöst werden. Sobald aber die Bonds im Betrag von

1000 oder 1200 Mill. Doll. eingelöst sind, können bei einer bedeutenden Verminderung der Steuerlasten doch noch Einkünfte genug erzielt werden, um die gewöhnlichen Ausgaben der Regierung zu bestreiten, die Zinsen für die öffentliche Schuld zu bezahlen, und einen Tilgungsfonds von 25 bis 50 Mill. Doll. jährlich anzulegen.

Ende 1869 verloren die Vereinigten Staaten in dem ehemaligen Kriegsminister Stanton eine ihrer ersten, wenn nicht politischen, doch gewiß administrativen Capacitäten. Obwohl niemals Mitglied des Congresses, war er viele Jahre über mit der Regierung innig verbunden gewesen. Mit Lincoln zugleich in die juristische Laufbahn eingetreten, erhielt er, ehe dieser noch Präsident geworden, unter Buchanan's Verwaltung, die wichtige Stelle eines Generalstaatsanwalts der Union. Mit seiner Uebernahme des Kriegsministeriums im Jahr 1862 gewannen die militärischen Operationen gegen die abgefallenen Südstaaten eine Kraft und Lebendigkeit, die sie vorher nicht gehabt hatten, und er verstand es trotz wiederholter Niederlagen immer wieder neue Armeen zu bilden. Seiner Differenzen mit dem Präsidenten Johnson ist oben gedacht worden. Er starb in noch nicht vorgerücktem Alter, in Folge übermäßiger Anstrengungen bei den von ihm übernommenen Geschäften.

Da sich im Congreß höchst selten und nur ganz vereinzelt, häufiger aber in demokratischen Versammlungen und in der Presse dieser Partei, Stimmen gegen die Befriedigung der Staatsgläubiger erhoben, so sprach sich das Repräsentantenhaus nochmals (16. December 1869) in höchst entschiedener Weise gegen jeden Bruch der eingegangenen Verpflichtungen aus, und erklärte mit 123 gegen 1 Stimme: „daß ein jeglicher Vorschlag, irgend einen Theil der Schuld der Vereinigten Staaten nicht anzuerkennen, der Ehre und des guten Namens der Nation unwürdig ist, und daß das Haus, ohne Unterschied der Partei, alle solche Vorschläge ein für allemal verwirft.“ Ueber den mehrmals gestellten und verworfenen Antrag, die Staatsschuld statt in Gold in Papier zurückzubezahlen, was, obwohl gemäßigter klingend als eine gänzliche Repudiation, immer ein versteckter Bankerott gewesen wäre, ging das Haus mit 120 gegen 41 Stimmen zur Tagesordnung über. Dagegen lehnte es mit 88 gegen 77 Stimmen eine Motion ab: die Erhöhung von Zöllen zu anderen Zwecken als die der Staatseinnahmen für verfassungswidrig und den industriellen Zwecken schädlich zu erklären, und keinen Artikel mit höheren Zöllen zu belasten, als diejenigen, welche ein Maximum in den Staatseinnahmen zu Wege bringen, so daß demnach die Protectionisten über die Freihändler mit einer Mehrheit von nur 12 Stimmen siegten. So entschieden die gesetzgebende Gewalt in neuester Zeit bei principiellen Fragen auftrat, in praktischen Verhältnissen war dann und wann ein gewisses Schwanken, eine Folge des verheerenden Bürgerkrieges, zu erkennen und die Erhöhung oder Herabsetzung der

Eingangszölle schien weniger von einem festen System wie in England, als von augenblicklichen Einflüssen und Anschauungen abzuhängen, und wechselte deshalb zuweilen in kurzen Zeiträumen.

Die Reconstruction der Südstaaten war ungeachtet aller Hindernisse immer rüstig vorwärts geschritten und wenn einmal auf kurze Zeit unterbrochen, mit verdoppeltem Eifer von neuem fortgesetzt worden. Ende April 1870 waren alle ehemaligen Rebellenstaaten, mit Ausnahm. von Georgien, wieder in die Union aufgenommen und im Congreß vere treten. Mit letzterem Staat sollte dies erst im nächsten Herbst stattfinden, und derselbe bis dahin unter Militärherrschaft bleiben.

Der durch den Bürgerkrieg hervorgerufene Principienkampf fand endlich durch die officielle Proclamirung des 15. Amendements zur Bundesverfassung, bei Gelegenheit der Zulassung von Texas zum Congreß, einen von den Gemäßigten aller Parteien längst ersehnten Abschluß. Das Wesentliche in diesem Amendement war die Bestimmung, daß keinem Bürger wegen seiner Race, Farbe oder wegen früherer Dienstbarkeit das Stimmrecht vorenthalten werden darf, und daß der Congreß das Recht haben soll, die zu diesem Zweck nöthigen Gesetze zu erlassen. Der Präsident begleitete seine Unterschrift und die gesetzlich vorgeschriebene Proclamation des Staatssecretärs, ausnahmsweise für die Annahme eines Constitutionsamendements, mit einer Botschaft, worin es hieß „Eine Maßregel, welche auf einmal 4 Millionen Menschen zu Stimmberechtigten macht, die früher von dem höchsten Tribunal des Landes für vom Bürgerrecht ausgeschlossen und unfähig es zu erlangen erklärt wurden, ist ein größeres Ereigniß als irgend ein anderer Act seit der Gründung unseres freien Gemeinwesens bis auf den heutigen Tag. Institutionen wie die unsrigen, bei denen direct alle Macht vom Volk ausgeht, sind hauptsächlich auf die Intelligenz, den Patriotismus und die Thätigkeit der Bürger angewiesen. Ich mache deshalb die soeben emancipirte Race auf die Nothwendigkeit aufmerksam, sich durch arbeitsvolles, ehrenwerthes Streben ihrer neuen Stellung würdig zu zeigen. Der bisher von unsern Gesetzen mehr begünstigten Race gebe ich den Rath: Legt dem Aufschwung des neuen Bruders keine Hindernisse in den Weg, sondern laßt ihm jegliche Förderung angedeihen. Der Gründer unserer Constitution (Washington) glaubte fest, daß eine republikanische Regierungsform keinen Bestand haben könne, ohne daß Aufklärung und Bildung unter dem Volke allgemein würden. Der Vater des Vaterlandes sagte in seiner Abschiedsadresse: „Behandelt als Sache erster Wichtigkeit die allgemeine Verbreitung der Bildung. Je mehr in der Republik der Staat sich auf die öffentliche Meinung stützt, desto wesentlicher ist die Aufklärung des Volksgeistes.“ . . . . . . Ich wiederhole, daß die Annahme des fünfzehnten Amendements den größten bürgerlichen Fortschritt in sich schließt, daß sie das wichtigste Ereigniß

seit dem Augenblick bildet, in welchem unsere Nation ins Leben trat. Die Aenderung wird heilbringend sein in dem Verhältnisse, wie die Rathschläge Washington's Beachtung finden. Waren diese Empfehlungen damals, als dies Volk nur einige Millionen zählte, berechtigt, wie viel wichtiger sind sie jetzt, da wir vierzig Millionen zählen, und uns in rascher Steigerung vermehren. Ich lege es deshalb dem Congreß an's Herz, alle innerhalb seiner Befugnisse liegende Mittel aufzubieten zur Beförderung und Aufmunterung der Bildung durch das ganze Land, und das Volk beschwöre ich, dafür zu sorgen, daß allen, welche die bürgerlichen Rechte besitzen und ausüben, die Gelegenheit zur Aneignung der Bildung geboten werde, welche ihre Theilnahme an der Regierung nicht zu einer Gefahr, sondern zu einem Segen macht. Nur durch solche Mittel können die Wohlthaten, welche man sich von dieser Verbesserung der Constitution verspricht, gesichert werden." Die Vorlesung dieser Botschaft wurde im Repräsentantenhause mit lautem Zuruf aufgenommen (31. März 1870).

Da die Vereinigten Staaten eine Föderation bilden, von der jeder einzelne Bestandtheil ein selbständiges Leben hat, und außer um die Sonne der Union sich um seine eigene Axe dreht, so ist es nöthig, was daselbst wichtiges geschehen, besonders zu erwähnen, wenn es bei der Darstellung des Ganzen nicht schon in Betracht gezogen wurde.

Einer der in jeder Beziehung fortschreitendsten Staaten der Union ist Californien, begünstigt durch seine Lage, aber eben so ausgezeichnet durch den Unternehmungsgeist der Bevölkerung. Noch 1867 hielt man es für etwas Bedeutendes, daß die Amerikaner eine Dampferlinie von San Francisco, der Hauptstadt Californiens, nach China und Japan errichteten und wenige Jahre später genügte dies nicht mehr, und man war damit beschäftigt, auf einer der Inseln im Stillen Ocean einen Knotenpunkt für verschiedene Dampflinien und ein damit verbundenes Kohlendepot zu gründen. Die Werthzunahme des Grundeigenthums, die höheren Preise, welche die Ackerbau-Erzeugnisse erlangten, die Steigerung der Minenactien, die Vermehrung der Verkehrsmittel, alles trug dazu bei, in Californien einen großen Wohlstand zu schaffen, der auf die Hauptstadt belebend zurückwirkte und nicht nur neue Industrien hervorrief, sondern auch das Wohlthätigkeitsgefühl zur Errichtung philanthropischer Institutionen anregte. Im Jahr 1868 entstanden daselbst folgende Anstalten: ein Armenhaus, ein Findelhaus, ein Hospital für weibliche Kranke und ein Arbeiterbureau. An Vorsorge für Arme und Unglückliche fehlte es schon vorher nicht, aber das Arbeiterbureau füllte eine bis dahin bestandene Lücke aus und hat seitdem täglich 40—80 Personen untergebracht und dadurch Elend und Verbrechen verhütet. Das Nivellement der Straßen hat aus San Francisco seit zwanzig Jahren eine durchaus neue Stadt gemacht; ganze Reihen Hügel wurden

abgetragen, um Niederungen und einen Theil der Bay auszufüllen und dabei mit Anwendung hydraulischer Kraft Riesenarbeiten ausgeführt. Die Seidenzucht hat in den Jahren 1867 und 1868 bedeutende Fortschritte gemacht. Die von der Regierung ausgesetzte Prämie von 250 Dollars für je in Californien gezogene 50,000 Maulbeerbäume hat mehrere Amerikaner bewogen, solche Anpflanzungen zu machen und Gebäude zur Pflege der Seidenwürmer zu errichten. Einer der unternehmendsten dieser Speculanten verlangte von der Regierung 50,000 Dollars für eine Million gepflanzter Maulbeerbäume, deren Blätter zu der Ernährung der 3,000,000 Würmer hinreichten, die er 1868 hatte auskriechen lassen. Einen außerordentlichen Vortheil hat Californien bei dieser Industrie vor Europa voraus, nämlich das treffliche Klima, das bis jetzt alle Krankheitsstoffe fern gehalten hat. Im September 1868 wurde in San Francisco eine Industrie-Ausstellung eröffnet, die, außer den vielen neuerfundenen oder verbesserten Maschinen, durch ihre Holzwaaren glänzte. Californien liefert nicht nur das beste Bauholz, sondern auch außerordentlich schöne Holzarten für Möbelfabrikation, von denen Rosen- und Lorbeerholz die herrlichsten Nuancen zeigt. Von letzterem giebt es Bäume von 3 bis 4 Fuß Durchmesser an der Küste, in unmittelbarer Nähe von San Francisco, während die ebenso nützliche Zuckerfichte bei 3 bis 6000 Fuß Höhe am besten gedeiht. Auch lag eine sehr reichhaltige Sammlung von Mineralien vor, unter denen sich, außer großen Gold- und Silberstücken, auch Diamanten, Rubinen, Smaragden und gediegenes Kupfer befanden.

Außer den in Californien seit lange einheimisch gewordenen Producten hat man in neuester Zeit, neben dem Seidenbau, auch die Wein-, Reis- und Theecultur in Angriff genommen, und damit überraschende Erfolge erreicht. Die Schafzucht verspricht gleichfalls große Vortheile. Das Klima ist eines der gesundesten und kann alle Erzeugnisse des gemäßigten Himmelsstrichs in vorzüglicher Güte liefern. Der Staat Californien hat nach der letzten Zählung von 1869 etwas über 600,000 Einwohner, könnte aber bei seiner Ausdehnung und Fruchtbarkeit zehnmal mehr ernähren. Der Tagelohn ist in den Vereinigten Staaten nirgends höher als in Californien und das Leben wohlfeiler als in vielen andern Gegenden. Der Arbeit Suchende ist nicht nur gewiß, solche zu finden, sondern auch Ersparnisse zu machen und Grundeigenthum zu erwerben, wozu eine Menge Vereine und die musterhaft verwalteten Sparkassen die Hand bieten. Unter diese glänzenden Verhältnisse mischen sich einige dunkle Stellen, die nur allmählich mit steigender Bildung verschwinden werden. Trunksucht und Rohheit sind nicht nur in den untern Klassen, sondern auch in solchen verbreitet, die in Europa von diesen Lastern frei sind. Daneben kommt auch viel religiöse und nationale Unduldsamkeit vor. Die Bevölkerung ist einem pharisäischen

Sonntagsgesetz unterworfen, das von der Geistlichkeit und den von ihr gestifteten Vereinen aufrecht erhalten wird. Die in Californien ansässigen Deutschen hatten sich dagegen erklärt, blieben aber in der Minderheit. Die Chinesen waren des Rechts beraubt, vor Gericht ein vollgültiges Zeugniß abzulegen, und wurden besonders von den eingewanderten irischen Arbeitern, denen sie in Mäßigkeit und Arbeitslust überlegen sind, gehaßt und häufig gemißhandelt, ohne daß sie bei den Gerichten Schutz fanden. In Californien warf man ihnen vor, daß sie Heiden und Asiaten sind, während im Süden und im Innern überall Nachfrage nach ihnen war.

Die Vereinigten Staaten besaßen schon seit lange den traurigen Ruf, daß sich bei ihnen auf Dampfschiffen und Eisenbahnen mehr Unfälle als sonst irgendwo ereignen. Gewinnsucht und Fahrlässigkeit, zuweilen auch blos der thörichte Wetteifer, sich gegenseitig an Schnelligkeit der Fahrt zu überbieten, waren schon oft Ursachen großen Unglücks gewesen. Aber Alles der Art wurde von der Katastrophe überboten, die sich am 14. April 1868 auf der Eriebahn ereignete. Der Unfall war so schrecklich und fand einen so großen Wiederhall, daß die näheren Umstände auch noch jetzt erwähnt zu werden verdienen.

Der directe Personenzug, welcher am gedachten Tage kurz nach zwei Uhr von Buffalo nach New-York abging, bestand aus einer Locomotive, einem Gepäck- und einem Postwagen und sechs Passagierwagen, von denen drei sogenannte Schlafwagen waren. Der Zug nahm von Buffalo etwa 200 nach New-York bestimmte Passagiere mit, die sich zwischen Buffalo und Narrowsburg noch um 100 Personen vermehrten. Ungefähr 120 von den Passagieren befanden sich in den Schlafwagen. Der Zug, welcher auf dem Plan als Expreßzug verzeichnet steht, indessen die Fahrgeschwindigkeit von 30 Meilen die Stunde reglementsmäßig nicht überschreiten darf, legte in Sicherheit über 300 Meilen zurück, und kam bis zu dem als Carr's Rook bekannten Punkt auf der im Staate New-York, Grafschaft Sullivan, gelegenen Strecke. Dort zieht sich auf einer Entfernung von 25 Meilen die Bahn oberhalb Port Jervis an einer Hügelkette vorbei, an deren Fuß der Delaware vorüberrauscht. Die Linie ist dort durch Sprengungen des Gesteins der Höhenwand abgenommen worden, und während auf der einen Seite des Schienengeleises sich himmelhohe Felsmassen erheben, sieht der Passagier auf der andern Seite in die Tiefe, wo etwa 30 Fuß unterhalb das Auge auf einem 15 Fuß breiten Plateau einen Ruhepunkt findet, von dem aus fast perpendiculär der Abhang 125 Fuß tief in die Wellen des Flusses abfällt. Bis zu dem Anfangspunkt dieser Strecke war alles in gewöhnlicher Ordnung, nur hatte der Locomotivführer aus Nachlässigkeit 47 Minuten Zeit verloren. Die lange Strecke von Narrowsburg bis Port Jervis sollte benutzt werden, die verlorene Zeit einzuholen, und so begann der Zug am Rande des Abgrundes mit einer

Schnelligkeit von 35 Meilen die Stunde dahinzufliegen. Eine Weile folgten die Wagen der wie vom Sturm erfaßten Locomotive, aber plötzlich erschreckte die Passagiere im dritten Wagen ein heftiger Stoß, die Klingelschnur wurde von den Entsetzten zu wiederholten Malen, aber vergebens gezogen; der Zug jagte weiter, während die Sprünge der letzten vier Wagen ihren Insassen nur zu deutlich anzeigten, daß dieselben von den Schienen gerathen und im nächsten Augenblick dem Verderben geweiht waren. Lange hielt die Ungewißheit nicht an. Den heftigen, jeden Augenblick wiederholten Stößen der über die Schwellen gerissenen Wagen konnten die Verbindungsketten nicht Widerstand leisten. Noch ein heftiger Stoß und der vorderste der vier Wagen war von dem Zuge befreit. Der hinterste stürzte unmittelbar darauf hinab auf das Plateau unterhalb der Bahn, tiefer hinab in Trümmern zerschellt zu dem Flußbett des schäumenden Delaware, während ein herzzerreißender Schrei der aus dem süßen Schlaf in den Rachen des Todes gestürzten Passagiere die Nacht durchhallte. Ein Augenblick noch, und die übrigen drei Wagen folgten mit donnerartigem Gerassel in die schreckliche Tiefe hinab. Nach momentaner Stille schallte von dort das Hülfe- und Schmerzensgeschrei, bald auch drang von dort unten ein schwacher Lichtschein herauf, der sich aber rasch vergrößerte und als gewaltiger Brand die Gegend weithin beleuchtete. Der eine der Wagen stand in Flammen, und die unglücklichen Opfer der Fahrlässigkeit jammerten in seinem Innern in Todesnoth, weil sie dem nach Zerstörung gierigen Element nicht entgehen, aus ihrem Gefängniß nicht herauskommen konnten. Unterdessen sauste die Locomotive mit den ersten Wagen weiter, und erst nach einiger Zeit kam es dem Locomotivführer so vor, als ob er einige seiner Wagen verloren habe. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und fuhr nach dem Orte des Schreckens zurück. Der aufgehende Mond und die Flammen des brennenden Wagens zeigten den glücklich entronnenen Passagieren ein grauenvolles Bild des Todes und der Zerstörung in seinen furchtbarsten Gestalten. Alle begaben sich mit Anstrengung der äußersten Kräfte daran, die wenigen Ueberlebenden aus den Flammen zu retten. Es war eine verzweifelte Arbeit, da es fast an allen Werkzeugen gebrach. Nach vielen Stunden hatte man endlich die Todten wie die Lebenden den Abhang hinauf und in die unbeschädigten Wagen geschafft, und dieser Leichenzug dampfte die noch übrigen 16 Meilen weiter bis Port Harris. Von der Station trug der Telegraph die Kunde nach allen Richtungen hin, und für ärztliche Hülfe, Unterstützung und Pflege jeder Art war bald ausreichend gesorgt. Nicht lange dauerte es auch, so wurden die Leichen eingesargt und die am entsetzlichsten Verstümmelten dem Anblick des Publicums entzogen. Zwei große Kisten voll abgerissener Gliedmaßen wurden auf dem Schauplatz des Unglücks gesammelt. Wunderbare Rettungen waren auch diesmal vorgekommen. Ein Schauspieler

fand sich acht Schritte von dem Wagen, in welchem er hinabgestürzt, aufrecht stehend und vollkommen unversehrt. Von einem Leichnam, der bis zur Unförmlichkeit und Unkenntlichkeit verbrannt war, fand sich nur ein Bein mit der Bekleidung zum Theil unbeschädigt. In der Tasche war eine Unfall-Versicherungspolice von 5000 Dollars. Wie gewöhnlich wurde der Direction der Bahn die Schuld der schrecklichen Katastrophe beigelegt, indem sie versäumt habe, die schlechten, ausgefahrenen Schienen durch bessere zu ersetzen. Aber wie ebenfalls gewöhnlich verstand sie es, diesen Vorwurf von sich auf andere abzuwälzen und die Sache wurde nicht vollständig aufgeklärt. Doch wurden einige Verbesserungen und Vorsichtsmaßregeln in dem Betriebe der Eisenbahnen angeordnet, ob mit Erfolg, ist bisher unbekannt geblieben.

Nicht so grauenhaft im Einzelnen als jenes Eisenbahnunglück, aber sehr verderblich im Ganzen, war eine Ueberschwemmung, die im Sommer 1868 die große und blühende Handelsstadt Baltimore, im Staate Maryland gelegen, verheerte. Seit länger als dreißig Jahren war nichts von der Art vorgekommen und Niemand darauf vorbereitet. Nachdem es mehrere Tage über unaufhörlich geregnet hatte, trat der sonst unbedeutende Fluß Jones-Fall über seine Ufer und schwoll so hoch und plötzlich an, daß am 24. Juli, Nachmittags um zwei Uhr, der größte Theil der Stadt, in manchen Gegenden bis zum zweiten Stockwerk, unter Wasser stand. Mit riesiger Gewalt brachen die Fluthen herein, rissen 9 Brücken fort und zerstörten in einer einzigen Straße 30 Häuser, ohne die vielen, die sie in andern Stadttheilen beschädigten. Nichts konnte dem Andrage der tobenden Wogen widerstehen, die Fragmente von Gebäuden, Blöcke, Balken, die schwersten Platten und Röhren, unzählige todte Thiere, wie abgefallenes Laub mit sich fortführten. Der angerichtete Schaden belief sich auf viele Millionen. Einige dreißig Personen wurden vermißt, die im Wasser oder unter den zusammenstürzenden Häusern umgekommen waren.

In der zweiten Hälfte des August 1869 war der Congreß der nationalen Arbeitervereinigung (National Labour Union) eine ganze Woche über in Philadelphia (Pennsylvanien) versammelt. Er vertrat 1063 Arbeitervereine, die 178,571 Mitglieder zählten. Wenn man von dem Bombast absieht, der bei Verhandlungen der Art in Amerika selten fehlt, so läßt sich nicht läugnen, daß neben vielen verkehrten auch manche höchst verständige Beschlüsse gefaßt wurden. Zu ersteren gehörte, daß der Congreß sich zu Gunsten einer Rückzahlung der Staatsschuld in Papier und einer Couponsteuer aussprechen sollte, daß ein noch höherer Tarif als der jetzige gefordert und viel gegen Bankiers und Bondsbesitzer deklamirt wurde. Dies konnte in der radicalen Presse und ihr verwandten Volksvereinen eine geräuschvolle Zustimmung finden, war aber ganz unschädlich und scheiterte an den in beiden Häusern des Congresses

gefaßten Beschlüssen und den Ueberzeugungen der großen Mehrheit der Nation. Nützlich dagegen war es, wenn festgesetzt wurde, bei Gelegenheit des nächsten Census durch die einzelnen Arbeitervereine statistische Aufnahmen über alle Arbeiter- und Lohn-, Productions- und Consumverhältnisse einsenden zu lassen. Eben so kann nur gebilligt werden, wenn sich der Congreß der nationalen Arbeitervereinigung gegen das Landmonopol aussprach, gegen die verschwenderische Verschenkung von Ländereien an Körperschaften zum Nachtheil des Volks, unter welches die öffentlichen Domänen zur Ansiedlung vertheilt werden sollten. Ferner erklärte sich die Versammlung für das Recht der Frauen auf jegliche Arbeit, die sich mit ihren natürlichen Anlagen verträgt, für Errichtung eines Arbeitministeriums und für Gleichstellung der freiwillig eingewanderten Chinesen mit allen andern Staatsbürgern. Der Antrag, eine eigene nationale Arbeiterpartei zu bilden, gelangte nicht zur Beschlußnahme, verminderte aber die Bedeutung des Congresses in politischer Beziehung in keiner Weise. Denn es ist keine Frage, daß, wenn die Arbeiter wie bisher fortfahren, sich immer enger an einander zu schließen und regelmäßige Vereine zu bilden, sie bei den Wahlen eine nicht zu übersehende Macht bilden werden, von der in gewissen Momenten die wichtigsten Entscheidungen abhängen können.

In Westvirginien errang die deutsche Sache, die dort, in einem der Sitze des amerikanischen Nativismus und anglo-amerikanischer Bigotterie, bisher nicht recht hatte emporkommen können, eine glänzende Anerkennung, indem die deutsche Sprache in den Freischulen zu Wheeling, der Hauptstadt des Landes, vom 1. September 1869 an, ungeachtet des Widerstandes der Geistlichkeit, für einen obligatorischen Lehrgegenstand erklärt wurde. Denselben Männern, welche einige Zeit vorher das deutsche Wochenblatt „Der Patriot" in Wheeling gegründet hatten, verdankte man auch diesen weiteren Fortschritt des Deutschthums, und es ist Aussicht vorhanden, daß dieses Beispiel auch in anderen Städten Westvirginiens Nachahmung finden wird. Denn nur durch Verbreitung der deutschen Sprache und Literatur wird es möglich, die in diesem Theile der Vereinigten Staaten gegen die deutsche Nationalität herrschenden Vorurtheile, unter denen die Eingewanderten zuweilen zu leiden haben, zu überwinden, und der deutschen Bildung die ihr gebührende Schätzung zu verschaffen. Besonders ist es die puritanische Richtung mancher Geistlichen, die in dem freieren Verhältniß des Deutschen zu seiner Religion Anstoß nimmt und geneigt ist, dieselben kaum für Christen gelten zu lassen. In einem von einem Geistlichen in der Stadt Milwaukee herausgegebenen Journal hieß es unter anderem in Bezug auf die Deutschen: „Unserm Volk droht eine Krisis. Die Amerikaner und besonders diejenigen unter ihnen, welche wirklich Christen sind, müssen wissen, was diese Fremden unter uns vorhaben, um diejenigen Grund-

principien, auf welche unsere Regierung gegründet ist, umzustürzen. Der Sabbath ist den Amerikanern stets ein geheiligter Tag gewesen, aber diese Fremden, kaum gereinigt von dem Schmutz ihrer vaterländischen Hütten und noch in den Kleidern ihres Sklaventhums, trotzen dem Himmel und entweihen, ohne Achtung für die Menschen, jenen Tag ungestraft. Die meisten Deutschen sind Ungläubige. An manchen Orten stören sie nicht nur das Volk und die gute Ordnung, sondern auch den Gottesdienst in den Kirchen und scheinen daran ein eigenthümliches Vergnügen zu haben."

Die früher, namentlich während der starken Auswanderung nach 1848, in Folge getäuschter politischer Erwartungen gehegte Hoffnung, jenseits des Atlantischen Oceans ein neues Deutschland zu gründen, hat sich zwar als ein Irrthum erwiesen, aber die Erhaltung der deutschen Sprache und Nationalität in Nordamerika ist deshalb kein leerer Traum geworden. In staatlicher Beziehung sind die deutschen Einwanderer außer Stande, daselbst von den Einheimischen gesondert zu bleiben und ein rein nationales Leben zu führen. Aber vermöge ihrer höheren geistigen Cultur können sie den Anglo=Amerikanern große Dienste leisten, indem sie die materielle Lebensrichtung derselben mit einem ideellen Zusatz veredeln, den keine andere Nation in diesem Maaß zu bieten vermag. Dazu gehört aber, daß die Deutschen in Nordamerika ihre Sprache nicht aufgeben, sondern sie unter ihren neuen Landsleuten möglichst zu verbreiten suchen. Nur auf diese Art können sie eine Brücke zwischen den beiden großen Völkern schlagen. Früher nahmen die Ergebnisse höherer Studien ihren Weg aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten über England. Jetzt ist eine unmittelbare Verbindung zwischen Deutschen und Nordamerikanern eingetreten und manche ihrer ausgezeichnetsten Theologen, Orientalisten und Archäologen haben ihre Bildung und erste Anregung auf deutschen Universitäten empfangen.

Die Entstehungsweise und geographische Lage der Vereinigten Staaten, der Charakter der ältesten Niederlassungen, aus denen sie hervorgegangen sind und der ungeachtet der großen Erweiterung des Landgebietes nie verschwand, brachten es mit sich, daß Ackerbau, Industrie, Schifffahrt, Handel, mit einem Wort, die äußeren Seiten des Daseins, ohne die es kein Volk und keinen Staat giebt, lange Zeit hindurch über die höheren und feineren Forderungen der innern Existenz, Literatur und Kunst, gestellt wurden. Daher der so stark hervortretende materialistische Zug im Wesen dieser Nation, ohne den sie es aber nie so weit gebracht haben würde. Als aber die unerläßlichen Bedingungen jeder staatlichen Existenz, die eine Zukunft haben soll, Freiheit und Wohlstand, erfüllt waren, regte sich unter den Anglo=Amerikanern, von den gebildeten Elementen der europäischen Einwanderung unterstützt, der Trieb nach Erreichung idealer Ziele, mit ungewöhnlichem Feuer und suchte in ver=

hältnißmäßig kurzer Zeit das Versäumte nachzuholen. Vieles ging aus individueller Kraft und Eingebung hervor und hierin zeigte sich Nordamerika als eine ächte Tochter Englands. Eine der merkwürdigsten Stiftungen der letzten Zeit ist die sogenannte Cornell-Universität im Staate New-York, deren Entstehung und Einrichtung ein charakteristisches Bild im Großen von dem giebt, was in kleinerem Maßstabe auf unzähligen anderen Punkten der Vereinigten Staaten ausgeführt worden ist.

Ezra Cornell, der Sohn eines unbegüterten Pächters, aber von der Natur mit einem seltenen Talent für Mechanik ausgestattet, war durch Erfindsamkeit und Fleiß in den Besitz eines sehr bedeutenden Vermögens gelangt. Da er in seiner Jugend aus Armuth bei seiner Ausbildung mit vielen Hindernissen zu kämpfen gehabt hatte, so beschloß er, um jungen strebsamen Männern den Weg zu ihrem Ziel zu erleichtern, die Gründung einer wissenschaftlichen Lehranstalt zu betreiben, und zu deren Ausstattung aus eigenen Mitteln beizutragen. In Ithaka, einer kleinen aber blühenden Stadt im Staate New-York, wo er seinen Wohnsitz aufgeschlagen, ließ er sich in die Legislatur wählen, um auf die Mitglieder derselben zu Gunsten seines Plans, der sich in ihm unterdessen zur Anlegung einer Staatsuniversität erweitert hatte, einwirken zu können. In dem Professor Andreas White, der ebenfalls in die Legislatur eintrat, fand er für seine Idee eine kräftige Unterstützung, und ihren vereinten Bestrebungen gelang es, die dem Staat New-York im Jahr 1862 zugefallenen 390,000 Morgen Regierungsland zu ihrem Zweck zu erhalten. Cornell gab 500,000 Dollars zum Fonds der durch Acclamation nach ihm benannten „Cornell-University", 100,000 Dollars zur Errichtung einer öffentlichen Bibliothek, 250 Morgen Land für die Gebäude, ein paläontologisches Cabinet im Werth von 10,000 Dollars, Bücher im Werth von 3000 Dollars und nach und nach noch 300,000 Dollars in kleineren Beiträgen. Professor White wurde zum Präsidenten der Universität erwählt, an der 26 Professoren angestellt sind, von welchen 16 in den Gebäuden wohnen. Zu diesen gehört Goldwin Smith, der sich, besonders durch seine Essays über Pym, Cromwell, William Pitt und die letzten Republikaner des alten Rom, einen der ersten Plätze unter den jetzigen englischen Historikern erworben hat. Er entsagte dem altberühmten Oxford und seinem dortigen Lehrstuhl, und folgte dem Ruf an die Cornell-Universität, weil er hoffte, dort und überhaupt in den Vereinigten Staaten mehr wirken zu können. Er hatte in der letzten Zeit einen ihm angetragenen Sitz im britischen Unterhause abgelehnt.

Der Lehrplan der neuen Universität zerfällt in zwei Abtheilungen, deren erstere getrennte Departements für Specialwissenschaften und Künste umfaßt, während die zweite Wissenschaft und Kunst im allgemeinen ver-

tritt. Die erste Hauptabtheilung enthält die Departements für Landwirthschaft (9 verschiedene Zweige), mechanische Künste (6 Zweige), Ingenieurwissenschaft (5 Zweige), Handelswissenschaften; Bergfach (4 Zweige); Medicin und Chirurgie; Jurisprudenz, Politik und Geschichte; Pädagogik. Die zweite Hauptabtheilung besteht aus 3 allgemeinen Cursus (deren erster etwa die Lehrfächer der deutschen Gymnasien in sich begreift; der zweite setzt die deutsche an Stelle der griechischen, und der dritte die deutsche und französische an Stelle der griechischen und lateinischen Sprache, und einen Realcursus.

Die Facultät jedes Departements bildet eine Legislatur für dasselbe, und alle Facultäten, deren jede gleiche Rechte hat, vereinigen sich in einem akademischen Senat, welcher monatliche Sitzungen hält, zur Erörterung allgemeiner Verwaltungs= und Erziehungsangelegenheiten und zur Besprechung wissenschaftlicher Fragen. Der Act der Legislatur von New=York zur Organisation der Cornell=Universität, welcher, unter anderem, dem Institut einen nichtconfessionellen Charakter bewahrt, indem er bestimmt, daß keinerlei religiöse Ansichten Professoren oder Studenten auszuschließen vermögen, macht dasselbe zu einem organischen Theil des Erziehungssystems in diesem Staat; der Gouverneur, der stellvertretende Gouverneur, der Staatssecretär und der Sprecher des legislativen Körpers sind von Amtswegen Mitglieder des Verwaltungsraths. Derselbe besteht aus 24 Mitgliedern, von denen 9 diesen Posten ex officio bekleiden, 12 von der Legislatur und 3 von den Studenten gewählt werden; alle 5 Jahre findet eine Neuwahl statt. Der Staat New=York genießt vor jedem anderen Staat den Vorzug, daß er 128 Freistellen zu vergeben hat. Der jährliche Studiencursus wird mit Tisch und Wohnung nicht ganz die Summe von 250 Doll. kosten, welche die Studenten in ihren Freistunden durch körperliche Arbeit, unter der Aufsicht der Professoren, abverdienen können, ungerechnet mehrere Stipendien für auszusetzende Preisaufgaben. Auf körperliche Uebungen ist genügende Rücksicht genommen, und die Wahl der einzelnen Cursus und Zweigwissenschaften bleibt jedem Einzelnen überlassen. Drei massive Collegiengebäude im florentinischen Stil sind auf einem Hügel bei der kleinen Stadt Ithaka, die eine sehr malerische Lage hat und ein Knotenpunkt für die Eisenbahnen ist, errichtet, und zwei andere im Bau begriffen. Dieselben umfassen bereits eine werthvolle Bibliothek von 50,000 Bänden, unter denen sich die Bibliothek des berühmten deutschen Orientalisten Bopp, die Sammlung des Grafen Viel Castel (5000 Pamphlete über die französische Revolution) und eine Auswahl aus den Bibliotheken Macaulay's, Buckle's u. s. w. befinden. Dieses Institut, das 1869 in Gang kam, erregt große Hoffnungen, und wird ohne Zweifel zur Belebung der geistigen Interessen in Nordamerika beitragen.

Von Seiten der Regierung war alles, was von ihr abhing, ge=

schehen, um die letzten Spuren des Bürgerkrieges schnell zu verwischen. Aber abgesehen von den in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten, wurden manche nöthige und heilsame Maßregeln durch die von der Verfassung vorgeschriebenen Formen und durch die in einflußreichen Kreisen nicht selten hervortretenden Meinungsverschiedenheiten aufgehalten. So wurden z. B. erst fünf Jahre nach dem Kriege die ehemaligen Rebellenstaaten: Virginien, Mississippi, Georgien und Texas wieder in die Union aufgenommen. Theils hatten die Sieger sich mit der Rehabilitirung der Besiegten nicht beeilt, theils waren letztere nur langsam und ungern an die Erfüllung der ihnen auferlegten Bedingungen herangegangen.

Im März 1870 verloren die Vereinigten Staaten einen Mann, der, obgleich ein Fremder und erst in reiferen Jahren nach Amerika gekommen, daselbst eine bedeutende Rolle spielte, und durch Kühnheit des Charakters und Originalität des Talents selbst seinen Gegnern Anerkennung abzwang und sie zu der Meinung nöthigte, daß er bei etwas mehr Lebensklugheit und Mäßigung eine der größten Persönlichkeiten seines neuen Vaterlandes geworden wäre. Es war dies der Franzose Pierre Soulé, dessen Tod, wäre er zwanzig Jahre früher erfolgt, nicht weniger Aufregung als der des Präsidenten verursacht haben würde. In der großen Debatte des Jahres 1850, bei Gelegenheit der sogenannten Omnibus-Bill, wo zum letzten Mal ein Compromiß zwischen Norden und Süden versucht wurde, war Soulé eine der hervorragendsten Gestalten in der südlichen Senatspartei und derjenige Führer des Südens, dessen leidenschaftliche Beredtsamkeit seine Anhänger gegen die Partei des Nordens zur wildesten Begeisterung entflammte. Zu Castillon in den Pyrenäen, im Anfange des Jahrhunderts geboren, sollte er in Bordeaux sich dem Studium der Theologie widmen, als ihn seine Betheiligung an einem Complott zum Sturz der Bourbonen zur Flucht nach Spanien nöthigte, wo er ein Jahr lang als Schäfer diente. Aus Rücksicht auf seine Jugend begnadigt, ging er nach Paris, wo er in Verbindung mit Méry und Barthélemy für die republikanische Partei schrieb. Im Jahr 1824 stand er nebst einer Anzahl anderer wegen Verbreitung republikanischer Ideen vor Gericht und als der Vertheidiger ihn wegen seines jugendlichen Alters der Milde des Gerichts empfehlen wollte, erhob er sich voll Entrüstung von der Anklagebank und hielt eine heftige Rede zur Begründung seiner Ansichten. In Folge dessen verurtheilt, entkam er aus dem Gefängniß und ging nach England. Der englischen Sprache unkundig und ohne alle Bekannte, wagte er nach Frankreich zurückzukehren. In Le Hâvre traf er einen befreundeten Marinecapitän, der ihm dringend anrieth, sich nach Amerika zu begeben, um dort eine neue Existenz zu beginnen und ihm in seinem Schiff freie Fahrt nach Santo Domingo anbot.

Soulé ging darauf ein, traf im Herbst 1825 in Port-au-Prince ein und begab sich von da über Baltimore nach New-Orleans. Zwanzig Jahre lang enthielt er sich jeder Einmischung in die Politik seines neuen Vaterlandes, bis er im Jahr 1847 für Louisiana in den Senat nach Washington geschickt wurde. Daselbst begeisterte er seine Zuhörer, so oft er die Rednerbühne betrat, und machte es ihnen fast unmöglich, das Decorum des Stillschweigens, das den Senatoren jede Beifallsäußerung verbietet, zu beobachten. Im Jahr 1853 legte Soulé seinen Sitz im Senat nieder, als er vom Präsidenten Pierce zum Gesandten für Spanien ernannt worden war. Daselbst hatte er am 18. December 1853 mit dem französischen Gesandten, Marquis von Turgot, einem Vertrauensmanne Napoleon III., ein Pistolen-Duell, in welchem Turgot schwer verwundet, Soulé aber bei seiner Rückkehr nach Amerika die Durchreise durch Frankreich verweigert wurde. Auf dem Congreß amerikanischer Gesandten in Ostende, der, zum großen Mißfallen aller anderen Mächte, über den Ankauf oder die Eroberung Cuba's durch die Union verhandelte, um das Sklaventhum in den Südstaaten zu unterstützen, spielte Soulé eine hervorragende Rolle. Bei Ausbruch des Bürgerkrieges ergriff er die Partei der Rebellion, wurde verhaftet und erst nach einigen Monaten freigelassen. Die volle Entwicklung seines genialen Wesens wurde ihm dadurch unmöglich gemacht, daß er sich von Anfang seiner politischen und publicistischen Laufbahn an, einer verlorenen Sache, der der Sklavenhalter und Pflanzer, anschloß, und, wie man glaubt, nur weil er sich im Süden niedergelassen, während ihn seine Antecedentien auf die liberale Seite hätten ziehen sollen.

Anfang März (1870) richtete der Präsident eine Botschaft an das Repräsentantenhaus, begleitet von einem Bericht des Ministers des Innern. Dieselbe handelte von den Indianerangelegenheiten und drang darauf, die Mittel anzuweisen, um die mit ihnen abgeschlossenen Verträge in Erfüllung zu bringen. „Ich wünsche ernstlich", sagte Grant, „daß, wenn ein Indianerkrieg unvermeidlich werden sollte, die Regierung der Vereinigten Staaten wenigstens nicht dafür verantwortlich sei." Der Minister des Innern, Cox, wies nach, daß unter den Indianern überall Unzufriedenheit wegen Verletzung der ihnen gemachten Versprechungen herrsche und daß daraus eine dringende Gefahr entstehe. Ueber die Verträge hieß es in der Botschaft: „Sie wurden in aller Form bestätigt und ich bin außer Stande zu erkennen, wie irgend etwas für die Vereinigten Staaten bindender sein könnte als sie. Es ist deshalb auch den Indianern nicht zu verargen, wenn sie die Nichterfüllung dieser Bestimmungen als einen von uns begangenen Vertrauensbruch betrachten. Selbst abgesehen von den moralischen Verpflichtungen, die einer christlichen Nation obliegen, würde es nicht schwer sein nachzuweisen, daß, lediglich vom Standpunkt pecuniärer Oeconomie

aus betrachtet, es vortheilhafter wäre, jeden jetzt in unserm Gebiet lebenden Indianer während der Dauer seines Lebens zu ernähren und die Kinder durch Ackerbau zur Selbsterhaltung zu erziehen, als nur ein einziges Jahr Krieg gegen die Indianer zu führen. Die empörende Barbarei, die scheußliche Verstümmelung der Todten und Gefangenen, von denen wir so oft hören, sind von einem solchen Kampfe unzertrennlich. Durch Erhaltung des Friedens vermeiden wir dergleichen, und es ist wahrlich wohl einer großen mit so reichen Hülfsquellen gesegneten Union, wie die unsrige, würdig, es ernstlich mit der Friedenspolitik zu versuchen. Wollte man sich nur einmal aufrichtig dazu verstehen, die Indianer als Menschen im vollsten Sinne des Worts zu betrachten! Man würde sie durch solche Behandlung dazu machen, während das bisherige System sie nur im Zustande der Barbarei erhalten, und alle, welche berufen sind mit ihnen in Berührung zu kommen, brutalisiren kann. Ein Volk von 40 Millionen Seelen, wie wir, sollte doch mit diesem kümmerlichen Rest der Urbewohner des Landes fertig werden können, ohne sie wie wilde Thiere zu hetzen. Ein schlagenderer Beweis für die demoralisirende Wirkung der Indianerkriege könnte nicht geliefert werden als der, welcher in der Billigung des Gemetzels im Gebiete Montana, durch General Sheridan und selbst durch Sherman liegt. Unbegreiflich ist es, wie solche Männer die Ermordung von Weibern und Kindern als nothwendig und löblich hinstellen können. Es macht uns dies irre am sittlichen Werthe derer, welche bis jetzt unter den besten der Union genannt wurden. Dem Repräsentantenhaus kann man es nicht verdenken, wenn es sich unter diesen Umständen weigerte, die Indianerangelegenheiten dem Kriegsdepartement zu überweisen."

Präsident Grant hatte nur zu sehr Recht mit seinen Vorwürfen und Anklagen über die Behandlung, welche die Indianer von Seiten der Nordamerikaner erfuhren. Sie wurden bei den mit ihnen abgeschlossenen Verträgen nicht nur häufig sowohl von Behörden als Einzelnen auf das gröblichste getäuscht, sondern bei der geringsten Collision griffen die Nordamerikaner zu Gewaltmaßregeln, wobei sie bei ihrer größeren Anzahl, ihren besseren Waffen und geschickteren Anordnungen fast immer im Vortheil waren, dann und wann aber furchtbare Repressalien hervorriefen, die in ähnlicher Weise beantwortet wurden. Die Nordamerikaner suchten die ihnen bequem gelegenen Ländereien, die Wälder und Wiesen der Eingeborenen erst durch List, scheinbaren Kauf, freigebige Versprechungen, an sich zu bringen, schritten, wenn dies nicht zum Ziel führte, zu offenem Angriff und streuten den Samen zu neuen blutigen Ernten aus. Das Verhältniß zwischen den beiden Racen ist wegen ihrer gänzlichen Verschiedenheit nicht blos an Culturstufe, sondern vor allem an Charakter und Anlage, eines der schwierigsten, die von

der Geschichte gegeben sind. Bei dem großen, zwischen ihnen vorhandenen geistigen Abstande war eine allmälige Verschmelzung nicht möglich. Von der gebildeteren Race konnte nicht erwartet werden, daß sie der jeder moralischen Superiorität natürlichen Expansionskraft entsagen und die so weit unter ihr Stehenden als gleichberechtigt anerkennen sollte. Aber das, worauf Grant in seiner Botschaft hinwies, die Pflege friedlicher Beziehungen zu den Indianern und die Vermeidung von Gewalt und Treulosigkeit, war ein sittliches Gebot und zugleich das einzige Mittel, der Civilisation unter den Wilden Eingang zu verschaffen. Im Juni 1870 hatten die Sioux-Häuptlinge in Washington eine Conferenz mit dem Minister des Innern, in der sie sich über erlittene Unbilden, Anlegung von Straßen durch ihr Gebiet, Errichtung von Forts und Ausbleiben der ihnen zugesagten Subsidien beschwerten. Man konnte sich nicht vereinigen, die aufgeworfenen Streitfragen blieben ungelöst und gaben später zur Erneuerung der Feindseligkeiten Veranlassung.

Durch den Bürgerkrieg war bei der Erschütterung aller innern Verhältnisse die amerikanische Schifffahrt in Verfall gerathen und hatte sich seitdem nicht mehr erholen können. Nachdem dieser Uebelstand, doppelt empfindlich für ein Land, das wie die Vereinigten Staaten durch seine Lage zum Mittelpunkt des Welthandels bestimmt zu sein scheint und so ausgedehnte Küsten besitzt, schon mehrmals in Anregung gebracht worden, erließ der Präsident unter dem 23. März 1870 an den Senat und das Repräsentantenhaus eine Botschaft, in der die Hauptstellen folgendermaßen lauten: „Eine nationale Demüthigung ist es, daß wir uns jetzt gezwungen sehen, jährlich 20 bis 30 Mill. Doll. für Frachten an Ausländer zu bezahlen, damit diese den Verkehr vermitteln, der von Schiffen amerikanischer Rheder, die mit Amerikanern bemannt sind, vermittelt werden sollte. Dies ist ein directer Abfluß der Baarmittel des Landes, und soweit es die Nation betrifft, eben so nutzlos als eine gleiche in's Meer geworfene Summe Geldes. Ein Volk von so großen und im Ganzen stets zunehmenden Hülfsquellen wie das der Vereinigten Staaten, welche sich von einem Ocean zum andern erstrecken, und von einem intelligenten, industriellen und energischem Volk bewohnt sind, ein solches Volk muß eines Tages in den vollen Besitz seines Antheils am Welthandel kommen. Verzögerung wird nur die Kosten vermehren und die Erreichung des Zieles schwieriger machen. Ich empfehle daher auf's dringendste eine baldige Beschlußnahme in dieser Angelegenheit, um dem amerikanischen Handel eine größere Ausdehnung zu sichern . . . . . Der Schiffsbau und die Schifffahrt beschäftigten bei Nutzbarmachung eines großen heimischen Capitals Tausende von Personen bei Bau und Bemannung der Schiffe. Für die Producte des Ackerbaues, der Fabriken und Werkstätten wird dadurch im Lande

ein Mittel der Ausfuhr geschaffen, vermindert wird der zu unseren Ungunsten bestehende Saldo der Handels-Bilanz genau um den Betrag der an amerikanische Schiffe gezahlten Fracht- und Passagiergelder, und wir erlangen eine Suprematie auf dem Meere, die im Fall eines auswärtigen Krieges von unschätzbarem Werth sein kann. Unsere Flotte bestand bei Ausbruch des letzten Krieges aus weniger als 100 Schiffen von etwa 150,000 Tonnen Tragfähigkeit bei einer Bemannung von 8000 Seeleuten. Die Handelsmarine, die der Regierung nichts gekostet hat, sondern eine Quelle des Nationalreichthums war, lieferte uns früher 600 Schiffe von mehr als einer Million Tonnen Tragfähigkeit, bemannt mit 70,000 Seeleuten, um uns bei Unterdrückung der Rebellion zu helfen. Da der Bericht des Comité's, das zur Untersuchung dieser Angelegenheit eingesetzt wurde, dem Congreß vorliegt, so will ich keine der statistischen Angaben desselben wiederholen, sondern lediglich auf die Methoden hinweisen, die das Comité empfiehlt, um uns unsern verlornen Handel zurückzugeben. So weit als eine allgemeine Regel angenommen werden kann, bin ich der Ansicht, daß eine directe Geldsubsidie weniger dem Mißbrauch unterworfen ist als eine indirecte demselben Unternehmen gewährte Unterstützung. In diesem Fall aber bin ich der Ansicht, daß Ertheilung von Subsidien, speciellen Dampferlinien oder andern Schiffen zu gewähren, nicht ausschließlich angewandt werden sollte, sondern außer den Subsidien für die besonders wünschenswerthen Linien müßte eine allgemeine Unterstützung in durchgreifender Weise gewährt werden."

Der Congreß lehnte die in dieser Botschaft enthaltenen Vorschläge zur Belebung der amerikanischen Handelsmarine nicht ab, ließ sie aber, von dringenderen politischen Interessen abgezogen, vor der Hand unberücksichtigt.

Während die Handelsflotte der Vereinigten Staaten an Tonnengehalt bedeutend einbüßte, nahm das Eisenbahnwesen einen außerordentlichen Aufschwung an. Man war bisher geneigt, die Verminderung ersterer einzig dem Krieg und den südstaatlichen Kreuzern beizumessen, was sich jedoch wenigstens theilweise als eine Uebertreibung herausgestellt hat. Tiefer gehende Untersuchungen haben seitdem dargethan, daß die Handelsmarine auch ohne den Krieg abgenommen haben würde. Die Hauptursache ist nämlich die, daß die Bevölkerung in's Innere strömt und mehr der Eisenbahnen als der Schiffe bedarf. Anstatt eines schiffbauenden sind die Nordamerikaner in den letzten zehn Jahren ein Eisenbahnen bauendes Volk geworden. Schon im Jahr 1870 wurden volle 50,000 englische Meilen Eisenbahnen befahren, und seitdem werden fortwährend neue angelegt, so daß am Ende des laufenden Jahrzehent wahrscheinlich deren 100,000 englische Meilen vorhanden sein werden. Darunter nahmen die Pacificeisenbahnen die erste Stelle ein. Schon

im Jahr 1870, ein Jahr nach Eröffnung derjenigen unter den Pacificbahnen, welche zuerst fertig geworden und New-York und San Francisco, den Atlantischen und Stillen Ocean mit einander verbindet, übertraf der Erfolg die kühnsten Erwartungen. Schwere Fracht geht nach wie vor um Cap Horn, aber leichte, kostbare Fracht, welche die häufigste ist, nimmt die Bahn. Zwei neue Eisenbahnen, eine nördliche und eine südliche, verlangten (1870) Unterstützung vom Congreß. Die nördliche soll von Westend des Obern Sees nach der Mündung des Yellowstone Flusses gehen, sodann diesen hinauf zu einem Paß über das Felsengebirge der als äußerst günstig für den Bau einer Eisenbahn geschildert wird. Die Quellflüsse des Missouri und des Columbia nähern sich dort bis auf eine halbe Stunde Wegs, und eine Minengesellschaft hat schon einen Canal gebaut, welcher Wasser von der einen Seite der Wasserscheide auf die andere hinüberführt. Sie wird dann das Thal des Columbia hinuntergehen mit einer Zweigbahn nach Puget Sound. Die Gesellschaft, welche diese Bahn zu bauen unternahm, hat vom Congreß große Landschenkungen und Privilegien erhalten. Die südliche Bahn soll von El Paso nach San Diego an der Pacificküste gehen. Im Osten soll sich eine ganze Anzahl von Bahnen an sie anschließen, eine von Galveston ausgehend, die andere in Memphis beginnend, während eine dritte von St. Louis auslaufende die Südwestecke von Missouri bereits erreicht hatte. Von San Diego soll die Bahn nach San Francisco fortgeführt werden. Neu entdeckte Silberminen liegen auf dieser Bahn, die überhaupt Gegenden durchschneidet, die einen außerordentlichen Mineralreichthum und das herrlichste Clima besitzen. Auch diese Bahn ist vom Congreß unterstützt worden.

Die Vortheile, welche diese außerordentliche Vermehrung der Eisenbahnen dem Verkehr schon jetzt gewährt und für die Zukunft noch mehr verspricht, die durch sie hervorgebrachte Abkürzung der auf gewöhnlichem Wege oft unermeßlichen Entfernungen, die lebendigere Bewegung im Einzelnen und festere Cohäsion des Ganzen — dies Alles hat etwas Blendendes und Bezauberndes, fängt aber auch an, unter manchen amerikanischen Staatsmännern und Publicisten Besorgnisse zu erregen. Man fürchtet, daß der gewaltige Reichthum, der sich dadurch in einer gewissen Klasse von Unternehmern und Capitalisten concentriren wird, den republikanischen Institutionen Gefahr bringen kann. Denn das organisirte Capital besitzt überall, namentlich aber in den Vereinigten Staaten, einen Einfluß auf die Gesetzgebung, der unter Umständen der politischen Freiheit und Gleichberechtigung gefährlich werden könnte. Doch liegt eine solche Möglichkeit jedenfalls noch fern, und es ist wahrscheinlich, daß gegen ihr Eintreten von dem demokratischen Geiste der Nation Schutzmittel aufgefunden werde nwürden.

Das 15. Amendement, den Zusatz der Verfassung, die politische

Gleichberechtigung der Bürger ohne Unterschied der Racen aussprechend, war bereits am 31. März als Staatsgesetz proclamirt worden, aber Senat und Repräsentantenhaus hatten sich bisher nicht über die Bedingungen bei Anwendung desselben einigen können. Dies geschah am 25. Mai und beide Häuser setzten schwere Geld- und Gefängnißstrafen auf jede Verletzung der Bestimmungen des Amendements. Dem Präsidenten wurde die Land- und Seemacht, um die Ausführung des Gesetzes nöthigenfalls erzwingen zu können, zur Verfügung gestellt. Erst jetzt war in der Praxis das sittliche und staatliche Ergebniß des großen Kampfes vollkommen sicher gestellt.

Die Ansicht des Senats und des Repräsentantenhauses war über die Bill, die Consolidation der Staatsschuld betreffend, eine Zeit lang auseinander gegangen. Beide Häuser vereinigten sich in gemeinsamer Conferenz, in einigen Punkten gegenseitig Nachgiebigkeit übend, zu folgendem Beschluß: die Bill überläßt den Umtausch der Bonds der freien Wahl aller Inhaber, sie ermächtigt zur Ausgabe von 1000 Mill. 4proc. Bonds, rückzahlbar in 30 Jahren, von 300 Mill. 4½ proc. Bonds, rückzahlbar in 15 Jahren, und von 200 Mill. 5 proc. Bonds, rückzahlbar in 10 Jahren. Es werden keine Agenturen im Ausland errichtet. Die neuen Bonds sind zu Pari gegen Fünfzwanziger Bonds umzutauschen, oder gegen Geld zu verkaufen. Der Ertrag ist zur Einlösung der Fünfzwanziger Bonds zu verwenden. Alle gemäß der Schuldentilgungsacte angekauften Bonds sind zu annulliren.

Die Vereinigten Staaten waren wie jedes junge, emporstrebende Gemeinwesen, das an eine große Zukunft für sich glaubt, in dem Sinne ehrgeizig, daß sie die ihnen sich darbietenden Gelegenheiten ihre Macht zu vermehren, nicht unbenutzt ließen, aber dieselben nicht selbst hervorriefen, und dabei nicht über gewisse Grenzen der Klugheit und Mäßigung hinausgingen. Sie hatten ihr ursprüngliches Gebiet meist auf friedlichem Wege, mit Ausnahme von Texas und Californien, durch Ankauf Luisiana's von Frankreich, der beiden Florida von Spanien, durch Grenzverträge mit Großbritannien und Rußland vergrößert. Selbst an die Republik Mexico zahlten sie, obgleich sie dieselbe besiegt und ihre Hauptstadt eingenommen hatten, für die Abtretung von Texas und Californien 15 Millionen Dollars Entschädigung. Neuerdings war Aehnliches durch die Erwerbung der russischen Colonie Alasca geschehen. Die allmähliche Annexion so vieler innerhalb der natürlichen Grenzen der Vereinigten Staaten liegender Territorien, die anfänglich fast wüst und menschenleer gewesen, konnte für keine Eroberung gelten, sondern war auf dem Wege vertragsmäßigen und freiwilligen Anschlusses zu Stande gekommen. Anders verhält es sich mit dem Gelüste, das sich einer Partei in den Vereinigten Staaten nach der Einverleibung der Insel Cuba bemächtigt hatte. Diese befand sich im rechtmäßigen Besitz der

spanischen Krone, galt für ihr kostbarstes Juwel, war von den Vereinigten Staaten durch das Meer getrennt und hätte nur durch einen förmlichen Eroberungskrieg in den Besitz der letzteren übergehen können. Die einheimische freie Bevölkerung, von spanischer Race, aristokratisch und katholisch gesinnt und von der Erinnerung an die alte Größe des Mutterlandes erfüllt, eignete sich nicht zur Aufnahme in ein demokratisches und großentheils protestantisches Gemeinwesen wie die Vereinigten Staaten. Was hätten im Fall der Annexion die Nordamerikaner mit der halben Million Sklaven, die es in Cuba gab, anfangen sollen? Auf sie den Zusatz zur Constitution (Amendement 15) anzuwenden und ihre Freilassung anzuordnen, wäre eben so unmöglich gewesen wie in Cuba einen Ausnahmezustand einzuführen, der den Grundgesetzen der Union widersprochen hätte. Das Aussaugesystem der spanischen Regierung, die Härte und der Hochmuth der spanischen Militär- und Civilbehörden hatten auf der Insel einen Aufstand hervorgerufen, der, auf beiden Seiten mit gewohnter Grausamkeit geführt, weder bedeutende Fortschritte machte noch ganz erlosch und keine Aussicht auf baldige Wiederherstellung eines regelmäßigen Zustandes bot. Diese innern Unruhen erfüllten nicht nur Speculanten und Abenteurer in den Vereinigten Staaten, sondern auch hochstehende Politiker mit der Hoffnung, „die Perle der Antillen", wie Cuba genannt wird, und seine Hauptstadt Havanna, „das Paris Westindiens", annectiren zu können. Es gab einen Augenblick, wo, wenn der Aufstand einen bedeutenden Erfolg davon getragen hätte, die Nordamerikaner geneigt waren, zu seinen Gunsten einzuschreiten. Aber ein solcher blieb aus, und die Schwierigkeiten und Gefahren des Unternehmens kühlten den Ehrgeiz ab, und verstärkten die Partei derer, welche, ohne den Gedanken an eine einstige Erwerbung Cuba's aufzugeben, für jetzt das Festhalten an der Neutralität für eine politische Nothwendigkeit erklärten. Cuba besaß eine starke spanische Besatzung, feste Plätze, Kriegsschiffe und Tausende von Freiwilligen waren aus Spanien nach der Insel geeilt, um dieselbe für das Mutterland zu erhalten, und abermals Tausende geneigt, auf den ersten Ruf diesem Beispiel zu folgen. Der spanische Volksgeist fühlte sich durch den ruhmvoll beendigten Krieg gegen Marocco (1860) gehoben und die spanische Regierung würde schon aus Furcht vor der öffentlichen Meinung in keine Abtretung Cuba's gewilligt haben. Die Vereinigten Staaten hätten sich, wenn sie den Aufstand anerkannten und ihm Beistand leisteten, auf einen Krieg mit Spanien gefaßt machen müssen. England und Frankreich würden ebenfalls einer solchen Annexion nicht ruhig zugesehen haben. Denn Cuba im Besitz einer großen und fortschreitenden Macht wie die Vereinigten Staaten würde an Bevölkerung und Reichthum bald außerordentlich gewachsen und die Nordamerikaner, auf diesen Punkt gestützt, über lang oder kurz in den Besitz aller Eilande und Küsten

des Golfs von Mexico gekommen sein. Aber ein kostspieliger, und was den Ausgang betrifft, immerhin ungewisser Krieg mit den europäischen Seemächten wäre unvermeidlich gewesen, und diese Rücksicht bewog den Congreß, sich der weiteren Einmischung in die cubanischen Angelegenheiten zu enthalten und seinen Bürgern jede directe oder indirecte Betheiligung an dem Aufstande ausdrücklich zu untersagen. Als die Idee einer Annexion Cuba's aufgegeben war, suchte Präsident Grant, obwohl ohne Erfolg, dem Kriege daselbst ein Ende zu machen. In die innern Angelegenheiten der Republik Santo Domingo mischte sich Grant thätig ein, und ein Protectorat der Vereinigten Staaten über dieselbe und dann deren Eintritt in die Union war ein von ihm mit Vorliebe gehegter Plan. Aber der Senat, der davon keinen Vortheil für die Vereinigten Staaten und nur Verwicklung in ihnen fremde Interessen sah, vertagte (29. Juni 1870) den Vertrag mit Santo Domingo auf die nächste Session, was einer thatsächlichen Verwerfung gleichkam.

Das politische Leben pulsirt stärker oder schwächer, aber steht in den Vereinigten Staaten nie still. Wahlen in den Congreß oder in die Legislatur der einzelnen Staaten, Volksversammlungen, Parteikämpfe, legislative Fragen, Steuer- und Tarifreformen, Beziehungen zu den näher oder ferner liegenden fremden Mächten, folgen auf einander oder bewegen sich gleichzeitig, im Einzelnen nicht selten in Hast und Unordnung, im Ganzen aber doch methodisch und auf ein bestimmtes Ziel gerichtet. Mit der Finanzverwaltung wurde es immer ernstlicher genommen. Eine Folge davon war, daß die Staatsschuld im Februar 1870 um 6,484,811 Doll. und dem entsprechend weiter abnahm. Der Vorsitzende des Ausschusses für Ausgabenbewilligungen, Dawse, theilte einem Meeting in New-Hampshire im Auftrage des Präsidenten mit: daß die bisherigen Schritte der Regierung behufs gewissenhafter Erhebung und Verausgabung der Staatseinnahmen nur als ein Ausdruck der ernsten Absichten des Cabinets in dieser Richtung anzusehen seien. Jeder Dollar überflüssiger Ausgaben werde unbedenklich gestrichen werden. Diese Erklärung fand günstige Aufnahme. In Verbindung mit der Bestimmung des höchsten Gerichtshofes, daß die Congreßacte über das Papiergeld keine rückwirkende Kraft haben sollte, und mit der Verwerfung der Vorlage zur Vermehrung des im Umlauf befindlichen Papiers im Senat rief dieselbe allgemein die Erwartung hervor, daß in nicht ferner Zeit die Baarbezahlungen wieder aufgenommen werden dürften, was auf den Geldmarkt alsbald eine günstige Wirkung hervorbrachte. Die öffentliche Schuld belief sich am 1. April 1870 auf $2650^1/_2$ Mill. Doll. Die Kassen des Staatsschatzes enthielten $105^1/_2$ Mill. in geprägtem Geld und $7^1/_2$ Mill. in Papiergeld. Bei der Tarifberathung siegten die Anhänger des Freihandels über die Schutzzöllner in einzelnen Punkten, ohne jedoch im Ganzen durchdringen zu

können. Der Grundsatz, daß die Steuern nur insoweit vermindert werden dürften, als die Staatseinnahmen dadurch nicht litten, blieb unangefochten.

Die Nachricht von der von Frankreich an Preußen erlassenen Kriegserklärung und dem was bald darauf folgte, machte in den Vereinigten Staaten fast eben so großen Eindruck wie in Europa. Man war dort noch überraschter als diesseits des Oceans, indem man die Masse des in Frankreich angehäuften entzündbaren Stoffes und die Ueberzeugung Napoleon III., dem Brande im Innern durch eine Ableitung nach Außen zuvorkommen zu müssen, weniger als in Europa kannte. Eine Botschaft des Präsidenten Grant an den Congreß lenkte die Aufmerksamkeit desselben auf den bevorstehenden Krieg, betonte die Nothwendigkeit einer Modification der Gesetzgebung, um den Bürgern der Union den Ankauf ausländischer Schiffe zu ermöglichen und hob die Gefahr hervor, daß die Bremer und Hamburger Postdampfer durch die französische Marine im Postdienst verhindert und die commerciellen Interessen Amerika's dadurch beeinträchtigt werden könnten. Nachdem beide Häuser sich über die Steuer- und Zolltarifbill geeinigt hatten, vertagten sich dieselben, ohne auf den Wunsch der Regierung, die unter den vorhandenen Umständen eine längere Session gewünscht hatte, Rücksicht zu nehmen. Grant erließ eine Proclamation, in der eine strenge Neutralität während des Krieges angekündigt wurde. In der Einleitung zu derselben hieß es: der Präsident habe Grund zu fürchten, daß bewaffnete Kreuzer der kriegführenden Mächte sich versucht finden könnten, die ihnen in den Häfen der Vereinigten Staaten bisher gebotene Gastfreundschaft zu mißbrauchen. Daher soll in Zukunft die Benutzung der innerhalb der Jurisdiction der Vereinigten Staaten liegenden Gewässer als Beobachtungspunkte oder für Vorbereitungen zu feindlichen Operationen als eine Verletzung der amerikanischen Neutralität angesehen, und ein solches Verhalten nöthigenfalls mit Gewalt zurückgewiesen werden. Die Kriegsschiffe der beiden feindlichen Mächte sollen nicht länger als 24 Stunden in den Häfen der Vereinigten Staaten verbleiben, es sei denn wegen schlechten Wetters oder zur Besorgung der nothwendigen Vorräthe und Reparaturen; in letzterem Falle sollen sie nur solche Vorräthe an Bord nehmen, welche für den Lebensunterhalt der Mannschaft nöthig sind, und an Kohlen nur so viel wie erforderlich ist, um das Schiff zum nächsten europäischen Hafen zu bringen. — Der Ausdruck der Sympathie für die eine oder die andere Macht ward nicht beschränkt, aber jede unmittelbare oder mittelbare Unterstützung der Kriegführenden verboten.

Die Theilnahme der Deutschen in den Vereinigten Staaten ließ sich dadurch keine Grenze setzen. Wie in Deutschland selbst fühlten sie sich auch in Amerika einig. Der Krieg von 1866 hatte ihnen, obgleich

sie damals noch auf entgegengesetzten Seiten standen, ein Nationalgefühl verliehen, das im Stillen gereift war, und jetzt, wo die süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde gemeinschaftliche Sache machten, auch in der Fremde unwiderstehlich hervorbrach. In allen Staaten der Union fühlten sich die Deutschen als Deutsche und die letzte Spur des Particularismus verschwand. Ueber das ganze große Land wurde überall, wo sich Deutsche niedergelassen hatten, Versammlungen gehalten, Beschlüsse gefaßt und was das Beste war, Geld für die Verwundeten, die Wittwen und Waisen des großen Kampfes für Deutschlands Ehre und Einheit gesammelt. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes stand im Anfange des Krieges durchaus auf deutscher Seite und fühlte die Ungerechtigkeit und den Uebermuth des französischen Angriffs. Man hatte in den Vereinigten Staaten die mächtige Hülfe nicht vergessen, welche die vielen Tausende von deutschen Amerikanern in dem großen Bürgerkriege der Erhaltung der Union geleistet hatten. Man berechnete, daß während der vier Kriegsjahre wohl an 200,000 geborene Deutsche an dem Kampfe Theil genommen hatten, unter ihnen nur wenige und nur gezwungen für die Südstaaten, alle anderen für die Sache des Nordens und damit für die der Menschenrechte und der Aufhebung der Sklaverei. Napoleon III., den man in Amerika wie in Deutschland für den alleinigen Urheber des Krieges hielt, war schon vor seiner Intervention in Mexico im Norden der Union nie populär gewesen. Man hatte ihm die Zerstörung der französischen Republik und die Absicht nicht verziehen, der südstaatlichen Rebellion Beistand zu leisten, wenn es ihm gelungen wäre, England und Rußland für diesen Plan zu gewinnen. Man hielt ihn ungeachtet dessen, was er für Italien gethan und für Polen versucht hatte, für einen Despoten, der die Ideen der Freiheit und Nationalität nur für persönliche und dynastische Zwecke ausbeutete, aber im Grunde seines Herzens dem Geist der Zeit fremd war und in deren natürliche Entwicklung störend eingegriffen hatte. Indessen ward von diesem verwerfenden Urtheil über Napoleon III. Charakter und Politik die französische Nation nicht mitgetroffen, deren glänzende Vergangenheit und den Nordamerikanern bei ihrer Erhebung gegen England geleisteten Dienste nicht vergessen waren. Es wurde nur bedauert, daß sie sich von dem gewissenlosen Ehrgeize des mittelmäßigen Trägers eines großen Namens so weit hatte fortreißen und dem Abgrund nahe bringen lassen. Nach der Katastrophe von Sedan trat in einem beträchtlichen Theile der öffentlichen Meinung ein Umschwung zu Gunsten Frankreichs ein, wozu das Verschwinden des Kaiserreichs und die Wiederherstellung der Republik wohl noch mehr als die Erinnerung an einst empfangene Hülfe und Mitleid mit dem Schicksal des französischen Volkes beitrugen.

Die Schweiz und die Vereinigten Staaten waren die ersten Mächte

welche die französische Republik anerkannten. Der Vertreter der erstern, Dr. Kern, that dies in einfacher Weise, indem er auf die Vorliebe seines Landes für die republikanische Staatsform anspielte, während der nordamerikanische Gesandte, Washburne, seine Sympathie für die Ereignisse vom 4. September in einer Art zu erkennen gab, die Anstoß erregen konnte und nicht mit den Gewohnheiten und Ueberlieferungen der amerikanischen Politik übereinstimmte, die zwar, wie natürlich, die Republik der Monarchie vorzieht, erstere aber bisher nie für die allein rechtmäßige und für jedes Volk angemessene Verfassung erklärt hatte. Washburne galt für einen ausgezeichneten Kenner der innern Zustände der Vereinigten Staaten, war aber früher nie mit den auswärtigen Verhältnissen in eine praktische Berührung gekommen. In seiner Parteilichkeit für die in Frankreich so plötzlich und tumultuarisch entstandene Republik verletzte er eine der Verhaltungsnormen, die Washington, der Gründer der amerikanischen Freiheit, in seinem politischen Testament vom 17. September 1796 (die berühmte Farewell-Adreß) seinen Landsleuten hinterlassen hatte. Es hieß darin unter anderem: „Europa hat eine ganze Reihe von Hauptinteressen, welche für uns gar keine oder nur eine sehr entfernte Beziehung haben. Deshalb wird jener Erdtheil so häufig in Streitigkeiten verwickelt, die uns nichts angehen. Warum sollten wir durch Verbindungen mit dem Ehrgeiz, mit der Eifersucht oder den Launen der europäischen Machthaber unsern Frieden und unser Glück auf's Spiel setzen? Keine verwickelnden Allianzen mit irgend einem Theile der Welt einzugehen, das ist unsere wahre und von der Natur der Dinge vorgezeichnete Politik.“ — Nach der Abreise der deutschen Gesandten aus Paris hatte Washburne als Vertreter einer der größten neutralen Mächte, den Schutz der zurückgebliebenen Deutschen übernommen, aber diese Verpflichtung so lau erfüllt, daß er gegen die völkerrechtswidrige und oft von grausamen Umständen begleitete Vertreibung von 40,000 friedlichen deutschen Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern nicht ein einziges Wort des Protestes erhob.

Der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, obwohl in so großer Entfernung von den Vereinigten Staaten geführt, wurde daselbst von den industriellen Klassen nicht ohne Besorgniß und mit dem lebhaften Wunsche nach Wiederherstellung des Friedens betrachtet. Sie fürchteten eine Abnahme ihres gewinnreichen Handels mit beiden Staaten. Im Jahr 1869 exportirten die Vereinigten Staaten nach dem norddeutschen Bunde für 8,750,000 Pf. St., nach Frankreich für 8,720,000 Pf. St. Es war selbst im günstigsten Fall, bei Fortsetzung des Krieges, eine Verminderung unvermeidlich, ungerechnet die totalen oder partiellen Verluste bei dem Handel mit dem durch den Krieg und innere Unruhen verwüsteten und zerrütteten Frankreich. Auch konnte eine Abnahme der deutschen Einwanderung eintreten, aus der die Nordamerikaner außer-

ordentliche Vortheile für ihre Arbeitskraft, in Ackerbau wie Fabrication, gezogen hatten. 1869 waren 132,539 Deutsche nach den Vereinigten Staaten gekommen, und während der letzten fünf Jahre zusammen genommen gegen 600,000 Seelen. Es konnte darin durch den Krieg ein Stillstand eintreten, der für das Gedeihen der Vereinigten Staaten empfindlich gewesen wäre. Bei Frankreich fürchtete man das Ausbleiben von Zahlungen, bei Deutschland das von Menschen und beides mußte nachtheilig werden. Die Nordamerikaner suchten sich für die sie bedrohenden Verluste so viel als möglich in voraus zu entschädigen, indem sie unermeßliche Quantitäten von Waffen aller Art den Franzosen verkauften, die nach so vielen Niederlagen daran Mangel litten. In allen Häfen wurden solche Frachten für französische Rechnung geladen. Diese Waffenausfuhr, die in keiner andern Zeit so groß gewesen, trug zur Hinneigung des amerikanischen Publicums für Frankreich bei. Denn die dabei interessirten Fabrikanten und Kaufleute übten einen bedeutenden Einfluß auf die Presse und dadurch auf die öffentliche Meinung aus.

Das politische Leben, das überhaupt in den Vereinigten Staaten nie erlischt, wurde durch den gewaltigen Kampf der beiden größten Nationen des europäischen Continents weder unterbrochen noch ihm eine andere als die von den innern Zuständen bedingte Richtung gegeben. Es setzte, ungeachtet der gespannten Aufmerksamkeit, mit der die Ereignisse jenseits des Oceans verfolgt wurden, seinen eigenthümlichen Gang fort. Im Staate New-York wurden einige achtzig junge Männer, die sich für den Dienst der französischen Republik hatten anwerben lassen und sich schon am Bord des Dampfers „Lafayette" befanden, nach Anzeige des norddeutschen Generalconsuls Rösing und auf Befehl der Regierung, zum Verlassen des Schiffes und Aufgeben ihres Vorsatzes genöthigt. Der Dampfer konnte mit seiner für Frankreich bestimmten Ladung von Waffen und seinen übrigen Passagieren ungehindert weiter gehen. Denn die Neutralitätsgesetze der Vereinigten Staaten verbieten das Anwerben zum Kriege gegen eine befreundete Macht und das Auslaufen bewaffneter Schiffe zu demselben Zweck. Der Dampfer „Lafayette" war aber kein Kriegsschiff. Doch können selbst Kriegsschiffe an eine Krieg führende Macht verkauft werden, nur dürfen sie nicht ausgerüstet sein. Eine seltsame und nach gewöhnlichen Begriffen inconsequente Gesetzgebung über Neutralität, deren Abänderung wünschenswerth wäre. Das Ergebniß der am 8. November (1870) vorgenommenen Staatenwahlen, an denen sich kraft des 15. Amendements auch Neger betheiligten, fiel folgendermaßen aus: In New-York stand der Sieg entschieden auf Seite der Demokraten und der wiedererwählte demokratische Gouverneur Hoffmann hatte noch einige Stimmen mehr als 1868 erhalten. Demokratisch wählten außerdem Kentucky, Virginia und Maryland, letzteres ausschließend, ersteres nur mit Majorität. Da-

gegen siegte die republikanische Partei in Massachusetts, Illinois, Michigan, Wisconsin, New-Jersey, Alabama, Tennessee, Missouri, Nevada, Louisiana, Kansas und Rhode-Island, zwar nicht in allen diesen Staaten mit derselben numerischen Stärke, aber doch immer mit ansehnlicher Mehrheit. In Missouri spaltete sich die republikanische Partei in die altrepublikanische und in eine neue „liberal-republikanische", an deren Spitze Karl Schurz stand, der einst zur Befreiung Kinkel's beigetragen hatte, nach den Vereinigten Staaten gegangen und aus einem Flüchtling durch sein Talent eine politische Notabilität geworden war. Schurz erinnert durch seine Laufbahn an den oben erwähnten Franzosen Pierre Soulé, nur mit dem Unterschied, daß dieser aus einem Ultrademokraten ein Reactionär wurde und sich auf Seite der südstaatlichen Aristokraten und Sklavenhalter stellte, Schurz aber den Ueberzeugungen seiner Jugend treu blieb und in seinem neuen Vaterlande für Ermäßigung der Zölle, Reform der Steuergesetze, Entfernung der vielen in den Civilstaatsdienst eingeschlichenen Mißbräuche und überhaupt im Sinne des Liberalismus wirkte.

Die demokratische Partei war im Bürgerkriege besiegt worden und eine Zeit lang politisch annullirt gewesen. Aber sie hatte sich wieder erholt und besonders in den im October für den Congreß in den einzelnen Staaten abgehaltenen Wahlen, gegenüber der bisher herrschenden republikanischen Mehrheit, einen sehr bedeutenden Zuwachs erhalten. Treten nicht außerordentliche Ereignisse dazwischen, die, wenn auch nicht unmöglich, wenig wahrscheinlich sind, so wird der Antagonismus der beiden Parteien, die sich früher einen Kampf auf Leben und Tod geliefert hatten, seine Schärfe und Bitterkeit verlieren, und Republikaner und Demokraten in Amerika, wie Whigs und Tories in England, von verschiedenen theoretischen Standpunkten ausgehend, in der Praxis nach demselben Ziel, dem Glück und der Größe des gemeinsamen Vaterlandes und der Vervollkommnung seiner innern Einrichtungen streben. Man glaubte, nach dem Ergebniß der letzten Wahlen zu urtheilen, daß vielleicht schon im nächsten Congreß eine Vereinigung der Demokraten und derjenigen Republikaner stattfinden dürfte, welche für Freihandel und Reform des Steuerwesens sind.

Das Cabinet hatte Ende October einen schweren Verlust erlitten, indem der Minister des Innern, Cox, eines seiner tüchtigsten und geachtetsten Mitglieder, aus demselben trat, und durch den bisher wenig bekannten Columbus Delano ersetzt wurde. In seinem an den Präsidenten gerichteten Schreiben, das diesen Entschluß kund that, erklärte Cox demselben offen, daß er in seinen Hoffnungen auf Reinigung des Civildienstes getäuscht worden, daß er nicht hinreichende Unterstützung gegen die Angriffe der politischen Speculanten und selbstsüchtigen Parteimänner gefunden habe, denen er ein Dorn im Auge sei, und daß er es für das beste halte, da zu weichen, wo er doch nicht so nützen könne, wie

er gern möchte. Selbst Freunde des Präsidenten hielten nicht mit einer strengen Kritik über gewisse Seiten seiner innern Politik zurück. An Grant's gutem Willen zweifelte Niemand, aber man traute ihm nicht genug Charakterstärke zu, um den ihn umgebenden unlauteren Einflüssen die Spitze bieten zu können. Die Hauptdifferenz scheint in der schmählichen Praxis gelegen zu haben, die unteren Stufen des Beamtenthums zu Parteizwecken förmlich zu besteuern und von ihnen Beiträge für die politischen Agitationen dadurch zu erpressen, daß ihnen mit Entlassung gedroht wurde. Diesen Brauch wollte Cox in seinem Departement nicht dulden, und von diesem Augenblick an verfolgte ihn der Haß der gewerbsmäßigen Politiker.

Am 4. December (1870) trat der im Juli vertagt gewesene Congreß wieder zusammen. Die Botschaft des Präsidenten verbreitete sich über alle Ereignisse der letzten Zeit, von denen die Vereinigten Staaten berührt wurden, unter welchen der große Kampf zwischen Deutschland und Frankreich und die Beziehungen zu letzterem obenan standen: „Sobald ich Kunde davon erhielt", sagt Grant, „daß in Paris eine Republik proclamirt worden sei und das Volk sich derselben ruhig gefügt habe, wurde der Gesandte der Vereinigten Staaten auf telegraphischem Wege angewiesen, dieselbe anzuerkennen und meine Glückwünsche nebst denen des Volkes der Vereinigten Staaten darzubringen. Die Wiedereinsetzung einer Regierung in Frankreich, welche sich von den dynastischen Ueberlieferungen Europa's lossagte, schien mir ein passender Gegenstand für die Theilnahmsbezeugungen der Amerikaner zu sein. Sollte das gegenwärtige Ringen damit endigen, daß die Herzen der Franzosen sich unsern einfacheren Formen einer repräsentativen Regierung zuneigen, so wird dies unserm Volke zu noch größerer Befriedigung Anlaß geben. Während wir keine Anstrengungen machen, um unsere politischen Institutionen den Einwohnern anderer Länder aufzudrängen und während wir bei innern Kämpfen des Auslandes unsere hergebrachte Neutralität bewahren, können wir gegen die Ausbreitung amerikanisch-politischer Ideen in einem so großen und hochcivilisirten Lande wie Frankreich nicht gleichgültig sein. Von der neuen Regierung wurden wir ersucht, uns gemeinschaftlich mit den europäischen Mächten für die Wiederherstellung des Friedens zu bemühen. Die Antwort lautete dahin, daß die feststehende Politik und das wahre Interesse der Vereinigten Staaten es diesen verbieten, sich gemeinschaftlich mit europäischen Mächten in europäische Fragen einzumischen. Auf unofficielle Weise versicherte ich mich, daß die Regierung des norddeutschen Bundes damals nicht geneigt war, solchen Vorstellungen von irgend einer Macht Gehör zu schenken, und obwohl ich den ernstlichen Wunsch hegte, den Kriegführenden, mit denen allen die Vereinigten Staaten in freundschaftlichen Beziehungen stehen, die Segnungen des Friedens wiedergegeben zu sehen, lehnte ich es von Seiten unserer Regierung ab, einen Schritt zu thun, welcher

nur mit Nachtheilen für uns hätte endigen können, ohne den Zweck, um dessenwillen unsere Dazwischenkunft angerufen wurde, zu fördern. Sollte die Zeit kommen, wo ein Handeln der Vereinigten Staaten die Rückkehr des Friedens auch nur um eine einzige Stunde fördern könnte, so soll dieser Schritt von Herzen gern unternommen werden. Angesichts der Anzahl von Personen deutscher und französischer Geburt, die in den Vereinigten Staaten leben, hielt ich es für eine nothwendige Vorsichtsmaßregel, bald nach Eintreffen einer offiziellen Ankündigung des Kriegszustandes von beiden Kriegführenden, die Proclamation zu erlassen, welche die Pflichten der Vereinigten Staaten als neutrale Macht und die Verbindlichkeit der innerhalb ihres Gebietes ansässigen Personen behufs Beobachtung der Staatsgesetze und des Völkerrechts definirte. Dieser Proclamation folgten andere, je nachdem die Umstände dies zu fordern schienen. Nachdem die Bevölkerung auf diese Art im Voraus mit ihren Pflichten und Verbindlichkeiten bekannt gemacht worden war, hat sie dazu beigetragen, Verletzungen der Neutralität der Vereinigten Staaten vorzubeugen."

Im Verlaufe seiner Botschaft bedauerte der Präsident, daß dem Vertrage, die Annectirung Santo Domingo's betreffend, vom Senat die Ratification verweigert wurde, und sagte, sobald es bekannt werde, daß die Vereinigten Staaten das Annectionsproject aufgegeben hätten, werde von europäischen Mächten um Errichtung eines Freihafens daselbst unterhandelt werden. Er erklärte mit Bedauern mittheilen zu müssen, daß die Ausgleichung der Ansprüche, welche aus dem Verhalten Englands während der Rebellion hergeleitet werden, noch zu keinem Abschlusse gediehen war. Soweit das Cabinet von London seiner Ansicht Ausdruck gegeben hat, scheint es nicht einräumen zu wollen, daß das britische Ministerium sich einer Vernachlässigung schuldig gemacht oder während des Krieges eine Handlung begangen habe, welche den Vereinigten Staaten gerechten Grund zur Klage biete. Die feste und unabänderliche Ueberzeugung der letzteren ist das gerade Gegentheil, und deshalb empfiehlt er dem Congreß die Ernennung einer Commission anzuordnen, welche den Betrag und die Stichhaltigkeit der Ansprüche prüfen und dieselben dem Vertreter Ihrer Majestät in Washington vorlegen soll. Der Congreß soll diesem Vorschlag gemäß die Regierung der Vereinigten Staaten zur Ausgleichung dieser Ansprüche ermächtigen, so daß die Regierung das Eigenthumsrecht der Privatansprüche, wie auch die verantwortliche Controle aller Forderungen gegen Großbritannien übernimmt. Ein von Großbritannien geäußertes Verlangen nach einer Beseitigung dieser Differenz würde von Seiten der Vereinigten Staaten ein aufrichtiges Entgegenkommen finden. — In Betreff Canada's beschwerte sich die Botschaft über das daselbst gegen die Fischerleute der Vereinigten Staaten von Behörden und Privatleuten beobachtete unfreundliche

und unnachbarliche Verhalten, und drohte im Wiederholungsfalle mit Beschränkung oder Entziehung der den Canadiern bei ihrem Verkehr mit den Vereinigten Staaten bisher gewährten Begünstigungen.

In seinem Jahresbericht beschäftigte sich der Finanzminister hauptsächlich mit der Frage der Fundirung oder Conversion der Staatsschuld und mit der Rückkehr zur Baarbezahlung. Der Krieg in Europa, bemerkte Boutwell, habe eine Durchführung der Fundirungsacte bisher unmöglich gemacht, aber es sei alles vorbereitet, damit es sobald als möglich geschehen könne. Er sei überzeugt, daß es ihm mit gewissen Zusätzen zur Fundirungsacte gelingen werde, die Staatsschuld in Bonds mit niedrigem Zinsfuß zu verwandeln. Einer dieser Zusätze müsse darin bestehen, von den Nationalbanken die Hinterlegung neuer Bonds als Sicherheit für ihre Noten zu fordern. Amerika habe zu viel Papiergeld und müsse sobald wie thunlich zur Baarzahlung zurückkehren. Zu diesem Zweck empfahl Boutwell Fundirung des gesetzmäßigen Papiergeldes in Bonds zu $3^1/_2$ Proc. und zahlbar je nach dem Ermessen der Regierung innerhalb 10—12 Jahren nach ihrer Ausgabe. Der Emissionspreis soll nicht unter Pari in der Papierwährung sein, das Capital soll in Gold zurückgezahlt, und die Zinsen sollen in Papier gezahlt werden. Dieser Weg werde die Besorgnisse ausländischer Capitalisten in Bezug auf den Credit der Vereinigten Staaten, welcher durch die große Papiergeldcirculation etwas erschüttert worden, wieder beruhigen. In dieser Weise würde das Papiergeld im Betrage von jährlich 50 Mill. Doll. eingezogen werden, ohne die Geschäftsinteressen ernstlich zu stören, und schon die Ankündigung einer solchen Politik würde viel dazu beitragen, die Baarzahlung wiederherzustellen und das Agio innerhalb weniger Wochen auf einen nur nominellen Betrag zurückzudrängen. Einmal die Baarzahlung auf ihren normalen Standpunkt gebracht, würde das aus dem Bondsverkauf nach Amerika kommende Geld den Betrag der Papiergeldeinziehung beinahe balanciren, und diese Vermehrung des Goldes im Lande würde das Papier gar bald auf Pari mit Gold hinauftreiben. Boutwell empfahl dann eine Verminderung der Steuerlasten, wo nur immer ersprießlich, doch müsse man den großen Gewinn gehörig im Auge behalten, der dem amerikanischen Credit im Auslande bereits aus der unvergleichlich raschen Abzahlung der Staatsschuld erwachse. Mit einer weiteren Verbesserung in der Organisation der Steuererhebung werde die Staatsschuld in noch größerem Maße getilgt werden können, selbst bei einer nur mäßigen Verminderung der Steuern.

Motley war von dem Gesandtschaftsposten in London abberufen und Schenk in seine Stelle ernannt worden. Ersterer, ein talentvoller Schriftsteller aber kein Staatsmann, hatte während seiner Mission keine der zwischen der Union und Großbritannien schwebenden Fragen dem Abschluß näher bringen können. Außerdem waren ihm durch seine Instructionen die

Hände sehr gebunden und er gewissermaßen zur Unthätigkeit verurtheilt gewesen. Schenk galt für einen ausgezeichneten Financier, und die öffentliche Meinung drängte nach einer Entscheidung über die aus dem Bürgerkriege her an England zu machenden Forderungen. Der Präsident, der sich in der letzten Zeit mehr mit der Annexion von Santo Domingo als mit der Entschädigungsfrage beschäftigt hatte, richtete endlich eine Botschaft an den Congreß, begleitet von einer Anzahl Actenstücken, aus denen hervorging, daß die amerikanische und die englische Regierung übereingekommen waren, eine gemeinschaftliche Commission, die in Washington tagen sollte, über alle zwischen beiden Ländern vorhandenen Differenzen unterhandeln zu lassen. Beide Theile hatten ihre Commissarien, je fünf für jeden, bereits ernannt. — Der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hatte bis zu seiner Beendigung überall in der Union, besonders aber in den östlich gelegenen Staaten, ununterbrochen die größte Aufmerksamkeit erregt. Aber die anfänglich überwiegend günstige Stimmung für Deutschland war fast in demselben Maße gesunken, wie die Siege der Deutschen zerschmetternder wirkten. Die Waffenausfuhr nach den französischen Häfen wurde endlich verboten (30. Januar 1871) als es offenbar zu spät war, und die Franzosen auf diesem Wege alles, was sie brauchten und wünschten, erhalten hatten. Ohne diese Zufuhr von Kanonen, Flinten und Munition, über den Atlantischen Ocean noch größer als über den Canal, nur daß dieselbe in ersterem Falle bei der größeren Entfernung nicht so genau beobachtet werden konnte, hätten die Franzosen den deutschen Forderungen früher nachgeben müssen und das Blutvergießen würde nicht so lange gedauert haben.

Die Absicht, Cuba zu annectiren, zu der weniger die Regierung als eine Partei sich neigte, welche das ohnedies schon übergroße Gebiet der Vereinigten Staaten noch erweitern wollte, war in der letzten Zeit ganz in den Hintergrund getreten. Aber der Wunsch, die Republik St. Domingo in die Union eintreten zu sehen, besaß unter den Politikern nach wie vor Anhänger, und wurde selbst vom Präsidenten gehegt. Man hoffte, daß St. Domingo, in die Vereinigten Staaten aufgenommen, die benachbarte Republik Hayti mit sich fortziehen werde. Es konnte dies einen Ersatz für Cuba bieten, dessen Annexion ohne einen Krieg, der in diesem Augenblick vermieden werden sollte, nicht ausführbar gewesen wäre, während in Betreff St. Domingo's und Hayti's von Europa her keine Einsprache erwartet wurde. Der Senat ermächtigte den Präsidenten zur Ernennung von drei Commissarien, welche nach St. Domingo gehen sollten, um über die dortige politische Lage und über die Bedingungen des Anschlusses an die Vereinigten Staaten Bericht zu erstatten (22. Dezember 1870). Dieser beschränkte sich, nachdem die Commission sich ihres Auftrages entledigt hatte und nach Washington zurückgekehrt war, auf eine einfache Darstellung der Thatsachen, ohne zu

einem bestimmten Entschluß zu drängen, obgleich die Vorliebe für die Annexion, unter dem scheinbaren Abwägen der Gründe für und gegen, nicht zu verkennen war. „Die Dominikaner", hieß es in der Begutachtung der Commissarien, „bedürfen des Schutzes gegen ihre eigenen Schwächen; sie bedürfen fremder Hülfe zur Hebung der Schätze ihres Bodens. Sie glauben, daß ihrem Bedürfniß nur durch den Eintritt in die Union abgeholfen werden kann. Ihrem innersten Wunsche nach würden sie die Unabhängigkeit vorziehen, halten dieselbe aber für unmöglich." Der Bericht konnte den Präsidenten in seiner Neigung für die Annexion nur bestärken. Aber durch wiederholte Angriffe auf seine Verwaltung zu zögernder Vorsicht gemahnt, erklärte er in einer kurzen Botschaft, daß man in dieser Session in der Angelegenheit nichts weiter vornehmen, sondern dem Volk, ohne dessen Entscheidung die vollziehende Gewalt keine Politik zur Geltung zu bringen habe, Zeit lassen möge, sich mit der Frage über die Annexion St. Domingo's vertraut zu machen.

Am 4. März 1871 löste sich der Congreß auf und der neue, welcher im Herbst vorigen Jahres gewählt worden war, der zweiundvierzigste, trat unmittelbar nachher zusammen. Das Repräsentantenhaus, welches James Blaine von neuem zum Sprecher wählte, enthielt 131 Republikaner und 96 Demokraten, während 16 Sitze noch unbesetzt waren.

Hayti.

Es ist der früheren Schicksale dieser Insel und der beiden auf ihr befindlichen Staaten, der Republik Hayti im engeren Sinne des Wortes, und der Republik St. Domingo, in der Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 (B. II. S. 256—261) gedacht worden. Der General Fabre Geffrard, der nach dem Sturz des ephemeren Kaisers Faustin I. (Soulouque) die Republik wiederherstellte und als Präsident an deren Spitze trat, war einer der besseren und gemäßigteren Machthaber, die auf dieser Insel das Ruder ergriffen haben, erlag aber doch zuletzt der ehrgeizigen Rivalität derer, die sich dort gegen jeden, der die öffentliche Gewalt besitzt, erheben und die Einführung dauernder Zustände unmöglich machen. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung in diesem Negerstaate, daß das militärische Element in ihm absolut dominirt, und alle Veränderungen nicht von Politikern oder Tribunen, sondern immer durch Generale herbeigeführt werden. Geffrard war durch solche seine Stellung beneidende Nebenbuhler gestürzt und zur Flucht nach Jamaica gezwungen worden (März 1867). Er hatte Ordnung und Sparsamkeit in die Finanzverwaltung gebracht, mit dem römischen Hofe ein Concordat abgeschlossen, Schulen gegründet und während seiner Amtsführung sich keiner Gewaltthaten und Grausamkeiten schuldig gemacht, an denen die Geschichte dieses Staates seit seiner Errichtung noch reicher als die der südameri-

kanischen Republiken ist. Er hegte den weisen aber nicht zu Stande gekommenen Plan, die Regierungen von England, Frankreich, Spanien und der Vereinigten Staaten zu einer Garantie Hayti's gegen jede fremde Occupation zu bewegen, wodurch neben der größeren äußern Sicherheit, mehr Ruhe im Innern entstanden sein würde. Nach Geffrard's Entfernung ward eine provisorische Regierung unter dem General Nissage-Saget errichtet, die sich aber bald vor dem General Salnave zurückzog, der, wegen aufrührerischer Anschläge und mehrmaliger Schilderhebungen verbannt, jetzt zurückkehrte und zum Präsidenten gewählt wurde (Juni 1867). Salnave war einer der unruhigsten Köpfe in diesem immer zwischen Despotismus und Anarchie schwankenden Lande. Mit seiner Wahl war die Einführung einer neuen Verfassung verbunden, deren Hauptpunkte in Folgendem bestanden: Mit der Executive wird ein auf vier Jahre zu wählender Präsident betraut; derselbe muß haytischer Bürger und fünfunddreißig Jahre alt sein, und ist wiederholt wählbar, jedoch erst vier Jahre nach seinem Rücktritt von der Präsidentschaft. Die gesetzgebende Gewalt ruht in der Nationalversammlung, welche aus dem Senat und der Repräsentantenkammer besteht. Die Mitglieder letzterer werden direct auf drei Jahre gewählt, dagegen die Senatoren auf zwei Jahre, nach einer von den Wahlcollegien vorzulegenden Liste, durch die Repräsentantenkammer ernannt. Vier verantwortliche Minister stehen dem Präsidenten der Republik zur Seite. Die Richter sind unabsetzbar. Die katholische ist die Staatsreligion, doch ist jeder andere Cultus erlaubt. Nur ein Eingeborener von Hayti kann Bürger und Grundbesitzer sein. — Es erfolgte eine allgemeine Amnestie, von der nur der gestürzte Präsident Geffrard ausgenommen war. Selbst der ehemalige Kaiser Faustin konnte zurückkehren, starb aber schon nach einigen Wochen. Mit San Domingo ward ein Vertrag abgeschlossen (26. Juli 1867), in welchem beide benachbarte Republiken sich gegenseitig ihr Gebiet garantirten. Aber schon im October desselben Jahres erklärte St. Domingo Krieg an Hayti, wegen der daselbst dem ehemaligen Präsidenten Baez gewährten Unterstützung. Doch kam es zu keinem eigentlichen Zusammenstoß, indem es beiden Theilen an Kräften dazu fehlte, und mit Baez Wiedereinsetzung fiel der Grund zu weiteren Feindseligkeiten von selbst weg.

Damit trat aber im Innern noch keine Ruhe ein. Die Landbevölkerung, seit Jahren an Unordnungen und Kämpfe unter der Führung bald dieses bald jenes Parteihauptes gewöhnt, blieb in fortwährender Aufregung, und Banden von müßigen Pächtern und Tagelöhnern zogen plündernd im Lande umher. Bald brach wieder der Bürgerkrieg aus, indem die Generale Nissage-Saget und Pétion-Faubert die Autorität des Präsidenten Salnave nicht länger anerkennen wollten. Die beiden Generale hatten die Neger im Norden der Insel, die sogenannten Cacos, für sich

gewonnen und brachten den schlecht organisirten Regierungstruppen wiederholt Niederlagen bei. Nachdem Nissage-Saget sich des Forts Diamant und der Stadt St. Marc bemächtigt hatte, proclamirte er (Mai 1868) die Wiedereinsetzung Geffrard's, kehrte sich jedoch an diese Ernennung nicht lange, und nahm die Präsidentschaft für sich selbst in Anspruch. Noch mehrere andere Generale wurden von den Aufständischen zu Präsidenten ausgerufen, von denen aber nur einer, Dominguez, in der Stadt Aux-Cayes festen Fuß fassen konnte. Nissage-Saget und Dominguez richteten jetzt jeder für seinen Bereich eine förmliche Regierung ein, so daß es in der Republik drei Häupter oder vielmehr Gewaltherrscher gab. Nach einem fast zweijährigen, wechselvollen und verheerenden Bürgerkriege mußte Salnave, der unter der Menge seine frühere Popularität ganz verloren hatte, unterliegen. Am 13. November 1869 wurde Cap-Hayti, am 20. Dezember Port-au-Prince von den Aufständischen genommen, und Salnave mit dem Rest seiner Truppen im Fort Alexander, bei Port-au-Prince gelegen, eng eingeschlossen. Am 26. Dezember capitulirte auch dieses Fort. Salnave, der heimlich entkommen war, wurde auf der Flucht entdeckt und ohne weiteres Verfahren erschossen (10. Januar 1870). General Nissage-Saget, der zu Salnave's Sturz am meisten beigetragen, wurde auf vier Jahre (bis zum 15. Mai 1874) zum Präsidenten erwählt.

Die Ereignisse, die in dem Theil der Insel Hayti vorgingen, der die Republik St. Domingo oder die dominicanische Republik ausmacht, sind in der „Geschichte der Jahre 1860 bis 1867" (Bd. II. S. 259—261) erwähnt worden. General Cabral, 1866 zum Präsidenten ernannt, war nicht im Stande, die ihm entgegengesetzten Parteien und Gesinnungen für sich zu gewinnen oder in Furcht zu setzen. Schon im nächsten Jahre nach seiner Erwählung gaben sich Anzeichen einer gegen ihn gerichteten Gährung kund, die er weder ableiten noch ersticken konnte. Im Januar 1868 wurde Cabral gestürzt und sein Vorgänger, General Baez, wieder auf den Präsidentenstuhl gesetzt. Es gelang Cabral, der unter den Generalen Anhang besaß, ein kleines Heer zusammenzubringen, um die verlorene Stellung wieder zu erlangen. Zwar wurde er, mehrmals geschlagen, im März 1869 gezwungen, sich dem Präsidenten Baez zu unterwerfen, begann aber den Bürgerkrieg von neuem, als der zu seiner Partei gehörige General Lupercon mit dem Kriegsdampfer Telegrafa in der Bai von Samana erschien, die Stadt gleichen Namens beschoß und eine Anzahl Truppen landen ließ. Vergebens erklärte die Regierung diesen General und seine Officiere für Seeräuber und befahl die Vernichtung des Dampfers, Cabral zog aus dem Süden der Insel Verstärkungen an sich und setzte den Krieg mit zunehmendem Erfolge fort. Baez, bedrängt, verlassen und daran verzweifelnd, sich des Gegners aus eigener Macht erwehren zu können, schloß mit

dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Vertrag ab, vermöge dessen, vorbehaltlich der Bestätigung des Congresses zu Washington, Stadt und Bai von Samana den Nordamerikanern, gegen eine Summe von 1,500,000 Dollars, überlassen werden sollten. Präsident Grant, der von dieser Erwerbung für den Handel von Florida und Luisiana große Vortheile erwartete, beeilte sich, das Sternenbanner schon am 6. December (1869) auf einer Halbinsel der Bai von Samana aufpflanzen zu lassen. Diese Abtretung erregte unter der nationalen Partei in St. Domingo große Unzufriedenheit, aber die Masse des Volkes war für die Annexion. Cabral und Lupercon erhoben Protest gegen den Verkauf, als einen Verfassungsbruch und einen Verrath am Vaterlande. Obgleich Grant den Vertrag eindringlich befürwortete, so wurde derselbe dennoch vom Senat, aus Rücksicht auf die allgemeine Lage der Vereinigten Staaten, verworfen (30. Juni 1870) und das denselben angebotene Protectorat über St. Domingo nur bis zum Juli 1872 angenommen.

Cuba.

Das System, nach welchem früher alle spanischen Colonien regiert wurden, war in Cuba, ungeachtet der vielen seit 1808 im Mutterlande eingetretenen Veränderungen, dasselbe geblieben. Es konnte im Ganzen für das mangelhafteste gelten, das von einem christlichen und civilisirten Volke angewandt worden ist. Die absolute Monarchie dauerte dort in ihrer ganzen Schwere und Ausdehnung fort, nachdem sie in Spanien längst aufgehört hatte. Die königliche Ordonnanz vom 28. Mai 1825, welche den militärischen Statthalter oder Generalcapitän, unter der obersten Autorität des spanischen Ministeriums, zum unumschränkten Gebieter auf der Insel machte, stand noch bis in der letzten Zeit in voller Kraft. Sie lautete in ihren Grundzügen folgendermaßen: „Der König, um auf seiner kostbaren Insel Cuba seine legitime und souveräne Macht, so wie die öffentliche Ruhe zu erhalten, verleiht dem Generalcapitän alle Gewalt, welche die Militärgesetze den Commandanten belagerter Städte gewähren, nicht allein die ausgedehnteste und unumschränkteste Vollmacht, jeden von der Insel zu verbannen, ohne Ansehen der Person, des Ranges oder Standes, dessen Gegenwart ihm Besorgniß einflößen könnte, sondern auch das Recht, in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung jede Verordnung zu suspendiren." — Cuba besaß keinen Colonialrath, keine Vertretung der Bevölkerung. Bitten und Beschwerden konnten nur durch die Hände des Generalcapitäns an die Regierung in Madrid gelangen, die sie entweder zurückwies oder mit Stillschweigen überging. Sie waren außerdem selten und setzten die, welche diesen Weg

betraten, dem Mißfallen des Generalcapitäns aus, der solche Petitionen als eine Beeinträchtigung seiner Macht und Würde ansah, und vollauf die Mittel besaß, sich dafür an den Bittstellern zu rächen. Unter der Regentschaft der Königin Christine hatte man zwei Abgeordnete Cuba's in die Cortes berufen, denen aber, als sie in Madrid erschienen, der Zutritt verweigert wurde. Die alten Mißbräuche und Uebelstände waren dieselben geblieben, und außerdem neue hinzugekommen. Die Eingeborenen waren politisch vollkommen annullirt. Die Richter, die Beamten, die Officiere, kamen alle aus Spanien. Selbst die unteren Agenten der öffentlichen Gewalt wurden von dort her nach der Insel geschickt. Man wollte den Cubanern, deren Unzufriedenheit man kannte, jedes Mittel des Einflusses und jede Möglichkeit der Unabhängigkeit entziehen, ohne ihre gerechten Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn schon Spanien unter den Augen der Nation und der Kritik Europa's, ungeachtet seiner Volksvertretung und Presse, von seiner Regierung schonungslos ausgebeutet wurde, so geschah dies mit dem fernliegenden und von allen politischen Garantien entblößten Cuba in noch viel höherem Maß. Steuern aller Art lasteten schwer auf der Bevölkerung. Fremde Producte mußten hohe Zölle entrichten, während spanische Weine, spanisches Mehl, spanische Fabricate zollfrei in's Land kamen. Mehl nahm häufig seinen Weg über Cadix, und kam von dort verdorben in Cuba an. Der Schleichhandel, namentlich mit Tabak, war an der Tagesordnung. Die Grundsteuer wurde von Zeit zu Zeit immer höher hinaufgeschraubt. Wurde ein Sklave verkauft, d. h. wechselte er seinen Besitzer, so erhielt die Regierung 6 Proc. seines Werthes. Das Budget für 1862 betrug 126 Mill. Franken. Hiervon wurden 40 Mill. für die Verwaltung, eben so viel für die Armee, 20 Mill. für die Marine verwendet, das übrige floß, anstatt im Lande zu bleiben, nach Madrid. Zu dem spanischen Generalbudget trugen Cuba und Portorico 35 Proc. mit nur 2 Mill. Einwohnern, Spanien mit 16 Millionen 65 Proc. bei. Marfori, der persönliche Günstling und letzte Colonialminister Isabella II., hatte die Gewohnheit, wenn ein Deficit in seiner Kasse eintrat, was oft vorkam, Wechsel auf die Bank in der Havana, eine Regierungsbank, deren Noten Zwangscurs haben, in Umlauf zu setzen. 1866 that er dies in so beträchtlichen Summen, daß die Noten der Bank gegen Gold einen Cursverlust von 25 Proc. erlitten, und daß die Bank ihre Zahlungen zeitweilig einstellen mußte. Die Richter waren bestechlich, die Procedur kostspielig und langsam; die Beamten saugten die Bevölkerung aus, um so bald als möglich nach Spanien bereichert zurückkehren zu können; das spanische Militär behandelte die Insel wie ein erobertes Land. Kein Wunder, daß jeder Cubaner, überhaupt jeder, der daselbst seine Heimath und eine Zukunft hatte, an die Abschüttelung dieses Jochs dachte und je Gelegenheit dazu benutzen wollte. Man trat zu diesem Zweck in geheimen

Verbindungen zusammen, sammelte Geld und suchte Anknüpfungen in den Vereinigten Staaten, um dort im gegebenen Moment Unterstützung zu erlangen.

So lange in den Südstaaten der Union Sklaverei bestand, hatten sich diese viele Mühe gegeben, die Insel zu annectiren. Jeder neue Sklavenstaat vermehrte ihren Einfluß und die Zahl ihrer Stimmen im Congreß, und Cuba, ihrem Unternehmungsgeist geöffnet, würde bedeutend zur Vermehrung ihres Reichthums und ihrer Macht beigetragen haben. Schon 1846 versuchten sie eine Gesellschaft zu bilden, um für 200 Mill. Doll. die Insel der spanischen Regierung abzukaufen. Die Versuche, mit bewaffneter Hand einen festen Punkt an der Küste von Cuba zu gewinnen und dadurch weitere Invasionen vorzubereiten, die mit der Hinrichtung eines der Führer, Lopez, tragisch endigten (August 1851), gingen von den Sklavenhaltern in den Südstaaten aus, und eine thätige Unterstützung von Seiten der nordamerikanischen Regierung unterblieb nur, weil England und Frankreich sich entschieden dagegen erklärten. 1852 schlugen diese Mächte der Regierung der Vereinigten Staaten vor, Spanien den Besitz Cuba's zu garantiren, wurden jedoch vom Präsidenten Fillmore mit der Erklärung abgewiesen, daß die Union bei der nächsten Gelegenheit Cuba zu annectiren denke, das seiner Lage nach zu ihr gehöre. 1858 kamen die Gesandten von Nordamerika, Spanien, Frankreich und England in Ostende zusammen, um über einen Abtretungsvertrag mit dem spanischen Cabinet zu unterhandeln. Die Rebellion der Südstaaten und die Aufhebung der Sklaverei veränderten die Sachlage, aber nicht die Neigung zur Einverleibung Cuba's. Schon seit lange suchte die Regierung in Washington auf den Antillen festen Fuß zu fassen, wo der englische Einfluß überwiegt, Cuba, die Königin der Antillen, wie es mit Recht nach seiner Lage, Ausdehnung und Fruchtbarkeit genannt wird, einem mächtigen Besitzer die Herrschaft im mexicanischen Golf und dem caraibischen Meer sichernd, wird noch wichtiger werden, wenn ein Canal, wie beabsichtigt wird, den Atlantischen und Stillen Ocean verbindet. Der bedeutendste Ausfuhrartikel Cuba's, Zucker (1862 producirte es 10 Millionen Centner) geht zu Vierfünftel nach den Vereinigten Staaten, und für seinen Bedarf an Getreide ist dasselbe naturgemäß auf letztere gewiesen. Endlich würde durch die Einverleibung Cuba's die Monroe-Doctrin abermals zur Anwendung kommen (das erste Mal durch den Abzug der Franzosen aus Mexico), abgesehen davon, daß die Verwandlung monarchischer in republikanische Institution in jedem amerikanischen Herzen ein lebendiges Echo findet.

Das Madrider Cabinet, mit dieser Lage der Dinge nicht unbekannt, schien im Jahr 1866 diesem traurigen Zustande ein Ende machen zu wollen, und berief eine Junta zur Berathung über die in Cuba vorzunehmenden Reformen ein. Allein der üble Wille oder die Unfähigkeit

der spanischen Regierung zeigte sich schon darin, daß sie jene Junta zur Hälfte mit eigenen Bevollmächtigten, die entschiedene Gegner jeder Verbesserung waren, besetzte, und für die Wahlen auf Cuba einen Modus aufstellte, der die Feinde der Reform begünstigte. Schließlich legte sie der Junta, als sie endlich zusammengetreten war, statt eines allgemeinen, zusammenhängenden Plans, nur einige auf die Regulirung der Sklavenarbeit bezügliche Fragen vor. Doch ließen sich die Cubaner dadurch nicht abhalten, umfassende Reformen, die von der veralteten und planlosen Colonialpolitik des Madrider Cabinets vortheilhaft abstachen, in Anregung zu bringen. Sie verlangten ein constitutionelles System, Preßfreiheit in gesetzlichen Schranken, Petitionsrecht für die Vertretung der Insel, das Recht öffentliche Aemter zu bekleiden, Vereins- und Versammlungsrecht, Vertretung der Colonie in den Cortes und eine Provinzialjunta für die Localangelegenheiten. Außerdem wurden eingehende Vorschläge für die Reform der Municipalverfassung gemacht. Die oberste Gewalt auf der Insel sollte im Namen des Königs ein Statthalter ausüben, der aber Ausnahmszustände nur in Uebereinstimmung mit der gesetzgebenden Versammlung der Insel verhängen konnte. Obgleich zwei Männer von Rang und Autorität wie Serrano (Herzog de la Torre) und Dulce (Marquis von Castellflorita), die Generalcapitäne von Cuba gewesen, die Klagen und Bestrebungen der Cubaner als gerecht anerkannten und zur Durchführung der dringend verlangten Reformen riethen, wollte die Regierung sich zu keinen Zugeständnissen verstehen, namentlich nicht die Vollmachten der Statthalter beschränken, keine Vertretung Cuba's in den Cortes und überhaupt keine Verfassung bewilligen. Das Cabinet der Königin Isabella stand ganz unter dem Einflusse der sogenannten Peninsularpartei, d. h. derjenigen, welche Cuba nur als Gegenstand der Ausbeutung für das Mutterland in Betracht zog.

Die socialen Reformbestrebungen der Cubaner scheiterten eben so wie die politischen an dem Widerstande des Ministeriums. Die Grundbesitzer auf Cuba hatten längst begriffen, daß freie Arbeiter ihnen nützlicher als Sklaven sein würden und bei mehreren Gelegenheiten für Emancipation der Neger petitionirt. Aber die spanische Regierung war einer solchen theils aus Anhänglichkeit an veraltete national-ökonomische Principien, mehr aber noch aus politischem Interesse immer entgegen gewesen. Sie wußte, daß die große Menge von Sklaven auf Cuba und die Nähe des Negerstaates Hayti die weiße Bevölkerung in beständiger Besorgniß vor einem Sklavenaufstande erhielt, und glaubte, daß die Cubaner, so lange die Sklaverei bei ihnen dauere, sich keinem gewaltsamen Bruch mit dem Mutterlande, von dem sie in diesem Fall allein Schutz erwarten konnten, aussetzen würden. Obgleich Spanien seit 1808 bei sich so viele Umwälzungen, Staatsstreiche, Aufstände, Bürgerkriege durchgemacht hatte, so war doch seine Colonialpolitik und die Ueber-

zeugung, daß die Negersklaverei die Grundlage derselben ausmachen müsse, dieselbe geblieben. Die spanische Regierung war 1815 durch den Wiener Congreß genöthigt worden, den Sklavenhandel zu verbieten und hatte sich 1817 in einem Vertrage mit England verpflichtet, auch dem heimlichen Sklavenhandel ein Ende zu machen, wofür sie sogar eine Entschädigung von 400,000 Pf. St. annahm. Dessen ungeachtet duldete Spanien theils um den Staatsschatz zu füllen, theils um das Streben der Cubaner nach Unabhängigkeit im Zaum zu halten, den heimlichen Sklavenhandel, durch den sich, außer andern hochgestellten Personen, die Generalcapitäne bereicherten. Es weigerte sich hartnäckig, denselben nach dem Vorgange von England und den Vereinigten Staaten für Seeraub zu erklären, und zwang Vereine, die zu diesem Zweck in Cuba entstanden waren, sich aufzulösen. Aber die spanische Regierung begnügte sich nicht mit der heimlichen Verletzung feierlich eingegangener Verpflichtungen, sondern schritt in der Umgehung derselben noch weiter vor. Nach dem Vertrage mit England sollten die sogenannten Emancipados, d. h. Sklaven, deren heimliche Einführung in die Insel verhindert worden war, von dem Generalcapitän verantwortlichen Männern zum Schutz übergeben, und nachdem sie für erhaltenen Unterricht in der Religion und in irgend einem Handwerk eine fünfjährige Dienstzeit durchgemacht, den Weißen gleichberechtigt werden. Der Generalcapitän Joseph de la Concha erhöhte, bestochen durch die Dienstherren der Emancipados, diese vorbereitende Frist thatsächlich um drei Jahre, und nicht selten wurden diese Leute, die zur Freiheit bestimmt waren, geradezu als Sklaven verkauft. Die Kinder der Emancipados wurden meist mit denjenigen der Sklaven vermischt und als solche behandelt. Als der Generalcapitän Dulce diesen und vielen andern Ungerechtigkeiten ein Ende machen wollte, mußte er seine Entlassung einreichen. In ganz ähnlicher Weise verfuhr man mit den Chinesen, nachdem man deren durch allerlei Vorspiegelungen über 30,000 nach Cuba gelockt hatte. Durch ein Decret ward verfügt, daß jeder Chinese stets einen Herrn haben oder in seine Heimath zurückkehren müsse. Da es diesen armen Menschen unmöglich war, in der Dienstzeit, zu der sie sich contractlich verpflichtet hatten, die Mittel zur Rückkehr zu erwerben, so konnte die Regierung aus dem unvermeidlich werdenden Dienstwechsel derselben wieder Vortheil ziehen, indem sie sich von jedem neuen Dienstherrn gegen 170 Fr. bezahlen ließ.

Da die Einwohner Cuba's so wie die Portorico's nicht aufgehört hatten, auf Abschaffung der Sklaverei zu dringen, so mußte diese Frage bei den Berathungen der 1866 in Madrid einberufenen Junta in den Vordergrund treten. Die cubanischen Abgeordneten wiesen zunächst darauf hin, wie sehr Spaniens Ruf in den Augen der anderen Nationen durch die Sklavenhaltung leide, indem es unter allen europäischen Nationen allein noch mit diesem Makel behaftet sei, und machten darauf auf-

merksam, wie die Furcht vor einem Sklavenaufstande bereits alle Unternehmungen lähme, die Güter entwerthe und die Auswanderung des Capitals und der Capitalisten veranlasse. Sie gaben dann Mittel zu einer stufenweisen Abschaffung der Sklaverei an, die eben so gemäßigt als ausführbar waren. Die spanische Regierung wagte es nicht, diese Anträge zu verwerfen, erklärte sich vielmehr mit ihnen grundsätzlich einverstanden, that aber nicht nur nichts, um sie zu verwirklichen, sondern vermehrte noch die Unzufriedenheit der Cubaner durch die im Sommer 1868 eingeführte Erhöhung der directen Steuern um 10 Proc. und die Verfolgung der Führer der Reformpartei.

Die Unzufriedenheit war in Cuba auf's höchste gestiegen und ließ einen baldigen Ausbruch erwarten, als die Nachricht von dem Sturz der Königin Isabella II. und der Einsetzung einer provisorischen Regierung sich mit Sturmeseile über die Insel verbreitete. Man hoffte für die Colonie wie für das Mutterland eine bessere Zeit, aber für erstere sollte diese Aussicht wieder verschwinden. Hätten die Mitglieder der provisorischen Regierung, welche wie Serrano und Prim die Insel aus eigener Anschauung kannten, mit eben der Schnelligkeit, mit welcher sie die Verschwörung gegen Isabella's Thron zur Ausführung brachten, die nothwendigen Zugeständnisse gemacht, so würde sich daselbst keine aufständische Bewegung erhoben haben. Statt dessen begnügte man sich in Madrid Cuba zwei Sitze in den constituirenden Cortes anzubieten, während die Cubaner eine Colonialregierung nach englischem Muster verlangten. Den größten Mißgriff begingen aber die neuen Machthaber in Madrid dadurch, daß sie den General Lersundi noch Monate über als Statthalter in Cuba ließen, der nicht nur auf der Insel durch seine Verfolgung der Reformpartei verhaßt war, sondern auch eine Zeit lang die spanische Revolution nicht anerkennen wollte, in Urkunden und an öffentlichen Gebäuden die bourbonischen Abzeichen beibehielt und in einer Proclamation erklärte: die Cubaner möchten nicht die geringste Besorgniß hegen, daß eine unüberlegte Handlung des spanischen Volkes sie in ihrem Frieden stören werde. Als Lersundi endlich abberufen und der auf der Insel beliebt gewesene, frühere Generalcapitän Dulce zu seinem Nachfolger ernannt wurde, war es zu spät, um den innern Frieden zu erhalten. Der Aufstand brach Mitte October (1868) in dem gebirgigen und von Truppen entblößten Osten der Insel aus. Zuerst erhob sich eine Anzahl Unzufriedener zu Yara und kündigte der Regierung den Gehorsam auf, ohne jedoch die Absicht der Trennung von Spanien auszusprechen. Die Bewegung ergriff Bayamo, Jiguani, Holguin, dann Cobra, Juan de los Remedios und näherte sich Porto Principe. Der Aufstand gewann an Ausdehnung, als aus Madrid ein die Freiheit der Wahlen äußerst beschränkendes Decret anlangte und Dulce, den von ihm gehegten Erwartungen entgegen, Preßfreiheit und Vereinsrecht aufhob,

die Militärcommissionen nicht abschaffte, und zuletzt den Belagerungszustand über die ganze Insel verhängte. Jetzt nahm die Bewegung größere Dimensionen an und legte ihr Ziel ohne Rückhalt dar. Zwei in allen Schichten der Bevölkerung populäre Männer, der Advocat Carlos Manuel Cespedes und der Gutsbesitzer Aguilera stellten sich an die Spitze, riefen die Bevölkerung zu den Waffen, erklärten die Abschaffung der Sklaverei, die Einführung der Republik, und setzten in Guaimaro eine demokratische Regierung ein. Sie organisirten einen Guerillakrieg, dessen Kern die aus Eingeborenen gebildete Provinzialmiliz bildete, die sich aus Landleuten, Hirten, frei gewordenen Sklaven verstärkte, und in kurzer Zeit sich einer Reihe wichtiger Plätze bemächtigte.

Die provisorische Regierung in Madrid hatte anfänglich den Aufstand für unbedeutend gehalten und dem General Dulce, als sie ihn nach Cuba schickte, nur wenig Verstärkung mitgegeben. Aber außer den spanischen Truppen hatten sich die auf der Insel anwesenden spanischen Beamten aller Art, Kaufleute und Handwerker, militärisch organisirt und waren, mit Vernichtung ihrer bisherigen Existenz bedroht, entschlossen, dem Aufstande die Spitze zu bieten. Die Besorgniß vor dem Verlust Cuba's entflammte den Nationalstolz im Mutterlande, und zahlreiche Schaaren Freiwilliger (Voluntarios) schifften sich in den spanischen Häfen ein, um ihren bedrängten Landsleuten in der Colonie zu Hülfe zu kommen. Der geborene Spanier war gewohnt, in den überseeischen Besitzungen als ein Gebieter aufzutreten, dieselben, obschon so viel von ihnen verloren gegangen, als einen unveräußerlichen Bestandtheil seiner Heimath und ihr Aufgeben als einen Schimpf für sein Volk anzusehen. Den Voluntarios war Dulce, obgleich er es an Beweisen von Strenge gegen die Aufständischen nicht hatte fehlen lassen, in der Vertheidigung der spanischen Suprematie nicht eifrig genug, weshalb sie ihn ohne weiteres absetzten und nach Spanien zurückschickten (Juni 1869). Diese Freiwilligen sahen sich in Cuba als die Repräsentanten ihres Landes an, traten als eine selbständige Regierung auf, setzten Beamte ein und ab, verurtheilten die Anhänger der Nationalregierung zur Confiscation, zum Tode, und drückten dem Kriege einen blutigeren und verheerenderen Charakter auf, als er anfänglich gehabt hatte.

Dulce's Nachfolger, der General Caballero de Rodas, erhielt den Auftrag, die Erhebung schleunigst niederzuwerfen, kam aber damit nicht zu Stande, und reichte nach einem Jahr entmuthigt seine Entlassung ein. Er und der in seine Stelle ernannte Graf Valmaseda ließen Massen von Gefangenen erschießen, ohne daß der Aufstand unterdrückt worden wäre. Die Anführer der königlichen Truppen und der Insurgenten wetteiferten miteinander an Grausamkeit. Quesada, der Chef der Guerillas, blieb Valmaseda nichts schuldig, übertraf denselben sogar

zuweilen. Indessen nahmen die Hülfsquellen der demokratischen Partei allmählich ab, während die Royalisten ihre Verluste aus Spanien ersetzt erhielten. Die spanischen Truppen drangen allmählich in die gebirgigen Theile der Insel und vertrieben die Insurgenten aus ihren Schlupfwinkeln. Das zahlreiche spanische Geschwader bewachte die Landungsplätze, und hielt jeden Zuzug von Außen, jede fremde Hülfe ab. Mit Hülfe ihrer Dampfschiffe gelangten die Spanier schnell von einem Punkt der Insel zum andern, während die Aufständischen die längeren Landwege einschlagen mußten. Die Erhebung gegen die spanische Krone, die 1810 auf dem amerikanischen Continent begann, mit dem Aufstand in Cuba verglichen, so hatte diese einen andern Charakter gehabt. Abgesehen von den unermeßlichen Landstrecken, welche die Spanier nicht besetzen oder absperren konnten, hatten sich damals die Indianer an der Revolution betheiligt und den Kampf, wenn die Creolen geschlagen oder erschöpft waren, unermüdlich fortgesetzt oder immer wieder von neuem aufgenommen. Diese Art von Succurs fehlte jetzt, wie jeder andere, der cubanischen Demokratie. Die Neger auf der Insel waren nur zu Befestigungsarbeiten und dergleichen zu brauchen, gaben aber keine tauglichen Soldaten ab. Da der Aufstand nicht vorwärts kam, so mußte er nach und nach zurückweichen. Seine Häupter besaßen kein organisatorisches Talent, durch das sie allein die numerische Ueberlegenheit ihrer Feinde hätten ausgleichen können. Eine Bevölkerung, wie die Creolen in Cuba, die immer in vollkommener Abhängigkeit gehalten wurde, keinen Instinkt und keine Traditionen der Freiheit besitzt, wird schwerlich aus eigener Macht seine Unabhängigkeit erringen. Fremde Hülfe könnte den Cubanern nur von Amerika werden, da Europa einer Veränderung in ihrer politischen Stellung eher entgegen sein, als zu ihr die Hand bieten würde. Es giebt in den Vereinigten Staaten eine Partei, welche diese große und reiche Insel gern annectiren möchte, aber sie scheint, wenigstens in diesem Augenblick (1872), nicht die zahlreichere zu sein. Die Aufnahme einer Million Romanen und Katholiken, wie die Cubaner, in den wesentlich germanischen und protestantischen Verband der Vereinigten Staaten, könnte diesen eher Verlegenheiten bereiten als ihre Macht vermehren. Wäre eine Föderation der aus den spanischen Colonien entstandenen Republiken möglich, so könnte Cuba unter ihnen bei der Gleichheit der Sprache und Religion eine angemessene Stellung finden. Aber diese Aussicht ist fern und ungewiß. Dagegen scheint so viel sicher und nahe liegend zu sein, daß die Negersklaverei auch in Cuba, wo sie ihr letztes großes Bollwerk gehabt, in Folge des innern Krieges aufhören wird.

Die zu Amerika gehörigen Inseln haben für die Seemächte nicht mehr dieselbe Bedeutung wie in früheren Zeiten. Selbst Jamaica, obwohl in britischen Händen, erfreut sich nicht mehr desselben Flors wie noch vor dreißig Jahren, und hat keine Aussicht, daß seine glückliche Epoche wiederkehren wird. Diese und ähnliche Colonien befinden sich in einem Uebergangszustande, der entweder zu einer festeren Einfügung in das Mutterland oder, was wahrscheinlicher ist, zu einer gänzlichen Trennung von demselben führen wird. Das Colonialwesen in der westlichen Hemisphäre scheint seine Rolle in der Geschichte der modernen Staaten ausgespielt zu haben. Den ersten großen Stoß bekam es durch die Gründung der Vereinigten Staaten, dann der mittel- und südamerikanischen Republiken und des Kaiserreichs Brasilien, und allmählich werden die Inseln nachfolgen, unter welchen Hayti schon den Anfang zur Losreißung gemacht hat. Dagegen regt sich in der Südsee ein neues Leben, das einer großen Zukunft entgegen geht. Seinen Sitz wird es auf den zahllosen Inseln gründen, die, wie die Gestirne der Milchstraße im ewigen Aethermeer, zu beiden Seiten des Aequators im Stillen Ocean hin gelagert sind. Den Anfang dazu machten die Goldentdeckungen in Californien und Australien, als sich ein Strom thatkräftiger, europäischer Menschen in die ehedem öden Länder ergoß; hierauf gingen die Russen den Amur abwärts, und schufen sich einen Ausweg nach dem großen Ocean; China und Japan wurden dem Weltverkehr erschlossen. Regelmäßige Dampferlinien durchkreuzen seit dem Jahr 1866 die weiten Fluthen zwischen dem amerikanischen und asiatischen Continent; der Missionär, der Naturforscher, der Kaufmann, der Wallfischjäger ziehen von Eiland zu Eiland und verfolgen ihre Zwecke, die zugleich die der Civilisation sind. Unaufhaltsam stirbt das eingeborne Geschlecht hin, und in die Stelle der untergehenden Völker treten neue. Die Südsee mit ihren Inseln und Küsten scheint zu einem ähnlichen ethnischen Processe bestimmt zu sein, wie der, welcher sich in West- und Südeuropa in der Völkerwanderung vollzog. Das Resultat der großen Bewegung liegt noch in weiter, dunkler Ferne, aber der Anfang dazu läßt sich schon erkennen.

Zuerst waren es Spanier und Portugiesen, welche im Osten und Süden Asiens sich niederließen; ihnen folgten zunächst die Holländer, die noch jetzt im indischen Ocean, auf den sundischen Inseln, große und reiche Colonien besitzen. Die romanischen Nationen hatten im 15. und 16. Jahrhundert in fast jeder Richtung einen gewaltigen Aufschwung genommen. War es doch ein Genuese, der Amerika entdeckte, und ein Florentiner, von dem der neue Welttheil seinen Namen erhielt. Aber die Rolle der Eroberer in der westlichen Hemisphäre fiel den Spaniern und Portugiesen zu, da Italien durch seine Zerstückelung für große und nationale Unternehmungen zu schwach war, während Spanien und

Portugal, in sich einig, durch den langen und zuletzt siegreichen Kampf gegen den Islam und die Araber gestählt, ein stolzes Selbstgefühl gewonnen hatten und auf kühne und ferne Unternehmungen, wie damals kein anderes Volk, vorbereitet waren. Spanier und Portugiesen waren schon durch ihre geographische Lage auf den Westen gewiesen, wo sich nach der Entdeckung Amerika's dem Thatendrang, dem Golddurst, der Wißbegierde, dem Hange zu Abenteuern, ein unermeßliches Feld eröffnete. Sie hatten auf dieser Bahn keine ebenbürtigen Nebenbuhler zu fürchten. Die einst so seemächtige Hansa war gesunken und Deutschland, obgleich in der ideellen Sphäre der Menschheit groß, konnte bei seinen religiösen und politischen Spaltungen mehr kein entscheidendes Gewicht in die Waagschale der realen und praktischen Interessen warfen. Frankreich, von innern Kämpfen zerrissen, England von den katholischen Mächten bedroht, waren außer Stande, ihre Macht über den Ocean zu tragen und fanden, als sie dies unternahmen, Spanier und Portugiesen schon im Besitz des größten Theiles der transatlantischen Welt. Die beiden Völker der pyrenäischen Halbinsel herrschten jenseit der Meere über Ländercomplexe, wie man seit dem Untergange des römischen Reiches nicht mehr unter derselben Leitung vereinigt gesehen hatte, und bei Spanien kam noch die Präponderanz hinzu, die es eine Zeit lang in Europa ausübte. Aber diese glänzende Situation entbehrte der politischen und administrativen Weisheit, die allein erobernde Völker auf ihrer Höhe zu erhalten und ihren Erfolgen Dauer zu verschaffen vermag. Spanien und Portugal sanken ohne äußeres Mißgeschick in sich selbst, verarmten mitten unter ihren künstlichen Schätzen, verloren die Schwungkraft, von der sie früher emporgetragen worden, und traten hinter einem Volk wie die Engländer zurück, das ursprünglich von der Natur weniger begünstigt und langsamer gereift, durch seine Einrichtungen und Gesetze, durch die seltene Mischung von conservativer und progressiver Kraft in seinem Wesen, ein Vorbild für die Nationen wurde, und in Europa wie jenseits der Meere eine neue Epoche in der Geschichte begann.

Nachdem die Briten ihr großes ostindisches Reich vollendet hatten, wandte ihr Unternehmungsgeist sich mit verdoppelter Stärke auf die Inselwelt im Stillen Ocean, die unter dem Namen Australien (Australasia, Oceania, Polynesien) zusammengefaßt wird, deren im Keime schon jetzt bedeutender und in der Zukunft unberechenbarer Entwicklung oben gedacht worden ist. Dort haben sie Colonien gegründet, deren Wachsthum in mancher Beziehung jeden Fortschritt ähnlicher Art übertrifft. Wie rasch die Bevölkerung in diesen Colonien durch Einwanderung zugenommen hat, erhellt z. B. schon daraus, daß Queensland 1848: 2257, 1868: 107,427 — Neusüdwales 1821: 29,783, 1869: 475,574 — Victoria 1836: 224 1869: 710,284 Einwohner zählte; eine Progression,

die in diesem Grade sonst wohl nirgends vorgekommen ist. Den mächtigsten Anstoß zu diesem außerordentlichen Aufschwunge gab die Goldentdeckung im Jahr 1851. Die Goldproduction der Colonie Victoria allein erreichte 1856 die Höhe von 11 Mill. Pf. St., sank zwar 1866 auf 5 Mill., hat sich aber 1868 wieder auf 6 Mill. gehoben. Außer Gold ist das für den Welthandel wichtigste Product Australiens die Wolle. Im Jahr 1810 betrug die erste nach England gelangte Sendung nur 149 Pfund; 1820: 100,000; 1867: 113 Mill. Pf.; 1868: 135 Mill. Pf. Auch die Rindviehzucht ist sehr bedeutend. Auf 1,861,000 Einwohner kommen wenigstens 4 Mill. Stück Rindvieh. Südaustralien brachte in den letzten Jahren bei einer Bevölkerung von 181,150 Köpfen für 1,034,462 Pf. St. Weizen hervor. 1867 betrugen die Telegraphenlinien 1850, die Eisenbahnen 118 deutsche Meilen, und wurde eine rasche Erweiterung erwartet. Die beiden ersten Städte: Melbourne (1868) mit 139,916, Sydney mit 93,686 Einwohnern, besitzen Akademien, Bibliotheken, Museen, mit allem Zubehör des gebildetsten europäischen Lebens. 1846 hatte Melbourne nur 6000 Einwohner. Die ursprüngliche australische Race nimmt reißend schnell ab. In Tasmania (1870: 99,328 Einwohner) war sie schon vor einigen Jahren gänzlich erloschen. Die Colonisten sind meist von englischer Herkunft, aber in einigen Gegenden haben sich auch viele Deutsche niedergelassen, am meisten in Queensland (Königinland), der jüngsten unter den Colonien des australischen Continents, aber zwölfmal so groß wie England und Wales, oder viermal so groß wie Frankreich. In keiner der überseeischen Colonien ist die englische und deutsche Bevölkerung so beinahe gleichheitlich gestellt wie in Queensland. Württemberger, Badener, Rheinländer, Schleswig-Holsteiner u. s. w. sind in allen Theilen des Landes anzutreffen. Der Weinbau, der aus der Nachbarcolonie Neusüdwales seinen Weg nach Queensland gefunden, wird meist von Süddeutschen getrieben, die damit viel Geld verdienen und für das Bedürfniß immer noch zu wenig zahlreich sind. Unter den Goldsuchern sind beinahe alle Nationen der Erde vertreten. Diese Industrie hat, wie schon bemerkt wurde, große Resultate geliefert, ist aber, was den Einzelnen betrifft, ein Glücksspiel, eine Lotterie. Wer Capital genug besitzt, um Felsen sprengen zu lassen, d. h. das edle Metall bergmännisch zu gewinnen, Maschinen zum Zermalmen der gebrochenen Steine aufzustellen, kann glänzende Geschäfte machen und großes Vermögen erwerben. Wer aber mit Schaufel, Haue und Mörser hinauszieht, um im Kampfe mit allen Elementen das Gold zu heben, führt gewöhnlich ein hartes, kümmerliches Leben. Auch unter den Suchern, die nichts als ihre Arme und Werkzeuge haben, kommt es vor, daß einer durch den Fund eines großen Goldklumpens plötzlich

reich wird. Es ist dies aber sehr selten und trägt nur dazu bei, die Menge in ihren Illusionen zu erhalten. Von dauernderer Bedeutung für Queensland als das Goldgraben sind Schafwolle, Baumwolle und Zucker, welche den eigentlichen Reichthum dieser Colonie begründen. Die Eigenthümer der großen Schafheerden siud die Bahnbrecher der Civilisation in jenen unermeßlichen, menschenleeren Gegenden. Sie dringen unverdrossen und oft mit großem Wagniß in die unbekannte Wildniß vor, und erleiden nicht selten harte Verluste bei dem Aufsuchen neuer Weideplätze. Die Benutzung des betreffenden Landstriches ist ihnen nur zeitweise zugestanden, und sie müssen weiter ziehen, wenn derselbe für Ackerbauzwecke nöthig wird. Die Regierung kündigt zwölf Monate voraus, und entschädigt für alle angebrachten Verbesserungen und Baulichkeiten. Im allgemeinen kommt sie den Schafpächtern mit unbegrenzter Freigebigkeit entgegen, und die Benutzung weiter Territorien, so groß wie Württemberg oder Baden, ist gegen einen geringen Pachtzins gestattet.

Brisbane, die Hauptstadt von Queensland, ist seit einem Jahrzehnt in einem Aufblühen begriffen, das eine große Zukunft fast als unausbleiblich erscheinen läßt. Es liegt an dem nördlichen und südlichen Ufer des Flusses gleichen Namens, fünfundzwanzig Meilen von der Moreton-Bay entfernt, in welche der Brisbane mündet. Die Fahrt auf demselben ist reich an malerischen Ansichten. Die Häuser und Villen der reichen Landeigenthümer und Kaufleute, die hölzernen Hütten der Pächter und Tagelöhner, Gärten mit Rosen, Ananas, Orangen und Citronenbäumen, Bananen mit langen, sammetnen Blättern, schlanke Bambus, Gruppen prachtvoll gezogenen, zwanzig Fuß hohen Prairie-Grases wechseln mit Felsenpartien, geschmückt mit manchen in Europa noch unbekannten Blumen und Farren oder mit hohen Baumgruppen, die von endlosen Schlinggewächsen umrankt sind, welche letztere oft undurchdringliche Mauern bilden. Brisbane ist, obgleich von so jungem Dasein, schon eine lebhafte Handelsstadt mit schönen breiten Straßen, stattlichen Gebäuden, großen Magazinen, Hotels, Trinkhallen, einem Parlamentshaus, vielen Kirchen, für Episcopale, Presbyterianer, Wesleyaner, Katholiken u. s. w. und auch einem botanischen Garten. Ueberraschend für den Fremden ist die große Menge von Reitern, denen man in der Stadt und Umgegend begegnet, wie denn überhaupt ganz Queensland außerordentlich reich an Pferden ist. Reiche und Arme, die Fleischer, Bäcker, Gärtner u. s. w. bedienen ihre Kunden zu Pferde; alles reitet; die Kinder aus der Umgegend kommen auf kleinen Pferde, zur Schule, die Geistlichen reiten zum Gottesdienst und bei den Leichenzügen folgen die Leidtragenden zu Pferde. In jedem Wirthshause, in jeder Straße werden Deutsche angetroffen. Der Obst-

und Gemüsehandel ist großentheils in ihren Händen, und sieben Meilen von Brisbane wird ein großes Dorf ausschließend von ihnen bewohnt. Das Klima von Queensland ist das beste in Australien und gleicht dem der Insel Madeira. Der Himmel strahlt vom herrlichsten Azur, und die Atmosphäre ist von wunderbarer Klarheit.

Zu diesen natürlichen Vorzügen kommt eine Regierungsform ähnlich wie in England, aber mit noch ausgedehnteren Freiheiten. Die Königin wird durch einen Gouverneur repräsentirt. Es bestehen zwei Parlamentshäuser; das Oberhaus oder „Legislative Council", ernannt durch den Gouverneur im Namen der Krone, und das Unterhaus oder „Legislative Assembly", erwählt durch das Volk. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Fremden, welche naturalisirt sind (womit keine Ausgaben verbunden) und den britischen Einwanderern. Der Neger hat vor dem Gesetz dasselbe Recht wie der Weiße. Keine der vielen Religionssecten, keine Kirche erhält Unterstützung aus dem öffentlichen Schatz. Die Geistlichen werden von den Gemeinden unterhalten. Die Lehranstalten aller Grade sind gut eingerichtet und die Gymnasien bereiten auf den Eintritt in die englischen und australischen Universitäten vor. — Es ist hier Queensland besonders erwähnt worden, weil es weniger bekannt als andere englische Colonien ist, aber es steht nicht allein da. Außer ihm erhebt sich auf vielen Punkten des australischen Continents und der Südseeinseln ein reges Leben, das zwar Europa seinen Inhalt verdankt, aber im Laufe der Zeit neue Formen in sich ausbilden und zur fortschreitenden Entwicklung der Menschheit beitragen wird. Das englische Volk hatte in seinen nordamerikanischen Colonien den Grund zu einem großen Gemeinwesen gelegt, das, ungeachtet der staatlichen Trennung, mit dem Mutterlande geistig verbunden geblieben ist, und pflanzt jetzt in Australien den Keim zu einer ähnlichen Frucht, deren Reife lange auf sich warten lassen kann, aber nicht ausbleiben wird. Die angelsächsische Race breitet ihre Sprache, Gesetzgebung und Sitte immer weiter aus, und zeigt eine Expansionskraft, die seit dem alten Rom in der Geschichte nicht mehr erschienen ist. Welcher Unterschied zwischen der Colonialpolitik der Engländer und der der Spanier in Cuba, den Philippinen, der Franzosen in Algerien, die nicht schaffen und gestalten, sondern nur unterdrücken und zerstören können! Ueberall hat England, wo es Fuß faßte, auch wenn es sich zurückziehen mußte, einen befruchtenden Samen zurückgelassen.

Britisch-Nordamerika.

Die englische Colonialpolitik hat allmählich eine große Umgestaltung erfahren. Anstatt seine überseeischen Besitzungen in strenger Abhängigkeit zu halten, hat England den größeren unter ihnen, in Bezug auf ihre innern Angelegenheiten, eine fast vollständige Autonomie bewilligt. Nur Ostindien macht hierin eine Ausnahme, das überhaupt mehr ein unter englischer Herrschaft stehendes Reich als eine Colonie im üblichen Sinne des Wortes zu nennen ist. Aber die bedeutenderen unter diesen Colonien, welche die Kosten zu ihrer Verwaltung selbst aufbringen können, sind, im Besitz eigener Repräsentativkörper und außer Zusammenhange mit dem britischen Parlament stehend, zu einem Grade von Selbständigkeit gelangt, welcher das Band, das sie an das Mutterland knüpft, immer dünner und schwächer erscheinen läßt. Aber sie werden, den Drang außerordentlicher Umstände abgerechnet, dieses Band nie zerreißen, indem sie durch dasselbe, ohne daß es ihnen Lasten auflegt, sich des militärischen Schutzes und der politischen Freiheit Großbritanniens eben so erfreuen, als wenn sie in demselben ganz aufgegangen wären. Ob im Falle eines großen Seekrieges das Mutterland aus den Colonien strategische Vortheile ziehen wird, welche die Kosten ihrer Vertheidigung aufwiegen, ist eine Frage, deren Beantwortung der Zukunft vorbehalten bleibt. Aber außer dem Prästigium der Macht, welches für das englische Volk durch den Besitz so vieler und entlegener Punkte der Erde entsteht, ist der Nutzen für Handel und Schifffahrt zu groß, als daß ein freiwilliges Aufgeben dieser Colonien möglich wäre. Unter ihnen hat Britisch-Nordamerika in den letzten Jahren die bedeutendsten Veränderungen erfahren.

Seit dem 1. Januar wurden die Vancouver-Insel und Britisch-Columbia, welche bisher zwei getrennte Colonien gebildet hatten, zu einer einzigen unter dem Namen Britisch-Columbia vereinigt und Neu-Westminster, am Ausflusse des Fraser gelegen, zur Hauptstadt erhoben, während Victoria, die bisherige Hauptstadt Vancouver's zu einer Provinzialstadt herabsank. Noch durchgreifender war der Verschmelzungsproceß im Osten. Daselbst wurden durch eine Bill, welche am 22. Mai 1867 die königliche Sanction erhielt, die Provinzen Ober- und Unter-Canada, Neu-Schottland und Neu-Braunschweig seit dem 1. Juli 1867 zu einem Bunde vereinigt, der den Namen „Dominium of Canada“ führt, während die provinziellen Namen Ober-Canada in Ontario, und Unter-Canada in Quebec verwandelt wurden. Zur Hauptstadt ward Ottawa erhoben. Die vollziehende Gewalt wurde in die Hände eines von der britischen Regierung ernannten Generalgouverneurs gelegt; die

gesetzgebende Macht übt ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament aus: ein Senat von 72 Mitgliedern, welche der Generalgouverneur auf Lebenszeit ernennt, und ein Haus der Gemeinen von 181 Mitgliedern, die in den vier Provinzen gewählt werden. Ein weiterer Schritt zur Verschmelzung des Ganzen geschah mit der Auflösung der alten Hudsonsbaygesellschaft. Das Privilegium dieser einst mächtigen Pelzhändlergesellschaft war schon im Mai 1859 abgelaufen. Im britischen Parlament beschloß man dasselbe nicht zu erneuern. Die ostindische Compagnie hatte bereits aufgehört, und die Zeit für derartige mit Monopolen ausgestattete Handelsgesellschaften war überhaupt vorbei. Sie konnten der allgemeinen Strömung der Zeit, welche ein Privilegium nach dem andern über Bord warf, nicht mehr widerstehen, und freie Bewegung des Handels war auch für jene fernen Gegenden nothwendig, wenn sie nicht hinter den übrigen mächtig aufstrebenden Ländern Nordamerika's künstlich zurückbleiben sollten. Es trat bis 1869 eine Art von Uebergangsstadium ein, welches durch modificirte Annahme der vom Colonialminister Lord Granville den Actionären gestellten Verkaufsanträge seinen Abschluß fand. Die Kaufsumme betrug 300,000 Pf. St., und die Legislatur von Canada gab zu der Vereinigung der ehemaligen Hudsonsbayländer mit dem Dominium ihre Zustimmung.

Dies alles war friedlich und verfassungsmäßig abgelaufen, als sich plötzlich in einem Winkel des ungeheuern Gebiets Widerspruch und offener Aufstand erhob. Die Colonisten am Red River griffen zu den Waffen und beharrten darauf, eine Sonderstellung einnehmen zu dürfen, indem sie sich auf alte Verträge beriefen, die nach ihrer Meinung noch immer Gültigkeit haben sollten. In der That hatte diese kleine an der Grenze der Vereinigten Staaten (Dakota und Minnesota) im Süden des Winnipeg-Sees gelegene Ansiedelung immer einige Privilegien vorausgehabt, die sie durch die Einverleibung in das Dominium of Canada zu verlieren fürchtete und deshalb mit demselben nichts gemein haben wollte. Es brach an den Ufern des Red River und des Winnipegsees ein Kampf aus, dessen Gegenstand bei der geringen Bevölkerung dieser Colonie ohne Bedeutung gewesen wäre, wenn die canadischen Behörden nicht die Einmischung von Abenteurern aus den nahe liegenden Vereinigten Staaten gefürchtet hätten, die dem Aufstand eine größere Ausdehnung geben konnten. In dem Senat zu Washington war eine Resolution eingebracht und dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten übergeben worden, in welcher der Minister der auswärtigen Angelegenheiten aufgefordert wurde, den Vorschlag zu einer Uebertragung von Britisch-Columbia an die Vereinigten Staaten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Die Antragsteller behaupteten, daß eine solche Besitzesveränderung von der Bevölkerung selbst gewünscht werde, und zur Beilegung

der Mißhelligkeiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten beitragen werde. Die in Ober-Canada eingesetzten Kriegsgerichte sprachen Verurtheilungen gegen die Aufständischen aus, die meist von französischer Herkunft waren, hatten aber keine Macht, um sie zur Vollziehung zu bringen. Die von Canada abgefallenen Colonisten setzten eine provisorische Regierung ein, die eine Proclamation an die Bevölkerung von „Rupert's Land" erließ, dies war der Name des Territoriums unter Carl II., und gegen die Unterwerfung unter das canadische Parlament protestirte. Die Rebellion griff um sich, es wurde ein Oberbefehlshaber an ihre Spitze gestellt, die Casse der Hudsonsbaycompagnie fiel in ihre Hände und mehrere indianische Stämme schlossen sich ihr an. Ein Tribunal der aufständischen Colonisten hatte einen englischen Unterthan erschießen lassen und mehrere andere im Fort Garry eingekerkert, das in ihre Hände gefallen war, worüber in ganz Canada große Aufregung entstand und in Montreal und an anderen Orten Volksversammlungen gehalten wurden, welche ein energisches Einschreiten gegen die Empörung verlangten. Die Aufständischen hatten sich zu einer Republik Winnipeg constituirt und einen Präsidenten an ihre Spitze gestellt, der aber wie die übrigen Führer bald begriff, daß jeder Widerstand an den von Montreal aus sich in Bewegung setzenden Truppen scheitern müsse. Sie traten mit der canadischen Regierung in Unterhandlungen, die einige ihrer Forderungen erfüllte, worauf die Ruhe wiederhergestellt wurde (August 1870).

Der Aufstand am Red River hatte auf Hülfe von Seiten der Fenier gerechnet, die schon einmal einen Einfall in Canada versucht hatten und jetzt einen zweiten ebenso vergeblich unternahmen. Dieser Geheimbund (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 von Eduard Arnd. I. 292, 293; II. 122, 127) hatte sich durch die vielen irischen Auswanderer nach den Vereinigten Staaten verpflanzt, wo er sich freier bewegen konnte und den Engländern Canada zu entreißen dachte. Die Fenier gründeten Logen nach Art der Freimaurer, organisirten sich militärisch und stellten einen ihrer Landsleute Namens O'Neill an ihre Spitze, betrieben aber ihre Vorbereitungen so laut und öffentlich, daß die canadische Regierung davon unterrichtet war und Maßregeln zum Widerstand treffen konnte. Als endlich O'Neill nach langem Zögern mit einer kleinen Schaar die Grenze überschritt, wurde er von den canadischen Milizen und Freiwilligen gänzlich geschlagen und entkam mit genauer Noth nach den Vereinigten Staaten, wo man ihn wegen Bruchs der Neutralität in's Gefängniß warf. Fenische Banden haben später im Westen nach dem Red River hin noch einige Invasionen, aber ohne irgend einen Erfolg versucht. Diese und ähnliche Unternehmungen hätten der englischen Regierung nicht die geringste Besorgniß einflößen

können. Aber es gab in dem Theil von Canada, dessen Bevölkerung französischen Ursprungs ist, eine zahlreiche Partei, welche den Anschluß an die Vereinigten Staaten wünschte, und im Fall eines Krieges zwischen der Union und England, der, so lange die Alabamafrage ungelöst war, nicht unter die Unmöglichkeiten gehörte, sich gegen die Engländer erhoben haben würde, und von den Nordamerikanern unterstützt worden wäre. Angesichts der gewaltig anschwellendrn Macht der Vereinigten Staaten wird die englische Herrschaft in Canada immer unsicher bleiben.

Mexico.

Juarez, der Präsident der Republik, und die ihn umgebenden Politiker hatten geglaubt, durch die Hinrichtung des Kaisers Maximilian die innere Ruhe wiederherzustellen und ferneren Revolutionen einen festen Anhalt zu nehmen. Denn sie wußten sehr wohl, daß der unglückliche Fürst eine nicht unbedeutende Partei im Lande besaß, und die Folgezeit hat das auch zur Genüge bewiesen. Seine Biographie, in für ihn günstigem Sinne geschrieben, erlebte in einem so wenig literarischen Lande wie Mexico, in einem Jahre zwei Auflagen, und sein Grab in Queretaro mußte der Erde gleichgemacht und mit Schutt überfahren werden, um den Bezeugungen der Liebe und des Schmerzes vorzubeugen, die dort der Erinnerung an ihn fortwährend dargebracht wurden. Maximilian hatte überall den Eindruck einer edlen und liebenswürdigen Natur gemacht und auch in Mexico nur politische aber keine persönlichen Feinde gehabt. Lopez, der ihn verrieth, hatte dies aus Gewinnsucht gethan und sich nicht über den Kaiser zu beklagen gehabt. Juarez hatte gefürchtet, daß Maximilian, nach Europa entlassen, wie Iturbide von dort zurückkehren und da er einen größeren Anhang besaß, glücklicher als dieser sein könnte. Als die Nachricht von dem tragischen Ereigniß von Queretaro bekannt wurde, sprach man in Paris und Wien einen Augenblick lang von einem Rachekriege gegen Mexico, um die, welche an Maximilian's Tode Schuld waren, zur Verantwortung zu ziehen. Es war dies aber nur ein momentaner Einfall, von Ueberraschung und Zorn eingegeben, an dessen Ausführung im Ernst nicht gedacht werden konnte. Man mußte sich damit begnügen, die Leiche von der mexicanischen Regierung ausgeliefert zu erhalten, die auf einem österreichischen Kriegsschiff nach Europa gebracht und in der kaiserlichen Familiengruft in Wien feierlich beigesetzt wurde.

Mexico hatte nach dem verunglückten Angriffe Frankreichs, von Europa her nichts mehr zu besorgen. Die Zeit, wo ein gegen Rußland

und Oesterreich siegreicher Monarch wie Napoleon III., und ein unter seinem Schutz stehender Prinz wie Maximilian, sich zum Sturz der mexicanischen Republik vereinigt hatten, konnte nicht wiederkehren. Der Kaiser der Franzosen, der viel in der Erinnerung an die Vergangenheit, naher wie ferner, lebte, sie aber zuweilen zu sehr auf die Gegenwart übertrug, hatte den in den zwanziger Jahren von der heiligen Allianz gehegten Plan, die aus den spanischen Colonien entstandenen Republiken in Monarchien zu verwandeln und Prinzen aus den katholischen Dynastien Europa's an ihre Spitze zu stellen, zur unrechten Zeit und unter noch ungünstigeren Umständen als damals, erneuern wollen. Monarchische Restaurationen lagen, als Napoleon III. die Expedition gegen Mexico beschloß, den Gedanken der Menschen viel ferner als vierzig Jahre vorher zur Zeit des Congresses von Verona, als die Tories in England und die absolutistischen Ideen überall auf dem Continent herrschten. Rußland war damals solchen Planen geneigt, England hätte sich ihnen nicht widersetzt und die Vereinigten Staaten waren noch nicht so mächtig, wie sie seitdem geworden. Napoleon III. hatte sich bei seiner Einmischung in die amerikanischen Verhältnisse über den Geist der Gegenwart und die allgemeine Weltlage gänzlich geirrt.

Wenn jede äußere Gefahr für die Unabhängigkeit und Verfassung Mexico's nach dem Abzuge der Franzosen und dem Tode Maximilian's für immer verschwunden schien, so nahmen sich dagegen die inneren Zustände um so unruhiger und zerrissener aus. Juarez, der seit 1858 als Präsident fungirt hatte, 1867 von neuem gewählt und dessen Stellung 1871 abermals auf vier Jahre verlängert wurde, galt für einen Freund der Ordnung und Ruhe, vermochte aber nicht den Strom anarchischer Leidenschaften in der Masse der Bevölkerung aufzuhalten, und dem Ehrgeiz und der Habsucht der Generale und Gouverneure in den Provinzen einen Damm entgegenzusetzen. Er selbst konnte sich, von Gegnern, Nebenbuhlern und Neidern umgeben, nur mit äußerster Anstrengung einen Schatten von Autorität bewahren. Juarez war durch die zähe Ausdauer, die er während des Krieges bewiesen hatte und durch seine persönliche Uneigennützigkeit populär geworden, besaß aber keine eigentlich organisatorischen Gaben, übersah nicht das Ganze und vermochte nicht, die vorhandenen Uebel in der Wurzel anzugreifen. Und hätte er auch den Willen und die Einsicht dazu gehabt, es würde ihm an Werkzeugen zur Ausführung gefehlt haben, indem die talentvollsten unter den politischen und militärischen Notabilitäten Mexico's seine Leitung nur ungeduldig ertrugen und ihm mehr oder weniger alle entgegenarbeiteten. Durch seine Stellung an die Hauptstadt gebunden, kein Militär, sondern ursprünglich ein Rechtsgelehrter, konnte er in die Zustände, namentlich der entfernteren Provinzen, nur durch allgemeine legislative Maßregeln einwirken, an welche sich die Generale und Gou=

verneure nur insoweit kehrten, als es ihre Interessen zuließen. Ohne den Ruf des Patriotismus und republikanischer Gesinnung, den er in der Menge besaß und die deshalb auf ihn hörte und seine Regierung unterstützte, würde in dem wüsten Parteikampf alle gesetzliche Ordnung aufgehört haben und ein vollständiges Chaos eingetreten sein.

Die Mexicaner haben von den Spaniern den Hang zur Ostentation, zu persönlichem und nationalem Stolz, zu Schmuck und Prunk in der Kleidung geerbt. Die Bevölkerung hat, die ganz armen Klassen ausgenommen, ein bunt schillerndes, lebhaftes Ansehen, das einen angenehmen Eindruck macht. Aber es sind auch in sie durch den früheren spanischen Despotismus und die spätere republikanische Anarchie, Züge von Wildheit des Charakters und Rohheit in den äußeren Formen des Lebens eingedrungen, die den Europäer peinlich berühren und seine Theilnahme an dem schönen Lande bald verringern. Mord, Raub, Brandstiftung, Wegführung reicher Personen, selbst in bevölkerten Orten, um von ihnen ein Lösegeld zu erpressen, ausgesuchte Grausamkeit bei Verübung der Tödtungen, waren schon vor dem Kriege nicht selten gewesen, kamen aber nach ihm noch häufiger vor. Dann und wann verfuhr die Justiz streng und die Verbrecher wurden zu Dutzenden hingerichtet, ein andermal ließ sie die Angeklagten entwischen, oder wagte es gar nicht, wenn es vermögende Leute betraf, was oft der Fall war, gegen sie einzuschreiten. Es gingen in der Stadt Mexico Rentner, Eigenthümer, Speculanten, nicht nur frei umher, sondern wurden überall gut aufgenommen, die verdächtig waren, mehr als einen Mord begangen oder angestiftet zu haben. — Am 25. December 1867 hielt Juarez einen von Musik begleiteten Umzug in den Straßen von Mexico, um sich als neugewählter Präsident dem Volke zu zeigen. Es wurde eine Fahne vor ihm hergetragen, auf der er abgebildet war. Als er nachher in den Sitzungssaal trat, um den Congreß zu eröffnen, floß aus einer Loge über dem Eingange eine Unzahl bunter Bänder wie ein Blumenregen auf ihn herab, die Lobgedichte auf ihn enthielten. Aber er wurde auch von einer Tabakswolke empfangen, denn die meisten Deputirten und die Zuschauer auf den Bühnen rauchten bis Juarez seine Rede anfing, und letztere behielten, mit wenigen Ausnahmen, selbst dann noch ihre Hüte auf. Diese Mischung von Eleganz und Trivialität, Musik, Verse, gemalte Bänder und Tabaksqualm, liegt in den Nationalsitten und wiederholt sich bei vielen anderen Gelegenheiten.

Gefährlicher für das Bestehen des Ganzen als die häufigen Privatverbrechen, die oft mehr eine Folge der unvollkommenen öffentlichen Einrichtungen als ein Beweis für die Schlechtigkeit eines Volkes sind, und zeit- und stellenweise auch unter sehr gesitteten Völkern vorkommen, waren die Aufstände und Empörungen, die sich seit Maximilian's Tode in manchen Gegenden ohne Unterlaß erneuerten. Im Sommer 1868

brachen außer einer Anzahl kleinerer Insurrectionen, zwei größere in den Staaten Puebla und Veracruz aus, die beide ihren Grund weniger in der Abneigung der Bevölkerung gegen die Centralregierung der Republik, als vielmehr in der Unzufriedenheit mit der besonderen Staatsregierung hatten. Der Gouverneur von Veracruz war eine so unpopuläre Persönlichkeit und in den einzelnen Theilen des Landes wegen seiner Härte und Habsucht so gehaßt, daß die von dem General Dominguez und dem Großgrundbesitzer Marredo gegen ihn unternommene Schilderhebung sofort zahlreichen Anhang fand. Die Aufständischen zogen auf Cordova, eine bedeutende Stadt, nahmen dieselbe ein und setzten sich gleich darauf in den Besitz von Paso del Macho, von wo aus sie der Bahnlinie entlang gegen Veracruz vorrückten. Einmal im Besitz dieser Strecke bis in eine Entfernung von 28 Stunden von Veracruz, erhoben sie von dem Güterverkehr eine Abgabe von 1 Doll. für jedes Frachtstück. Wo diese Contribution nicht entrichtet wurde, erfolgte Beschlagnahme der Waaren. Um dem Aufstande eine nationale Färbung zu geben, hatten sich Dominguez und Marredo für den General Ortega erklärt, der, Juarez' Gegner und Nebenbuhler, damals noch im Gefängniß gehalten, bald nachher aber freigelassen wurde. — Im Staat Puebla war ursprünglich General Juan Mendez zum Gouverneur ernannt worden, indessen gelang es einigen Neidern in Verbindung mit der Nationalregierung, ihn von seinem Posten zu entfernen und General Garcia an seine Stelle zu setzen. General Mendez empörte sich, General Lucas schloß sich ihm an, und beide führten einen so glücklichen Krieg gegen die Regierungstruppen unter Altatorre, daß dieser es vorzog zu unterhandeln. Da aber die gemachten Versprechungen im entscheidenden Augenblick nicht gehalten wurden, brach der Kampf alsbald mit vermehrter Heftigkeit los. Es fehlte der Regierung zuletzt an Truppen, während Mendez, Lucas und viele andere Generale, von Herkunft Indianer, wie Präsident Juarez ebenfalls, von ihren Stammesgenossen beständig Zuzug erhielten. Denn man darf nicht vergessen, daß die indianische Bevölkerung im mexicanischen Gebiet mehr als dreimal so zahlreich als die weiße ist und daß sie sich von dieser nicht in der scheuen Entfernung wie in Nordamerika hält. Als die englischen Colonisten in Nordamerika sich gegen das Mutterland erhoben, traten die Indianer meist auf Seite dieses letzteren, während sie in der mexicanischen Revolution, die ohne ihre Theilnahme gar nicht möglich gewesen wäre, gegen die Spanier fochten. Aber das indianische Element in den inneren Kriegen in Mexico machte deren Führung grausamer als wahrscheinlich sonst der Fall gewesen sein würde. Das Erschießen und Hängen der Gefangenen war an der Tagesordnung. Bei den Kämpfen im Staate Puebla waren die aufständischen Generale Mendez und Lucas eine Zeit lang im Vortheil über den regierungstreuen Altatorre. Esco=

bedo, der für den ersten mexicanischen General galt, konnte Alatorre nicht zu Hülfe kommen, indem er die Grenze von Texas gegen nordamerikanische Eindringlinge und Abenteurer hüten mußte. Der Krieg erlosch, wie so oft, wegen gegenseitiger Erschöpfung und in einem Vergleich, der aber keine Sicherheit für die Zukunft bot.

Nicht genug, daß die Mexicaner sich unter einander bekämpften, sie geriethen bei Gelegenheit auch mit Fremden, im Sommer 1868 mit einem englischen Marinecapitän in Streit, der die mexicanischen Behörden anklagte, die Flagge seiner Nation beleidigt zu haben. Das englische Kriegsschiff „Chanticleer" unter Capitän Bridges kam in der Nähe der Stadt Mazatlan, an der mexicanischen Küste, in eine schwierige Lage, und gab Nothschüsse ab, um Hülfe herbeizuziehen. Der Lootse, der diese gewährte, konnte sich mit dem Capitän nicht über die Vergütung auseinander setzen, worauf der Hafeneinnehmer den am Lande befindlichen englischen Zahlmeister verhaften und seine Kasse mit Beschlag belegen ließ. Capitän Bridges wandte sich an den in Mazatlan commandirenden General Corona, der ihm aber keinen Schutz gewährte. Bridges wurde von den mexicanischen Beamten persönlich insultirt und dem Zahlmeister nicht nur die Schiffskasse, sondern auch das ihm eigenthümlich zugehörige Geld abgenommen. Man wollte letzteren als Schleichhändler behandeln und behauptete, er habe versucht edle Metalle heimlich aus dem Lande herauszubringen. Der Capitän drohte hierauf, wenn ihm nicht binnen 24 Stunden Genugthuung für die erfahrene Beleidigung gegeben und das geraubte Geld wieder erstattet werde, den Hafen zu blokiren und im Fall des Widerstandes die Stadt zu beschießen. Zu rechter Zeit kam noch durch Vermittlung der fremden Consuln ein Vergleich zu Stande, und ward dadurch einer Katastrophe vorgebeugt, die leicht zu ernsten Differenzen zwischen Großbritannien und Mexico hätte führen können. Die mexicanischen Civil- und Militärbehörden waren gewohnt, in ihrem Verkehr mit Fremden einen fast eben so großen Hochmuth wie die Chinesen an den Tag zu legen, und selbst auf das mächtige England keine Rücksicht zu nehmen, vor dessen Wiedervergeltung sie sich am wenigsten hätten schützen können. Ihre vielen innern Kämpfe hatten außer der Scheu vor den Gesetzen, auch das Gefühl für das Völkerrecht in ihnen abgestumpft.

Unterdessen kam Mexico nicht blos in den Augen der dort weilenden Fremden, sondern auch urtheilsfähiger Einheimischen immer tiefer herab. Ackerbau, Handel, Fabriken, Bergbau, alles war gelähmt, und es schien, als ob wie durch einen Zauberstab alle Thätigkeit aus dem industriellen Leben gewichen war. Das Volk, das sich für die Republik begeistert und von deren Wiederherstellung große Hoffnungen gehegt hatte, sah sich in seinen Erwartungen gänzlich getäuscht. Aus dem Kriege und den vielen innern Umwälzungen hatte nur eine Anzahl

Generale, höhere Civilbeamte, Glücksjäger und Abenteurer Vortheil gezogen, die nicht selten mit Verbrechen aller Art befleckt waren. Diese schwelgten und gaben einander Feste in den Palästen und Villen der Stadt und Umgegend, in deren Besitz sie meist durch den Ruin der früheren Eigenthümer, durch Confiscationen und Bestechungen gekommen. Die Masse der Bevölkerung sah bei dem Stillstande aller Arbeiten und Geschäfte einer vollkommenen Verarmung entgegen. Soldat oder Räuber zu sein, was oft dasselbe war, und auf Kosten Anderer zu leben, schien fast der einzige Nahrungszweig werden zu wollen. Die Armee bestand durchgängig aus den verdorbensten Elementen, Leute, die nicht geschickt genug waren, um ein Amt zu erhaschen, und zu träge, um einem ehrenhaften Gewerbe nachzugehen. Die Regierung war zu schwach, um hierin aufzuräumen. Einige Dutzend Generale und Obersten, welche nach Beendigung des Krieges gegen Maximilian und die Franzosen nicht ihren Erwartungen gemäß belohnt worden, empörten sich in den verschiedenen Staaten; diese Revolutionen wurden zwar größtentheils nach und nach unterdrückt, einzelne der Anführer erschossen oder verbannt, allein die meisten Theilnehmer führten den Krieg im Kleinen als Wegelagerer fort, und verübten alle möglichen Gewaltthätigkeiten und Frevel. Selbst höhere Militärs, die der Regierung treu geblieben, zeigten sich unter Umständen wie blutdürstige Banditen oder gewöhnliche Räuberhauptleute.

Nachdem die Generale Gonzales, Ortega und Patoni achtzehn Monate lang gefangen gehalten, Gonzales weil er sein constitutionelles Recht auf die Präsidentschaft nicht hatte aufgeben wollen, endlich in Freiheit gesetzt worden, ging Patoni nach Durango, in welchem Staat er früher Gouverneur gewesen war. Kaum in der gleichnamigen Hauptstadt eingetroffen, wurde er auf Befehl des Commandanten, General Canto, Nachts von der Seite seiner Frau gerissen und ermordet. Die Schuld dieses Generals war, obgleich er anfangs alle Mitwissenschaft läugnete, unzweifelhaft, als aber der Thatbestand immer klarer hervortrat, behauptete er auf Befehl des Präsidenten Juarez gehandelt zu haben. Da dies für unwahrscheinlich galt, ward er in Anklagestand versetzt und nach der Hauptstadt gebracht, indem er als Deputirter zum Congreß die Competenz der Gerichte von Durango nicht anerkennen wollte. Ende October 1869 kam Canto in Mexico an, und mit ihm der Gouverneur des Staates Durango, als Kläger in der Sache. Auf der Durchreise in Zacatecas und San Luis de Potosi konnte ihn die Escorte nur mit großer Mühe gegen die Wuth des Volkes schützen' das mit Recht über sein Verbrechen empört war. Vor dem Tribunal in Mexico nahm er alle seine früheren Aussagen zurück und klagte dagegen einen gewissen Obersten Galindo der Verübung des Mordes an, den er aber als gefährlichen Zeugen vorher hatte ermorden lassen. Die=

ser Mann, an dessen Strafbarkeit Niemand zweifelte, wurde gleichwohl freigesprochen. General Cosona, der als Canto's Beschützer aufgetreten war und dem letzterer großentheils die günstige Wendung seiner Angelegenheit verdankte, hatte sich viele Räubereien und andere Gewaltsamkeit zu Schulden kommen lassen, die kein Geheimniß geblieben waren. Es geschah ihm aber weiter nichts, als daß er provisorisch seinen Abschied nehmen mußte. Porfirio Diaz, der bei der Einnahme von Mexico, nach Maximilians Tode, Beweise von Menschlichkeit und Edelmuth gegeben hatte, zog sich aus Verdruß über die vielen ungestraft bleibenden Verbrechen in das Privatleben zurück. Escobedo, der im Juni 1867 die Belagerung Queretaro's geleitet und Maximilian gefangen genommen hatte, stand mit der Regierung auf gutem Fuß, weil sie ihm behülflich gewesen war, sich durch Ankauf confiscirter Güter zu bereichern. Er lieh ihr deshalb auch seinen Degen, als sie sich mit der Unterdrückung der Revolution am Rio Grande und im Staate Taumalipas beschäftigte.

Im Staate Jalisco hatte sich der frühere Räuberhauptmann und kaiserliche Exgeneral Lozada fast unabhängig gemacht, obgleich er die republikanische Regierung dem Namen nach anerkannte. Dieser Mann nahm eine ganz ungewöhnliche Stellung im Lande ein. Der Bezirk, welchen er als Privatgut betrachtete und wo er unumschränkt gebot, war die von Indianern bewohnte Gegend von Tepic; früher wegen Räubereien berüchtigt, war diese Landstrecke ein Vorbild der Ordnung und Sicherheit geworden, seitdem Maximilian dem genannten Lozada ihre Verwaltung anvertraute, und hatte sich diesen guten Ruf auch später bewahrt. Die Regierung des Präsidenten Juarez beabsichtigte längst Lozada's Entfernung, nicht weil er ein Räuberhauptmann, sondern weil er ein Anhänger des Kaisers gewesen, an den nichts mehr erinnern sollte. Aber man wagte nicht, gegen Lozada einzuschreiten, da derselbe in jedem Augenblick 15,000 Indianer unter die Waffen rufen konnte, die mehr als hinreichten, um in den Gebirgspässen eine unangreifbare Stellung einzunehmen. Lozada war nicht nur im Besitz der ihm von der kaiserlichen Regierung gelieferten Waffen geblieben, sondern hatte deren weitere von San Francisco bezogen, und war mit mehreren verbannten Generalen und Gouverneuren in Verbindung getreten, um im Fall eines Angriffs von Seiten der Centralregierung, die nordwestlichen Staaten, wie Sinaloa, Sonora, Chihuahua, Durango und einen Theil von Jalisco zum Kampfe für die Unabhängigkeit fortzureißen.

Dem Congreß, der seit dem September 1869 wieder zusammengetreten war, lagen eine Menge Gesetzanträge vor, welche die Hebung der Industrie bezweckten, aber entweder keine oder nur eine theilweise Erledigung fanden. Die Veracruz-Puebla-Eisenbahn, ein Unternehmen,

dessen Ausführung dem fremden Handel das Innere Mexico's öffnen würde, ward einer englischen Compagnie entzogen und einer einheimischen übergeben, der es aber an Geld zur Vollendung fehlte, so daß Tausende von Arbeitern brodlos wurden. Der Ausfuhrzoll auf Gold und Silber wurde so in die Höhe geschraubt, als wollte man auf den Schleichhandel der Art eine Prämie setzen, und dasselbe galt von den Eingangszöllen, welche fast alle gesetzlichen Einfuhren unmöglich machten. Die während des Krieges vermehrten Steuern blieben dieselben, obwohl deren Erhebung täglich schwieriger wurde. Die meisten Fremden befanden sich ohne Schutz, da es außer den Vereinigten Staaten und Preußen keine Vertreter auswärtiger Mächte in Mexico gab. Die preußische Regierung hatte für sich und den norddeutschen Bund mit der mexicanischen Republik einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen (28. August 1869) und bei Juarez einen Geschäftsträger beglaubigt, während die meisten anderen europäischen Staaten sich mit bloßen Handelsconsuln begnügten. Die mexicanischen Behörden übten häufig auf die fremden Kaufleute und Fabrikanten einen Druck aus, der den Interessen ihres eigenen Landes zuwiderlief. Anstatt den Verkehr mit dem Auslande aus allen Kräften zu beleben, indem sich dadurch ihre Zolleinnahmen steigern mußten, suchten sie denselben durch einen hohen Tarif, unerschwingliche Patentsteuern und Rechtsverweigerungen bei Schuldklagen möglichst zu beschränkten. Viele Europäer hatten ihre Capitalien und ihre Industrie an verschiedenen Punkten der Republik angelegt. Der Mexicaner, statt dem Fremden zu danken, daß ganze Ortschaften durch ihn lebten, sah in ihm seinen Feind, und die Regierungen der einzelnen Staaten begingen die Thorheit, diesem Neide Nahrung zu geben, indem sie durch zu hohe, directe und indirecte Abgaben den Betrieb von Fabriken an manchen Orten unmöglich machten. Im Staat Colima verlangte man von den fremden Kaufleuten eine Patentsteuer von 6000 bis 8000 Dollars jährlich, was diese zwang das Land zu verlassen und ihm die Vortheile ihrer Industrie zu entziehen.

In den oben genannten nordwestlichen Staaten von Mexico regten sich revolutionäre Elemente ernster Art, denn es handelte sich um nichts weniger als um die Bildung einer besondern, von der mexicanischen getrennten Republik, der die Sympathien der Nordamerikaner nicht fehlen würden, da sie unausbleiblich zu einer Annexion an die Vereinigten Staaten führen müßte. Amerikanische Einwanderer und mexicanische Großgrundbesitzer arbeiteten darauf hin, alle Grenzstaaten von Unter-Californien bis an die Mündung des Rio Grande an die Union zu bringen. Im Herbst 1869 befand sich eine mexicanische Commission in Washington, um gegen Hypothecirung mehrerer Staaten ein Anlehen zu bewerkstelli-

gen. Die Trennung aller nördlichen und westlichen Grenzstaaten von Mexico würde für den Rest der Republik ein Gewinn sein. Die Regierung wäre dann im Stande, ihre Thätigkeit auf das fruchtbare und bevölkerte Centrum zu beschränken, während jetzt ihre Aufmerksamkeit sich über ein unermeßliches Gebiet zerstreut, das sie nicht einmal übersehen, geschweige denn leiten kann. Aber der Nationalstolz wird freiwillig keine Verminderung des Territoriums zugeben und lieber das Ganze auf's Spiel setzen, als es durch Abtretung einzelner Theile zu retten suchen. Die Nordamerikaner haben Reclamationen im Betrage von vielen Mill. Doll. für im letzten Kriege von mexicanischer Seite erfahrene Verluste eingereicht, und die Mexicaner darauf mit Gegenforderungen geantwortet und jede Entschädigung, wenigstens im Großen verweigert. Die Union wird ihre Ansprüche wohl vertagen, aber nicht aufgeben, und wenn Mexico sie nicht mit Geld befriedigen kann, dafür eine Gebietsabtretung verlangen, und wie schon einmal früher durchzusetzen wissen. Mexico steht ganz isolirt da, und das Cabinet von Washington hätte bei einer Annexion einzelner Territorien dieser Republik nicht den Widerspruch der europäischen Seemächte zu besorgen, wie dies unzweifelhaft der Fall sein würde, wenn die Vereinigten Staaten ihre Hand nach den Inseln im mexicanischen Golf ausstrecken sollten.

Welches Streben nach Vergrößerung auf Kosten Mexico's eine gewisse Partei in den Vereinigten Staaten hegte, kann aus der Art entnommen werden, wie eines der ersten Journale der Union, der „New-York-Herald", sich über die Mission des zum Gesandten bei der mexicanischen Republik ernannten Generals Rosenkranz äußerte (October 1869): „Die Uebel Mexico's sind chronisch, und es liegt außerhalb der Macht seiner Regierung, dieselben zu heilen. Nur ein Mittel gibt es, und dies ist die Annexion an die Vereinigten Staaten; Mexico kann seine unabhängige Stellung nicht behaupten, es hat dies seit 58 Jahren versucht, ohne daß es ihm gelungen wäre. Nicht nur die Rücksichten auf das Wohl der Menschheit, sondern das Interesse der Vereinigten Staaten erheischt es, das reiche Nachbarland völligem Verderben zu entreißen und seine unermeßlichen Hülfsquellen der Welt zu öffnen. Die Zeit ist gekommen, daß sein Schicksal besiegelt werde, und daß die Vereinigten Staaten ihre Bestimmung erfüllen. General Rosenkranz wird die einleitenden Schritte thun, und die Regierung von Washington wird das Werk kräftig vollenden."

Ungeachtet Juarez im Congreß und unter den Generalen und Gouverneuren viele Gegner hatte, so behauptete er sich doch an der Spitze der Republik, weil unter Volk und Soldaten die Mehrheit auf seiner Seite stand, während die, welche ihn gern gestürzt und seine Stelle eingenommen hätten, nur auf Parteien und Coterien zählen konnten. Die Masse wollte den Frieden, deshalb erreichten die unzufriedenen

Militärchefs, so kühn oder verschlagen sie auftreten mochten, nie vollständig das Ziel ihres Ehrgeizes. Sie arbeiteten aber nicht nur dem Präsidenten, sondern auch sich unter einander entgegen, was jenem den Sieg über sie erleichterte. Aber Juarez' Erfolge machten ihn selbst gegen begründete Beschwerden taub. Er behielt sein Ministerium bei, so sehr auch über dasselbe geklagt wurde, und mischte sich in die besondern Angelegenheiten der einzelnen Staaten, indem er bald der Legislatur, bald dem Gouverneur Gehör gab, wenn die legislative oder executive Macht an das föderale Centrum appellirte.

In den Staaten Puebla, San Luis de Potosi, Queretaro, Taumalipas, Guerrero und Jalisco brachen Unruhen aus, welche durchgängig nur gegen die Person der betreffenden Gouverneure gerichtet waren, denn bei den Wahlen war die wirkliche Volksstimme nicht maßgebend, und das Amt eines Gouverneurs wurde häufig als Patrimonium einer Familie betrachtet, oder dem verliehen, der durch politische Ränke oder besondere Dienste auf den Schutz der obersten Bundesgewalt Anspruch machen konnte. In Guerrero ward General Arce an die Stelle der sich gegenseitig bekämpfenden Gouverneure Alvarez und Ximenez gesetzt und in Taumalipas General de la Garza durch militärische Hülfe als Gouverneur aufrecht erhalten. Als die Regierung die Truppen unter General Rocha aus Taumalipas zurückzog, um dieselben gegen den aufrührerischen Staat San Luis de Potosi zu verwenden, hielt sich der Gouverneur de la Garza nicht mehr für sicher, gab sein für vieles Geld erworbenes Amt auf und floh eiligst nach der Hauptstadt. In Queretaro wurde der gesetzliche Gouverneur Cervantes nach Mexico berufen und abgesetzt, allein bei seiner Rückkehr vom Volk als sein rechtmäßiges Haupt wieder bestätigt. Inzwischen hatte die Legislatur von Queretaro einen provisorischen Gouverneur Namens Vasques ernannt und demselben außerordentliche Vollmachten ertheilt, um seine Stellung zu behaupten, bis regelmäßige Wahlen stattfinden könnten. Beide Parteien standen sich lange bewaffnet gegenüber, und hielten die Queretaro beherrschenden Hügel besetzt. In Puebla bekam General Altatorre den Auftrag, den durch Bestechung und Einschüchterung in dieser Stadt erwählten Gouverneur gegen die sich ihm widersetzenden Landbewohner in Schutz zu nehmen, wodurch ein Krieg entstand, der große Kosten verursachte und, wenn er erlöschen wollte, von Generalen, die aus der Revolution ein Metier machten, wie Negrete, Lucas u. s. w. immer von neuem angefacht wurde. Beide Theile verfuhren mit großer Erbitterung. Die Regierungstruppen zündeten ganze Dörfer an und wurden, wenn sie in Gefangenschaft geriethen, von den Landbewohnern bis auf den letzten Mann niedergemacht. General Negrete bedrohte in einem Manifest den Präsidenten und die Minister mit dem Tode, obgleich er ein Jahr vorher auf Abschaffung der Todesstrafe angetragen hatte.

Noch ernster waren die Bewegungen, die sich im Staate San Luis de Potosi erhoben. Dort hatte die Legislatur den General Bustamante verjagt und die Gouverneursstelle dem General Aguirre angeboten, der dieselbe annahm (15. December 1866) und durch seinen Einfluß auch die Generale Laranaga, Martinez, Echegaray und andere Chefs zum Anschluß an ihn bewog. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers von San Luis de Potosi nebst deren Clienten und Creatur, dem Gouverneur Barragan, wurden auf Befehl Aguirre's verhaftet, aber leichtsinniger Weise in einem und demselben Gebäude eingesperrt, wo sie ihre Sitzungen fortsetzten. Dies gab ihnen Gelegenheit, eine Contrerevolution einzuleiten. Barragan ward bewogen zu resigniren, und statt seiner ernannte der gesetzgebende Körper einen Anhänger der Centralregierung, Sosthenes Escandon, zum Oppositionsgouverneur, welcher, sich auf freiem Fuß befindend, in Rioverde ein Manifest gegen Aguirre erließ, von Juarez als rechtmäßiges Staatsoberhaupt anerkannt und bevollmächtigt wurde, Hülfe bei dem in Taumalipas stehenden General Rocha nachzusuchen. Dieser eilte auch sofort herbei, während Escandon seinerseits Truppen aushob, allein die anfangs erreichten kleinen Vortheile gingen bei einem größeren Treffen gänzlich verloren, und die sämmtliche Artillerie Rocha's fiel Aguirre in die Hände. Letzterer hatte unterdessen eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt. Er verhieß eine allgemeine Amnestie, empfahl den Delegaten der verschiedenen Municipalitäten des Landes die Wahl eines neuen Präsidenten, und brachte die Verlegung der Regierung von Mexico nach Aguas Calientes in Vorschlag, angeblich weil letzteres ein centralerer Punkt sei, in Wahrheit aber weil Juarez daselbst weniger Anhang besaß. Aguirre schrieb unter dem Vorwande des öffentlichen Wohls Contributionen aus, erhob Zwangsanleihen, mehrere unter den gegen ihn gesandten Truppenabtheilungen gingen zu ihm über, so daß er sich bald an der Spitze von 5000 Mann mit 60 bis 70 Kanonen befand. Eine Menge Militärchefs schlossen sich ihm an, weil Juarez sie nicht bezahlen konnte oder wollte, unter anderen der Gouverneur von Zacatecas, Garcia de la Cadena, dessen Bedrückungen und Plünderungen des Volks von der Regierung getadelt worden waren. Die Generale traten ohne Scheu von einer Partei zur anderen über und saugten das Land aus. Viele reiche Gutsbesitzer verließen Haus und Hof und flohen mit ihren Familien in die Städte, um ihr Leben vor den umherziehenden Räuberbanden zu retten. Die Unordnung und Verwirrung wuchs, indem die Indianer in vielen Gegenden für Eigenthümer der Grundstücke gelten wollten, die sie bisher als Pächter bebaut hatten und sich mit Gewalt in deren Besitz setzten.

Von Zeit zu Zeit trat in diesem wüsten Wirbel von Pronunciamentos, Insurrectionen und Banditenthum eine Pause der Erschöpfung ein, nach der aber das alte verderbliche Wesen wieder überhand nahm.

Dennoch behauptete sich Juarez, dem der Congreß außerordentliche Vollmachten ertheilt hatte, die es ihm möglich machten, in den bevölkertsten und ruhigsten Provinzen Truppen auszuheben und die Fortschritte der Aufständischen aufzuhalten. Für den friedlichen Theil der Bevölkerung stellten der Präsident und der Congreß die einzige legitime Gewalt dar, deren Anordnungen, ungeachtet der einzelnen Unordnungen, im Ganzen doch nachgekommen wurde. Auf dieser Seite gab es eine gewisse Einheit, während unter den Insurgenten jeder that, was er wollte, die aufrührerischen Generale und Gouverneure heute sich mit einander verbanden und morgen sich verließen, sich gegenseitig verriethen und keinen gemeinsamen Plan verfolgten.

Der Congreß schloß seine Sitzungen am 31. Mai (1870), ohne wegen des neuen Tarifs, der Consolidirung der Staatsschulden und anderer wichtiger innern Angelegenheiten zu einem Resultat gelangt zu sein. Das vom Finanzminister vorgelegte Budget zeigte nur 14½ Mill. Doll. Einnahmen bei 27 Mill. zu erwartender Ausgaben und ein laufendes Deficit von 2 Mill. Doll. Ungeachtet der geringen Steuererträgnisse klagte alle Welt über die Last unerschwinglicher Abgaben, indem bei den immerwährenden innern Kämpfen Bodencultur und Industrie abnahmen und ein großer Theil der öffentlichen Einnahmen zum Vortheil Einzelner und auf die zwecklosefte Art verschwendet wurde. Die Streitigkeiten wegen der Gouverneurswahlen fingen, nachdem sie eine Weile nachgelassen hatten, von neuem an. Im Staat Queretaro gab es im Sommer 1870 nicht weniger als drei Gouverneure und zwei Legislaturen, die einander nicht nachgeben wollten. Im Staate San Luis de Potosi erwachte wieder der alte Parteihader, nachdem er eine Weile eingeschlummert schien; zwei Gouverneure boten sich dort die Spitze; im Staat Jalisco hatte die Legislatur den Gouverneur abgesetzt und einen andern ernannt, dem aber sein Vorgänger nicht weichen wollte. In diesem maßlosen Ehrgeiz einzelner Partei- und Staatenhäupter lag der Keim zu neuen Umwälzungen. Trotz dieser traurigen Verhältnisse ist der Geist des Fortschritts, der unsere Zeit charakterisirt, von Mexico nicht ganz abwesend geblieben. Juarez' Regierung hat in den letzten Jahren unter Mitwirkung der einzelnen Staaten und wohlgesinnter Privatleute viel für den öffentlichen Unterricht gethun. Es sind neue Landstraßen und Telegraphenlinien angelegt, Eisenbahnconcessionen ertheilt und der Bergbau verbessert worden. Die Production von Gold und Silber hat sich seit 1858 um 11 Mill. Doll. vermehrt. Eine Gesellschaft nordamerikanischer Capitalisten hat die Bewilligung erhalten, über den Isthmus von Tehuantepec eine Eisenbahn zu führen und Vermessungen zu einem Schiffscanal zu veranstalten.

Obgleich es demnach nicht an aller nützlichen staatlichen Thätigkeit fehlte, so wollten doch viele und zwar in Amerika selbst, in Betracht der großen

vorhandenen Uebelstände, an der Möglichkeit einer glücklichen Zukunft für Mexico verzweifeln. Die Einfälle der Indianer in das mexicanische Gebiet nahmen zu, zahlreiche bewaffnete Banden aus den Vereinigten Staaten überschritten von Zeit zu Zeit die nördliche Grenze und machten Miene, sich in den dortigen gold- und silberreichen Gegenden festzusetzen. Die Kämpfe um die Gouverneurstelle dauerten in manchen Staaten fort und bei der 1871 sich erneuernden Präsidentenwahl traten außer Juarez, der General Porfirio Diaz und der Präsident des obersten Gerichtshofes, Lerdo de Tejada, als Bewerber auf, und es stand zu erwarten, daß, wenn nicht sie selbst, doch ihre Anhänger versuchen würden, ihre Absichten nöthigenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Ohne die ernsten Gefahren zu verkennen, die in solchen Zuständen liegen, muß die Befürchtung derer, welche aus ihnen den unvermeidlichen Untergang Mexico's voraussagen wollen, übertrieben erscheinen. Innre Parteiungen und Erschütterungen können nur dann einem Volk tödtlich werden, wenn es Nachbarn hat, die aus seiner Zerrissenheit Gewinn ziehen wollen. So erging es dem alten Polen im Verhältniß zu den drei Theilungsmächten, die ihm nicht die nöthige Zeit ließen, um das begonnene Werk der Regeneration zu vollenden. Mexico hat nichts Aehnliches zu besorgen. Die Einfälle der Indianer sind beschwerlich und verheerend, vermögen aber nicht den mexicanischen Staat zu zerstören, und die Nordamerikaner können sich diese oder jene Grenzprovinz abtreten lassen, haben aber nicht entfernt die Absicht, das Ganze an sich zu reißen, indem eine solche Vergrößerung, wenn sie überhaupt möglich wäre, für sie eine drückende Last sein würde. Andere mächtige Nachbarn hat Mexico nicht. Das mexicanische Volk bewies, daß es, ungeachtet seiner Fehler, in entscheidenden Momenten nicht von politischer Einsicht entblößt ist, als es Juarez zum dritten Mal zu seinem Oberhaupt erwählte, der, ohne im Besitz ungewöhnlicher Talente zu sein, unter allen Bewerbern sich durch Alter, Erfahrung und Patriotismus immer noch am besten zu dieser Stellung eignete. Mexico leidet noch an den Folgen der spanischen Mißregierung, die fast dreihundert Jahre dauerte, wird sich aber durch die verbesserte Erziehung der Bevölkerung und den Einfluß Europa's von diesen hemmenden Ueberresten einer drückenden Vergangenheit allmählich frei machen, und befindet sich überhaupt in keiner hoffnungsloseren Lage als das ihm stammverwandte Spanien, von dem doch Niemand glaubt, daß es seinem Ende entgegengeht.

Die Mittel- und Südamerikanischen Republiken.

Es giebt in Amerika nur drei Staaten, die durch ihre Lage, ihre Bevölkerungszahl und eine eigenthümliche Geschichte für das Ausland eine große Bedeutung, wenn auch in ungleichem Grade besitzen: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexico und Brasilien. Alle drei haben in der letzten Zeit die Augen der Welt von neuem auf sich gezogen: die Vereinigten Staaten durch Beendigung eines gewaltigen Bürgerkrieges und Wiederherstellung ihrer politischen Einheit; Mexico durch die Vertheidigung seiner Unabhängigkeit gegen die französische Invasion, und Brasilien durch die Besiegung Paraguay's und des dort unter republikanischen Formen herrschenden Despotismus. Die vielen aus den ehemaligen spanischen Colonien in Mittel- und Südamerika entstandenen Republiken haben bis jetzt noch keine feststehenden historischen Resultate aufzuweisen, sondern bewegen sich in kleinen Kriegen und in sich unaufhörlich erneuernden Umwälzungen, die in ihnen selbst keine wesentlichen Veränderungen hervorbringen und für das Ausland nur einzelne commerzielle Interessen berühren. Hier und da werden von ihnen Versuche gemacht, sich der europäischen Civilisation durch Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, Anlegung von Eisenbahnen, Abschließung von Handels- und Schifffahrtsverträgen zu nähern, aber die innern Unruhen unterbrechen so oft den begonnenen Fortschritt, daß alles auf dem alten Punkt zu bleiben scheint. Diese Republiken können erst dann eine würdige und nützliche Stellung in dem System der heutigen Staatenwelt einnehmen, wenn sie wie die Nordamerikaner dahin gelangt sein werden, ein politisches Ganzes darzustellen, eine gemeinsame Bundesverfassung anzunehmen und sie ungeachtet aller Schwierigkeiten durchzuführen. So wie sich dieselben bisher gezeigt haben, entbehren sie eines eigenthümlichen Lebensprincips. Denn die republikanische Verfassung ist es nicht, was sie besonders auszeichnet, da dieselbe mit Ausnahme Brasiliens in ganz Amerika herrscht, unter ihnen aber trotz des schönen Himmels, des reichen Bodens, der großartigen Natur, nur ihre dunkeln und verderblichen Seiten herauskehrt.

Von den fünf Republiken in Central-Amerika: Nicaragua, Guatemala, San Salvador, Honduras, Costarica, ist wenig zu bemerken, was eine über die engen Grenzen dieser Staaten hinausgehende Bedeutung hätte, ausgenommen die Honduras-Eisenbahn zur Verbindung des Atlantischen Oceans mit dem Stillen Meer, die als ein in jenen Gegenden neuer und großer Gedanke nicht übergangen werden kann. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten schlossen, nachdem sie die Unabhängigkeit und Souveränetät der Republik Honduras anerkannt,

mit derselben Handels- und Schifffahrtsverträge, in denen sie mittelst eines Zusatzartikels die Neutralität der Eisenbahn als einer Hauptstraße des Weltverkehrs garantirten. Als noch die Panama-Eisenbahn im Bau begriffen war, kam der nordamerikanische Geschäftsträger in Nicaragua, Squier, auf die Idee, in Honduras die Einleitungen zum Bau einer Eisenbahn zwischen dem Hafen von Caballos oder Cortez am Atlantischen Ocean und der Bay von Fonseca am Stillen Meer zu veranstalten. Die Ergebnisse dieser Vorerhebungen fielen sehr günstig aus. Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, beauftragte den Marinecapitän Robert Fitzroi, über jenes Bahnproject an Ort und Stelle Bericht zu erstatten. Derselbe befürwortete den Plan in allen Einzelheiten und schloß mit der Versicherung, daß die Honduras-Linie höchst wahrscheinlich noch größere financielle und commercielle Vortheile als die Panama-Bahn gewähren werde. Nachdem die englische Regierung den Plan noch zweimal durch Sachverständige hatte prüfen lassen, begab sich auch der Ingenieuroberst Stanton dahin. Sein Bericht vom Januar 1867 bestätigte die durch die früheren Untersuchungen eröffneten günstigen Aussichten. Der vielfach gebildete österreichische Ministerialrath, Karl von Scherzer, welcher Honduras in allen Richtungen durchwandert und später eine Reise um die Welt gemacht hatte, gab die Versicherung ab, daß die Theilnehmer an dem fraglichen Werk nicht blos der Menschheit einen unermeßlichen Dienst leisten, sondern sich auch an einer vorzüglichen Speculation betheiligen würden. Eine Bahn von Caballos nach Fonseca, bemerkte Scherzer, könne leicht und wohlfeil gebaut werden; die an den Endpunkten der Linie gelegenen Häfen entsprächen allen Bedingungen des Welthandels; die materiellen Hülfsquellen des Landes seien unermeßlich; die geographische und topographische Lage der Republik Honduras sei in ganz Central-Amerika die vortheilhafteste für die beabsichtigte Linie, und für den Verkehr von erster Wichtigkeit. Die englischen Naturforscher Mercer und Mac Candlish berichteten über die Mahagonywälder und der Ingenieur Emerson über die Bergwerke von Honduras. Der ausgezeichnete Nationalökonom James Brunleß faßte die Berichte der einzelnen Sachverständigen in einem Gutachten zusammen, in welchem es hieß, daß allein die Ausnutzung der Wälder und Bergwerke hinreichen werde, um die hohen Zinsen des Anlagecapitals der Bahn zu decken. Erst dann entschloß sich Honduras, bei den europäischen Regierungen die Absicht eines Anlehens von 75 Mill. Fr. anzumelden. Diese Summe genügte für den Bau, das Betriebsmaterial und den anfänglichen Interessendienst. Der Bau ward begonnen und die Erwartung ausgesprochen, daß er in weniger als zwei Jahren (1872) vollendet sein werde. Der Marschall Medina, Präsident der Republik, setzte seinen Ruhm und seinen Patriotismus an das Unternehmen, welches Honduras eine große Zukunft sichert und be-

stimmt ist, das wichtigste Waaren-Entrepot zwischen der alten und neuen Welt zu werden. Große Bankhäuser haben von jenem Anlehen die ersten 25 Mill. Fr. realisirt und damit wurde der Anfang der Bahnarbeiten mächtig gefördert. Für die Unterbringung des Anlehensrestes von 50 Mill. Fr., womit man bis zur Betriebseröffnung ausreichen konnte, hat das französische und englische Publicum die größte Zuvorkommenheit gezeigt. Der Gesandte der Republik Honduras in Paris, Victor Herran, setzte in einer eigenen Schrift den unermeßlichen Reichthum seines Landes an kostbaren Holzarten auseinander. Nach einer immer allgemeiner werdenden Meinung wird es künftig vier Hauptpunkte für den Weltverkehr geben: Suez, Panama, Honduras, Transcontinental-Pacific-Bahn.

Südamerika wurde im Jahr 1868 außer seinen gewöhnlichen Uebeln, wie Krieg und innre Unruhen, noch von furchtbaren Seuchen und zerstörenden Erdbeben in einem in diesen Gegenden seit lange nicht mehr vorgekommenen Grade heimgesucht.

Während sich Peru sonst im Frühling einer milden Temperatur erfreut, entstand diesmal schon im März eine außerordentliche Hitze, die Krankheiten in ihrem Gefolge hatte, welche alsbald einen ansteckenden Charakter annahmen. Die von der Regierung nach allen Seiten ausgesendeten Aerzte haben nachgewiesen, daß sich die Seuche binnen wenigen Monaten von Guayaquil, in der Republik Ecuador (Aequator) bis nach Lima, der Hauptstadt Peru's, verbreitete. In Callao, der Hafenstadt Lima's, erlagen von 15,000 Einwohnern mehr als 3000 der Krankheit, in dem viel größeren Lima vom März bis zum Mai nur 5000. In allen Theilen Peru's wüthete die Seuche, aber die Eingeborenen wurden häufiger als die Fremden von den Aerzten gerettet. Die meisten Opfer gehörten den höheren Klassen der Bevölkerung an.

Noch viel schrecklicher als diese Krankheit, von den Einheimischen „Pest" genannt, obgleich sie mit der orientalischen Pest nichts gemein hatte, waren die elementaren Ereignisse, welche einen Theil Südamerika's im August 1868 verwüsteten. Eine Erderschütterung, die sich auf einer langen Strecke an der Westküste Amerika's fühlbar machte und das Meer an den felsigen Gestaden Californiens, an manchen Punkten bis 60 Fuß Höhe emportrieb, richtete im Süden, in Peru und Ecuador, in dem Zeitraum vom 13. zum 16. August entsetzliches Unheil an. Viele Ortschaften wurden ganz zerstört und die Einwohner unter ihren Trümmern begraben, andere so stark beschädigt, daß die, welche mit dem Leben davon gekommen, sich in das Freie retten mußten. Von Süden her gezählt, wo die Erderschütterung am stärksten war, hieß die erste zerstörte Stadt Iquiqué, deren günstige Lage an der Küste, in Verbindung mit den weiterhin im Lande entdeckten reichen Lagern von Salpeter und Borax, sie aus einem kleinen Fischerdorf zu einer belebten

Hafenstadt erhoben hatte. Nordwestlich von ihr ragt der 17,000 Fuß hohe Vulcan Isluga empor, aus dessen oft erschütterten Felsenwänden Jahr aus Jahr ein unterirdisches Getöse hervordröhnt. Der zweite Schauplatz der Zerstörung war die freundliche Seestadt Arica mit 4000 Einwohnern, welche 1833 durch ein Erdbeben vernichtet, aus den Ruinen neu erstanden und sich eines lebhaften Verkehrs erfreuend, wiederum den Anblick eines Schutthaufens darbot. Ins Land hinein auf schöner Ebene lag das den Handel mit Bolivia vermittelnde, rasch aufgeblühte Tacna, mit 12,000 Seelen; nördlich von ihm, am Fuße der Anden, das schön gebaute, besonders durch seine geschmackvollen Kirchen ausgezeichnete Moquegua. Islay war der fünfte Ort in der unglücklichen Liste und der Hafenplatz des sechsten, der in fruchtbarster Umgebung gelegenen Stadt Arquipa, über welcher der Vulcan gleichen Namens sein schneebedecktes Haupt erhebt. Arquipa galt für den schönsten und lieblichsten Punkt in ganz Peru. Weiter nördlich im Innern, auf stürmisch kalter Gebirgsebene stand Huancavelica mit seinen einst berühmten, aber schon seit lange in Verfall gerathenen Quecksilberbergwerken, und in noch höherer Lage, das auf unerschöpflich reichen Silberminen erbaute Cerro de Pasco, dessen Bevölkerung ein Gemisch von fast allen amerikanischen und europäischen Nationalitäten und Racen enthielt. Die genannten Orte gehörten sämmtlich zu Peru. Unter den Städten, welche in Ecuador von dem Erdbeben litten, waren die namhaftesten: Tacunga, das eine der besten höheren Lehranstalten Südamerika's besaß und 16,000 Einwohner zählte, und Ibarra, mit einer Bevölkerung von 13,000 Seelen und lebhaftem Gewerbefleiß und Verkehr. Außerdem wurde eine Menge kleinerer und weniger bekannter Orte zerstört oder beschädigt. Die Zahl der Opfer war groß, hat aber nicht genau ermittelt werden können, da die Behörden keine Veröffentlichung wollten. Von den an der See gelegenen Städten, die als zerstört bezeichnet wurden, war Islay die nördlichste; der größere Theil des Küstenstrichs von Peru und Ecuador war nicht der Schauplatz der heftigsten Erschütterung, was dieses Erdbeben, das sich mit seiner vollen Gewalt über die lange Doppelgebirgskette der Anden Peru's und Ecuador's fortpflanzte, von den meisten andern unterschied, deren Verheerungen sich gerade über das Küstenland erstreckten. Wie furchtbar es aber unter der Erdrinde gährte, und wie gewaltig die zurückgehaltene Kraft war, welche durch ihre gewöhnlichen Sicherheitsventile, die Vulcane von Peru und Ecuador, keinen gefahrlosen Ausweg mehr fand, bewiesen die wogenden Fluthen, die an die Chinchas-Inseln anprallten, der Schifffahrt Vernichtung drohten und große Dampfer weit in's Land hineinschleuderten. — Es hatte unter der spanischen Regierung in Südamerika noch zerstörendere Erderschütterungen als die von 1868 gegeben. Aber damals herrschte in jenen Gegenden tiefe innre Ruhe, und die

Regierung, so wenig ihr Thun sonst Lob verdiente, besaß die Mittel, der leidenden Bevölkerung zu Hülfe zu kommen, während jetzt zu den Verheerungen der Natur, Parteikämpfe, Kriege und Revolutionen hinzutraten und den Nothstand vermehrten.

Die Parteiunterschiede, welche die meisten europäischen Staaten, Spanien nicht am wenigsten, in Bewegung setzen, hatten sich nach den Republiken spanischer Nationalität, mit Ausnahme des Monarchismus verpflanzt, der, wie Iturbide's und Maximilian's Ausgang beweisen, daselbst für sich keinen Boden fand. Aber es gab Conservative, Liberale, Clericale, Centralisten und Föderalisten, in verschiedenen Abstufungen, mit mehr oder weniger exclusiven Tendenzen. Was die politischen Kämpfe in den hispano-amerikanischen Republiken von denen Europa's unterscheidet, ist der Mangel an Gründlichkeit und Tiefe in der Untersuchung der Principienfragen, an Folgerichtigkeit und Ausdauer in deren praktischer Anwendung. Die gegenseitige Stellung der Parteien war immer eine gespannte und schroffe, die keine Annäherung und Verschmelzung zuließ. Conservative und Liberale suchten einander auszuschließen und zu unterdrücken und appellirten bei jeder Gelegenheit an die rohe Gewalt. Die öffentlichen Einrichtungen waren wie auf lockern Sand gebaut und nur für den Augenblick berechnet. Wie im Orient die Unbeweglichkeit des Despotismus, so schien in den mittel- und südamerikanischen Republiken die Anarchie einheimisch und unvermeidlich zu sein.

Im Staat Panama, ungeachtet seiner geringen Bevölkerung durch seine Lage wichtig, indem er auf der Landzunge liegt, die Nord- und Südamerika mit einander verbindet, wo die Cordilleren auf einer Strecke von mehreren Meilen eine Lücke haben, die sich zur Anlegung eines Canals zwischen dem Atlantischen Ocean und dem Stillen Meer eignet, hatten die Conservativen eine Zeit lang am Ruder gesessen, als ihnen dasselbe plötzlich von der Gegenpartei entrissen wurde. Am 5. Juli 1868 versammelten sich einige achtzig notable Bürger auf dem Platz St. Anna in der Stadt Panama, und nahmen fast ohne Discussion folgendes Manifest an, welches unmittelbar darauf veröffentlicht wurde: „Da die liberale Partei, welche die Mehrheit des Landes in sich begreift, einen gewissen Druck von Seiten der sich im Besitz der Regierung befindlichen Conservativen befürchtet, so beschließt sie die von dieser Partei eingesetzten Behörden nicht mehr anzuerkennen und ihnen fortan allen und jeden Gehorsam zu verweigern. Der General Ponce wird zum provisorischen Präsidenten des freien und souveränen Staates Panama ernannt. Eine Commission von fünf Mitgliedern wird ihn in der Verwaltung unterstützen, und der Chef des Bataillons von Santander wird aufgefordert mit seinen Truppen die patriotische Bewegung, die soeben stattfand, zu unterstützen. Nachdem der Präsident der Junta, Goitia, den General Ponce herbeigerufen hatte, beschwor dieser die

Verfassung und trat sofort sein Amt an. Derselbe ernannte Parra zum Staatssecretär und Sola zum Gouverneur des Departements Panama, beide zu den Leitern der liberalen Partei gehörig. Das erste Auftreten des neuen Präsidenten bestand darin, das Gebiet des Isthmus in Belagerungszustand zu versetzen, die constitutionellen Garantien aufzuheben, und in officieller Weise das Geschehene zur Kenntniß des Consular-Corps zu bringen. Die rechtmäßige Regierung ließ sich stürzen, ohne den geringsten Widerstand zu leisten, nicht allein in der Hauptstadt, sondern auch in den fünf andern Departements, die den Staat Panama bilden, und die Revolution wurde ohne Blutvergießen vollbracht, da die Anhänger der gestürzten Machthaber es vorzogen, sich lieber freiwillig zu unterwerfen, als es zu einem Bürgerkrieg kommen zu lassen. Präsident Ponce begab sich übrigens persönlich nach den meisten Städten des Isthmus, um mit den Localbehörden zu unterhandeln. In einem von ihm erlassenen Manifest ersuchte er die zahlreichen im Lande ansässigen Fremden, in seine Verwaltung vollkommenes Vertrauen zu setzen, da er ihre Personen und ihr Eigenthum achten und die internationalen Verträge genau beobachten werde. Um jede Spur des Unfriedens zwischen den Parteien zu verwischen, erließ der Präsident eine Amnestie für alle politischen Vergehen. Eine Zeit lang lief alles friedlich ab. Aber die Folgen der Bewegung vom 5. Juli und des Sturzes der gesetzlich gewählten Regierung blieben nicht aus In dem Isthmusstaat, der seit einer Reihe von Jahren die Wirkungen der politischen Katastrophen der colombischen Republik, zu deren Föderation er gehörte, nur aus weiter Ferne verspürt hatte, erwachte von neuem der revolutionäre Geist, der die meisten dieser Republiken aus einer Erschütterung in die andere wirft. Die Provinz Chiriqui glaubte das in Panama gegebene Beispiel nachahmen und sich gegen die bestehende Regierung erheben zu können. Chiriqui, das an den Süden von Costarica grenzt, war geneigt, sich entweder dieser Republik anzuschließen oder sich für selbständig zu erklären, und die Menge dieser kleinen Staaten um einen neuen zu vermehren (October 1868). An der Spitze der Bewegung stand Aristides de Obaldia, dessen Vater Vicepräsident von Colombia gewesen und in der liberalen Partei allgemeiner Verehrung genossen hatte. Chiriqui besitzt nicht nur die beiden prachtvollsten natürlichen Häfen Centralamerika's, sondern ist überhaupt die schönste und fruchtbarste Provinz des Staates Panama. Man hat Chiriqui wegen der unvergleichlichen Vertheilung von Bergen und Ebenen, von Wäldern und Wiesen mit den reizendsten Punkten Italiens verglichen.

Viel wichtiger als die revolutionären und überhaupt politischen Vorgänge in Panama und den andern kleinen Republiken Mittelamerika's war der zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der von Colombia im Februar 1869 geschlossene

Vertrag zum Durchstich des Isthmus und zur Anlegung eines internationalen Schifffahrtcanals auf dem Gebiet des Staates Panama. Ob der Canal durch den Isthmus von Darien gehen und als Endpunkte die beiden schönen Häfen der Caledonia-Bay und des Golfes von San Miguel verbinden, oder ob derselbe nur als Schleußencanal durch die eigentliche Landenge von Panama gegraben werden soll, war noch nicht entschieden und vergleichsweise Nebensache, wenn nur die Hauptfrage, die Herbeischaffung der zur Ausführung nöthigen Geldmittel, erledigt wurde. Daß diese nur von den Vereinigten Staaten herkommen konnten, verstand sich von selbst, da das übrige Amerika, ungeachtet seiner Gold- und Silbergruben, verhältnißmäßig arm ist. Der von den Bevollmächtigten beider Republiken unterzeichnete Vertragsentwurf, der alsbald die Genehmigung des Präsidenten von Colombia, Santos Guiterrez, erhielt, mußte dem Präsidenten Grant zur Zustimmung und dann den Volksvertretungen der beiden Republiken zur Sanction vorgelegt werden. Derselbe war für Colombia sehr günstig und von dieser Seite her schien eine unbedingte Annahme desselben viel wahrscheinlicher als von dem Congresse von Washington, von dem vorausgesetzt werden konnte, daß er die Modification einzelner Artikel verlangen würde, wie auch später wirklich geschehen ist.

Der Vertrag stipulirt die Abtretung eines Gebiets im ganzen Durchmesser des Isthmus zwischen beiden Meeren in einer Breite von zehn englischen Meilen, zu beiden Seiten des Canals an die Vereinigten Staaten, welche sich dagegen verpflichten, den Canal auf ihre Kosten herzustellen, und in funfzehn Jahren, vom Beginn der Arbeiten angefangen, zu vollenden. Nordamerika hat allein das Recht, den Canal zu überwachen und militärisch zu besetzen, doch darf die Besatzung 1000 Mann Landtruppen nicht übersteigen. Die Feststellung und Erhebung der Durchgangszölle auf dem Fuß vollkommener Gleichheit für alle Nationen ist gleichfalls den Vereinigten Staaten überlassen, dagegen erhält die Republik Colombia einen Antheil am Netto-Ertrag der Zölle, und zwar in den ersten zwölf Jahren nach Eröffnung des Canals 10 Proc., welche auf 25 Proc. erhöht werden, sobald die Regierung der Vereinigten Staaten das ganze Anlagecapital durch die Zolleinnahme getilgt haben wird. In Friedenszeiten haben die Vereinigten Staaten das Recht, Kriegsschiffe, Truppen und Munition durch den Canal zu transportiren. Nationen, welche sich miteinander im Kriege befinden, ist die Benutzung des Canals zu solchen Zwecken nicht gestattet. Das Besitzrecht wird den Vereinigten Staaten bis auf hundert Jahre nach der Eröffnung des Canals garantirt, und geht nach Ablauf dieser Zeit ganz auf die Republik Colombia über. Der Vertrag erlischt, wenn die technische Aufnahme des Terrains und der Karten nicht drei Jahre nach der Ratification ausgeführt, wenn nicht fünf Jahre nach

derselben die Arbeiten beginnen, und der Canal selbst nicht funfzehn Jahre nach dem Anfange der Arbeiten beendigt sein wird. Letztere Bestimmung schien anfänglich wegen der ungeheuren Schwierigkeiten des Durchstichs bedenklich, doch beruhigte man sich mit dem Gedanken, daß Nordamerika nicht nur eine große Anzahl ausgezeichneter Ingenieure besitzt, sondern auch in den zwar emancipirten aber besitzlosen Negern der Südstaaten über außerordentliche Arbeitskräfte gebietet. Die afrikanische Race ist dem entnervenden, heißfeuchten Klima des Isthmus allein gewachsen. Asiatische Arbeiter (Kulis) halten diese Temperatur nicht aus. Auch wäre es ein sehr gewichtiger Vortheil für die Vereinigten Staaten, wenn sie sich auf diese Art eines großen Theiles ihrer schwarzen Bevölkerung entledigen könnten, die von den Weißen, die sich mit derselben nicht verschmelzen wollen und sie, seitdem sie frei geworden, nicht mehr unterdrücken können, für eine Last angesehen wird. Dagegen würden Neger und Mulatten sich trefflich zu Colonisten in den fruchtbaren Landschaften Dariens und Panama's eignen.

Das einst so blühende Peru war, was wenigstens einen großen Theil von ihm betrifft, in dieser Zeit eines der unglücklichsten Länder Amerika's. 1868 hatte es von fürchterlichen Erderschütterungen und einer pestartigen Krankheit gelitten. Im folgenden Jahre trat daselbst das Gelbe Fieber mit ungewöhnlicher Wuth auf. Die Bevölkerung der vom Erdbeben hart mitgenommenen oben erwähnten Stadt Tacna wurde von der Seuche noch tiefer herunter gebracht. Von 12,000 Einwohnern blieben nur 2000 Lebende übrig. Die Behörden waren geflüchtet, die Gerichte geschlossen, die Polizei verschwunden. Schaaren von Verbrechern kamen herbei, um in den ausgestorbenen Häusern zu rauben. erlagen aber ebenfalls in großer Zahl den aus den Boden steigenden und sich in der Luft verbreitenden Miasmen. Zu diesen natürlichen Uebeln traten politische zum Theil blutige Unruhen, deren Verlauf aber über die Epoche hinausliegt, die hier geschildert wird. Der heftige Conflict mit Spanien wegen der von letzterer Macht weggenommenen Chincha-Inseln (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. B. II. S. 208—210) war beigelegt worden, aber die durch ihn einen Augenblick lang unterbrochenen Parteikämpfe hatten gleich nachher von neuem begonnen. Welche Wichtigkeit diese Inseln für Peru besitzen, kann daraus entnommen werden, daß die Ausfuhr des Guano im Jahr 1870, dem peruanischen Staatsschatze bei einem Budget von 44,723,100 Soles (à 1½ Dollars), 32,392,500 Soles einbrachte.

Während in manchen dieser amerikanischen Republiken, z. B. in Mexico, die Geistlichkeit von der weltlichen Macht in den Schranken ihres Berufes gehalten wird, übt sie in andern einen großen Einfluß auf die Regierung aus, macht mit ihr gemeinschaftliche Sache, dient ihr und beherrscht sie zugleich. In Guatemala sind die Jesuiten seit bei-

nahe dreißig Jahren die Leiter in allen öffentlichen Angelegenheiten und haben auch die Weltgeistlichkeit ganz von sich abhängig gemacht. Sie haben einen Theil des reichen creolischen Patriciats, das abergläubige Landvolk und die Frauen aller Klassen auf ihrer Seite, aber die Minorität der Aristokratie und fast der ganze Bürger- und Handelsstand ist gegen sie. In neuester Zeit hat ihre Herrschsucht auch die anderen Mönchsorden von ihnen abgezogen. Uebrigens hat die moralische Freiheit in diesen Gegenden, ungeachtet der vielen Revolutionen und Kriege, bemerkbare Fortschritte gemacht, und der Clerus ist nicht mehr wie zur Zeit der spanischen Herrschaft im alleinigen Besitz der öffentlichen Erziehung, des Unterrichts und der Bildung. Es giebt Staats- und Privatschulen, in denen das Laienelement dominirt. Das bloße Dasein einer liberalen Partei, die bei den Wahlen sich vernehmbar machen kann, ist schon an und für sich eine bedeutende Erscheinung, auch wenn sie bisher selten die Mehrheit der Stimmen für sich gehabt hat. Der steigende Verkehr mit dem Auslande und die Verbreitung der französischen und englischen Literatur unter den höheren Klassen wird nicht ohne heilsame Wirkung auf das Ganze bleiben. Noch ist es jedoch der Geistlichkeit und der von ihr beherrschten Regierung gelungen, das Verbot des protestantischen Gottesdienstes in Guatemala aufrecht zu erhalten, was viele Deutsche verhindert, sich in dem schönen Lande dauernd niederzulassen. Dasselbe hat seit zehn Jahren an Wohlstand, namentlich durch Einführung des Caffeebaues bedeutend zugenommen, und führt von diesem Product jährlich 40,000 Centner mehr als Costarica aus, obgleich die Cultur in letzterem Lande viel älter ist. Die feinste Caffeebohne liefert das berühmte Thal von Antigua Guatemala, dessen gesundes Klima, paradiesische Fruchtbarkeit und malerische Pracht der Umgebung für unvergleichlich gehalten wird. Eine Folge des mit dem Caffeebau zunehmenden Wohlstandes der Bevölkerung ist die rasche Vermehrung des Verbrauches europäischer Fabricate. Auch Deutschlands Handel und Industrie sind bei diesem wachsenden Import in nicht geringem Maße betheiligt. Die handelstüchtigen und unternehmenden Hamburger sind es vor allen, welche mit den Engländern, Franzosen und Belgiern in Centralamerika überall erfolgreich concurriren, und in fast allen Städten solide Etablissements oder wenigstens thätige Agenten haben.

Die Republik Ecuador war von neuem der Schauplatz blutiger Conflicte geworden. Im Januar 1868 hatte sich Garcia Moreno gegen die Regierung des Präsidenten Espinoza empört und sich unter dem Titel eines interimistischen Präsidenten zum Dictator aufgeworfen. (Ueber die Antecedentien desselben siehe Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Band II. S. 198—203.) Diese Bewegung ging damals ohne Widerstand vor sich, weil Garcia Moreno die Zustimmung der Militärbehörden erlangte, die er selbst früher als rechtmäßiger Präsident

ser Mann, an dessen Strafbarkeit Niemand zweifelte, wurde gleichwohl freigesprochen. General Cosona, der als Canto's Beschützer aufgetreten war und dem letzterer großentheils die günstige Wendung seiner Angelegenheit verdankte, hatte sich viele Räubereien und andere Gewaltsamkeit zu Schulden kommen lassen, die kein Geheimniß geblieben waren. Es geschah ihm aber weiter nichts, als daß er provisorisch seinen Abschied nehmen mußte. Porfirio Diaz, der bei der Einnahme von Mexico, nach Maximilians Tode, Beweise von Menschlichkeit und Edelmuth gegeben hatte, zog sich aus Verdruß über die vielen ungestraft bleibenden Verbrechen in das Privatleben zurück. Escobedo, der im Juni 1867 die Belagerung Queretaro's geleitet und Maximilian gefangen genommen hatte, stand mit der Regierung auf gutem Fuß, weil sie ihm behülflich gewesen war, sich durch Ankauf confiscirter Güter zu bereichern. Er lieh ihr deshalb auch seinen Degen, als sie sich mit der Unterdrückung der Revolution am Rio Grande und im Staate Taumalipas beschäftigte.

Im Staate Jalisco hatte sich der frühere Räuberhauptmann und kaiserliche Exgeneral Lozada fast unabhängig gemacht, obgleich er die republikanische Regierung dem Namen nach anerkannte. Dieser Mann nahm eine ganz ungewöhnliche Stellung im Lande ein. Der Bezirk, welchen er als Privatgut betrachtete und wo er unumschränkt gebot, war die von Indianern bewohnte Gegend von Tepic; früher wegen Räubereien berüchtigt, war diese Landstrecke ein Vorbild der Ordnung und Sicherheit geworden, seitdem Maximilian dem genannten Lozada ihre Verwaltung anvertraute, und hatte sich diesen guten Ruf auch später bewahrt. Die Regierung des Präsidenten Juarez beabsichtigte längst Lozada's Entfernung, nicht weil er ein Räuberhauptmann, sondern weil er ein Anhänger des Kaisers gewesen, an den nichts mehr erinnern sollte. Aber man wagte nicht, gegen Lozada einzuschreiten, da derselbe in jedem Augenblick 15,000 Indianer unter die Waffen rufen konnte, die mehr als hinreichten, um in den Gebirgspässen eine unangreifbare Stellung einzunehmen. Lozada war nicht nur im Besitz der ihm von der kaiserlichen Regierung gelieferten Waffen geblieben, sondern hatte deren weitere von San Francisco bezogen, und war mit mehreren verbannten Generalen und Gouverneuren in Verbindung getreten, um im Fall eines Angriffs von Seiten der Centralregierung, die nordwestlichen Staaten, wie Sinaloa, Sonora, Chihuahua, Durango und einen Theil von Jalisco zum Kampfe für die Unabhängigkeit fortzureißen.

Dem Congreß, der seit dem September 1869 wieder zusammengetreten war, lagen eine Menge Gesetzanträge vor, welche die Hebung der Industrie bezweckten, aber entweder keine oder nur eine theilweise Erledigung fanden. Die Veracruz-Puebla-Eisenbahn, ein Unternehmen,

dessen Ausführung dem fremden Handel das Innere Mexico's öffnen würde, ward einer englischen Compagnie entzogen und einer einheimischen übergeben, der es aber an Geld zur Vollendung fehlte, so daß Tausende von Arbeitern brodlos wurden. Der Ausfuhrzoll auf Gold und Silber wurde so in die Höhe geschraubt, als wollte man auf den Schleichhandel der Art eine Prämie setzen, und dasselbe galt von den Eingangszöllen, welche fast alle gesetzlichen Einfuhren unmöglich machten. Die während des Krieges vermehrten Steuern blieben dieselben, obwohl deren Erhebung täglich schwieriger wurde. Die meisten Fremden befanden sich ohne Schutz, da es außer den Vereinigten Staaten und Preußen keine Vertreter auswärtiger Mächte in Mexico gab. Die preußische Regierung hatte für sich und den norddeutschen Bund mit der mexicanischen Republik einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen (28. August 1869) und bei Juarez einen Geschäftsträger beglaubigt, während die meisten anderen europäischen Staaten sich mit bloßen Handelsconsuln begnügten. Die mexicanischen Behörden übten häufig auf die fremden Kaufleute und Fabrikanten einen Druck aus, der den Interessen ihres eigenen Landes zuwiderlief. Anstatt den Verkehr mit dem Auslande aus allen Kräften zu beleben, indem sich dadurch ihre Zolleinnahmen steigern mußten, suchten sie denselben durch einen hohen Tarif, unerschwingliche Patentsteuern und Rechtsverweigerungen bei Schuldklagen möglichst zu beschränkten. Viele Europäer hatten ihre Capitalien und ihre Industrie an verschiedenen Punkten der Republik angelegt. Der Mexicaner, statt dem Fremden zu danken, daß ganze Ortschaften durch ihn lebten, sah in ihm seinen Feind, und die Regierungen der einzelnen Staaten begingen die Thorheit, diesem Neide Nahrung zu geben, indem sie durch zu hohe, directe und indirecte Abgaben den Betrieb von Fabriken an manchen Orten unmöglich machten. Im Staat Colima verlangte man von den fremden Kaufleuten eine Patentsteuer von 6000 bis 8000 Dollars jährlich, was diese zwang das Land zu verlassen und ihm die Vortheile ihrer Industrie zu entziehen.

In den oben genannten nordwestlichen Staaten von Mexico regten sich revolutionäre Elemente ernster Art, denn es handelte sich um nichts weniger als um die Bildung einer besondern, von der mexicanischen getrennten Republik, der die Sympathien der Nordamerikaner nicht fehlen würden, da sie unausbleiblich zu einer Annexion an die Vereinigten Staaten führen müßte. Amerikanische Einwanderer und mexicanische Großgrundbesitzer arbeiteten darauf hin, alle Grenzstaaten von Unter-Californien bis an die Mündung des Rio Grande an die Union zu bringen. Im Herbst 1869 befand sich eine mexicanische Commission in Washington, um gegen Hypothecirung mehrerer Staaten ein Anlehen zu bewerkstelli-

gen. Die Trennung aller nördlichen und westlichen Grenzstaaten von Mexico würde für den Rest der Republik ein Gewinn sein. Die Regierung wäre dann im Stande, ihre Thätigkeit auf das fruchtbare und bevölkerte Centrum zu beschränken, während jetzt ihre Aufmerksamkeit sich über ein unermeßliches Gebiet zerstreut, das sie nicht einmal übersehen, geschweige denn leiten kann. Aber der Nationalstolz wird freiwillig keine Verminderung des Territoriums zugeben und lieber das Ganze auf's Spiel setzen, als es durch Abtretung einzelner Theile zu retten suchen. Die Nordamerikaner haben Reclamationen im Betrage von vielen Mill. Doll. für im letzten Kriege von mexicanischer Seite erfahrene Verluste eingereicht, und die Mexicaner darauf mit Gegenforderungen geantwortet und jede Entschädigung, wenigstens im Großen verweigert. Die Union wird ihre Ansprüche wohl vertagen, aber nicht aufgeben, und wenn Mexico sie nicht mit Geld befriedigen kann, dafür eine Gebietsabtretung verlangen, und wie schon einmal früher durchzusetzen wissen. Mexico steht ganz isolirt da, und das Cabinet von Washington hätte bei einer Annexion einzelner Territorien dieser Republik nicht den Widerspruch der europäischen Seemächte zu besorgen, wie dies unzweifelhaft der Fall sein würde, wenn die Vereinigten Staaten ihre Hand nach den Inseln im mexicanischen Golf ausstrecken sollten.

Welches Streben nach Vergrößerung auf Kosten Mexico's eine gewisse Partei in den Vereinigten Staaten hegte, kann aus der Art entnommen werden, wie eines der ersten Journale der Union, der „New-York-Herald", sich über die Mission des zum Gesandten bei der mexicanischen Republik ernannten Generals Rosenkranz äußerte (October 1869): „Die Uebel Mexico's sind chronisch, und es liegt außerhalb der Macht seiner Regierung, dieselben zu heilen. Nur ein Mittel gibt es, und dies ist die Annexion an die Vereinigten Staaten; Mexico kann seine unabhängige Stellung nicht behaupten, es hat dies seit 58 Jahren versucht, ohne daß es ihm gelungen wäre. Nicht nur die Rücksichten auf das Wohl der Menschheit, sondern das Interesse der Vereinigten Staaten erheischt es, das reiche Nachbarland völligem Verderben zu entreißen und seine unermeßlichen Hülfsquellen der Welt zu öffnen. Die Zeit ist gekommen, daß sein Schicksal besiegelt werde, und daß die Vereinigten Staaten ihre Bestimmung erfüllen. General Rosenkranz wird die einleitenden Schritte thun, und die Regierung von Washington wird das Werk kräftig vollenden."

Ungeachtet Juarez im Congreß und unter den Generalen und Gouverneuren viele Gegner hatte, so behauptete er sich doch an der Spitze der Republik, weil unter Volk und Soldaten die Mehrheit auf seiner Seite stand, während die, welche ihn gern gestürzt und seine Stelle eingenommen hätten, nur auf Parteien und Coterien zählen konnten. Die Masse wollte den Frieden, deshalb erreichten die unzufriedenen

Militärchefs, so kühn oder verschlagen sie auftreten mochten, nie vollständig das Ziel ihres Ehrgeizes. Sie arbeiteten aber nicht nur dem Präsidenten, sondern auch sich unter einander entgegen, was jenem den Sieg über sie erleichterte. Aber Juarez' Erfolge machten ihn selbst gegen begründete Beschwerden taub. Er behielt sein Ministerium bei, so sehr auch über dasselbe geklagt wurde, und mischte sich in die besondern Angelegenheiten der einzelnen Staaten, indem er bald der Legislatur, bald dem Gouverneur Gehör gab, wenn die legislative oder executive Macht an das föderale Centrum appellirte.

In den Staaten Puebla, San Luis de Potosi, Queretaro, Taumalipas, Guerrero und Jalisco brachen Unruhen aus, welche durchgängig nur gegen die Person der betreffenden Gouverneure gerichtet waren, denn bei den Wahlen war die wirkliche Volksstimme nicht maßgebend, und das Amt eines Gouverneurs wurde häufig als Patrimonium einer Familie betrachtet, oder dem verliehen, der durch politische Ränke oder besondere Dienste auf den Schutz der obersten Bundesgewalt Anspruch machen konnte. In Guerrero ward General Arce an die Stelle der sich gegenseitig bekämpfenden Gouverneure Alvarez und Ximenez gesetzt und in Taumalipas General de la Garza durch militärische Hülfe als Gouverneur aufrecht erhalten. Als die Regierung die Truppen unter General Rocha aus Taumalipas zurückzog, um dieselben gegen den aufrührerischen Staat San Luis de Potosi zu verwenden, hielt sich der Gouverneur de la Garza nicht mehr für sicher, gab sein für vieles Geld erworbenes Amt auf und floh eiligst nach der Hauptstadt. In Queretaro wurde der gesetzliche Gouverneur Cervantes nach Mexico berufen und abgesetzt, allein bei seiner Rückkehr vom Volk als sein rechtmäßiges Haupt wieder bestätigt. Inzwischen hatte die Legislatur von Queretaro einen provisorischen Gouverneur Namens Vasques ernannt und demselben außerordentliche Vollmachten ertheilt, um seine Stellung zu behaupten, bis regelmäßige Wahlen stattfinden könnten. Beide Parteien standen sich lange bewaffnet gegenüber, und hielten die Queretaro beherrschenden Hügel besetzt. In Puebla bekam General Altatorre den Auftrag, den durch Bestechung und Einschüchterung in dieser Stadt erwählten Gouverneur gegen die sich ihm widersetzenden Landbewohner in Schutz zu nehmen, wodurch ein Krieg entstand, der große Kosten verursachte und, wenn er erlöschen wollte, von Generalen, die aus der Revolution ein Metier machten, wie Negrete, Lucas u. s. w. immer von neuem angefacht wurde. Beide Theile verfuhren mit großer Erbitterung. Die Regierungstruppen zündeten ganze Dörfer an und wurden, wenn sie in Gefangenschaft geriethen, von den Landbewohnern bis auf den letzten Mann niedergemacht. General Negrete bedrohte in einem Manifest den Präsidenten und die Minister mit dem Tode, obgleich er ein Jahr vorher auf Abschaffung der Todesstrafe angetragen hatte.

Noch ernster waren die Bewegungen, die sich im Staate San Luis de Potosi erhoben. Dort hatte die Legislatur den General Bustamante verjagt und die Gouverneursstelle dem General Aguirre angeboten, der dieselbe annahm (15. December 1866) und durch seinen Einfluß auch die Generale Laranaga, Martinez, Echegaray und andere Chefs zum Anschluß an ihn bewog. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers von San Luis de Potosi nebst deren Clienten und Creatur, dem Gouverneur Barragan, wurden auf Befehl Aguirre's verhaftet, aber leichtsinniger Weise in einem und demselben Gebäude eingesperrt, wo sie ihre Sitzungen fortsetzten. Dies gab ihnen Gelegenheit, eine Contrerevolution einzuleiten. Barragan ward bewogen zu resigniren, und statt seiner ernannte der gesetzgebende Körper einen Anhänger der Centralregierung, Sosthenes Escandon, zum Oppositionsgouverneur, welcher, sich auf freiem Fuß befindend, in Rioverde ein Manifest gegen Aguirre erließ, von Juarez als rechtmäßiges Staatsoberhaupt anerkannt und bevollmächtigt wurde, Hülfe bei dem in Taumalipas stehenden General Rocha nachzusuchen. Dieser eilte auch sofort herbei, während Escandon seinerseits Truppen aushob, allein die anfangs erreichten kleinen Vortheile gingen bei einem größeren Treffen gänzlich verloren, und die sämmtliche Artillerie Rocha's fiel Aguirre in die Hände. Letzterer hatte unterdessen eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt. Er verhieß eine allgemeine Amnestie, empfahl den Delegaten der verschiedenen Municipalitäten des Landes die Wahl eines neuen Präsidenten, und brachte die Verlegung der Regierung von Mexico nach Aguas Calientes in Vorschlag, angeblich weil letzteres ein centralerer Punkt sei, in Wahrheit aber weil Juarez daselbst weniger Anhang besaß. Aguirre schrieb unter dem Vorwande des öffentlichen Wohls Contributionen aus, erhob Zwangsanleihen, mehrere unter den gegen ihn gesandten Truppenabtheilungen gingen zu ihm über, so daß er sich bald an der Spitze von 5000 Mann mit 60 bis 70 Kanonen befand. Eine Menge Militärchefs schlossen sich ihm an, weil Juarez sie nicht bezahlen konnte oder wollte, unter anderen der Gouverneur von Zacatecas, Garcia de la Cadena, dessen Bedrückungen und Plünderungen des Volks von der Regierung getadelt worden waren. Die Generale traten ohne Scheu von einer Partei zur anderen über und saugten das Land aus. Viele reiche Gutsbesitzer verließen Haus und Hof und flohen mit ihren Familien in die Städte, um ihr Leben vor den umherziehenden Räuberbanden zu retten. Die Unordnung und Verwirrung wuchs, indem die Indianer in vielen Gegenden für Eigenthümer der Grundstücke gelten wollten, die sie bisher als Pächter bebaut hatten und sich mit Gewalt in deren Besitz setzten.

Von Zeit zu Zeit trat in diesem wüsten Wirbel von Pronunciamentos, Insurrectionen und Banditenthum eine Pause der Erschöpfung ein, nach der aber das alte verderbliche Wesen wieder überhand nahm.

Dennoch behauptete sich Juarez, dem der Congreß außerordentliche Vollmachten ertheilt hatte, die es ihm möglich machten, in den bevölkertsten und ruhigsten Provinzen Truppen auszuheben und die Fortschritte der Aufständischen aufzuhalten. Für den friedlichen Theil der Bevölkerung stellten der Präsident und der Congreß die einzige legitime Gewalt dar, deren Anordnungen, ungeachtet der einzelnen Unordnungen, im Ganzen doch nachgekommen wurde. Auf dieser Seite gab es eine gewisse Einheit, während unter den Insurgenten jeder that, was er wollte, die aufrührerischen Generale und Gouverneure heute sich mit einander verbanden und morgen sich verließen, sich gegenseitig verriethen und keinen gemeinsamen Plan verfolgten.

Der Congreß schloß seine Sitzungen am 31. Mai (1870), ohne wegen des neuen Tarifs, der Consolidirung der Staatsschulden und anderer wichtiger innern Angelegenheiten zu einem Resultat gelangt zu sein. Das vom Finanzminister vorgelegte Budget zeigte nur 14½ Mill. Doll. Einnahmen bei 27 Mill. zu erwartender Ausgaben und ein laufendes Deficit von 2 Mill. Doll. Ungeachtet der geringen Steuererträgnisse klagte alle Welt über die Last unerschwinglicher Abgaben, indem bei den immerwährenden innern Kämpfen Bodencultur und Industrie abnahmen nnd ein großer Theil der öffentlichen Einnahmen zum Vortheil Einzelner und auf die zwecklosesste Art verschwendet wurde. Die Streitigkeiten wegen der Gouverneurswahlen fingen, nachdem sie eine Weile nachgelassen hatten, von neuem an. Im Staat Queretaro gab es im Sommer 1870 nicht weniger als drei Gouverneure und zwei Legislaturen, die einander nicht nachgeben wollten. Im Staate San Luis de Potosi erwachte wieder der alte Parteihader, nachdem er eine Weile eingeschlummert schien; zwei Gouverneure boten sich dort die Spitze; im Staat Jalisco hatte die Legislatur den Gouverneur abgesetzt und einen andern ernannt, dem aber sein Vorgänger nicht weichen wollte. In diesem maßlosen Ehrgeiz einzelner Partei- und Staatenhäupter lag der Keim zu neuen Umwälzungen. Trotz dieser traurigen Verhältnisse ist der Geist des Fortschritts, der unsere Zeit charakterisirt, von Mexico nicht ganz abwesend geblieben. Juarez' Regierung hat in den letzten Jahren unter Mitwirkung der einzelnen Staaten und wohlgesinnter Privatleute viel für den öffentlichen Unterricht gethun. Es sind neue Landstraßen und Telegraphenlinien angelegt, Eisenbahnconcessionen ertheilt und der Bergbau verbessert worden. Die Production von Gold und Silber hat sich seit 1858 um 11 Mill. Doll. vermehrt. Eine Gesellschaft nordamerikanischer Capitalisten hat die Bewilligung erhalten, über den Isthmus von Tehuantepec eine Eisenbahn zu führen und Vermessungen zu einem Schiffscanal zu veranstalten.

Obgleich es demnach nicht an aller nützlichen staatlichen Thätigkeit fehlte, so wollten doch viele und zwar in Amerika selbst, in Betracht der großen

vorhandenen Uebelstände, an der Möglichkeit einer glücklichen Zukunft für Mexico verzweifeln. Die Einfälle der Indianer in das mexicanische Gebiet nahmen zu, zahlreiche bewaffnete Banden aus den Vereinigten Staaten überschritten von Zeit zu Zeit die nördliche Grenze und machten Miene, sich in den dortigen gold= und silberreichen Gegenden festzusetzen. Die Kämpfe um die Gouverneurstelle dauerten in manchen Staaten fort und bei der 1871 sich erneuernden Präsidentenwahl traten außer Juarez, der General Porfirio Diaz und der Präsident des obersten Gerichtshofes, Lerdo de Tejada, als Bewerber auf, und es stand zu erwarten, daß, wenn nicht sie selbst, doch ihre Anhänger versuchen würden, ihre Absichten nöthigenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Ohne die ernsten Gefahren zu verkennen, die in solchen Zuständen liegen, muß die Befürchtung derer, welche aus ihnen den unvermeidlichen Untergang Mexico's voraussagen wollen, übertrieben erscheinen. Innre Parteiungen und Erschütterungen können nur dann einem Volk tödtlich werden, wenn es Nachbarn hat, die aus seiner Zerrissenheit Gewinn ziehen wollen. So erging es dem alten Polen im Verhältniß zu den drei Theilungsmächten, die ihm nicht die nöthige Zeit ließen, um das begonnene Werk der Regeneration zu vollenden. Mexico hat nichts Aehnliches zu besorgen. Die Einfälle der Indianer sind beschwerlich und verheerend, vermögen aber nicht den mexicanischen Staat zu zerstören, und die Nordamerikaner können sich diese oder jene Grenzprovinz abtreten lassen, haben aber nicht entfernt die Absicht, das Ganze an sich zu reißen, indem eine solche Vergrößerung, wenn sie überhaupt möglich wäre, für sie eine drückende Last sein würde. Andere mächtige Nachbarn hat Mexico nicht. Das mexicanische Volk bewies, daß es, ungeachtet seiner Fehler, in entscheidenden Momenten nicht von politischer Einsicht entblößt ist, als es Juarez zum dritten Mal zu seinem Oberhaupt erwählte, der, ohne im Besitz ungewöhnlicher Talente zu sein, unter allen Bewerbern sich durch Alter, Erfahrung und Patriotismus immer noch am besten zu dieser Stellung eignete. Mexico leidet noch an den Folgen der spanischen Mißregierung, die fast dreihundert Jahre dauerte, wird sich aber durch die verbesserte Erziehung der Bevölkerung und den Einfluß Europa's von diesen hemmenden Ueberresten einer drückenden Vergangenheit allmählich frei machen, und befindet sich überhaupt in keiner hoffnungsloseren Lage als das ihm stammverwandte Spanien, von dem doch Niemand glaubt, daß es seinem Ende entgegengeht.

Die Mittel- und Südamerikanischen Republiken.

Es giebt in Amerika nur drei Staaten, die durch ihre Lage, ihre Bevölkerungszahl und eine eigenthümliche Geschichte für das Ausland eine große Bedeutung, wenn auch in ungleichem Grade besitzen: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexico und Brasilien. Alle drei haben in der letzten Zeit die Augen der Welt von neuem auf sich gezogen: die Vereinigten Staaten durch Beendigung eines gewaltigen Bürgerkrieges und Wiederherstellung ihrer politischen Einheit; Mexico durch die Vertheidigung seiner Unabhängigkeit gegen die französische Invasion, und Brasilien durch die Besiegung Paraguay's und des dort unter republikanischen Formen herrschenden Despotismus. Die vielen aus den ehemaligen spanischen Colonien in Mittel- und Südamerika entstandenen Republiken haben bis jetzt noch keine feststehenden historischen Resultate aufzuweisen, sondern bewegen sich in kleinen Kriegen und in sich unaufhörlich erneuernden Umwälzungen, die in ihnen selbst keine wesentlichen Veränderungen hervorbringen und für das Ausland nur einzelne commerzielle Interessen berühren. Hier und da werden von ihnen Versuche gemacht, sich der europäischen Civilisation durch Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, Anlegung von Eisenbahnen, Abschließung von Handels- und Schifffahrtsverträgen zu nähern, aber die innern Unruhen unterbrechen so oft den begonnenen Fortschritt, daß alles auf dem alten Punkt zu bleiben scheint. Diese Republiken können erst dann eine würdige und nützliche Stellung in dem System der heutigen Staatenwelt einnehmen, wenn sie wie die Nordamerikaner dahin gelangt sein werden, ein politisches Ganzes darzustellen, eine gemeinsame Bundesverfassung anzunehmen und sie ungeachtet aller Schwierigkeiten durchzuführen. So wie sich dieselben bisher gezeigt haben, entbehren sie eines eigenthümlichen Lebensprincips. Denn die republikanische Verfassung ist es nicht, was sie besonders auszeichnet, da dieselbe mit Ausnahme Brasiliens in ganz Amerika herrscht, unter ihnen aber trotz des schönen Himmels, des reichen Bodens, der großartigen Natur, nur ihre dunkeln und verderblichen Seiten herauskehrt.

Von den fünf Republiken in Central-Amerika: Nicaragua, Guatemala, San Salvador, Honduras, Costarica, ist wenig zu bemerken, was eine über die engen Grenzen dieser Staaten hinausgehende Bedeutung hätte, ausgenommen die Honduras-Eisenbahn zur Verbindung des Atlantischen Oceans mit dem Stillen Meer, die als ein in jenen Gegenden neuer und großer Gedanke nicht übergangen werden kann. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten schlossen, nachdem sie die Unabhängigkeit und Souveränetät der Republik Honduras anerkannt,

mit derselben Handels= und Schifffahrtsverträge, in denen sie mittelst eines Zusatzartikels die Neutralität der Eisenbahn als einer Hauptstraße des Weltverkehrs garantirten. Als noch die Panama=Eisenbahn im Bau begriffen war, kam der nordamerikanische Geschäftsträger in Nicaragua, Squier, auf die Idee, in Honduras die Einleitungen zum Bau einer Eisenbahn zwischen dem Hafen von Caballos oder Cortez am Atlantischen Ocean und der Bay von Fonseca am Stillen Meer zu veranstalten. Die Ergebnisse dieser Vorerhebungen fielen sehr günstig aus. Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, beauftragte den Marinecapitän Robert Fitzroi, über jenes Bahnproject an Ort und Stelle Bericht zu erstatten. Derselbe befürwortete den Plan in allen Einzelheiten und schloß mit der Versicherung, daß die Honduras=Linie höchst wahrscheinlich noch größere financielle und commercielle Vortheile als die Panama=Bahn gewähren werde. Nachdem die englische Regierung den Plan noch zweimal durch Sachverständige hatte prüfen lassen, begab sich auch der Ingenieuroberst Stanton dahin. Sein Bericht vom Januar 1867 bestätigte die durch die früheren Untersuchungen eröffneten günstigen Aussichten. Der vielfach gebildete österreichische Ministerialrath, Karl von Scherzer, welcher Honduras in allen Richtungen durchwandert und später eine Reise um die Welt gemacht hatte, gab die Versicherung ab, daß die Theilnehmer an dem fraglichen Werk nicht blos der Menschheit einen unermeßlichen Dienst leisten, sondern sich auch an einer vorzüglichen Speculation betheiligen würden. Eine Bahn von Caballos nach Fonseca, bemerkte Scherzer, könne leicht und wohlfeil gebaut werden; die an den Endpunkten der Linie gelegenen Häfen entsprächen allen Bedingungen des Welthandels; die materiellen Hülfsquellen des Landes seien unermeßlich; die geographische und topographische Lage der Republik Honduras sei in ganz Central=Amerika die vortheilhafteste für die beabsichtigte Linie, und für den Verkehr von erster Wichtigkeit. Die englischen Naturforscher Mercer und Mac Candlish berichteten über die Mahagonywälder und der Ingenieur Emerson über die Bergwerke von Honduras. Der ausgezeichnete Nationalökonom James Brunleß faßte die Berichte der einzelnen Sachverständigen in einem Gutachten zusammen, in welchem es hieß, daß allein die Ausnutzung der Wälder und Bergwerke hinreichen werde, um die hohen Zinsen des Anlagecapitals der Bahn zu decken. Erst dann entschloß sich Honduras, bei den europäischen Regierungen die Absicht eines Anlehens von 75 Mill. Fr. anzumelden. Diese Summe genügte für den Bau, das Betriebsmaterial und den anfänglichen Interessendienst. Der Bau ward begonnen und die Erwartung ausgesprochen, daß er in weniger als zwei Jahren (1872) vollendet sein werde. Der Marschall Medina, Präsident der Republik, setzte seinen Ruhm und seinen Patriotismus an das Unternehmen, welches Honduras eine große Zukunft sichert und be=

stimmt ist, das wichtigste Waaren=Entrepot zwischen der alten und neuen Welt zu werden. Große Bankhäuser haben von jenem Anlehen die ersten 25 Mill. Fr. realisirt und damit wurde der Anfang der Bahnarbeiten mächtig gefördert. Für die Unterbringung des Anlehensrestes von 50 Mill. Fr., womit man bis zur Betriebseröffnung ausreichen konnte, hat das französische und englische Publicum die größte Zuvorkommenheit gezeigt. Der Gesandte der Republik Honduras in Paris, Victor Herran, setzte in einer eigenen Schrift den unermeßlichen Reichthum seines Landes an kostbaren Holzarten auseinander. Nach einer immer allgemeiner werdenden Meinung wird es künftig vier Hauptpunkte für den Weltverkehr geben: Suez, Panama, Honduras, Trans=continental=Pacific=Bahn.

Südamerika wurde im Jahr 1868 außer seinen gewöhnlichen Uebeln, wie Krieg und innre Unruhen, noch von furchtbaren Seuchen und zerstörenden Erdbeben in einem in diesen Gegenden seit lange nicht mehr vorgekommenen Grade heimgesucht.

Während sich Peru sonst im Frühling einer milden Temperatur erfreut, entstand diesmal schon im März eine außerordentliche Hitze, die Krankheiten in ihrem Gefolge hatte, welche alsbald einen ansteckenden Charakter annahmen. Die von der Regierung nach allen Seiten ausgesendeten Aerzte haben nachgewiesen, daß sich die Seuche binnen wenigen Monaten von Guayaquil, in der Republik Ecuador (Aequator) bis nach Lima, der Hauptstadt Peru's, verbreitete. In Callao, der Hafenstadt Lima's, erlagen von 15,000 Einwohnern mehr als 3000 der Krankheit, in dem viel größeren Lima vom März bis zum Mai nur 5000. In allen Theilen Peru's wüthete die Seuche, aber die Eingeborenen wurden häufiger als die Fremden von den Aerzten gerettet. Die meisten Opfer gehörten den höheren Klassen der Bevölkerung an.

Noch viel schrecklicher als diese Krankheit, von den Einheimischen „Pest“ genannt, obgleich sie mit der orientalischen Pest nichts gemein hatte, waren die elementaren Ereignisse, welche einen Theil Südamerika's im August 1868 verwüsteten. Eine Erderschütterung, die sich auf einer langen Strecke an der Westküste Amerika's fühlbar machte und das Meer an den felsigen Gestaden Californiens, an manchen Punkten bis 60 Fuß Höhe emportrieb, richtete im Süden, in Peru und Ecuador, in dem Zeitraum vom 13. zum 16. August entsetzliches Unheil an. Viele Ortschaften wurden ganz zerstört und die Einwohner unter ihren Trümmern begraben, andere so stark beschädigt, daß die, welche mit dem Leben davon gekommen, sich in das Freie retten mußten. Von Süden her gezählt, wo die Erderschütterung am stärksten war, hieß die erste zerstörte Stadt Iquiqué, deren günstige Lage an der Küste, in Verbindung mit den weiterhin im Lande entdeckten reichen Lagern von Salpeter und Borax, sie aus einem kleinen Fischerdorf zu einer belebten

Hafenstadt erhoben hatte. Nordwestlich von ihr ragt der 17,000 Fuß hohe Vulcan Isluga empor, aus dessen oft erschütterten Felsenwänden Jahr aus Jahr ein unterirdisches Getöse hervordröhnt. Der zweite Schauplatz der Zerstörung war die freundliche Seestadt Arica mit 4000 Einwohnern, welche 1833 durch ein Erdbeben vernichtet, aus den Ruinen neu erstanden und sich eines lebhaften Verkehrs erfreuend, wiederum den Anblick eines Schutthaufens darbot. Ins Land hinein auf schöner Ebene lag das den Handel mit Bolivia vermittelnde, rasch aufgeblühte Tacna, mit 12,000 Seelen; nördlich von ihm, am Fuße der Anden, das schön gebaute, besonders durch seine geschmackvollen Kirchen ausgezeichnete Moquegua. Islay war der fünfte Ort in der unglücklichen Liste und der Hafenplatz des sechsten, der in fruchtbarster Umgebung gelegenen Stadt Arquipa, über welcher der Vulcan gleichen Namens sein schneebedecktes Haupt erhebt. Arquipa galt für den schönsten und lieblichsten Punkt in ganz Peru. Weiter nördlich im Innern, auf stürmisch kalter Gebirgsebene stand Huancavelica mit seinen einst berühmten, aber schon seit lange in Verfall gerathenen Quecksilberbergwerken, und in noch höherer Lage, das auf unerschöpflich reichen Silberminen erbaute Cerro de Pasco, dessen Bevölkerung ein Gemisch von fast allen amerikanischen und europäischen Nationalitäten und Racen enthielt. Die genannten Orte gehörten sämmtlich zu Peru. Unter den Städten, welche in Ecuador von dem Erdbeben litten, waren die namhaftesten: Tacunga, das eine der besten höheren Lehranstalten Südamerika's besaß und 16,000 Einwohner zählte, und Ibarra, mit einer Bevölkerung von 13,000 Seelen und lebhaftem Gewerbefleiß und Verkehr. Außerdem wurde eine Menge kleinerer und weniger bekannter Orte zerstört oder beschädigt. Die Zahl der Opfer war groß, hat aber nicht genau ermittelt werden können, da die Behörden keine Veröffentlichung wollten. Von den an der See gelegenen Städten, die als zerstört bezeichnet wurden, war Islay die nördlichste; der größere Theil des Küstenstrichs von Peru und Ecuador war nicht der Schauplatz der heftigsten Erschütterung, was dieses Erdbeben, das sich mit seiner vollen Gewalt über die lange Doppelgebirgskette der Anden Peru's und Ecuador's fortpflanzte, von den meisten andern unterschied, deren Verheerungen sich gerade über das Küstenland erstreckten. Wie furchtbar es aber unter der Erdrinde gährte, und wie gewaltig die zurückgehaltene Kraft war, welche durch ihre gewöhnlichen Sicherheitsventile, die Vulcane von Peru und Ecuador, keinen gefahrlosen Ausweg mehr fand, bewiesen die wogenden Fluthen, die an die Chinchas-Inseln anprallten, der Schifffahrt Vernichtung drohten und große Dampfer weit in's Land hineinschleuderten. — Es hatte unter der spanischen Regierung in Südamerika noch zerstörendere Erderschütterungen als die von 1868 gegeben. Aber damals herrschte in jenen Gegenden tiefe innre Ruhe, und die

Regierung, so wenig ihr Thun sonst Lob verdiente, besaß die Mittel, der leidenden Bevölkerung zu Hülfe zu kommen, während jetzt zu den Verheerungen der Natur, Parteikämpfe, Kriege und Revolutionen hinzutraten und den Nothstand vermehrten.

Die Parteiunterschiede, welche die meisten europäischen Staaten, Spanien nicht am wenigsten, in Bewegung setzen, hatten sich nach den Republiken spanischer Nationalität, mit Ausnahme des Monarchismus verpflanzt, der, wie Iturbide's und Maximilian's Ausgang beweisen, daselbst für sich keinen Boden fand. Aber es gab Conservative, Liberale, Clericale, Centralisten und Föderalisten, in verschiedenen Abstufungen, mit mehr oder weniger exclusiven Tendenzen. Was die politischen Kämpfe in den hispano-amerikanischen Republiken von denen Europa's unterscheidet, ist der Mangel an Gründlichkeit und Tiefe in der Untersuchung der Principienfragen, an Folgerichtigkeit und Ausdauer in deren praktischer Anwendung. Die gegenseitige Stellung der Parteien war immer eine gespannte und schroffe, die keine Annäherung und Verschmelzung zuließ. Conservative und Liberale suchten einander auszuschließen und zu unterdrücken und appellirten bei jeder Gelegenheit an die rohe Gewalt. Die öffentlichen Einrichtungen waren wie auf lockern Sand gebaut und nur für den Augenblick berechnet. Wie im Orient die Unbeweglichkeit des Despotismus, so schien in den mittel- und südamerikanischen Republiken die Anarchie einheimisch und unvermeidlich zu sein.

Im Staat Panama, ungeachtet seiner geringen Bevölkerung durch seine Lage wichtig, indem er auf der Landzunge liegt, die Nord- und Südamerika mit einander verbindet, wo die Cordilleren auf einer Strecke von mehreren Meilen eine Lücke haben, die sich zur Anlegung eines Canals zwischen dem Atlantischen Ocean und dem Stillen Meer eignet, hatten die Conservativen eine Zeit lang am Ruder gesessen, als ihnen dasselbe plötzlich von der Gegenpartei entrissen wurde. Am 5. Juli 1868 versammelten sich einige achtzig notable Bürger auf dem Platz St. Anna in der Stadt Panama, und nahmen fast ohne Discussion folgendes Manifest an, welches unmittelbar darauf veröffentlicht wurde: „Da die liberale Partei, welche die Mehrheit des Landes in sich begreift, einen gewissen Druck von Seiten der sich im Besitz der Regierung befindlichen Conservativen befürchtet, so beschließt sie die von dieser Partei eingesetzten Behörden nicht mehr anzuerkennen und ihnen fortan allen und jeden Gehorsam zu verweigern. Der General Ponce wird zum provisorischen Präsidenten des freien und souveränen Staates Panama ernannt. Eine Commission von fünf Mitgliedern wird ihn in der Verwaltung unterstützen, und der Chef des Bataillons von Santander wird aufgefordert mit seinen Truppen die patriotische Bewegung, die soeben stattfand, zu unterstützen. Nachdem der Präsident der Junta, Goitia, den General Ponce herbeigerufen hatte, beschwor dieser die

Verfassung und trat sofort sein Amt an. Derselbe ernannte Parra zum Staatssecretär und Sola zum Gouverneur des Departements Panama, beide zu den Leitern der liberalen Partei gehörig. Das erste Auftreten des neuen Präsidenten bestand darin, das Gebiet des Isthmus in Belagerungszustand zu versetzen, die constitutionellen Garantien aufzuheben, und in officieller Weise das Geschehene zur Kenntniß des Consular-Corps zu bringen. Die rechtmäßige Regierung ließ sich stürzen, ohne den geringsten Widerstand zu leisten, nicht allein in der Hauptstadt, sondern auch in den fünf andern Departements, die den Staat Panama bilden, und die Revolution wurde ohne Blutvergießen vollbracht, da die Anhänger der gestürzten Machthaber es vorzogen, sich lieber freiwillig zu unterwerfen, als es zu einem Bürgerkrieg kommen zu lassen. Präsident Ponce begab sich übrigens persönlich nach den meisten Städten des Isthmus, um mit den Localbehörden zu unterhandeln. In einem von ihm erlassenen Manifest ersuchte er die zahlreichen im Lande ansässigen Fremden, in seine Verwaltung vollkommenes Vertrauen zu setzen, da er ihre Personen und ihr Eigenthum achten und die internationalen Verträge genau beobachten werde. Um jede Spur des Unfriedens zwischen den Parteien zu verwischen, erließ der Präsident eine Amnestie für alle politischen Vergehen. Eine Zeit lang lief alles friedlich ab. Aber die Folgen der Bewegung vom 5. Juli und des Sturzes der gesetzlich gewählten Regierung blieben nicht aus In dem Isthmusstaat, der seit einer Reihe von Jahren die Wirkungen der politischen Katastrophen der colombischen Republik, zu deren Föderation er gehörte, nur aus weiter Ferne verspürt hatte, erwachte von neuem der revolutionäre Geist, der die meisten dieser Republiken aus einer Erschütterung in die andere wirft. Die Provinz Chiriqui glaubte das in Panama gegebene Beispiel nachahmen und sich gegen die bestehende Regierung erheben zu können. Chiriqui, das an den Süden von Costarica grenzt, war geneigt, sich entweder dieser Republik anzuschließen oder sich für selbständig zu erklären, und die Menge dieser kleinen Staaten um einen neuen zu vermehren (October 1868). An der Spitze der Bewegung stand Aristides de Obaldia, dessen Vater Vicepräsident von Colombia gewesen und in der liberalen Partei allgemeiner Verehrung genossen hatte. Chiriqui besitzt nicht nur die beiden prachtvollsten natürlichen Häfen Centralamerika's, sondern ist überhaupt die schönste und fruchtbarste Provinz des Staates Panama. Man hat Chiriqui wegen der unvergleichlichen Vertheilung von Bergen und Ebenen, von Wäldern und Wiesen mit den reizendsten Punkten Italiens verglichen.

Viel wichtiger als die revolutionären und überhaupt politischen Vorgänge in Panama und den andern kleinen Republiken Mittelamerika's war der zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der von Colombia im Februar 1869 geschlossene

Vertrag zum Durchstich des Isthmus und zur Anlegung eines internationalen Schifffahrtcanals auf dem Gebiet des Staates Panama. Ob der Canal durch den Isthmus von Darien gehen und als Endpunkte die beiden schönen Häfen der Caledonia-Bay und des Golfes von San Miguel verbinden, oder ob derselbe nur als Schleußencanal durch die eigentliche Landenge von Panama gegraben werden soll, war noch nicht entschieden und vergleichsweise Nebensache, wenn nur die Hauptfrage, die Herbeischaffung der zur Ausführung nöthigen Geldmittel, erledigt wurde. Daß diese nur von den Vereinigten Staaten herkommen konnten, verstand sich von selbst, da das übrige Amerika, ungeachtet seiner Gold- und Silbergruben, verhältnißmäßig arm ist. Der von den Bevollmächtigten beider Republiken unterzeichnete Vertragsentwurf, der alsbald die Genehmigung des Präsidenten von Colombia, Santos Guiterrez, erhielt, mußte dem Präsidenten Grant zur Zustimmung und dann den Volksvertretungen der beiden Republiken zur Sanction vorgelegt werden. Derselbe war für Colombia sehr günstig und von dieser Seite her schien eine unbedingte Annahme desselben viel wahrscheinlicher als von dem Congresse von Washington, von dem vorausgesetzt werden konnte, daß er die Modification einzelner Artikel verlangen würde, wie auch später wirklich geschehen ist.

Der Vertrag stipulirt die Abtretung eines Gebiets im ganzen Durchmesser des Isthmus zwischen beiden Meeren in einer Breite von zehn englischen Meilen, zu beiden Seiten des Canals an die Vereinigten Staaten, welche sich dagegen verpflichten, den Canal auf ihre Kosten herzustellen, und in funfzehn Jahren, vom Beginn der Arbeiten angefangen, zu vollenden. Nordamerika hat allein das Recht, den Canal zu überwachen und militärisch zu besetzen, doch darf die Besatzung 1000 Mann Landtruppen nicht übersteigen. Die Feststellung und Erhebung der Durchgangszölle auf dem Fuß vollkommener Gleichheit für alle Nationen ist gleichfalls den Vereinigten Staaten überlassen, dagegen erhält die Republik Colombia einen Antheil am Netto-Ertrag der Zölle, und zwar in den ersten zwölf Jahren nach Eröffnung des Canals 10 Proc., welche auf 25 Proc. erhöht werden, sobald die Regierung der Vereinigten Staaten das ganze Anlagecapital durch die Zolleinnahme getilgt haben wird. In Friedenszeiten haben die Vereinigten Staaten das Recht, Kriegsschiffe, Truppen und Munition durch den Canal zu transportiren. Nationen, welche sich miteinander im Kriege befinden, ist die Benutzung des Canals zu solchen Zwecken nicht gestattet. Das Besitzrecht wird den Vereinigten Staaten bis auf hundert Jahre nach der Eröffnung des Canals garantirt, und geht nach Ablauf dieser Zeit ganz auf die Republik Colombia über. Der Vertrag erlischt, wenn die technische Aufnahme des Terrains und der Karten nicht drei Jahre nach der Ratification ausgeführt, wenn nicht fünf Jahre nach

derselben die Arbeiten beginnen, und der Canal selbst nicht funfzehn Jahre nach dem Anfange der Arbeiten beendigt sein wird. Letztere Bestimmung schien anfänglich wegen der ungeheuren Schwierigkeiten des Durchstichs bedenklich, doch beruhigte man sich mit dem Gedanken, daß Nordamerika nicht nur eine große Anzahl ausgezeichneter Ingenieure besitzt, sondern auch in den zwar emancipirten aber besitzlosen Negern der Südstaaten über außerordentliche Arbeitskräfte gebietet. Die afrikanische Race ist dem entnervenden, heißfeuchten Klima des Isthmus allein gewachsen. Asiatische Arbeiter (Kulis) halten diese Temperatur nicht aus. Auch wäre es ein sehr gewichtiger Vortheil für die Vereinigten Staaten, wenn sie sich auf diese Art eines großen Theiles ihrer schwarzen Bevölkerung entledigen könnten, die von den Weißen, die sich mit derselben nicht verschmelzen wollen und sie, seitdem sie frei geworden, nicht mehr unterdrücken können, für eine Last angesehen wird. Dagegen würden Neger und Mulatten sich trefflich zu Colonisten in den fruchtbaren Landschaften Dariens und Panama's eignen.

Das einst so blühende Peru war, was wenigstens einen großen Theil von ihm betrifft, in dieser Zeit eines der unglücklichsten Länder Amerika's. 1868 hatte es von fürchterlichen Erderschütterungen und einer pestartigen Krankheit gelitten. Im folgenden Jahre trat daselbst das Gelbe Fieber mit ungewöhnlicher Wuth auf. Die Bevölkerung der vom Erdbeben hart mitgenommenen oben erwähnten Stadt Tacna wurde von der Seuche noch tiefer herunter gebracht. Von 12,000 Einwohnern blieben nur 2000 Lebende übrig. Die Behörden waren geflüchtet, die Gerichte geschlossen, die Polizei verschwunden. Schaaren von Verbrechern kamen herbei, um in den ausgestorbenen Häusern zu rauben, erlagen aber ebenfalls in großer Zahl den aus den Boden steigenden und sich in der Luft verbreitenden Miasmen. Zu diesen natürlichen Uebeln traten politische zum Theil blutige Unruhen, deren Verlauf aber über die Epoche hinausliegt, die hier geschildert wird. Der heftige Conflict mit Spanien wegen der von letzterer Macht weggenommenen Chincha-Inseln (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. B. II. S. 208—210) war beigelegt worden, aber die durch ihn einen Augenblick lang unterbrochenen Parteikämpfe hatten gleich nachher von neuem begonnen. Welche Wichtigkeit diese Inseln für Peru besitzen, kann daraus entnommen werden, daß die Ausfuhr des Guano im Jahr 1870, dem peruanischen Staatsschatze bei einem Budget von 44,723,100 Soles (à 1½ Dollars), 32,392,500 Soles einbrachte.

Während in manchen dieser amerikanischen Republiken, z. B. in Mexico, die Geistlichkeit von der weltlichen Macht in den Schranken ihres Berufes gehalten wird, übt sie in andern einen großen Einfluß auf die Regierung aus, macht mit ihr gemeinschaftliche Sache, dient ihr und beherrscht sie zugleich. In Guatemala sind die Jesuiten seit bei-

nahe dreißig Jahren die Leiter in allen öffentlichen Angelegenheiten und haben auch die Weltgeistlichkeit ganz von sich abhängig gemacht. Sie haben einen Theil des reichen creolischen Patriciats, das abergläubige Landvolk und die Frauen aller Klassen auf ihrer Seite, aber die Minorität der Aristokratie und fast der ganze Bürger- und Handelsstand ist gegen sie. In neuester Zeit hat ihre Herrschsucht auch die anderen Mönchsorden von ihnen abgezogen. Uebrigens hat die moralische Freiheit in diesen Gegenden, ungeachtet der vielen Revolutionen und Kriege, bemerkbare Fortschritte gemacht, und der Clerus ist nicht mehr wie zur Zeit der spanischen Herrschaft im alleinigen Besitz der öffentlichen Erziehung, des Unterrichts und der Bildung. Es giebt Staats- und Privatschulen, in denen das Laienelement dominirt. Das bloße Dasein einer liberalen Partei, die bei den Wahlen sich vernehmbar machen kann, ist schon an und für sich eine bedeutende Erscheinung, auch wenn sie bisher selten die Mehrheit der Stimmen für sich gehabt hat. Der steigende Verkehr mit dem Auslande und die Verbreitung der französischen und englischen Literatur unter den höheren Klassen wird nicht ohne heilsame Wirkung auf das Ganze bleiben. Noch ist es jedoch der Geistlichkeit und der von ihr beherrschten Regierung gelungen, das Verbot des protestantischen Gottesdienstes in Guatemala aufrecht zu erhalten, was viele Deutsche verhindert, sich in dem schönen Lande dauernd niederzulassen. Dasselbe hat seit zehn Jahren an Wohlstand, namentlich durch Einführung des Caffeebaues bedeutend zugenommen, und führt von diesem Product jährlich 40,000 Centner mehr als Costarica aus, obgleich die Cultur in letzterem Lande viel älter ist. Die feinste Caffeebohne liefert das berühmte Thal von Antigua Guatemala, dessen gesundes Klima, paradiesische Fruchtbarkeit und malerische Pracht der Umgebung für unvergleichlich gehalten wird. Eine Folge des mit dem Caffeebau zunehmenden Wohlstandes der Bevölkerung ist die rasche Vermehrung des Verbrauches europäischer Fabricate. Auch Deutschlands Handel und Industrie sind bei diesem wachsenden Import in nicht geringem Maße betheiligt. Die handelstüchtigen und unternehmenden Hamburger sind es vor allen, welche mit den Engländern, Franzosen und Belgiern in Centralamerika überall erfolgreich concurriren, und in fast allen Städten solide Etablissements oder wenigstens thätige Agenten haben.

Die Republik Ecuador war von neuem der Schauplatz blutiger Conflicte geworden. Im Januar 1868 hatte sich Garcia Moreno gegen die Regierung des Präsidenten Espinoza empört und sich unter dem Titel eines interimistischen Präsidenten zum Dictator aufgeworfen. (Ueber die Antecedentien desselben siehe Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Band II. S. 198—203.) Diese Bewegung ging damals ohne Widerstand vor sich, weil Garcia Moreno die Zustimmung der Militärbehörden erlangte, die er selbst früher als rechtmäßiger Präsident

eingesetzt hatte. Aber er konnte die Wirkungen einer tiefgehenden Unzufriedenheit nicht verhindern. Am 19. März 1869 brach in der Artilleriecaserne von Guayaquil unter Leitung des Obersten Veintemilla ein Aufstand aus, der den Zweck hatte, den Präsidenten Espinoza und die Constitution wieder einzusetzen. Das Ereigniß kam so unverhofft nnd die ersten Schritte von Veintemilla waren so rasch, daß die Behörden in große Verlegenheit geriethen, aber dem Oberst Uraga gelang es, den Aufstand zu bewältigen. Veintemilla dachte anfangs, den General Darquea, Commandanten von Guayaquil, gefangen zu nehmen und nach der Caserne zu bringen. Da er aber unterließ, die übrigen Soldaten aufzuwiegeln, so hatte Uraga Zeit, sich an die Spitze eines Bataillons zu stellen und die Aufständischen anzugreifen. Veintemilla wurde im Kampfe getödtet, und seine Soldaten zerstreuten sich, als sie sich ohne Führer sahen. Das Gefecht hatte vier Stunden gedauert und war sehr erbittert gewesen. Von den 800 Streitern, die auf beiden Seiten betheiligt gewesen, wurden 300 getödtet oder verwundet, und darunter befanden sich junge Leute aus den angesehensten Familien der Stadt, die sich Veintemilla angeschlossen hatten. In Folge dieser gescheiterten Unternehmung zogen viele von denen, welche sich am Complott betheiligt hatten, aus Furcht, beunruhigt zu werden, aus Guayaquil fort. Die Ordnung ward wieder hergestellt, aber die Geschäfte konnten sich nicht sobald erholen.

Nicaragua hatte den gewöhnlichen Wechsel von Siegen und Niederlagen der Parteien, von eingegangenen und aufgelösten Bündnissen mit den Nachbarstaaten, wie alle diese Republiken durchgemacht, schien aber endlich, wenn auch mehr aus Erschöpfung als Befriedigung, zu einiger Ruhe gelangt zu sein, als im Juni 1869 eine neue Staatsumwälzung eintrat. Der Plan dazu war schon eine Zeit lang vorher von den Führern der liberalen Partei: General Jerez, Martinez, Selva und Baca, gefaßt worden. Ihr Programm klang sehr friedlich und gemäßigt, konnte aber nur durch den Sturz der bestehenden Regierung ausgeführt werden. Obenan stand: Entwicklung des Elementarunterrichts auf Kosten des Staates; Aufhebung aller Monopole und Errichtung einer einzigen Steuer; Fortschritt der Industrie mittelst Freihandels und Verbesserung der Communicationsmittel; Solidarität mit dem Continent Amerika's, um die republikanische Freiheit aufrecht zu erhalten; nachdrückliche und energische Tendenz zur Herstellung der Union von Centralamerika; Begünstigung der Einwanderung, indem der Genuß bürgerlicher Rechte den Fremden verliehen und die Erwerbung politischer Rechte ihnen erleichtert wird; Anerkennung freisinniger Grundsätze in religiösen Angelegenheiten, soweit sie von den allgemeinen Ueberzeugungen des Landes angenommen sind; Aufhebung der Todesstrafe; Urtheil durch Geschworene; directe Wahlen. Die Municipalität von Leon, der Haupt-

stadt des Landes, erklärte sich für das Programm, und die Revolution ging am 26. Juni ohne Widerstand vor sich. General Jerez übernahm die Obergewalt, und ernannte Selva zum ersten oder vielmehr alleinigen Minister. Am 29. wurde die provisorische Regierung definitiv organisirt. An demselben Tage legte General Jerez die Präsidentschaft in die Hände Baca's nieder, der ein Rechtsgelehrter war, um das Commando der Truppen zu übernehmen. Dem bisherigen Präsidenten Guzman wurden vornehmlich willkührliche Verhaftungen und Confiscationen der Güter seiner politischen Gegner Schuld gegeben.

Die politische Geschichte der südamerikanischen Republiken hat, obgleich sie seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit nicht ganz übergangen werden darf, weniger Bedeutung für die Welt als ihre Culturbestrebungen, durch die sie in Zukunft erst etwas werden können. Denn welches Gewicht vermag ein Staat wie z. B. die Republik Bolivia in die Waage der Völkergeschicke zu werfen, der zwar größer als ganz Deutschland ist, aber noch nicht zwei Millionen Einwohner enthält. Darum ist in diesen Ländern die Gesetzgebung in Betreff des Ackerbaues, der Industrie, des Zollwesens, der Einwanderung, des öffentlichen Unterrichts, wichtiger als die Fragen über die Verfassungsformen, die Besetzung der obersten Stellen u. s. w., von welchen nur die persönlichen, aber nicht die sachlichen Verhältnisse berührt werden. Der einzige materielle Fortschritt in diesem lange ganz vernachlässigten Lande ist die verbesserte Ausbeutung der Bergwerke, die in neuester Zeit mit Hülfe des Auslandes unternommen wurde, und deren Erträgnisse die Haupteinnahme des Staates bilden. Eine auffallende Erscheinung in Bolivia wie in den andern südamerikanischen Republiken ist die Höhe des Kriegsbudgets und der Ueberfluß an Generalen und Officieren. In der bolivianischen Armee, die 1867 noch nicht 4000 Mann stark war, gab es 31 Generale und über 1000 Stabs- und Subalternofficiere. Die jedesmaligen Machthaber verfahren bei Verleihung dieser Stellen mit einer grenzenlosen Freigebigkeit, um sich Anhänger und Creaturen zu verschaffen. Dieses kleine Heer verschlang mehr als ein Drittel der gesammten Staatseinnahme. Die Verfassung ist in Bolivia nur ein Spielwerk der Parteien. Der von den Conservativen 1865 zum Präsidenten gewählte Oberst Melgarejo hob, nachdem er seine Nebenbuhler besiegt hatte, die 1868 vereinbarte Constitution auf, und regierte seitdem als Dictator. Im Februar 1870 brach in den östlichen Theilen Bolivia's ein Aufstand der Indianer aus, der erst nach hartnäckigem Widerstande besiegt werden konnte.

Chile war in den Krieg zwischen Spanien und Peru auf Seite des letzteren verwickelt worden, und hatte durch das Bombardement seines ersten Hafens und Handelsplatzes, Valparaiso, schwere Verluste erlitten. (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. B. II. S. 220—221).

Erst im Juli 1869 wurde durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, unter Festsetzung eines Schadenersatzes für das Bombardement von Valparaiso, ein Waffenstillstand auf zwei Jahre geschlossen und derselbe im April 1871, unter gleichzeitiger Eröffnung von Friedensunterhandlungen in Washington, auf drei Jahre erneuert. Chile gehört durch seine Verbindung mit der See und seinen auswärtigen Handel, durch die Milde des Klima's und die Fruchtbarkeit des Bodens, allerdings nur in einem Theile seines Gebietes, aber dort im höchsten Grade, zu den fortschreitenderen Staaten Südamerika's, dessen Garten es genannt wird. Es zeigte sich dies durch das 1865 gegebene Toleranzgesetz, welches die Ausübung einer anderen Religion als der katholischen und die Anlegung von Schulen für Nichtkatholiken gestattete. Das Eisenbahnnetz hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erweitert und beträgt bereits 81 deutsche Meilen. Es ist früher in diesem Werk (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Bd. II. S. 216—217) von einer südlich von Chile gelegenen Landschaft, Araucanien genannt und von indianischen Stämmen bewohnt, und von einem französischen Abenteurer die Rede gewesen, den diese Indianer zu ihrem Könige wählten und der den Namen Aurelius Anton I. annahm. Obgleich ohne allgemeine Bedeutung, wirft dieses Ereigniß ein Licht auf die Zustände Südamerika's und namentlich Chile's, und gehört zu dessen Geschichte. Wiewohl Araucanien von der spanischen Krone zu ihren Besitzungen gerechnet wurde, so war es ihr nie thatsächlich unterworfen gewesen. Denselben Anspruch auf Oberherrlichkeit machte die Rechtsnachfolgerin Spaniens, die Republik Chile, und gerieth dadurch häufig in Kampf mit diesen Indianern, die aber nicht blos ihre Unabhängigkeit behaupteten, sondern auch Einfälle in das Gebiet der Republik unternahmen. Die Araucaner, unter mehreren, theils erblichen, theils gewählten Häuptlingen stehend, besaßen eine Art Verfassung und Volksversammlungen, in denen über die allgemeinen Angelegenheiten berathen wurde, die sich aber meist nur auf Raub- und Kriegszüge bezogen, und nicht einmal den Keim zu einer gesitteten staatlichen Ordnung enthielten. Kühn, treulos und grausam, waren sie sehr unbequeme Nachbarn für Chile, das mehr aus Abwehr als Eroberung zur Bekämpfung dieser Wilden veranlaßt wurde. Nachdem Aurelius Anton I. von den chilenischen Truppen geschlagen und zur Flucht gezwungen worden, stellten die Araucaner einen ihrer ersten Häuptlinge (Kaziken), Namens Quilapan, an ihre Spitze. Unter ihm nahmen die Kaziken Quilahueque und Montri den ersten Rang ein. Die Araucaner rächten sich für die im Sommer 1869 durch den General Pinto erlittenen Niederlagen, indem sie plötzlich in den Grenzdistrikt von Renaico einfielen und die gesammte weiße Bevölkerung, Männer, Weiber und Kinder umbrachten, während sie sonst letztere nur zu rauben pflegten. Ungeachtet dieses momentanen Vortheiles konnten

sie es nicht verhindern, daß General Pinto die Militärgrenze weiter nach Süden hinaus dehnte, und sogleich mit großem Eifer zur Besiedlung des neugewonnenen Landes schritt. Gleichzeitig rüstete er Expeditionen zur Wiederherstellung der durch ihre Lage wichtigen Städte Imperial und Villa rica aus, welche die Indianer zerstört hatten. Dampfboote brachten ohne Mühe die eine Expedition nach Imperial, dessen Wiederbevölkerung durch Soldatenfamilien und Handelsleute, so wie die Errichtung einer Reihe von Blockhäusern alsbald in Angriff genommen wurde. Diese Unternehmung war die leichtere, da sie von der chilenischen Kriegsflotte geschützte wurde. Auf größere Schwierigkeiten stieß der Zug nach Villa-rica, wo der Transport von Kanonen, Proviant und anderem Material in unbekannten, weglosen, meist mit Urwald bewachsenen Gegenden nur äußerst langsam vor sich gehen konnte. Nicht selten mußte die kleine Armeecolonne erst die Straße bauen, auf der sie vorwärts rückte. Doch wurden auch diese Hindernisse überwunden.

Die Araucaner, auf diese Expeditionen nicht vorbereitet, knüpften Unterhandlungen an und schienen zur Unterwerfung geneigt. Sie schickten eine Gesandtschaft unter Quilahueque, dem zweiten ihrer Kaziken, nach Santiago, der Hauptstadt von Chile, die unter Vorbehalt der Bestätigung des ersten Kaziken, Quilapan, und der araucanischen Volksversammlung, über die Wiederherstellung des Friedens eine Vereinbarung treffen sollte. Die Forderungen der chilenischen Regierung waren hoch gespannt, wurden aber von den Indianern ohne Schwierigkeit angenommen, da sie dieselben von vorn herein nicht zu halten dachten und nur Zeit gewinnen wollten. Die Friedensbedingungen waren: vollständige Unterwerfung; Annahme chilenischer Gouverneure; Auslieferung aller Waffen; Anlegung von Militärstraßen; Uebergabe der Kazikensöhne zur Erziehung in Santiago. Reich beladen mit Geschenken kehrte die araucanische Gesandtschaft in ihre Heimath zurück, wo aber Quilahueque plötzlich spurlos verschwand, so daß die Volksversammlung, welche die Friedensbedingungen ratificiren sollte, nicht abgehalten werden konnte. Die Araucaner erhielten dadurch Zeit, sich auf die Erneuerung der Feindseligkeiten vorzubereiten. Als ihre Rüstungen vollendet waren, gaben sie ihre Geneigtheit zu einer Ratificirung der einige Monate vorher aufgestellten Friedensbedingungen zu erkennen und luden den General Pinto zu einer Volksversammlung ein, auf der über tausend Araucaner erschienen (Januar 1870). Auch da, wo der Wiederausbruch des Krieges schon unwiderruflich beschlossen war, nahmen die Häuptlinge, um ihre Absichten bis zum letzten Augenblicke zu verbergen und den Gegner in Sicherheit zu wiegen, die Forderungen der chilenischen Regierung an. Plötzlich langte bei dem General Pinto, der die Unterhandlungen mit den Araucanern geführt hatte, ein Schreiben des Aurelius Anton I. zur Weiterbeförderung an den Präsidenten von Chile an,

in welchem sich derselbe König der „Vereinigten Königreiche von Arauco und Patagonia" nannte, und die eingegangenen Friedensbedingungen für null und nichtig erklärte. Er hatte sich in unwegsame Gegenden zurückgezogen, mehrere indianische Stämme für sich gewonnen, und kam jetzt mit einer großen Schaar derselben wieder zum Vorschein. Aurelius Anton bot der chilenischen Regierung ein Schutz- und Trutzbündniß an, verlangte aber sofort Räumung der südlichen Grenzprovinz Laja, Aufgebung von Imperial und Villa rica, erklärte, daß er hinlänglich mit Geld und Waffen versehen sei, um seine Forderungen nöthigenfalls mit Gewalt durchsetzen zu können, und zeigte an, daß er, um mit der Welt in näheren Verkehr zu treten, an der Küste zwei Seehäfen eröffnen werde. Zum Schluß beschwor er den Präsidenten von Chile: er möge im Interesse der Menschlichkeit, um Blutvergießen und Verheerungen zu vermeiden, auf seine wohlgemeinten Anerbietungen eingehen. General Pinto antwortete auf diese Eröffnungen damit, daß er den König Aurelius Anton für vogelfrei erklärte, einen Preis auf seinen Kopf setzte, die Nationalgarde in den Grenzprovinzen aufbot und von seiner Regierung ansehnliche Verstärkungen verlangte. Der Krieg begann im Februar (1870) und wurde von den Chilenen den ganzen Sommer über ohne Erfolg geführt. Die Araucaner, von französischen Instructoren eingeübt und mit besseren Waffen als früher versehen, boten dem Feinde überall die Spitze. Als Aurelius Anton sich zum ersten Mal in Araucanien zeigte und seine romanhafte Rolle zu spielen begann, wurde er gefangen genommen, aber von der chilenischen Regierung für geisteskrank und unzurechnungsfähig erklärt und dem französischen Consul zur Fortschaffung nach Frankreich übergeben. Seine zweite Schilderhebung wird, obgleich sie ebenfalls den Charakter der Abenteuerlichkeit nicht verläugnen kann, die Meinung von seiner Unfähigkeit etwas modificirt haben. Durch welche Mittel sich der ehemalige Sachwalter von Perigueux eine wenn auch nur vorübergehende Macht über rohe, aber stolze und verschlagene Gemüther, wie die Häuptlinge der Araucaner, die bisher jedem fremden Einflusse unzugänglich gewesen waren, verschaffen konnte, darüber hat bisher nichts Näheres und Bestimmteres ermittelt werden können. Der weitere Verlauf seiner Unternehmung reicht über die hier behandelte Epoche hinaus. Da Chile nicht die Macht der Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzt, so kann es von den angrenzenden Indianern, zumal wenn europäische Abenteurer sich an deren Spitze stellen, beunruhigt werden, wird aber vermöge seiner bessern militärischen Organisation dieselben zuletzt zur Unterwerfung zwingen. Die indianische Race kann eben so wenig im Süden wie im Norden Amerika's mit den Weißen in Berührung kommen, ohne zu verschwinden oder in ihrer Eigenthümlichkeit umgestaltet zu werden.

Die argentinische Conföderation (Argentina) hatte, ungeachtet der

vielen Erschütterungen und Parteikämpfe im Innern, an Volkszahl und Wohlstand in ungewöhnlichem Maße zugenommen. Die Bevölkerung war in zwölf Jahren um ein Drittel gestiegen und betrug, die Indianer uneingerechnet, 1,735,000 Seelen. Die Einwanderung aus Europa war bedeutend, doch nicht der hauptsächlichste Grund dieser Vermehrung, die mehr noch in einem äußerst gesunden Klima und der Fruchtbarkeit des Bodens lag, welche die Schließung der Ehen erleichterte und den raschen Zuwachs der Familien herbeiführte. Die Geburten waren zahlreicher als anderswo und die Sterblichkeit der Kinder viel geringer. Lange waren die in Südamerika häufigen Epidemien in den La Plata-Ländern selten, in vielen Gegenden unbekannt. 1866 wurde die Cholera durch den Krieg mit Paraguay in die argentinische Conföderation eingeschleppt und richtete große Verheerungen an, verschwand aber gänzlich mit dem Aufhören der militärischen Operationen. Auch die Grenzen dieses Bundesstaates haben sich im Norden wie im Süden sehr erweitert, doch wird dies erst von großer Bedeutung werden, wenn die Bevölkerung und die Arbeitskraft sich in entsprechender Weise vermehrt haben werden. In nicht zu ferner Zeit wird, nach wohlbegründeten Voraussetzungen, die jährliche Einwanderung auf 100,000 Köpfe steigen. Die rasche und stetige Zunahme derselben beruht mit auf dem Umstande, daß die Eingewanderten durch die äußerst günstigen Verhältnisse, die sie in der Argentina vorfinden, veranlaßt werden, ihre Angehörigen in der Heimath zum Nachkommen aufzufordern. Die Hauptstadt der Conföderation, Buenos-Ayres, enthielt nach dem letzten Census von 1868 177,787 Bewohner, darunter nur 89,661 Argentiner, die übrigen Fremde. Unter letzteren befanden sich 41,957 Italiener, 13,998 Spanier, 13,402 Franzosen, 3081 Engländer, 2039 Norddeutsche, 1380 Schweizer. Das größte Contingent der Einwanderer in die Argentina lieferten bisher die südlichen Staaten Europa's. So hat Italien zu den 37,934 Einwanderern des Jahres 1869 nicht weniger als 22,000 gestellt, während Deutschland mit den skandinavischen Ländern zusammen nur 1140 schickte. Dagegen befinden sich in jener Gesammtzahl 3406 Personen, welche aus der Schweiz einwanderten. Diese verhältnißmäßig große Anzahl von Schweizern erklärt sich dadurch, daß es Schweizerfamilien waren, welche die ersten Colonien gründeten, die immer mehr Landsleute nach sich zogen. Im Jahre 1856 kamen die ersten Schweizeransiedler nach der Provinz Santa-Fé, wo bis dahin nur Viehzucht und zwar in der unvollkommensten Weise getrieben wurde. Brod war ein Luxusartikel und im Vergleich zu andern Ländern sehr theuer, da fast der ganze Mehlbedarf theils aus Europa, theils aus Chile, mit großen Kosten eingeführt werden mußte. Die Schweizercolonisten wandten sich unter solchen Umständen mit Fleiß dem Ackerbau zu, der sich sofort höchst lohnend erwies. Bald folgten diesen ersten

Einwanderern mehr und mehr neue, und es wurden in wenigen Jahren die drei Colonien: Esperanza, San-Carlos und San-Geronimo in einem Halbkreise von vier Meilen um die Stadt Santa-Fé gegründet. Gegenwärtig sind schon zwölf dergleichen Colonien im Aufblühen begriffen, die zusammen ungefähr 8000 Seelen zählen. Diese Colonisten lieferten in der Ernte von 1869 über 200,000 Centner Weizen und dem entsprechend andere Bodenerzeugnisse. Die südeuropäische, besonders die zahlreiche italienische Einwanderung ist den Argentinern sehr nützlich, beim Eisenbahn- und Straßenbau beschäftigt, am Kleinhandel betheiligt, leistet sie eine Menge anderer unentbehrlicher Dienste. Aber sie läßt sich nicht dauernd im Lande nieder, sondern geht, nachdem sie sich etwas erworben, in die Heimath zurück, und liefert keine ansässige Ackerbaubevölkerung. Diese, auf welche es in den weiten und fruchtbaren Gegenden der Conföderation gerade ankommt, bietet die nordeuropäische Einwanderung, die deshalb von der gegenwärtigen Regierung möglichst herangezogen wird. Mit der Schweiz und England ist dies auch gelungen, während Deutschland bisher nur einen geringen Beitrag geliefert hat. Aber auch der Strom der deutschen Auswanderung wird seinen Weg in die schönen La Plata-Länder nehmen, wenn erst eine directe Dampfschifffahrtsverbindung zwischen einem deutschen Hafen und Buenos-Ayres hergestellt ist, was in Aussicht steht, da der deutsche Handelsstand in letzterer Stadt sich an der Sache betheiligt und die argentinische Regierung für eine solche Linie zu einer großen Subvention geneigt ist.

Mit der Vermehrung der Bevölkerung hat auch der Handel der Conföderation einen bedeutenden Aufschwung genommen, namentlich in der Ausfuhr, zufolge der von Deutschen und Engländern in großartigem Maßstabe begründeten Schafzucht. Die Wollausfuhr, die 1860 erst 485,872 Ctr. betrug, war schon 1865 auf 1,263,624 Ctr. gestiegen und hat sich seitdem fortwährend vermehrt. Im Jahr 1869 rechnete man den Schafbestand in der ganzen Argentina auf mehr als 100 Mill. Stück. Im Hafen von Buenos-Ayres langten 1868 1193 Segelschiffe mit 341,280 Tonnen an, und liefen aus: 916 mit 264,133 Tonnen und 393 in Ballast. Außerdem gingen 1083 Dampfschiffe ein und aus. Die Entwicklung der Verkehrsmittel im Innern des Landes ist ebenfalls in raschem Fortschritt begriffen. Außer zahlreichen Dampfschiffen auf den beiden großen Flüssen des Landes, Parana und Uruguay, setzen vier Eisenbahnen Buenos-Ayres mit den Hauptpunkten der Conföderation in Verbindung. Die erste größere Strecke, die argentinische Centralbahn, von Rosario, dem zweiten Haupthafen des Landes, nach Cordova, 400 Kilometer (50 Meilen) lang, wurde im April 1870 in Betrieb gesetzt; 230 Kilometer befanden sich damals schon im Bau begriffen, und 1570 Kilometer waren projectirt und sollten bald zur

Ausführung gelangen. Telegraphenlinien bestehen zwischen Buenos-Ayres und Montevideo, und im Innern des Landes von Buenos-Ayres über Rosario bis Cordova. Von da aus hatte man 1870 eine weitere Linie in Angriff genommen, die über die Anden bis Valparaiso reichen soll.

Die argentinische Conföderation hätte bei ihrer günstigen geographischen Lage und der außerordentlichen Fruchtbarkeit ihres Gebietes noch größere und raschere Fortschritte machen können, wenn sie nicht in den Krieg Brasiliens und Uruguay's gegen Paraguay verwickelt worden wäre, von dessen Verlauf und Ausgang weiter unten die Rede sein wird. Mitré, Präsident der Bundesrepublik, deren Verfassung nach dem Muster der nordamerikanischen reorganisirt worden war, ursprünglich ein Rechtsanwalt, hatte sich als Befehlshaber der Nationalgarde von Buenos-Ayres mehrmals durch persönlichen Muth hervorgethan und glaubte deshalb Feldherrntalent zu besitzen, an dem es ihm aber in Wahrheit gänzlich fehlte, und verlangte den Oberbefehl über alle gegen Paraguay bestimmten Streitkräfte. Da Brasilien ohne die Allianz mit der argentinischen Conföderation, dem Dictator von Paraguay, Lopez Solano, aus strategischen Gründen nicht wirksam beikommen konnte, so mußte es auf diese Bedingung eingehen. Mitré's Selbstüberschätzung hatte für sein Land die traurigsten Folgen. Die argentinischen Truppen verloren in den vielen, zum Theil sehr blutigen Gefechten, 40—50,000 Mann, ohne die noch viel zahlreicheren Opfer, welche die durch den Krieg eingedrungene Cholera verursachte, und der Kampf gegen das kleine Paraguay kostete der Bundesrepublik 40 Mill. Dollars, mit denen für die Landescultur Großes hätte geschehen können. In den drei Jahren, während welcher Mitré an der Spitze der alliirten Heere stand, wurde gegen Lopez Solano nichts Entscheidendes erreicht. Erst als im Januar 1868 der Vicepräsident der Argentina, Dr. Marcos Paz, mit Tode abging und Mitré die Regierung persönlich übernehmen und sich vom Kriegsschauplatz entfernen mußte, konnten die Operationen beginnen, welche, wenn auch langsam, zur Vernichtung der Macht des Dictators von Paraguay führten. Im October 1868 lief Mitré's Amtsperiode ab, und er sollte einem neuen Präsidenten Platz machen. Eine bedeutende, über die besten geistigen Kräfte verfügende Partei hatte schon seit langer Zeit den Dr. Faustino Sarmiento, damals Gesandten der Conföderation bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, als Candidaten aufgestellt. Dieser Mann, eben so durch Charakter wie durch Talent ausgezeichnet, war 1811 geboren und von rein spanischer Abstammung. Ehe er noch das zwanzigste Jahr erreicht hatte, war er schon Lehrer, Kaufmann und Soldat gewesen, als er vor Rosa's Tyrannei nach Chile fliehen mußte, wo er als Handlungsgehülfe und Uebersetzer Walter Scott's in's Spanische sein Leben fristete und dabei fleißig

den politischen Wissenschaften oblag. Bei seiner Rückkehr nach seinem Heimathsstaat San Juan legte er eine weibliche Erziehungsanstalt an, that sich als Journalist hervor, wurde aber, weil er die Mißbräuche der Regierung schonungslos angriff, eingekerkert. Es gelang ihm zu entrinnen und wieder in Chile Zuflucht zu finden. Er war dort als Lehrer und Schriftsteller thätig, und schrieb ein Werk über Volksschulwesen, das von der chilenischen Regierung empfohlen und verbreitet wurde. Als Mitglied der Verschwörung, welche Rosas stürzte, kehrte er nach zwanzigjähriger Abwesenheit nach seiner Heimath zurück, wurde Minister und Senator, und wirkte so kräftig für die Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, daß die Regierungszuschüsse für Schulzwecke von sechs tausend Franken bis auf eine Million anwuchsen. Einige Jahre später Gouverneur von San Juan, machte er sich auch dort in seiner engern Heimath um Land und Leute in ähnlicher Weise verdient, und ging darauf als Gesandter nach Washington, wo er ein Leben Lincoln's schrieb.

Die Absicht, einen so begabten und charakterfesten Mann als Präsidenten an die Spitze der Conföderation zu stellen, fand, sobald sie sich kundgegeben hatte, im ganzen Lande Beifall. Aber Mitré, der sich einen Nachfolger wünschte, unter welchem sein Einfluß fortdauern konnte, was er bei Sarmiento's geistiger Ueberlegenheit nicht hoffen konnte, war demselben entgegen, und setzte alle Mittel, die schlechtesten nicht ausgenommen, in Bewegung, um seine Wahl zu verhindern. Sie erfolgte dennoch mit großer Stimmenmehrheit, und am 12. October 1868 trat Sarmiento die Regierung an. Dieser Tag bezeichnete einen wichtigen Abschnitt in der moralischen und materiellen Entwicklung der Argentina. Der neue Präsident vereinigte mit einem unter seinen Landsleuten äußerst seltenen und auch sonst nicht gewöhnlichen reichen und gründlichen Wissen den festen Willen und das ernstliche Streben, das Wohl des Landes zu fördern und demselben alle anderen Rücksichten unterzuordnen. Als die wirksamsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles erkannte er die Bildung des Volkes durch Gründung tüchtiger Schulen nnd die Begünstigung einer Ackerbau und Handel fördernden Einwanderung durch derselben vortheilhafte Gesetze. Von der Natur auf das verschwenderischste ausgestattet, giebt es kaum ein anderes Land, das dem geschickten nnd thätigen Fremden, der sich daselbst niederläßt, so günstige Gelegenheit zu Fortkommen und Erlangung von Wohlstand wie die Argentina bietet. Wie Sarmiento die Bildung des Volkes auffaßt, bewies er in einer Rede bei Eröffnung des Nationalcongresses im Mai 1870, in der er unter anderem sagte: „die rühmliche Aufgabe unseres Jahrhunderts besteht vor allem darin, die ganze Masse der Bevölkerung eines Landes eines möglichst hohen Grades von Unterricht theilhaftig werden zu lassen, damit jeder, der es will, sich auf ehrenhaftem Wege Zutritt verschaffen

könne zu dem Genuß der gesellschaftlichen Vortheile und zur Theilnahme an der Regierung aller über alle. Es ist dies eine Bedingung, ohne welche keine eigentliche Republik bestehen kann, und die Bezeichnung Demokratie ist da ein Spott, wo die Regierung, deren Grundlage sie sein soll, es versäumt, den Bürger zu einem moralischen und intelligenten Menschen heranzubilden." Obgleich Sarmiento diesen Grundsätzen gemäß handelte und die nationale Entwicklung rasch fortzuschreiten anfing, so blieb der alte eingewurzelte Hang zu anarchischen Bewegungen nicht aus und die Ultraföderalisten der Provinz Entre-Rios, die von einem gemeinsamen Bande zwischen den einzelnen Staaten, Präsident, Congreß u. s. w. nichts wissen und das frühere Chaos zurückführen wollten, erhoben die Fahne des Aufstandes und eine Schaar von ihnen begann damit, den General Urquiza zu ermorden, der ihren Absichten im Wege stand. Die blutige That geschah am 12. April (1870). Der General saß gegen Abend in dem innern Hofe seines Palais zu San Jose in Entre-Rios und las, als ihm die Mittheilung gemacht wurde, daß eine bewaffnete Schaar von etwa 300 Mann unter dem General Lopez Jordan das Haus umzingelte. Er befahl sofort der Wache vorzurücken, was aber nicht befolgt wurde, worauf Urquiza in seine Bibliothek floh und sich daselbst einschloß. Die Verschwornen erbrachen die Thüre und einer derselben schoß ihm eine Kugel durch den Kopf. Lola, eine Tochter des Generals, stürzte in's Zimmer und warf sich über die Leiche ihres Vaters, indem sie die Mörder aufforderte, sie ebenfalls zu tödten. Eine andere Tochter, Dolores, ergriff eine Flinte, erlegte einen der Angreifer und verwundete einen andern. Die Mörder verließen hierauf das Palais, schwangen sich auf ihre Pferde und setzten über den Uruguay. Urquiza war früher Präsident der argentinischen Republik gewesen und hatte sich um dieselbe mannigfache Verdienste erworben. Ohne Sarmiento's Geistesbildung und Seelenadel zu besitzen, war er ein tapferer Soldat und unter den Parteiführern in den südamerikanischen Republiken einer der selbstloseren und für das öffentliche Wohl besorgteren gewesen. Lopez Jordan, das Haupt der Mörderbande, die in Urquiza's Palais eingedrungen war, ließ sich zum Gouverneur von Entre-Rios wählen, wurde aber von der Centralregierung nicht anerkannt. Die Aufständischen wurden von den argentinischen Truppen mehrmals geschlagen, verstärkten sich aber immer wieder unter ihren politischen Parteigenossen, den Ultraföderalisten, und zogen den Krieg bis in das Jahr 1871 in die Länge, wo sie sich endlich unterwerfen mußten. — Auch auf die in der argentinischen Republik ansässigen Deutschen (2500 in Buenos-Ayres) hatte der ruhmvolle Krieg gegen Frankreich und die Wiederherstellung des deutschen Reiches die glückliche Wirkung gehabt, ihr Nationalgefühl und ihren Gemeingeist zu stärken.

Die Geschichte von Uruguay enthält in dieser Zeit nichts Bemerkens-

werthes, als die wenig zum Erfolg beitragende Theilnahme dieser Republik im Kriege Brasiliens und der argentinischen Conföderation gegen Paraguay, und die Ermordung des Generals Flores. Das Uebrige besteht in innern Kämpfen, Staatsstreichen, Hinrichtungen von der siegenden über die unterliegende Partei verhängt und ist, was die frühere Epoche betrifft, in der „Geschichte der Jahre 1860 bis 1867“ (Bd. II. S. 230—239) dargestellt worden. Der Bürgerkrieg, mehr oder weniger blutig, war die permanente Form dieses Staatswesens. General Flores, früher Präsident von Uruguay, gestürzt und wieder emporgekommen, war aus Ehrgeiz und Parteieifer die Ursache, warum Uruguay gegen sein wahres Interesse sich dem Bunde gegen Paraguay anschloß. Nicht ohne politisches und militärisches Talent, aber zu Willkühr und Härte geneigt, hatte er unter seinen alten Gegnern einen wilden Haß gegen sich entzündet, der sich um jeden Preis befriedigen wollte. Es hatte sich in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, eine Verschwörung gegen ihn gebildet, die er, obgleich gewarnt, unbeachtet ließ, und deren verhaftete Führer auf seine Veranlassung wieder auf freien Fuß gesetzt wurden (18. Februar 1868). Aber hierdurch weder versöhnt noch entmuthigt, versammelten sich dieselben in der folgenden Nacht und bereiteten alles zum Ausbruch vor. Unter ihnen befanden sich Personen aus ausgezeichneten Familien, wie Berro, Bastarrica u. s. w., die früher eine Rolle gespielt hatten und zu der Partei der Blancos (Conservativen) gehörten, die von den Colorados (Liberalen), an deren Spitze Florenz stand, der Macht entkleidet worden waren. Am 19. Februar besetzte eine Abtheilung der Aufständischen unter Berro's Befehl den Regierungspalast, während eine zweite nach der Präfectur und eine dritte nach Flores' Wohnung zog. Dieser befand sich mit seinen ehemaligen Ministern Marquez und Flangini und seinem Secretär Errecart in seinem Cabinet, als Marciel, der Adjutant des Kriegsministers, herbeieilte und dem General anzeigte, man greife die Caserne und das Fort an. Flores forderte sofort die Anwesenden auf, ihm zu folgen. Sie bestiegen, mit nur zwei Revolvern bewaffnet, einen offenen Wagen, der, kaum auf die Straße gelangt, von zwei Seiten mit Pistolenschüssen empfangen wurde. Der Kutscher fiel von seinem Sitz herunter, eines der Pferde ward schwer verletzt und zuletzt blieb der Wagen an einem Karren hängen. Der General und seine Begleiter stiegen, nachdem sie ihre Munition verschossen hatten, aus, wurden aber sofort von einigen zwanzig Mördern umringt. Flores erhielt mehrere Wunden und konnte von seinen Freunden, die selber von den Dolchen und Kugeln getroffen wurden, nicht gerettet werden. Die Mörder verschwanden nach vollbrachter That, und ließen ihr Opfer, das Gesicht der Sonne zugekehrt, auf dem Straßenpflaster liegen. Flores athmete noch, als zwei Franzosen, ein Kaufmann Namens Cazeaux, und ein Mönch, der Pater Soubervielle, herbeikamen. Sie richteten ihn

auf und suchten ihn zur Besinnung zu bringen. Er kam auch einen Augenblick zu sich, verschied aber kurz darauf, nachdem er den Zuspruch des Mönchs empfangen hatte. Flores' Leben war nicht ohne Blutschuld. Er hatte, als er nach seinem ersten Sturz in Uruguay wieder an die Spitze treten wollte, mehrere Orte, unter anderen das befestigte La Florida, mit Sturm genommen, und alle gefangenen Officiere, die zu der Regierung hielten, erschießen lassen. Doch wurde sein Ende bedauert, da er der einzige thatkräftige Charakter war, der in seinem Lande eine leidliche Ordnung wiederherstellen konnte. Der Sohn und der Bruder des Generals waren inzwischen herbeigeholt worden. Die am Abend vorgenommene Section wies acht Wunden nach, von denen nur eine durchaus tödtlich war. Das verbrecherische Unternehmen der Blancos mißlang. Ihre bewaffneten Banden zerstreuten sich, ohne weiteren Widerstand zu leisten. Berro und die anderen Leiter des Aufstandes wurden noch an demselben Abend standrechtlich erschossen. Auch andere summarische Hinrichtungen erfolgten, trugen aber zum Theil so sehr den Charakter der persönlichen Rachsucht an sich, daß ihre Fortsetzung bald streng verboten wurde. Ein Gesetz, das dem Naturell und der bisherigen Geschichte dieses Volkes so sehr widersprach, daß es wenig Vertrauen auf seine Ausführung einflößte, hob in der Republik Uruguay vom 1. Januar 1870 an die Todesstrafe auf. Senat und Repräsentantenkammer bewilligten der Wittwe des ermordeten Generals ein lebenslängliches Jahresgehalt von 12,000 Piastern und verordneten, daß demselben auf Staatskosten ein Nationaldenkmal von weißem Marmor in Rom ausgeführt und in Montevideo aufgestellt werden sollte. Am 1. März ward General Batle einstimmig zum Präsidenten von Uruguay erwählt. Eine Zeit lang blieb es in Folge der raschen und strengen Unterdrückung des letzten Aufstandsversuches ruhig, aber bald brachen die Parteikämpfe, die in Südamerika zuweilen einschlafen, aber nie ganz ersterben, wieder von neuem aus.

Der Krieg gegen Paraguay.

Es ist der eigenthümlichen Lage und Geschichte dieser Republik, die von einer solchen bei der erblichen Dictatur von drei auf einander folgenden Machthabern nur den Namen hatte, und der Ursachen ihres Kampfes mit der argentinischen Conföderation, mit Uruguay und Brasilien, bereits gedacht worden (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Bd. II. S. 239—245). Der Krieg wurde von dieser im Verhältniß zu Paraguay übermächtigen Allianz lange ohne entscheidenden Erfolg geführt. Aber ungeachtet des verwegenen Muthes und der militärischen

Begabung des Präsidenten von Paraguay, Solano Lopez, und des Mangels an Uebereinstimmung unter seinen Gegnern, der ihre Anstrengungen mehrere Jahre über lähmte, mußte seine Niederlage, bei dem ungeheuren Mißverhältniß der gegenseitigen Kräfte, zuletzt unvermeidlich werden. Auch würde Solano Lopez, ohne die seine Operationen begünstigenden Terrainverhältnisse, welche das Vordringen des Feindes erschwerten und den Paraguiten nach jedem Unfalle einen sichern Rückzug und neue feste Stellungen möglich machten, in keinem Falle so lange widerstanden haben.

Eine am 12. September 1866 zwischen dem Präsidenten von Paraguay und den Befehlshabern der alliirten Truppen zur Wiederherstellung des Friedens stattgefundene Zusammenkunft war vergeblich gewesen, und es erfolgten nun im Herbst 1866 und während des Sommers 1867 viele einzelne Gefechte, Angriffe und Einnahmen von festen Plätzen, vorschreitende und rückgängige Bewegungen, wo bald der eine, bald der andere Theil im Vortheil war, die aber keine Entscheidung herbeiführten. Erst als der den erhöhten militärischen Anforderungen nicht mehr genügende Präsident der Argentina, Mitré, den Oberbefehl über die Alliirten niedergelegt hatte, der dem brasilianischen Marschall Marquis von Caxias übertragen wurde, kam in die Kriegführung mehr Leben und Kraft. Caxias nahm bereits am 19. Februar (1868) das zur Festung Humaita, dem Hauptbollwerk der Paraguiten, gehörige Fort Establecimiento, und erzwang die Durchfahrt von Humaita, was einem brasilischen Panzergeschwader die Annäherung an die Hauptstadt Assumpcion möglich machte, die von Solano Lopez Truppen ohne weiteren Widerstand geräumt wurde. Der Präsident warf jetzt 6000 Mann auf das rechte Ufer des Paraguay und legte zwischen den Mündungen der Flüsse del Oro, Vermejo und Tebicuary eine Straße an, um sich bald nach dem einen, bald nach dem andern bedrohten Punkt rasch hinwenden zu können. Die tiefe und breite Mündung des Tebicuary wurde von 80 Geschützen vertheidigt, und ihr gegenüber, auf dem andern Ufer des Paraguay, verstärkten 5000 Mann die Besatzung von Humaita, das reichlich mit Proviant versehen war und wo Lopez vierzehn casemattirte Batterien errichten ließ. Die Festung war bisher ganz unversehrt geblieben. Selbst die Vorwerke hatten nicht gelitten. Die Magazine, die Pulvermühlen, die Gießereien und die Zeughäuser von Villarica und Paraguari befanden sich noch in den Händen des Präsidenten, der einen neuen Feldzug im Innern eröffnete, während er gleichzeitig den Feind nöthigte, den Belagerungskrieg fortzusetzen, und auf beiden Fronten von Humaita beträchtliche Streitkräfte zu Land und zu Wasser zurückzulassen. Aber ungeachtet der Erzwingung der Durchfahrt von Humaita, der Erstürmung der Redoute Establecimiento und der Vermehrung des brasilischen Panzergeschwaders stand die Beendigung des Krieges noch in

weitem Felde. Die Kühnheit der Paraguiten schien mit der zunehmenden Uebermacht des Feindes zu steigen. In der Nacht vom 1. zum 2. März (1868) näherten sich 650 auf 25 Kähne vertheilte paraguitische Soldaten dem brasilischen Geschwader, enterten zwei der Panzerschiffe, tödteten alles was ihnen vorkam und erreichten ihren Zweck, erlitten aber selbst große Verluste. Solano Lopez verstand es, indem er sich bei jeder Gelegenheit unerschrocken aussetzte, seine Soldaten mit der größten Begeisterung für sich zu erfüllen. Um der Festung Humaita die Zufuhr abzuschneiden und sich den Besitz des Chaco-Gebietes zu sichern, organisirten die Alliirten Anfang Mai eine Expedition in zwei Colonnen unter dem argentinischen General Rivas, die von dem linken Ufer des Paraguay, die eine oberhalb, die andere unterhalb Humaita's, ausgehend, auf dem rechten Ufer landeten, die Kette, welche den Fluß sperren sollte, zerstörten und sich der Batterien von Timbo bemächtigten. Aber auch hierbei büßten sie, besonders die Argentiner, unverhältnißmäßig viel Mannschaft ein. Aber der Platz ward allmählich so eng eingeschlossen, daß der Besatzung keine Verstärkung zugeführt werden konnte. Hunger und ansteckende Krankheiten stellten sich unter ihr ein. Aber die Paraguiten waren, ehe sie die Festung aufgaben, im Stande, den Belagerern empfindliche Verluste beizubringen.

Am 13. Juli (1868) wurde der Marschall Marquis von Caxias von dem Commandanten des Geschwaders darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen Humaita und dem Chaco-Gebiet beständig Boote über den Fluß hin- und zurückgingen. Die Meinung des Commandanten war, daß die Garnison der Festung sich zum Abzuge anschicke. Gleichzeitig gab ein paraguitischer Ueberläufer die Versicherung: die Räumung sei eine vollendete Thatsache, es seien nur 500 Mann in der Festung zurückgeblieben, mit dem Befehl, den äußersten Widerstand zu leisten, so lange die abziehende Garnison nicht in Sicherheit sei. Caxias glaubte dieser Angabe, und befahl einem 15,000 Mann starken brasilischen Corps unter General Osorio, Humaita in Besitz zu nehmen. Die Brasilier gingen, ohne den geringsten Widerstand zu finden, ohne einen feindlichen Soldaten zu erblicken, vorwärts und besetzten die erste Schanzenlinie. Als sie zum zweiten Graben kamen und sich anschickten, ihn zu erklettern, demaskirten die Paraguiten ihre Batterien, zeigten sich in demselben Augenblick von allen Seiten auf einmal, und eröffneten ein furchtbares Feuer auf die Brasilier. Osorio, der seine Soldaten reihenweise fallen sah, verlangte in aller Eile Verstärkung, erhielt aber vom Marschall Caxias die Weisung, sich zurückzuziehen. Als er sich dazu anschickte, befanden sich die decimirten Brasilier bereits in wilder Flucht. Sie hatten mehr als 4000 Mann verloren, und mußten ihre Verwundeten auf dem Schlachtfelde zurücklassen. Am folgenden Tage stellten die Paraguiten eine Batterie hinter dem Lager der Verbündeten

auf. Dieselbe richtete unter letzteren so große Verheerungen an, daß Caxias einem argentinischen Corps befahl, die Batterie anzugreifen. Die Argentiner gingen entschlossen vorwärts, und bemerkten beim Näherkommen, daß es, umzu den feindlichen Geschützen zu gelangen, nothwendig war, einen tiefen Bach zu passiren. Dieses Hinderniß hielt sie nicht zurück, aber sie wurden von einem mörderischen Kugelregen empfangen. Aus den Gehölzen traten paraguitische Schützen hervor, welche sie zwischen zwei Feuer nahmen. Eine brasilische Colonne kam ihnen zu Hülfe, ließ aber bald alle Hoffnung fahren, sie frei zu machen, und ging zurück, um ein Schicksal, wie das der Argentiner, zu vermeiden. Von diesen letztern entkam fast nicht ein einziger. Sie wurden alle getödtet, verwundet oder zu Gefangenen gemacht. Die Festung Humaita, welche von ihrer Besatzung geräumt worden, die nur eine Anzahl Freiwilliger und einige Stücke schweren Calibers vernagelt zurückgelassen hatte, capitulirte erst am 5. August, aus Mangel an Lebensmitteln, nachdem schon drei Tage vorher das letzte Pferd aufgezehrt worden war. Der Krieg war noch lange nicht beendigt. Aber Solano Lopez konnte von da an seine Verluste nur langsam und unvollständig ersetzen, während seine Feinde in der Fülle ihrer Bevölkerung immer neue Hülfsquellen fanden.

Der Muth und die Ausdauer, mit welcher die Paraguiten bei jeder Gelegenheit oft gegen große Uebermacht fochten, geht namentlich aus den letzten Momenten dieser Belagerung hervor, die, wenn nicht blos die politische Tragweite, sondern auch die bei einem Ereignisse bewiesene moralische Energie in Betracht gezogen wird, zu den bemerkenswerthen Kriegsthaten dieser Zeit gehört.

Die Räumung von Humaita durch die Paraguiten begann bereits eine Woche bevor die Posten eingezogen wurden. In achtzig bis hundert Booten wurden zunächst die Frauen und Kinder, dann die Verwundeten und Kranken, die Gefangenen, Geschütz und Munition, und endlich die Besatzungstruppen abgeführt und zuerst auf eine schmale Halbinsel geschafft, deren Zugang vom Chaco-Gebiet aus mit Befestigungswerken gedeckt war. Von dort suchte man den weiteren Rückzug nach Timbo zu bewerkstelligen, was auch zum Theil gelang, indem erst am 24. Juli, als schon die Besatzung abgezogen war, die eingetretene Stille die Alliirten aufmerksam machte, daß etwas Ungewöhnliches vorgegangen sein müsse. Unverzüglich wurde die Festung besetzt und gleichzeitig das im Chaco stehende Corps verstärkt, um das Entrinnen der Garnison nach Timbo zu verhüten, während die brasilischen Kanonenboote den Zufluchtsort der Paraguiten mit einem Hagel von Granaten und Kartätschen überschütteten. Mittlerweile blieben die Angegriffenen nicht müssig, sondern ließen einige schwere Geschütze aus dem undurchdringlichen Dickicht, von dem die Festung auf der einen Seite umgeben ist, auf ihre Dränger spielen. Auch gelang es ihnen, eine

Anzahl flacher Boote über Land auf den Humaita benachbarten See zu bringen und in der Nacht vom 25. Juli unter dem Schutz ihrer Kanonen den Rückzug fortzusetzen, wobei das in Timbo stehende Corps behülflich war. Unter ähnlichen angestrengten Operationen verlief auch der 26., aber die Alliirten hatten unterdessen ebenfalls Positionen für ihre Geschütze gefunden, und als in der Nacht 30 bis 40 Boote mit 800 Mann Paraguiten nach Timbo zu kommen suchten, gelang dies nur einem kleinen Theile. Die übrigen fanden theils ihren Tod, theils mußten sie umkehren. Von Timbo wurden neue Boote mit Kanonen auf den See gebracht, aber die Brasilier thaten ein gleiches, und machten am 27. zugleich einen Angriff auf die die Halbinsel absperrende Batterie. Derselbe kam ihnen aber theuer zu stehen und mißglückte mit einem Verluste von 400 Mann. Von da an dauerte der Kampf Tag und Nacht zu Land und zu Wasser fort. Die Paraguiten schienen unerschöpflich an Ausdauer wie an Kühnheit zu sein. Mehrere Parlamentäre der Alliirten wurden von ihnen mit Kugeln zurückgewiesen. Erst als der Pater Ignacio Esmerats, ein brasilischer Hospitalgeistlicher, sich als Vermittler einstellte, wurden die Vorschläge zu einer Capitulation angenommen. Es ergaben sich 98 Officiere und 1230 Mann, unter der Bedingung, nicht gegen Paraguay dienen zu müssen.

Bis dahin hatte Solano Lopez mit seiner Hauptmacht in Tebicuary gestanden. Nach der Uebergabe von Humaita fühlte er sich dort nicht mehr sicher, und zog sich am 28. August nach Angostura, einem Engpasse unterhalb Assumpcion, zurück. Aber schon am 1. October wurde die Passage von einem Theil der brasilischen Flotte forcirt, während die Landtruppen der Alliirten das Lager der Paraguiten so ziemlich auf allen Seiten umringt hatten. Es gelang ihm aber, sich aus dieser gefährlichen Lage zu ziehen und auf den Höhen von Villeta eine feste Stellung einzunehmen. Er wurde durch den Marschall Caxias, der mit überlegener Macht heranrückte, zum Rückzuge auf Lomas-Valentinas, neun Meilen von Villeta, gezwungen (21. December 1868). Dort begann ein überaus hartnäckiger und blutiger Kampf. Die Paraguiten hatten die Hügelkette mit 7000 Mann und 50 Kanonen besetzt, während die Brasilier mit 18,000 Mann angriffen. Die ganze Nacht hindurch wüthete der Streit und den Brasiliern fielen 16 Kanonen in die Hände. Vom 22. bis 26. December dauerte das Bombardement gegen die Verschanzungen fort. Solano Lopez verweigerte die Uebergabe und erklärte seinen Entschluß, Paraguay bis auf's äußerste zu behaupten. Am 27. wurde seine Stellung von 6000 Verbündeten im Rücken angegriffen. Bei einem neuen Sturm ging ein Hauptwerk der Schanzen verloren, Lopez zog nach dem in der Nähe liegenden Walde ab, und erreichte Sombas mit 500 Mann Cavallerie, indeß der Rest seines Heeres sich bei Angostura zusammenzog. Die dortige Garnison mußte

am 30. December capituliren. Der Engländer Georg Thomson, Oberstlieutenant im paraguitischen Geniecorps und Adjutant des Präsidenten von Paraguay, und mehrere fremde Officiere fielen in die Hände der Verbündeten; andere gingen freiwillig zu ihnen über, als sie Lopez' Glücksstern erlöschen sahen. Im Anfang Januar 1869 besetzte die brasilische Armee Assumpcion, die Hauptstadt des Landes, die vollkommen verlassen war und von den feindlichen Soldaten geplündert wurde. Da dieser Ort der Punkt gewesen, auf den sich die militärischen Bewegungen der Verbündeten gerichtet hatten, so war man geneigt, ihm auch eine Wichtigkeit als Stadt beizulegen, fand sich aber in seinen Erwartungen sehr getäuscht. Assumpcion ist eine Vereinigung von kleinen, meist aus Stroh und Lehm gebauten und mit Palmzweigen bedeckten Häusern. Nur einige derselben sind massiv. Das was man das Palais des Dictators nannte, bildete ein steinernes Gebäude, ohne Hof noch Garten, aber von sehr solider Bauart, denn der Präsident von Paraguay verschmähte es nicht, über den Staatsgefängnissen zu wohnen. Zahlreiche Kerkerzellen dehnten sich nach allen Seiten unter dem Gebäude der Präsidentschaft aus. Die ungepflasterten, von tiefen Geleisen durchfurchten Straßen der Stadt machten einen traurigen Eindruck. Man wußte damals noch nicht, wo der Dictator sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, erfuhr aber in Assumpcion, daß er vor seinem Abzuge alle Personen, die ihn nicht begleiten wollten, erschießen ließ. Unter den vorgefundenen Papieren befand sich auch ein Register, in welches der Oberst Xesquin Tag für Tage die Ausführung der schriftlichen Befehle verzeichnete, die er von Lopez erhielt. Danach wären in vier Monaten 364 Personen hingerichtet worden, ungerechnet die, welche in Folge schlechter Behandlung umkamen, deren Zahl sich für denselben Zeitraum auf 224 belaufen haben soll. An einem einzigen Tage, dem 22. August 1867, wären, nach diesem Register zu urtheilen, nicht weniger als 85 Unglückliche erschossen worden. Man fand unter den Opfern der Lopez'schen Tyrannei Leute aus verschiedenen Nationen, Brasilier, Argentiner, Chilenen, Italiener, Portugiesen, Deutsche, Franzosen. Der Marschall Caxias, der Oberbefehlshaber der verbündeten Armee, der das oben erwähnte Register an die brasilische Regierung übersandte, verbürgte sich für die Aechtheit dieses Schriftstücks, die von anderer Seite theilweise angezweifelt worden ist. Ungeachtet der Besetzung von Assumcion dauerte der Krieg noch mehrere Monate in vielen kleinen Gefechten ununterbrochen fort, und in Amerika wie in Europa wollten viele, von der von Solano Lopez so oft bewiesenen Thatkraft geblendet, selbst dann nicht an seine Besiegung glauben, als er schon am Rande des Abgrundes stand. Der Marschall Marquis von Caxias hatte zwar nach Mitré's Abgang dem Kriege gegen Paraguay eine bessere Wendung als vorher gegeben und den Dictator in die Enge

getrieben, schien aber dennoch nicht geeignet, seinen vollkommenen Sturz herbeizuführen. Deshalb wurde der Oberbefehl über die verbündeten Truppen dem Grafen von Eu, einem Sohn des Herzogs von Nemours und Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, übertragen (Mai 1869), der die von Lopez bei Piritebu besetzte Position erstürmte, und ihn am 13. August bei Caraguataty gänzlich schlug. Es folgte noch eine Reihe von Gefechten, welche die Truppen des Dictators immer mehr aufrieben, bis er endlich, kaum 500 Mann stark, von dem ihn unablässig verfolgenden brasilischen General Camara, in einem von Wald umgebenen Lager, am Ufer des Aquidaban, erreicht wurde. Camara war schwächer an Zahl, da ihm der größte Theil seines Corps nicht so eilig hatte folgen können, aber die Paraguiten, von den vielen erlittenen Niederlagen entmuthigt und von einigen hundert sie begleitenden Frauen beschwert, nahmen den Kampf nicht an, sondern stürzten dem nahe gelegenen Walde zu. Von seinen Soldaten zum ersten Mal verlassen, suchte Lopez, von nur zwei Getreuen, dem Minister Caminos und dem oben erwähnten Oberst Xesquin, begleitet, ebendahin zu entkommen. Caminos wurde von einer ihm nachgeschickten brasilischen Kugel getödtet, Xesquin ergab sich. Solano Lopez gelang es, das Innere des Waldes zu erreichen und er würde wahrscheinlich entkommen sein, wenn nicht sein Pferd in dem sumpfigen Boden stecken geblieben wäre. Während er sich bemühte, das jenseitige Ufer eines Baches zu erklimmen, war General Camara herbeigekommen und rief ihm zu, sich zu ergeben. Als ein brasilischer Unterofficier sich Lopez näherte, um ihn zu entwaffnen, ergriff dieser noch einen Revolver, worauf er einen Lanzenstich erhielt, in den Bach fiel und ertrank (1. März 1870). Nachdem Camara die Identität der Leiche hatte feststellen lassen, ließ er aus Zweigen eine Tragbahre machen und Lopez an die Stelle tragen, wo noch das Zelt stand, unter welchem derselbe die letzte Nacht zugebracht hatte. Dort wurde er einige Stunden später beerdigt und der Ort mit einem einfachen Kreuze von Holz bezeichnet. Lopez' ältester Sohn suchte zu entkommen, wurde aber eingeholt, und als er sich zur Wehre setzte, getödtet.

Wenn auch Einzelnes unter den Solano Lopez zur Last gelegten Blutthaten übertrieben oder erfunden sein mag, so bleibt des Unzweifelhaften und Erwiesenen genug übrig, um sein tragisches Ende gerechtfertigt zu finden. Er trug etwas von einem Tyrannen des alten Griechenlands oder des italienischen Mittelalters an sich, von welchen manche ebenfalls unter demokratischen Formen die grausamste Gewaltherrschaft ausübten. Der unbeugsame Muth, mit welchem er sich gegen eine große Uebermacht vertheidigte, und ein zwar nicht vollkommen entwickeltes, aber unleugbar vorhandenes militärisches Talent hatten ihm auch in Europa Sympathien erworben, über denen seine Verbrechen eine

Zeit lang vergessen wurden. Sein wilder Ehrgeiz verblendete ihn über die unausgleichbaren Widersprüche, die in seiner Stellung lagen. Er hatte sowohl das monarchische Brasilien wie die republikanische Argentina gegen sich, die sich früher oder später unter allen Umständen gegen sein Regierungssystem erhoben haben würden, und denen er auf die Länge nicht hätte widerstehen können.

Solano Lopez, 1831 in Assumpcion geboren, war, als er fiel, kaum vierzig Jahre alt. Sein Vater, Carlos Antonio Lopez, war 1840 seinem Oheim, dem Dr. Francia, in der Präsidentschaft oder vielmehr der Dictatur über Paraguay gefolgt. Im Jahr 1849 schickte Carlos Antonio seinen achtzehnjährigen Sohn Solano nach Corrientes, um dasselbe zu verwüsten, ein Auftrag, dessen sich dieser in schonungslosester Weise entledigte. 1852 ging der junge Lopez nach Europa, wo er achtzehn Monate, besonders in Paris und London verweilte, und in Begleitung von vielen Ingenieuren und Handwerkern aller Art in seine Heimath zurückkehrte. 1862 folgte er seinem Vater in der Regierung über Paraguay, und trat schon im folgenden Jahr, gelegentlich des vom General Flores in der Banda Oriental (Uruguay) geführten Krieges, gegen die Nachbarstaaten anmaßend und streitsüchtig auf. Als 1864 die Brasilier in die Banda Oriental eindrangen, forderte Lopez die Zurückberufung der brasilischen Truppen, und drohte im Weigerungsfalle mit Krieg. Es war sein Unglück, daß er nicht mit der Neutralität der Argentiner zufrieden sein wollte, und so selbst die Tripelallianz zwischen Brasilien und den beiden Republiken veranlaßte. Er war ein Mann von zugleich ungestümem und eisernem Willen, und setzte bei jeder Gelegenheit sein und anderer Leben rücksichtslos auf's Spiel. Er besaß, wenn auch einer tieferen Bildung ermangelnd, mannigfaltige Kenntnisse, und sprach neben dem Spanischen, geläufig Französisch und Englisch. Obgleich Indianerblut in seinen Adern floß, erinnerte sein ganzes Wesen mehr an den Spanier. Er war unverheirathet, hatte aber von einer Irländerin, Frau Lynch, mehrere Kinder. Dieselbe befand sich in der Nähe des Ortes, wo er umkam, hat ihn aber überlebt.

Der fünfjährige Krieg hatte Paraguay furchtbar verwüstet und mindestens 80 Proc. der männlichen Bevölkerung hingerafft. Nach seinem Aufhören stellten sich Hungersnoth und ansteckende Krankheiten ein, und setzten das Zerstörungswerk fort. Da das Land ganz desorganisirt war, so errichteten die alliirten Mächte in Assumpcion eine provisorische, aus Eingeborenen bestehende Regierung, mit der zunächst Maßregeln für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und die Verpflegung der fremden Truppen getroffen wurden. Später (Juni 1870) kam mit ihr ein Präliminar-Friedensabkommen zu Stande, in welchem ausgemacht wurde, daß die Schifffahrt auf dem obern Parana

und dem Paraguay, innerhalb des Gebietes der Republik Paraguay, für die Kriegs- und Handelsfahrzeuge der drei verbündeten Regierungen von allen Hindernissen und Belästigungen frei sein sollte. Eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Versammlung gab hierauf dem Lande eine liberale Verfassung und setzte eine Regierung ein, die mit den verbündeten Mächten einen definitiven Frieden abschloß. Die innre und äußere Ruhe ist wieder vollständig hergestellt worden, doch ist vom Kriege her, namentlich zwischen Paraguiten und Argentinern, ein gewisses Mißtrauen übrig geblieben. Bei der außerordentlichen Fruchtbarkeit des Bodens sind die Verwüstungen bald verschwunden, aber die Abnahme der Bevölkerung wird sich nicht so schnell ersetzen lassen.

Wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika während des Bürgerkrieges, so fehlte es auch in Südamerika im Kampfe gegen Paraguay nicht an Deutschen, die sich hervorgethan haben. Unter ihnen verdient besonders Wilhelm von Steuben, aus Hamburg, genannt zu werden, der, früher Marineofficier im Dienst der argentinischen Conföderation, in die brasilische Artillerie eintrat, und sich in ihr sehr ausgezeichnet hat. Am 24. Mai 1866, in der Schlacht von Tuyuty, fiel eine paraguitische Granate neben seinem Geschütz nieder; er ergriff das Geschoß und schleuderte es weit von der Batterie, wo es dann explodirte. Für diese kühne That bekam er den brasilischen Rosenorden.

Brasilien.

Dieses Land, eines der schönsten und im Ganzen fruchtbarsten der Erde, liefert, mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika verglichen, einen der vielen Beweise, wie sehr in Amerika die germanische Race der romanischen in Agricultur, Industrie, Schifffahrt und Politik überlegen ist. Und doch ist das jetzige Brasilien, mit früheren Zeiten und dem übrigen Südamerika zusammengehalten, ein fortschreitender Staat, indem sich seine Bevölkerung seit vierzig Jahren mehr als verdoppelt hat. Manche seiner Gegenden können mit ihren Bergen, Strömen, ihrer Urwaldsflora und ihrer magischen Beleuchtung, für ein Wunderland gelten. Ueberwältigend an Großartigkeit wie Schönheit ist die Umgebung der Hauptstadt Rio Janeiro, namentlich von der Höhe des Coriovado aus betrachtet. Dort stehen hundertjährige Mangobäume, durch Schlingpflanzen aller Art verbunden, zwischen welche Cactus- oder Königspalmen mit ihren stolz überragenden Wipfeln nicht fehlen, und bilden einen so hehren Tempel der Natur, daß demselben an Erhabenheit des Ganzen und Mannigfaltigkeit im Einzelnen, nur weniges auf der Erde an die Seite gesetzt werden kann. Dazu kommt ein bei der

Durchsichtigkeit der Luft unermeßlich weiter Horizont, an dessen äußerstem Rande Himmel und Meer in einander verschwimmen, und mit ihrer wechselnden Farbenpracht einen zauberischen Anblick gewähren. Auf einem andern Punkt dieses Reiches, das an Flächenraum Europa wenig nachsteht, nimmt Porto Alegre, die Hauptstadt von Rio grande do Sul, der südlichsten Provinz Brasiliens, den ersten Rang ein, und macht in jenen fernen Zonen den vorzüglichsten Knotenpunkt der Cultur und des Verkehrs aus. Porto Alegre geht einer großen Zukunft, vornehmlich durch die deutsche Einwanderung, entgegen, die sich seit einer Reihe von Jahren dahin wendet. Unter 22,000 Einwohnern giebt es daselbst 3000 ansässige Deutsche, die drei öffentliche Schulen unterhalten, und in den südbrasilischen Colonien leben mehr als 80,000 Deutsche, die sich durch Zuzug aus Europa alljährlich vermehren. Der schöne und sichere Hafen von Porto Alegre unterhält die Verbindung mit Deutschland, und die der Vollendung nahe Eisenbahn von Santa Catarina nach San Leopoldo wird die im Innern wohnenden deutschen Colonisten der See und dem Weltverkehr näher bringen. Brasilien bietet, wie die argentinische Conföderation, der Einwanderung vielleicht die beste aller Gelegenheiten dar, und ist der Argentina wegen der größeren Stabilität der innern Zustände und der im Ganzen herrschenden Ruhe und Ordnung noch vorzuziehen. Die Concurrenz hat in Brasilien für den Ankömmling nicht den drückenden Charakter wie in den Vereinigten Staaten, wo die materielle Thätigkeit den höchst möglichen Grad erreicht hat, und wo jeder, der nicht die äußerste Kraft aufbietet, tief unten stehen bleibt. Auch können die deutschen Familien, die sich in Brasilien niederlassen, hoffen deutsch zu bleiben, weil der große Unterschied der Nationalität, Sprache und Sitte, der Annäherung eine Grenze setzt, die nicht leicht überschritten werden kann, während in den Vereinigten Staaten die ursprüngliche Verwandtschaft der beiden Völker die Dauer des deutschen Elements unter der dasselbe umgebenden anglo-amerikanischen Majorität fast unmöglich macht.

Ungeachtet der von Hause aus anders angelegten Natur des Deutschen und des Brasiliers, sind es die deutschen Einwanderer, welche vor allen anderen von den Eingebornen geschätzt und gesucht werden, weil sie, mit seltenen Ausnahmen, die ausgezeichneten Züge des deutschen Nationalcharakters bewahren, während andere Fremde, sich von ihrer Heimath trennend, sehr oft nur die übeln Seiten ihrer Volksart herauskehren. Am meisten fällt dies bei den Nordamerikanern auf. Die brasilische Regierung, den Vorspiegelungen einer gewissen Partei nachgebend, welche glaubte, dem wachsenden geistigen Einfluß der deutschen Bevölkerung einen Damm entgegensetzen zu müssen, erließ an nordamerikanische Einwanderer Einladungen zur Niederlassung unter günstigen Bedingungen. Man hoffte in Rio Janeiro, Capitalisten und Grundbesitzer aus der

Union herbeizuziehen, welche, mit den Ergebnissen des letzten Bürgerkrieges und den neuen Einrichtungen unzufrieden, gern nach Brasilien übersiedeln würden. Aber von solchen nützlichen und ehrenhaften Einwanderern stellte sich fast Niemand ein. Die Ankömmlinge waren der Auswurf einiger großen nordamerikanischen Städte, und Leute, die durch die innern Unruhen und Kämpfe an Gewaltthätigkeiten jeder Art gewöhnt, sich nur dazu eigneten, die Landstraßen in Brasilien unsicher zu machen und die Gefängnisse und Zuchthäuser zu füllen. Ein Theil von ihnen wurde später von der Cholera fortgerafft. Nach diesem verfehlten Versuch, welcher der brasilischen Regierung große Summen kostete, hat sich dieselbe um so mehr veranlaßt gesehen, zu der früheren Begünstigung der deutschen Einwanderung zurückzukehren.

Brasilien hatte früher in Europa und besonders in Deutschland, wegen der willkührlichen und ungerechten Behandlung, welche die Einwanderer dort zuweilen erfuhren, einen übeln Ruf. Gewissenlose und betrügerische Agenten reizten in manchen Gegenden unbemittelte Landleute und Tagelöhner zur Einwanderung auf und schlossen mit denselben Verträge ab, die nach der Ankunft in Brasilien von habsüchtigen und hartherzigen Grundherren nicht beobachtet wurden. Namentlich waren die sogenannten Parcerieverträge berüchtigt, nach welchen angeworbene Leute die Feldarbeit, vor allem aber die dort einträglichste aller Culturen, den Caffeebau, zu besorgen haben und dafür die Hälfte des Ernteertrages bekommen. Scheinbar auf billigen Grundsätzen beruhend, gaben die Parcerieverträge nicht selten Veranlassung zu den größten Mißbräuchen, Uebervortheilungen und Ungerechtigkeiten. Sehr oft hatten die Auswanderer dieser Art, zumal in Deutschland, keine Vorstellung von den jenseits des Oceans, in den tropischen Ländern vorhandenen Bedingungen des Daseins, und gingen auf Contracte ein, von deren Nachtheilen sie sich erst überzeugten, wenn es zum Rücktritt von denselben zu spät geworden war. Für Anpflanzung und Pflege der jungen Caffeebäume, die mehrere Jahre wachsen müssen, bevor sie einen Ertrag liefern, erhielten die Arbeiter keine Entschädigung, mußten dagegen die ihnen unentbehrlichen Lebensmittel für gesteigerte Preise bei den Besitzern des Bodens kaufen und ihre so entstandenen Schulden noch obenein hoch verzinsen. Bei vorkommenden Streitigkeiten fanden sie keinen Schutz, weil die Grundherren sehr oft auch richterliche Aemter bekleideten. Die Arbeiter geriethen dadurch zuweilen in eine Art von Leibeigenschaft der schlimmsten Art, in unermeßlicher Entfernung von ihrer Heimath, unter durchaus fremden Umgebungen und ohne Kenntniß der Sprache und Gesetze des Landes, in welches sie übergesiedelt waren.

Diese Mißbräuche und Ungerechtigkeiten haben allerdings bestanden, sind aber nie so häufig, geschweige so allgemein gewesen, wie man oft behauptet hat, weil sonst die zahlreiche Einwanderung nicht möglich

gewesen wäre. Durch das neue Colonialgesetz vom 28. Februar 1867 sind die früheren Uebelstände von Rechtswegen beseitigt und durchgreifende Anordnungen zum Schutz des Einwanderers getroffen worden. Derselbe erhält vom Tage seiner Ankunft auf brasilischem Boden freie Verpflegung bis zur Ankunft in der Colonie, nebst freiem Transport dahin. Unter allen den Colonien, die bis jetzt vermessen worden und zugänglich gemacht sind, steht dem Ansiedler die Wahl frei. Am Orte seiner Bestimmung angelangt, erhält er ein fertiges Haus und ausgerodetes Land in der Ausdehnung von 480,000 Quadratmetern, so wie die dazu nöthigen Ackergeräthschaften und Sämereien. Er empfängt ferner daselbst noch zehn Tage lang freien Unterhalt und 20 Mil Reis (13 preuß. Thlr.) als Geschenk der Regierung für seine ersten Einkäufe. Auch wird für die ersten sechs Monate ihm ein ausreichender Tagelohn in den Colonien garantirt. Wege und Brücken werden von der Regierung gebaut und in Stand erhalten. Eine weitere Erleichterung gewährt es dem Einwanderer, daß ihm die nöthigsten Bedürfnisse als Vorschüsse von der Regierung geliefert werden, deren Rückzahlung unter den möglichst günstigen Bedingungen stattfindet. Bei musterhaften Leistungen und gutem Betragen kann der Colonist Mitglied des Verwaltungsrathes werden und neben dem Director Sitz und Stimme erhalten. Wenn man erwägt, daß Tausende der früheren Ansiedler, welche diese Begünstigungen entbehrten, dennoch wohlhabende, zum Theil selbst reiche Leute geworden sind, so kann dies jetzt noch weit mehr erwartet werden. Nicht selten wird von sach- und ortskundigen Stimmen behauptet, daß das im südlichen Brasilien unaufhörlich zunehmende deutsche Element einst das herrschende werden wird, was wahrscheinlich nicht ohne politische Folgen bleiben würde. Wenn irgendwo, so wäre dort die Gründung eines Neu-Deutschlands möglich, das zu dem sich so mächtig erhebenden Alt-Deutschland in eine freie aber nahe Verbindung treten könnte, die für beide Theile heilsame Folgen haben würde.

Die wichtigste auswärtige That Brasiliens nicht blos in der letzten Zeit, sondern überhaupt seit seiner Unabhängigkeit, war der Krieg gegen Paraguay, der beinahe fünf Jahre dauerte, und dem Lande im Verhältniß zu seiner Bevölkerung und seinen Einnahmen ungeheure Opfer an Menschen und Geld auferlegte. Obwohl die argentinische Conföderation und Uruguay an dem Kampfe theilnahmen, so mußte Brasilien doch die meisten Lasten tragen und ohne seine Mitwirkung hätte Paraguay nicht besiegt werden können. Nichts desto weniger war der Krieg populär, denn es galt, Brasilien die ungestörte Schifffahrt auf dem Stromsystem des La Plata und seine politische Suprematie in Südamerika zu sichern. Der Kaiser Don Pedro II. drückte in seiner Rede bei Eröffnung der Kammern (9. Juni 1869) die lebhafteste Zufriedenheit über die Unterstützung aus, die seine Regierung bei Vertheidigung der von dem Präsi-

denten von Paraguay beleidigten Nationalehre von allen Brasiliern erhalten habe, und daß der Krieg bis zur völligen Sühnung jener Beledigung geführt werden müsse. Brasilien hatte von vornherein auf jede territoriale Vergrößerung verzichtet, und den Amazonenstrom so wie die Flüsse Tocantias und San Francisco für den Verkehr aller Nationen eröffnet. Die Stärke der Armee war während des Krieges auf 73,784 Mann gestiegen, von denen 42,817 Mann an den Operationen gegen Paraguay theilnahmen. Auch die Flotte hatte wesentlich zum glücklichen Erfolge des Kampfes beigetragen, indem es nur durch ihre Mitwirkung möglich wurde, in das Innre des feindlichen Landes einzudringen und den Präsidenten von Paraguay von jeder Verbindung abzuschneiden, ihn zu umstellen, zu isoliren, und dadurch die Beendigung des Krieges herbeizuführen. Diese Flotte war, im Vergleich zu dem was sie früher gewesen, sehr zahlreich geworden und bestand 1868 aus 22 Panzerschiffen, 8 Segelschiffen, 52 Dampfern, 7 Dampfkanonenbooten und 8 Transportdampfschiffen; außerdem 6 nicht armirte Fahrzeuge und 12 kleine Schiffe auf dem Amazonenstrom und andern Flüssen.

Ungeachtet der Differenzen Brasiliens mit Uruguay, mit England, den Vereinigten Staaten und des Krieges gegen Paraguay (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Bd. II. S. 236, 249, 251 u. s. w.) traten die innern Angelegenheiten mehr als die auswärtigen hervor, wenn diese zuweilen auch auf jene einen Einfluß ausübten. Denn welche fremde Nation vermöchte ein so ausgedehntes Reich wie Brasilien zu erschüttern, so lange dasselbe im Innern im Gleichgewicht bleibt? Die einzige Gefahr für dasselbe könnte nur aus innern Gegensätzen kommen, mit denen das Bestehen des Ganzen unvereinbar wäre. Nun sind zwar Parteien in Brasilien vorhanden, aber keine von ihnen ist stark genug, um eine Umwälzung im Innern, die Abschaffung der Verfassung oder den Sturz der Dynastie, herbeiführen zu können. Ein Theil der Conservativen, der von der Ansicht ausgeht, daß das brasilische Volk für den Gebrauch der politischen Freiheit noch nicht reif sei, neigt zum Absolutismus hin, während eine Fraction der Liberalen, von der Größe der Vereinigten Staaten von Nordamerika geblendet, der Republik zusteuern möchte. Es sind dies aber nur Wünsche, die auf dem Gebiet der Ideen stehen bleiben und, mit den Thatsachen verglichen, etwas Chimärisches haben. Die große Mehrheit der Conservativen hängt an der bestehenden Verfassung, die in ihren Augen mit Civilisation gleichbedeutend ist, und eben so wenig denkt die Majorität der Liberalen an eine Republik, welche Anarchie im Gefolge haben und Brasilien dem eben nicht beneidenswerthen Loose Mexicos, der argentinischen Conföderation u. s. w. aussetzen würde. Im Juli 1868 brach eine etwas ernstere parlamentarische Krisis als gewöhnlich aus, indem der Kaiser ein ausschließend aus Mitgliedern der conservativen Partei gebildetes Ministerium unter

dem Vorsitz des Vicomte von Itaborahy ernannte, und die Deputirtenkammer, von der dasselbe zurückgewiesen wurde, auflöste. Es waren Vorsichtsmaßregeln gegen etwaige Ruhestörungen getroffen, die aber nicht eintraten, obgleich die Opposition eine leidenschaftliche Sprache annahm. Es that sich im Gegensatz zu diesem Ministerium in Rio Janeiro ein radicaler Klub auf, der aber ohne Einfluß auf die öffentlichen Zustände blieb.

Der Kaiser Don Pedro II., der weder Söhne noch Brüder besaß, und, auf dem amerikanischen Continent ganz allein das monarchische Princip vertretend, eine etwas einsame Stellung einnahm, hatte dieselbe dadurch zu verstärken gesucht, daß er seine beiden Töchter an zwei junge Prinzen von Muth und Charakter, die ältere an den Grafen von Eu, einen Orleans, die jüngere an einen Coburg, der mit der englischen, belgischen und portugiesischen Dynastie verwandt ist, verheirathete. (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Bd. II. S. 252). Beide traten in den Dienst ihres Schwiegervaters und der Graf von Eu war es, der die brasilischen Landtruppen gegen Paraguay befehligte und diesen Krieg glücklich beendigte, während der Prinz von Coburg als Admiral an der Spitze der Flotte stand. Die brasilische Monarchie schien durch diese Vermählungen auf lange Zeit hinaus gesichert zu sein. Denn dieses Volk ist, im Gegensatz zu allen andern amerikanischen Nationen, monarchisch gesinnt, aus Gründen, die in einem früheren Abschnitt über Brasilien auseinandergesetzt worden sind (Geschichte der Jahre 1860 bis 1867. Bd. II. S. 246).

Von größter Wichtigkeit für die innern Zustände Brasiliens, in moralischer wie materieller Beziehung, war die Sklavenfrage, die zwar eine im Ganzen mit den Forderungen der Sittlichkeit und Freiheit übereinstimmende Erledigung fand, aber doch nicht so rasch und unbedingt wie in mehreren andern Ländern, wo dieses Verhältniß bestanden hatte, entschieden wurde. Der Sklavenhandel war zwar schon längst auch in Brasilien unter strengen Strafen verboten worden, aber es genügte dies nicht mehr und man wollte die Sklaverei selbst abschaffen. Nachdem die Neger in den Republiken Mittel- und Südamerika's, die sich von Spanien losgerissen hatten, und eben so in den englischen, französischen und holländischen Colonien frei geworden und die Sklaverei in den Südstaaten der nordamerikanischen Union aufgehört hatte, war Brasilien das einzige Land auf dem amerikanischen Continent, wo sie noch bestand. Die Regierung, schon seit lange der Emancipation der Neger günstig, war bisher immer noch durch die entgegenstehenden Interessen der großen Grundbesitzer, die Menge der Sklaven und die unzureichende Einwanderung weißer Arbeiter an der Ausführung ihrer Absichten gehindert worden. Die kaiserliche Familie hatte ihre Sklaven frei gelassen, und viele Vornehme und sämmtliche Capitel und Klöster waren diesem

Beispiel gefolgt. Aber in der Volksmeinung war man einer allgemeinen Maßregel der Art noch immer entgegen gewesen, obgleich partielle Reformen zur Milderung des Looses der Sklaven Eingang gefunden hatten. Aber Zeit und Erfahrung, innre und äußere Einflüsse, waren dem Gedanken an Emancipation zu Hülfe gekommen. Es hatte sich die Ueberzeugung verbreitet, daß die Freilassung der Neger, deren Zahl sich, seitdem das Gesetz gegen den Sklavenhandel mit Strenge angewandt wurde, auffallend zu vermindern anfing, unvermeidlich geworden, und daß es besser sei, diese Nothwendigkeit anzuerkennen, als sich von ihren übeln Folgen überraschen zu lassen. In England hatten die philanthropischen Vereine sich von dem Verbot des Sklavenhandels nicht befriedigen lassen und unablässig für Abschaffung der Sklaverei gewirkt. Das Pariser Emancipations-Comité hatte ebenfalls nicht geruht und eine Petition in diesem Sinne an den Kaiser Don Pedro II. gerichtet. Bei der Verbreitung der englischen und französischen Literatur unter den höheren Klassen in Brasilien fand diese Meinung unter ihnen bald Eingang, und sie gewöhnten sich an den Gedanken einer Veränderung in der Lage der Neger, deren Unfreiheit früher für eine der Fundamentalinstitutionen des Landes gegolten hatte.

Ehe der Kaiser von Brasilien sein Land verließ, um eine längere Reise nach Europa anzutreten, hatte er einen Gesetzentwurf, die Emancipation der Sklaven betreffend, ausarbeiten lassen, und seine älteste Tochter und Thronerbin, die Prinzessin Isabella, die während seiner Abwesenheit zur Regentin ernannt wurde, mit der Vollziehung desselben beauftragt. Das Ministerium und die Majorität in den Kammern war von der Nothwendigkeit des Erlöschens der Sklaverei und der Gründung eines freien Arbeiterstandes überzeugt, wollte aber den Uebergang von gänzlicher Abhängigkeit zu vollkommener Freiheit nicht plötzlich, sondern allmählich eintreten lassen. Man hatte in den englischen und französischen Colonien die Erfahrung gemacht, daß die auf einmal emancipirten Sklaven selbst für Lohn nicht arbeiten wollten, und Production und Handel stillstanden. Zuletzt hatte die Emancipation auch dort heilsame Früchte getragen, aber eine Zeit lang war es schlimm gegangen und Erwerbslosigkeit, Noth und Unordnung waren an der Tagesordnung gewesen. Man glaubte in Brasilien, den Zweck, das Aufhören der Sklaverei, erreichen zu können, ohne sich den in einigen Ländern erfahrenen Uebelständen auszusetzen. Dem gemäß enthielt der von dem Ministerpräsidenten, Vicomte von Rio-Branco, einem der talentvollsten brasilischen Staatsmänner, vorgelegte Gesetzentwurf, der von den Kammern mit großer Stimmenmehrheit angenommen und von der Regentin am 28. September 1871 zum Staatsgesetz erklärt wurde, im wesentlichen folgende Bestimmungen: Frei sind die Sklaven auf den Staatsdomänen, auf den Besitzungen, zu denen sich kein Erbe meldet, oder die

von ihren Herren nicht ernährt werden können. Sie stehen aber fünf Jahre unter Aufsicht der Regierung und müssen in den Staatsanstalten arbeiten, wenn sie nicht ein Privatunterkommen finden. — Alle Kinder, die von Sklavinnen nach dem 28. September 1871 geboren werden, sind frei, stehen aber bis zum achten Jahr unter der Autorität des Leibherren der Mutter, der sich dann zu erklären hat, ob er das Kind bis zum Alter von einundzwanzig Jahren bei sich behalten oder es dem Staat überlassen will, der ihm in diesem Fall 1800 Franken für dasselbe auszahlt, seine Erziehung übernimmt und es bis zum Alter von einundzwanzig Jahren für sich arbeiten lassen kann. Zu dieser Zeit wird das von einer Sklavin geborne Kind vollkommen frei und kann über sich wie jeder Freigeborene verfügen. — Der diesem Gesetz zu Grunde liegende Gedanke war, daß die Sklaverei nicht über die gegenwärtige Generation hinausdauere, die Production aber keine Unterbrechung erleide. Von oben her wurden Veranstaltungen getroffen, um die Freilassung derer zu erleichtern, die nach dem Gesetz Sklaven blieben. Es wurde ein Emancipationsfonds aus einer Steuer gebildet, die der Leibherr für den Sklaven entrichten mußte, wenn er ihn nicht frei ließ, während der Act der Freilassung mit keinen Kosten verbunden war, und von den Behörden unentgeltlich vollzogen wurde. Der Sklave hatte in Brasilien schon seit lange eine gewisse Zeit in der Woche gehabt, um für sich etwas verdienen zu können. Mit dem auf diese Art gewonnenen Gelde konnte er sich loskaufen und sich, wenn der Leibherr mit der angebotenen Summe nicht zufrieden war, an ein zu diesem Zweck eingesetztes Schiedsgericht wenden. Die Regierung begünstigte die Gründung von Gesellschaften zum Loskauf der Sklaven, autorisirte sie zur Annahme von Vermächtnissen, zur Einsammlung von Beiträgen, zur Ziehung von Lotterien, alles zu diesem Zweck. Es wurde in jedem Distrikt eine Behörde ernannt, welche den Schutz der Sklaven und den Beistand für die Emancipirten zur Aufgabe hatte.

Man konnte nicht läugnen, daß mit dem Gesetz vom 28. September 1871 Bedeutendes geschehen, namentlich, daß der Sklaverei ein bestimmter Termin gesetzt war, mit dessen Eintreten sie aufhören muß. Aber die Antislavery-Association in London, das Emancipationscomité in Paris und die Negrophilen in Rio Janeiro waren mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden. Sie wollten eine vollständige Freilassung der Sklaven mit Entschädigung für die Leibherren von Seiten des Staates, wie in den englischen und französischen Colonien. Sie fanden es unbillig und unvernünftig, daß, während die nach dem 28. September 1871 gebornen Kinder von Sklaven frei sein, die Eltern Sklaven bleiben sollten. Die, welche der Regierung den Vorwurf der Halbheit machten und England und Frankreich zum Vorbild aufstellten, bedachten nicht, daß die Finanzen Brasiliens den Loskauf von 1,500,000 Sklaven nicht

erlaubten, und daß die Sklaverei in letzterem Lande bisher für unentbehrlich gegolten hatte. Im englischen und französischen Parlament waren die Sklavenbesitzer nie einflußreich gewesen, während sie in Brasilien einen ansehnlichen Theil der gesetzgebenden Gewalt ausmachten. Ein Antrag der Regierung auf unbedingte und unmittelbare Emancipation, ohne genügende Entschädigung, die zu leisten unmöglich war, würde ohne Zweifel von den Kammern verworfen und in diesem Falle gar nichts zu Gunsten der Neger geschehen sein. Auf der andern Seite und besonders in Brasilien selbst glaubte man nicht an die Dauer des durch das Gesetz vom 28. September für die Neger herbeigeführten Zustandes. Die kaiserliche Familie, der aufgeklärte Theil der Vornehmen und Reichen, fast alle Staatsmänner, die einflußreichsten Journale, waren der Meinung, daß die Regierung rastlos daran arbeiten müsse, um das Erlöschen der Sklaverei zu beschleunigen. Die Einwanderung freier Arbeiter, von denen man schon aus der Erfahrung wußte, daß sie mehr als die Sklaven leisteten, aus Portugal, den portugiesischen Inseln und andern Gegenden, wurde mit vermehrtem Eifer betrieben und vom Staat Prämien dafür ausgesetzt. Ehemalige Minister und Männer im höchsten Ansehen stehend, ausgezeichnete Redner und Publicisten: Abrantes, Galvao, Pereira da Silva, Vasconcellos, Lobato u. s. w. standen an der Spitze der Gesellschaften, die zum Loskauf der Sklaven gegründet wurden. Der Minister des Auswärtigen, Correia, sagte in der Circulardepesche an die diplomatischen Agenten Brasiliens im Auslande, als er ihnen das Gesetz vom 28. September 1871 notificirte: „Das Institut der Sklaverei wird jetzt von allen gewissenhaften Leuten verworfen; nur über die Mittel der Abschaffung gehen die Meinungen noch auseinander.“ — Wenn diese Gesinnungen und Bemühungen eher zu- als abnehmen, wie es, nach allem, was man aus Brasilien vernimmt, den Anschein hat, so wird das Erlöschen der Sklaverei in diesem Lande wohl viel früher als mit dem Verschwinden der gegenwärtigen Generation eintreten.

Auch unter den Deutschen in Brasilien hatte der Krieg gegen Frankreich, wie überall in Amerika, wo es ein deutsches Element gab, die lebhafteste Theilnahme für die jenseits des Oceans kämpfenden Landsleute erregt. Seitdem die Kunde von den ersten Siegen der Deutschen in der brasilischen Hauptstadt angelangt, lebte die dortige deutsche Bevölkerung in fieberhafter Erwartung weiterer Nachrichten. Im Augenblick kamen 64,000 Franken zur Unterstützung der Verwundeten zusammen, während die in Rio Janeiro viel zahlreicher anwesenden Franzosen nur 15,000 Franken aufbringen konnten. Es zeigte sich unter den Deutschen in Amerika, von New-York bis Valparaiso, eine Einmüthigkeit der Gesinnung, von der früher fast keine Spur vorhanden gewesen. Noch vor kurzer Zeit waren auch jenseits des Oceans die staatlichen

Unterschiede der Heimath hervorgetreten, und noch 1866 während des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich Nord- und Süddeutsche in allen Theilen Amerika's von einander fern gehalten. Diese Schranken waren, seitdem der volksthümliche Kampf gegen Frankreich ausgebrochen, gänzlich verschwunden. Selbst deutsche Demokraten, die nach 1848 ihre Heimath verlassen hatten, gaben in Wort und That ihre Sympathien für die gemeinsame Sache kund, obgleich sie wußten, daß die in Deutschland ausgebrochene Bewegung nicht zur Republik führen werde. Dieses jenseits des Oceans in fernen Zonen und unter fremden Einflüssen erwachte Nationalgefühl, das die einzelnen Unterschiede über den gemeinsamen Berührungen vergaß, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft des deutschen Volkes, dem es gerade an dieser Uebereinstimmung in der alten wie in der neuen Welt bisher am meisten gefehlt hatte.

Der Schlüssel zur Würdigung eines fremden Volkes liegt vornehmlich in der Kenntniß seiner Sprache und Literatur. In ihr spiegelt sich sein Wesen, seine Art zu denken und zu empfinden, tiefer und reiner als in seinem äußern Thun ab. Die Deutschen waren in dieser Beziehung, jenseits des Oceans, ungünstiger als die Franzosen gestellt, deren Schriftwelt früher vollendet, auch aus politischen Ursachen, besonders in Südamerika, allgemeinere Verbreitung fand. Erst in neuester Zeit hat man in der Argentina, in Chile und Brasilien angefangen deutsch zu lernen und sich mit den deutschen Geistesproducten bekannt zu machen. Ohne Zweifel haben dazu die häufiger gewordenen deutschen Niederlassungen und vermehrten Handelsverbindungen beigetragen, mehr aber noch die allmählich über das Meer gedrungene Kunde von dem großen Erwachen und der Belebung der deutschen Nationalität und ihrem Drange, dem innern Fortschritt auch in der Außenwelt und in dem Verhältniß zu andern Völkern eine angemessene Stellung zu verschaffen. Wißbegierige junge Männer begaben sich zur Erlangung einer höheren und allgemeineren Bildung nach Deutschland, und theilten die ihnen dort gewordenen Kenntnisse und Anschauungen bei der Rückkehr ihren Landsleuten durch die Presse mit. In Brasilien ward dazu ein kräftiger Anfang gemacht durch die Uebersetzung des Goethe'schen Faust von Agostinho d'Ornellas, der die deutsche Sprache in Deutschland selbst studirt hatte und zum ersten Mal ein großes deutsches Geistesproduct in das Portugiesische übertrug. Die Bahn ist jetzt eröffnet und die günstige Aufnahme, welche diese Uebersetzung unter den höheren Klassen in Brasilien gefunden hat, läßt andere Versuche der Art erwarten. Der romanisch-portugiesischen Race ist dadurch die Gelegenheit geboten worden, mit den literarischen Schätzen der germanischen Welt vertraut zu werden und mit derselben in eine geistig fruchtbare Verbindung zu treten, die sie über manche Erscheinungen

ihrer eigenen Vergangenheit aufklären kann. In den bessern südamerikanischen Zeitschriften ist schon mehrmals der Wunsch ausgesprochen worden, von der bisher exclusiven Herrschaft der französischen Literatur frei zu werden und aus andern Quellen zu schöpfen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die jetzt in Brasilien begonnene Aufmerksamkeit auf die deutsche Schriftwelt nicht mehr verschwinden, sondern durch die höhere Stellung, welche die deutsche Nationalität in den Augen der Völker errungen hat, immer mehr um sich greifen wird.

Unterschiede der Heimath hervorgetreten, und noch 1866 während des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich Nord- und Süddeutsche in allen Theilen Amerika's von einander fern gehalten. Diese Schranken waren, seitdem der volksthümliche Kampf gegen Frankreich ausgebrochen, gänzlich verschwunden. Selbst deutsche Demokraten, die nach 1848 ihre Heimath verlassen hatten, gaben in Wort und That ihre Sympathien für die gemeinsame Sache kund, obgleich sie wußten, daß die in Deutschland ausgebrochene Bewegung nicht zur Republik führen werde. Dieses jenseits des Oceans in fernen Zonen und unter fremden Einflüssen erwachte Nationalgefühl, das die einzelnen Unterschiede über den gemeinsamen Berührungen vergaß, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft des deutschen Volkes, dem es gerade an dieser Uebereinstimmung in der alten wie in der neuen Welt bisher am meisten gefehlt hatte.

Der Schlüssel zur Würdigung eines fremden Volkes liegt vornehmlich in der Kenntniß seiner Sprache und Literatur. In ihr spiegelt sich sein Wesen, seine Art zu denken und zu empfinden, tiefer und reiner als in seinem äußern Thun ab. Die Deutschen waren in dieser Beziehung, jenseits des Oceans, ungünstiger als die Franzosen gestellt, deren Schriftwelt früher vollendet, auch aus politischen Ursachen, besonders in Südamerika, allgemeinere Verbreitung fand. Erst in neuester Zeit hat man in der Argentina, in Chile und Brasilien angefangen deutsch zu lernen und sich mit den deutschen Geistesproducten bekannt zu machen. Ohne Zweifel haben dazu die häufiger gewordenen deutschen Niederlassungen und vermehrten Handelsverbindungen beigetragen, mehr aber noch die allmählich über das Meer gedrungene Kunde von dem großen Erwachen und der Belebung der deutschen Nationalität und ihrem Drange, dem innern Fortschritt auch in der Außenwelt und in dem Verhältniß zu andern Völkern eine angemessene Stellung zu verschaffen. Wißbegierige junge Männer begaben sich zur Erlangung einer höheren und allgemeineren Bildung nach Deutschland, und theilten die ihnen dort gewordenen Kenntnisse und Anschauungen bei der Rückkehr ihren Landsleuten durch die Presse mit. In Brasilien ward dazu ein kräftiger Anfang gemacht durch die Uebersetzung des Goethe'schen Faust von Agostinho d'Ornellas, der die deutsche Sprache in Deutschland selbst studirt hatte und zum ersten Mal ein großes deutsches Geistesproduct in das Portugiesische übertrug. Die Bahn ist jetzt eröffnet und die günstige Aufnahme, welche diese Uebersetzung unter den höheren Klassen in Brasilien gefunden hat, läßt andere Versuche der Art erwarten. Der romanisch-portugiesischen Race ist dadurch die Gelegenheit geboten worden, mit den literarischen Schätzen der germanischen Welt vertraut zu werden und mit derselben in eine geistig fruchtbare Verbindung zu treten, die sie über manche Erscheinungen

ihrer eigenen Vergangenheit aufklären kann. In den bessern südamerikanischen Zeitschriften ist schon mehrmals der Wunsch ausgesprochen worden, von der bisher exclusiven Herrschaft der französischen Literatur frei zu werden und aus andern Quellen zu schöpfen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die jetzt in Brasilien begonnene Aufmerksamkeit auf die deutsche Schriftwelt nicht mehr verschwinden, sondern durch die höhere Stellung, welche die deutsche Nationalität in den Augen der Völker errungen hat, immer mehr um sich greifen wird.

Unterschiede der Heimath hervorgetreten, und noch 1866 während des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich Nord- und Süddeutsche in allen Theilen Amerika's von einander fern gehalten. Diese Schranken waren, seitdem der volksthümliche Kampf gegen Frankreich ausgebrochen, gänzlich verschwunden. Selbst deutsche Demokraten, die nach 1848 ihre Heimath verlassen hatten, gaben in Wort und That ihre Sympathien für die gemeinsame Sache kund, obgleich sie wußten, daß die in Deutschland ausgebrochene Bewegung nicht zur Republik führen werde. Dieses jenseits des Oceans in fernen Zonen und unter fremden Einflüssen erwachte Nationalgefühl, das die einzelnen Unterschiede über den gemeinsamen Berührungen vergaß, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft des deutschen Volkes, dem es gerade an dieser Uebereinstimmung in der alten wie in der neuen Welt bisher am meisten gefehlt hatte.

Der Schlüssel zur Würdigung eines fremden Volkes liegt vornehmlich in der Kenntniß seiner Sprache und Literatur. In ihr spiegelt sich sein Wesen, seine Art zu denken und zu empfinden, tiefer und reiner als in seinem äußern Thun ab. Die Deutschen waren in dieser Beziehung, jenseits des Oceans, ungünstiger als die Franzosen gestellt, deren Schriftwelt früher vollendet, auch aus politischen Ursachen, besonders in Südamerika, allgemeinere Verbreitung fand. Erst in neuester Zeit hat man in der Argentina, in Chile und Brasilien angefangen deutsch zu lernen und sich mit den deutschen Geistesproducten bekannt zu machen. Ohne Zweifel haben dazu die häufiger gewordenen deutschen Niederlassungen und vermehrten Handelsverbindungen beigetragen, mehr aber noch die allmählich über das Meer gedrungene Kunde von dem großen Erwachen und der Belebung der deutschen Nationalität und ihrem Drange, dem innern Fortschritt auch in der Außenwelt und in dem Verhältniß zu andern Völkern eine angemessene Stellung zu verschaffen. Wißbegierige junge Männer begaben sich zur Erlangung einer höheren und allgemeineren Bildung nach Deutschland, und theilten die ihnen dort gewordenen Kenntnisse und Anschauungen bei der Rückkehr ihren Landsleuten durch die Presse mit. In Brasilien ward dazu ein kräftiger Anfang gemacht durch die Uebersetzung des Goethe'schen Faust von Agostinho d'Ornellas, der die deutsche Sprache in Deutschland selbst studirt hatte und zum ersten Mal ein großes deutsches Geistesproduct in das Portugiesische übertrug. Die Bahn ist jetzt eröffnet und die günstige Aufnahme, welche diese Uebersetzung unter den höheren Klassen in Brasilien gefunden hat, läßt andere Versuche der Art erwarten. Der romanisch-portugiesischen Race ist dadurch die Gelegenheit geboten worden, mit den literarischen Schätzen der germanischen Welt vertraut zu werden und mit derselben in eine geistig fruchtbare Verbindung zu treten, die sie über manche Erscheinungen

ihrer eigenen Vergangenheit aufklären kann. In den bessern südamerikanischen Zeitschriften ist schon mehrmals der Wunsch ausgesprochen worden, von der bisher exclusiven Herrschaft der französischen Literatur frei zu werden und aus andern Quellen zu schöpfen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die jetzt in Brasilien begonnene Aufmerksamkeit auf die deutsche Schriftwelt nicht mehr verschwinden, sondern durch die höhere Stellung, welche die deutsche Nationalität in den Augen der Völker errungen hat, immer mehr um sich greifen wird.

Unterschiede der Heimath hervorgetreten, und noch 1866 während des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich Nord- und Süddeutsche in allen Theilen Amerika's von einander fern gehalten. Diese Schranken waren, seitdem der volksthümliche Kampf gegen Frankreich ausgebrochen, gänzlich verschwunden. Selbst deutsche Demokraten, die nach 1848 ihre Heimath verlassen hatten, gaben in Wort und That ihre Sympathien für die gemeinsame Sache kund, obgleich sie wußten, daß die in Deutschland ausgebrochene Bewegung nicht zur Republik führen werde. Dieses jenseits des Oceans in fernen Zonen und unter fremden Einflüssen erwachte Nationalgefühl, das die einzelnen Unterschiede über den gemeinsamen Berührungen vergaß, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft des deutschen Volkes, dem es gerade an dieser Uebereinstimmung in der alten wie in der neuen Welt bisher am meisten gefehlt hatte.

Der Schlüssel zur Würdigung eines fremden Volkes liegt vornehmlich in der Kenntniß seiner Sprache und Literatur. In ihr spiegelt sich sein Wesen, seine Art zu denken und zu empfinden, tiefer und reiner als in seinem äußern Thun ab. Die Deutschen waren in dieser Beziehung, jenseits des Oceans, ungünstiger als die Franzosen gestellt, deren Schriftwelt früher vollendet, auch aus politischen Ursachen, besonders in Südamerika, allgemeinere Verbreitung fand. Erst in neuester Zeit hat man in der Argentina, in Chile und Brasilien angefangen deutsch zu lernen und sich mit den deutschen Geistesproducten bekannt zu machen. Ohne Zweifel haben dazu die häufiger gewordenen deutschen Niederlassungen und vermehrten Handelsverbindungen beigetragen, mehr aber noch die allmählich über das Meer gedrungene Kunde von dem großen Erwachen und der Belebung der deutschen Nationalität und ihrem Drange, dem innern Fortschritt auch in der Außenwelt und in dem Verhältniß zu andern Völkern eine angemessene Stellung zu verschaffen. Wißbegierige junge Männer begaben sich zur Erlangung einer höheren und allgemeineren Bildung nach Deutschland, und theilten die ihnen dort gewordenen Kenntnisse und Anschauungen bei der Rückkehr ihren Landsleuten durch die Presse mit. In Brasilien ward dazu ein kräftiger Anfang gemacht durch die Uebersetzung des Goethe'schen Faust von Agostinho d'Ornellas, der die deutsche Sprache in Deutschland selbst studirt hatte und zum ersten Mal ein großes deutsches Geistesproduct in das Portugiesische übertrug. Die Bahn ist jetzt eröffnet und die günstige Aufnahme, welche diese Uebersetzung unter den höheren Klassen in Brasilien gefunden hat, läßt andere Versuche der Art erwarten. Der romanisch-portugiesischen Race ist dadurch die Gelegenheit geboten worden, mit den literarischen Schätzen der germanischen Welt vertraut zu werden und mit derselben in eine geistig fruchtbare Verbindung zu treten, die sie über manche Erscheinungen

ihrer eigenen Vergangenheit aufklären kann. In den bessern südamerikanischen Zeitschriften ist schon mehrmals der Wunsch ausgesprochen worden, von der bisher exclusiven Herrschaft der französischen Literatur frei zu werden und aus andern Quellen zu schöpfen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die jetzt in Brasilien begonnene Aufmerksamkeit auf die deutsche Schriftwelt nicht mehr verschwinden, sondern durch die höhere Stellung, welche die deutsche Nationalität in den Augen der Völker errungen hat, immer mehr um sich greifen wird.

Unterschiede der Heimath hervorgetreten, und noch 1866 während des Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hatten sich Nord- und Süddeutsche in allen Theilen Amerika's von einander fern gehalten. Diese Schranken waren, seitdem der volksthümliche Kampf gegen Frankreich ausgebrochen, gänzlich verschwunden. Selbst deutsche Demokraten, die nach 1848 ihre Heimath verlassen hatten, gaben in Wort und That ihre Sympathien für die gemeinsame Sache kund, obgleich sie wußten, daß die in Deutschland ausgebrochene Bewegung nicht zur Republik führen werde. Dieses jenseits des Oceans in fernen Zonen und unter fremden Einflüssen erwachte Nationalgefühl, das die einzelnen Unterschiede über den gemeinsamen Berührungen vergaß, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft des deutschen Volkes, dem es gerade an dieser Uebereinstimmung in der alten wie in der neuen Welt bisher am meisten gefehlt hatte.

Der Schlüssel zur Würdigung eines fremden Volkes liegt vornehmlich in der Kenntniß seiner Sprache und Literatur. In ihr spiegelt sich sein Wesen, seine Art zu denken und zu empfinden, tiefer und reiner als in seinem äußern Thun ab. Die Deutschen waren in dieser Beziehung, jenseits des Oceans, ungünstiger als die Franzosen gestellt, deren Schriftwelt früher vollendet, auch aus politischen Ursachen, besonders in Südamerika, allgemeinere Verbreitung fand. Erst in neuester Zeit hat man in der Argentina, in Chile und Brasilien angefangen deutsch zu lernen und sich mit den deutschen Geistesproducten bekannt zu machen. Ohne Zweifel haben dazu die häufiger gewordenen deutschen Niederlassungen und vermehrten Handelsverbindungen beigetragen, mehr aber noch die allmählich über das Meer gedrungene Kunde von dem großen Erwachen und der Belebung der deutschen Nationalität und ihrem Drange, dem innern Fortschritt auch in der Außenwelt und in dem Verhältniß zu andern Völkern eine angemessene Stellung zu verschaffen. Wißbegierige junge Männer begaben sich zur Erlangung einer höheren und allgemeineren Bildung nach Deutschland, und theilten die ihnen dort gewordenen Kenntnisse und Anschauungen bei der Rückkehr ihren Landsleuten durch die Presse mit. In Brasilien ward dazu ein kräftiger Anfang gemacht durch die Uebersetzung des Goethe'schen Faust von Agostinho d'Ornellas, der die deutsche Sprache in Deutschland selbst studirt hatte und zum ersten Mal ein großes deutsches Geistesproduct in das Portugiesische übertrug. Die Bahn ist jetzt eröffnet und die günstige Aufnahme, welche diese Uebersetzung unter den höheren Klassen in Brasilien gefunden hat, läßt andere Versuche der Art erwarten. Der romanisch-portugiesischen Race ist dadurch die Gelegenheit geboten worden, mit den literarischen Schätzen der germanischen Welt vertraut zu werden und mit derselben in eine geistig fruchtbare Verbindung zu treten, die sie über manche Erscheinungen